

Syrien Connection oder Geheimdienstaffäre?

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 16, Nr. 277, 15. 12. 86 — 5 DM — C 21734 E

Neue Gesetze — Alte Bekannte

Die Anti-Terrorismus-Gesetze sind noch nicht in Kraft, werden aber schon angewendet
Gegen das Verbot die Anti-AKW-Bundeskonferenz durchsetzen!

Die deutsche Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten: WAA, Wallmann-Ventil und Zimmermann-Gesetze.

Knapp acht Monate nach Tschernobyl, nach einer neuen Welle von Anti-Kernkraftprotesten und einer gesellschaftlichen Diskussion um die Gefahren des Atoms ist Vorsorge getroffen: Wallmanns Strahlenschutzgesetz zur sicheren Versorgung der Bürger mit Becquerel-Schäden wird durch Zimmermanns neue Anti-Terror-Gesetze mit mehr Sicherheit für die Schadenserzeuger ergänzt. Terrorismusbekämpfung ist nach der Verabschiedung der neuen Paragraphen 129a und 130a erklärtermaßen nicht mehr länger die Bekämpfung der Terroristen — was sie nie allein war — sondern ist der erweiterte Zugriff auf den Widerstand der derzeit vor allem der Anti-Atom-Bewegung und potentiell allen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen gilt.

Polizeikessel und Massenfestnahmen, Häuserräumungen, Abriegelung von Straßenzügen und Stadtteilen, Durchsuchungsaktionen in Buchläden — all das ist nicht ganz neu, doch es häuft sich und läßt Erinnerungen an den ,,Deutschen Herbst'' vor neun Jahren aufkommen. Die Kriminalisierung des radikalen Flügels der Opposition wird ausgeweitet. Vorläufiger Höhepunkt waren das Verbot und die Zerschlagung der Regenburger Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern, das noch vor Gesetzesverabschiedung die Nachgesetzeslage probte. In Bayern durfte nicht nur nicht gesagt werden, daß man sich nicht widerstandslos der herrschenden Politik der Zerstörung unterwerfen wird. Mehr noch ,,geht es darum'', wie es im schönsten Sicherheits-Beamtendeutsch heißt, ,,daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen''. Zensur geht um, und macht das aktuelle bayerische Vorgehen bundesdeutsche Schule, dann wissen wir nicht genau, ob diese Zeitung nicht bald wie andere Blätter im politischen Exil erscheinen muß, wollen wir weiterhin das schreiben, was an dieser Stelle geschrieben steht.



Zitat aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen

Zum Thema in dieser Ausgabe:
- ○ Vorstellung und Bewertung der neuen Gesetze
- ○ Regensburg: Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung.
- ○ Wir dokumentieren die zensierten Teile der Vorbereitungsmaterialien.
- ○ Illegalisierung der bayerischen Anti-AKW-Zeitung ,,Radi Aktiv''.
- ○ Kommentar: Hier spricht das Umfeld.
- ○ Neue Sonderkommissionen zur Aufklärung von Anschlägen werden gebildet.
- ○ Anschläge und Sabotage

Seite 5-13

Bitterer Sieg

Die französische Schüler- und Studentenbewegung hat einen bitteren Sieg errungen: Die Chirac-Regierung hat ihre Gesetzesvorhaben zurückgezogen, doch die Trauer und Wut über die Opfer für diesen Sieg bleibt. Die Jugendlichen, die zu Hunderttausenden für das schlichte Prinzip der Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf auf die Straßen gingen, wurden mit der ganzen Härte des französischen Staats konfrontiert. Vorerst hat die Regierung auch alle weiteren vorgesehenen Gesetzesänderungen verschoben. Dazu gehört der Plan, daß auf französischem Boden geborene Jugendliche nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit Frankreichs bekommen können. Für tausende von jungen Leuten der zweiten und dritten Immigrantengeneration würde das bedeuten, daß sie Bürger ohne Rechte sind in dem Land, in dem sie aufgewachsen sind und zur Schule gehen.

Bericht über die Ereignisse in Frankreich Seite 14

Bitterer Sieg

Die französische Schüler- und Studentenbewegung hat einen bitteren Sieg errungen: Die Chirac-Regierung hat ihre Gesetzesvorhaben zurückgezogen, doch die Trauer und Wut über die Opfer für diesen Sieg bleibt. Die Jugendlichen, die zu Hunderttausenden für das schlichte Prinzip der Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf auf die Straßen gingen, wurden mit der ganzen Härte des französischen Staats konfrontiert. Vorerst hat die Regierung auch alle weiteren vorgesehenen Gesetzesänderungen verschoben. Dazu gehört der Plan, daß auf französischem Boden geborene Jugendliche nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit Frankreichs bekommen können. Für tausende von jungen Leuten der zweiten und dritten Immigrantengeneration würde das bedeuten, daß sie Bürger ohne Rechte sind in dem Land, in dem sie aufgewachsen sind und zur Schule gehen.

Bericht über die Ereignisse in Frankreich Seite 14

genburger Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern, das noch vor Gesetzesverabschiedung die Nachgesetzeslage probte. In Bayern durfte nicht nur nicht gesagt werden, daß man sich nicht widerstandslos der herrschenden Politik der Zerstörung unterwerfen wird. Mehr noch ,,geht es darum'', wie es im schönsten Sicherheits-Beamtendeutsch heißt, ,,daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen''. Zensur geht um, und macht das aktuelle bayerische Vorgehen bundesdeutsche Schule, dann wissen wir nicht genau, ob diese Zeitung nicht bald wie andere Blätter im politischen Exil erscheinen muß, wollen wir weiterhin das schreiben, was an dieser Stelle geschrieben steht.



Zitat aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen

Zum Thema in dieser Ausgabe:
○ Vorstellung und Bewertung der neuen Gesetze
○ Regensburg: Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung.
○ Wir dokumentieren die zensierten Teile der Vorbereitungsmaterialien.
○ Illegalisierung der bayerischen Anti-AKW-Zeitung ,,Radi Aktiv''.
○ Kommentar: Hier spricht das Umfeld.
○ Neue Sonderkommissionen zur Aufklärung von Anschlägen werden gebildet.
○ Anschläge und Sabotage
Seite 5-13



Weiter so, Kommunismus!

Der Arbeiterkampf wird 15 Jahre alt

Es kann nur besser werden: 277 ist zwar eine Primzahl und eine eigenartige obendrein, trotzdem ist der ARBEITERKAMPF dieser Tage mit einem 15jährigen Jubiläum gesegnet. Ist es nicht rührend, das noch erleben zu dürfen … ! Anstatt sich aber der Nostalgie hinzugeben, muß in ätzender Bitterkeit ein schreiendes Unrecht angeklagt werden: Nie haben wir es in dieser entbehrungsreichen Zeit geschafft, über den Platz vier der BfV-Hitparade (Bundesverfassungsschutz-Berichte) hinaus vorzudringen. Zwar haben die alten Medaillengewinner — KBW (Gold), KPD (Silber) und KPD/ML (Bronze) — längst das Treppchen geräumt, doch setzt man dem KB nun provozierend die weitgehend unbekannten MLPD,



MG und BWK vor die Nase, bloß weil die vielleicht ein paar mehr zahlende Mitglieder haben. Von Zimmermann und vor allem Spranger hätte man wirklich etwas mehr Entgegenkommen erwarten können, denn wer war es wohl, der seine Breitseiten über Jahr und Tag unablässig gegen die mancherorts schon totgesagte CSU abgefeuert hat?!

Egal — auch das wird weggesteckt. Und über den Jahrestag hätten wir kaum Worte verloren, würden nicht die Youngsters vom ,,Pflasterstrand'' zufällig gerade ihren zehnten feiern: Mit reichlich Gedöns die Redaktion, aber deutlichem Wermut der Herausgeber. Cohn-Bendit findet sein Blatt zur Zeit routiniert, langweilig, fast schon überflüssig. Es wäre pietätlos, unter Jubilaren eine Meinung hierzu beizusteuern. Auch in der Klassengesellschaft muß Feindesliebe möglich sein. Und das kann in diesem Zusammenhang nur bedeuten: Wenn Dany uns seine linke Backe hinhält, hauen wir weiter auf Joschkas rechte.

Flucht 1933 / Flucht 1986

„Politik der offenen Grenze als Pflicht gegenüber den NS-Opfern"

Wenn von politischen Flüchtlingen ein rechtmäßiges Visum, korrekte Papiere und eine legale Einreise verlangt wird, ist das Recht auf Asyl ad absurdum geführt. Niemand sollte das besser als die Deutschen wissen: Kaum einer der Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus hätte diese Bedingungen erfüllen können. Angesichts der jüngsten Verschärfungen des Asylrechts und seiner Praxis ist es Zeit sich zu erinnern, Zeit, die ,,Schatten der Vergangenheit'', aus denen diese Bundesregierung partout heraustreten will, an jede Wand zu malen.

Nur eine Politik der offenen Grenzen kann der Weg sein, sich der Verantwortung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Vernichtung zu stellen. Dies fordert im Gespräch mit dem AK Professor Gerhard Baader, Medizinhistoriker an der Freien Universität Berlin und dem deutschen Faschismus gerade noch entkommen: ,,Aufgrund meiner Biographie ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, Menschen, deren Freiheit bedroht ist und die sich in Lebensgefahr befinden, jede Form der Unterstützung zu geben.'' Baader schildert die Bedingungen in der Schweiz, England, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark für die damaligen Emigranten, ihre Odyssee durch etliche Länder auf der Suche nach einer halbwegs sicheren Zuflucht. Er ruft uns ins Gedächtnis, daß der verzweifelte Sprung von Flüchtlingen aus dem Fenster einer Asylbehörde auch für manche deutsche Emigranten der letzte Weg war, sich der Qual der Verfolgung zu entziehen. Auf ihre Weise hat die bundesdeutsche Asylpolitik Lehren aus der Vergangenheit gezogen: Die Schlupflöcher, die vielen antifaschistischen Flüchtlingen das Leben retteten, selbst diese Schlupflöcher soll es in diesem Land nicht mehr geben. Ein Flüchtling, der bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gesucht hat, verwirkt hierzulande von vorneherein seine Anerkennung als Asylsuchender. Für tausende der vor dem Faschismus Geflohenen wäre dies der sichere Tod gewesen.

Interview mit Gerhard Baader zur Flüchtlingsfrage im Faschismus auf Seite 30
Aktueller Bericht zur Asylpolitik auf Seite 31

Aus dem Inhalt

Aufrüstung
Von „Nullösungen" war im Oktober in Reykjavik die Rede, im November durchbrachen die USA die in SALT II festgelegten Rüstungsgrenzen. Weitere und massive Aufrüstungsschritte der USA stehen bevor. S. 23

Reagan
Unterstützung von Konterrevolution und Rechtsdiktaturen weltweit. Rükkendeckung für die Rassisten in Südafrika. Invasion auf Grenada, Bomben gegen Lybien. Jetzt Waffenlieferungen an den „Erzfeind" Iran. Praktizierte Außenpolitik eines US-Präsidenten. S. 15

Joschka Fischer — Vorbildlicher Einsatz für die Krötentunnel



11. Wahlperiode Drucksache **11/6825**

HESSISCHER LANDTAG

29. 10. 86

Antwort
des Ministers für Umwelt und Energie

auf die Kleine Anfrage der Abg. Lortz, Müller (Gelnhausen) und Fischer (CDU)

betreffend Erstellung von Krötentunneln und Krötenzäunen zum Schutz bei Amphibienwanderungen
Drucksache 11/6023

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Errichtung von Krötentunneln zum Schutz von Laichwanderern?

Die Landesregierung bewertet die Anlage von Amphibiendurchlässen positiv. Diese tragen wesentlich dazu bei, die Wanderwege der Amphibien wirkungsvoll zu sichern und diese gefährdeten Tierarten in ihrem Bestand weitgehend zu erhalten.

• • •

4. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, beim Neubau von Landesstraßen die Einrichtung von Krötentunneln an dafür geeigneten Stellen vorzusehen?

Die Landesregierung hält es für sinnvoll, beim Neubau von Landesstraßen die Einrichtung von Krötentunneln an dafür geeigneten Standorten vorzusehen. Sie stützt sich hierbei auf Grundsätze des Hessischen Naturschutzgesetzes, wonach natürliche Wanderwege der unter besonderem Schutz stehenden Tierarten bei allen öffentlichen Maßnahmen zu erhalten sind.

5. Welche zusätzlichen Kosten sind damit verbunden?

Die mittleren Kosten für eine ortsfeste Anlage belaufen sich erfahrungsgemäß auf 50 000,– DM bis 80 000,– DM. In besonders schwierig gelagerten Fällen ergeben sich allerdings Kosten von über 100 000,– DM.

Ein Jahr Amtszeit hat der hessische Staatsminister für Umwelt hinter sich. Bisher, so dachten wir ignorant, sähe seine Bilanz eher ungünstig aus: Zweimal hat sein Haus gegen Bürgerinitiativen gerichtliche Auseinandersetzungen um die Mülldeponien in Messel und Mainhausen verloren. Land auf, Land ab findet er aufgrund der St.-Florian-Mentalität der hessischen Bevölkerung keinen alternativen Standort zur Lagerung des Giftmülls der chemischen Großindustrie. Die vorläufige Verbringung dieses Giftmülls auf eine DDR-„Sondermülldeponie" in Schönberg wurde zum großen Teil ebenfalls gerichtlich untersagt und zu guter Letzt wurde der Ökologe auch noch dabei erwischt, als er falsch deklarierte dioxinhaltige Filterstäube in Österreich „zwischenlagern" wollte. Ganz zu schweigen über die Hanauer Nuklearbetriebe. Müllminister Fischer stand schon fast als totale Niete da. Aber er holt auf.

Noch 1984 mußte sich die grüne Landtagsfraktion anläßlich der Tolerierungsverhandlungen mit der SPD im AK Nr. 242 vorwerfen lassen: *„Daß die von den Grünen geforderten 'gezielten Wiedereinbürgerungsversuche für die nachfolgenden Arten: Wanderfalke, Biber, Luchs, Weißstorch und Schwarzstorch, Kohlrabe, Erdorchideen und Eiben' im Einigungspapier typisch sozialdemokratischen Unverbindlichkeiten zum Opfer fallen, muß betroffen machen. Dieser Verlust kann nur teilweise wettgemacht werden, daß die SPD einwilligte, die Waldwege 'zu artenreichen Saumbiotopen' zu entwickeln. Dementsprechend sollen 'die im Rahmen der EG oder der Gemeinschaftsaufgaben geltenden Förderungsrichtlinien für den forstwirtschaftlichen Wegebau geändert werden'* ". Diese bitteren Worte hat sich der grüne Minister stark zu Herzen genommen und so müssen wir ihm anläßlich der Lektüre der anschließenden Beantwortung einer kleinen Anfrage der CDU einiges abbitten. Weiter so, Joschka! Und danke!

KB/Gruppe Frankfurt



• • •

10. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Zahl der in Hessen pro Jahr getöteten Amphibien bei den Laichwanderungen?

Hierüber liegen keine verwertbaren Zahlen vor. Man kann jedoch davon ausgehen, daß an fast allen Straßenabschnitten in Hessen, auf denen Amphibien in nennenswerter Zahl gefährdet sind, ortsfeste Schutzeinrichtungen bestehen oder Mitglieder der Naturschutzverbände provisorische Schutzmaßnahmen durchführen, so daß die Zahl der getöteten Tiere in den vergangenen zehn Jahren entscheidend gesenkt werden konnte.

11. Welche Amphibien – neben der Erdkröte und dem Grasfrosch – sind bei ihren Laichwanderungen besonders gefährdet?

Neben Erdkröte und Grasfrosch sind die Molcharten und der Feuersalamander besonders gefährdet.

12. Wie beurteilt die Landesregierung die Anlage künstlicher Laichgewässer, um langfristig die Wanderungen der Amphibien auf ungefährliche Strecken umzuleiten?

Dies stellt eine Hilfsmaßnahme dar, die auf Notfälle beschränkt bleiben muß, da der Erfolg erfahrungsgemäß höchst fraglich ist. Allgemein gilt der Grundsatz, die Tiere in ihrem angestammten Lebensraum und in ihren gewachsenen Lebensbeziehungen zu belassen.

Die Umsiedlung von Amphibien stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, da die am häufigsten vorkommenden Arten so stark auf ihr Ursprungslaichgewässer geprägt sind, daß sie ihr Leben lang bestrebt bleiben, auch dort wieder ihren Laich abzulegen. Dies ist allenfalls durch Zwang zu verhindern: Verfüllung des alten Laichgewässers, alljährliches Einsammeln der Tiere bis zum Erlöschen des Bestandes der Elterntiere (etwa 8 Jahre) und Umsetzen in das Ersatz-Laichgewässer. Dort müssen sie durch Einzäunung festgehalten, zur Laichablage gebracht und anschließend wieder freigelassen werden. Erst wenn dies gelingt und dort neue Amphibien-Generationen aufwachsen, nehmen diese das neue Gewässer als ihren Laichplatz an und suchen es in den Folgejahren von sich aus auf.

• • •

• • •

15. Wie bewertet die Landesregierung die heutige Vernichtung von Zehntausenden von Amphibien durch den Straßenverkehr unter den Gesichtspunkten eines ausgeglichenen Naturhaushaltes und des Datenschutzes?

Der Straßenverkehr hat zur Artenschwund und -gefährdung erheblich beigetragen.

Ohne ausreichende Schutzmaßnahmen für die durch den Straßenverkehr gefährdeten Amphibien würden zwangsläufig örtliche Populationen dieser Tiergruppe vernichtet und könnten somit ihre wichtige ökologische Funktion im Naturhaushalt nicht mehr füllen. Zudem bedarf es des Hinweises, daß Amphibien den Bestand ihrer Beutetiere (z. B. Insekten und Schnecken) regulieren und selbst einer Vielzahl anderer Tierarten (z. B. Raubsäugern, Störchen, Greifvögeln und Schlangen) als Nahrung dienen. Ein wirkungsvoller Amphibienschutz an Straßen ist daher im Rahmen der ganzheitlichen Pflege des Naturhaushalts notwendig.

Wiesbaden, den 17. Oktober 1986

Fischer



Spendenaufruf

Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch ist. Wir wollen daher nicht groß rumjammern, auch nicht mit vielen Worten erneut erläutern, daß ein Projekt wie der ARBEITERKAMPF keine anderen Geldquellen hat, als die Verkaufseinnahmen und die finanzielle Unterstützung der Leser und Leserinnen. Mit einer Weihnachtsspende helft ihr uns und all jenen, für die diese Zeitung einen Lese- und Gebrauchswert hat. 40.000 DM ist unser Spendenziel in diesem Jahr, um die Existenz des AK für das nächste zu gewährleisten. Also, denkt bitte drüber nach und dann:

Spenden bitte nur auf das Konto:
Heinrich Eckhoff Bankleitzahl 200 800 00
Dresdner Bank Kontonummer 4 806 104 00

SPENDEN-ERGEBNISSE

Stand 13.12.86

Hei., Hamburg	200
Ti., Hamburg	150
Ro., Kinderbereich	400
DBF, Bremen	500
Js., Wahlzelle	300
BO Altona	500
Hz., Hamburg	300
Fr., Erzieher	300
Spenden/Überschuß KB-Arbeitskonferenz	742
Ma., Antimil	150
Ein Chemiegenosse	100
N.N., Hamburg	250
BO Eimsbüttel	1.150
Gi., Wahlzelle	50
Robi	1.500
Vo., Pulheim	500
Th., Soest	300
Chr., Bremen	300
KB Würzburg	400
KB Stuttgart	280
Li., Bochum	50
Ma., Westberlin	200
xy., Westberlin	50
Ga., Hamburg	500
SUMME Nov. bis 13.12.	**9.172**



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Foto: H. Wojahn

Sprechblasen contra Denkblasen

Bilanz nach dem Altonaer GAL-„Putsch"

Im April dieses Jahres wurde im Hamburger Bezirk Altona der alte GAL-Vorstand abgewählt von eigens zu diesem Zweck eingetretenen , überwiegend jugendlichen neuen Mitgliedern. Die „Putschisten" übernahmen unter Protest der alten Altonaer GALier, aber mit dem Wohlwollen und finanzieller Unterstützung anderer Hamburger GAL-Bezirke das Büro und versuchten, eine eigene GAL-Politik zu entwickeln. Sie wollten der eingefahrenen parlamentarischen Kleinarbeit der GAL außerparlamentarische Aktionen entgegensetzen. Mit dem Aufbrechen verkrusteter Parteistrukturen sollten zurückgezogene und neue Mitglieder mobilisiert werden. Eine wichtige Rolle bei dieser Neuorientierung spielte das „Kneipenprojekt", mit dem anstelle des Parteibüros „ein politisches und kulturelles Zentrum" gesetzt werden sollte, „nicht im Rahmen eines Bürobetriebes, sondern in einem lockeren Rahmen, wo man auch was essen und trinken kann." (1)

Mit ihrem rabiaten Vorgehen gegenüber den „alten" GALiern, hatten die „Neuen" eine klare Trennungslinie gezogen; über die Einschätzung der alten Parlamentsarbeit bestanden aber auch unter den „Neuen" Widersprüche: Die einen hielten sie für grundsätzlich falsch und schädlich; die anderen konnten der Parlamentsarbeit durchaus positive Aspekte abgewinnen, hielten sie jedoch, gemessen am Ergebnis, für zu arbeitsintensiv und lehnten sie deshalb für sich ab. Auch gab es Meinungsverschiedenheiten über Stellenwert und Gewichtung von „inhaltlichem Findungsprozeß" und „Aktionismus" (1).

Heute, ein gutes halbes Jahr nach dem „Putsch", hat sich der Trubel des Neuen gelegt und es wird Zeit, einmal dem „Putsch", hat sich der Trubel des Neuen gelegt und es wird Zeit, einmal kritisch zu hinterfragen, was die „Kulturrevolution" — wie der „Spiegel" es nannte — schließlich gebracht hat, welche Chancen sie hatte und wo sie an ihre Grenzen gestoßen ist.

Vom aktionistischen Einstand zum Abgang mit rüden Vorwürfen.

In der ersten Zeit nach dem Putsch schafften es die neuen GALier, viele Menschen zu aktivieren und zu mobilisieren. Überwiegend Jugendliche, oft mit wenig oder keinen politischen Erfahrung, stürzten sich mit wildem Eifer auf die Erstellung von Flugblättern und das Verkleben von Plakaten. Nach dem US-Überfall auf Lybien marschierten sie auf der Demo mit einem großen Block hinter einem „Waffen für Gaddafi"-Transparent. Zur Mitgliederversammlung zogen sie als bunter Zug durch Altona. Eine MacDonalds Filiale wurde besetzt, um darauf aufmerksam zu machen, daß dort eigentlich mal ein Jugendtreffpunkt hin sollte. Zu Lybien organisierten sie eine sehr informative Veranstaltung, auf der sich 400 Leute drängelten.

Die Putschisten hatten es also geschafft, überwiegend Jugendliche zu bewegen und eine Politik zu betreiben, die Spaß macht. Dies in einer Zeit des Niedergangs der Jugend- und Schülerbewegung, des Dahinsiechens der Friedensbewegung, noch vor dem GAU in Tschernobyl.

Als die Anti-AKW-Bewegung dann wieder auflebte, mischten die neuen GALier natürlich auch kräftig mit. Die Brokdorf-Demo am 7.6. markierte dann auch den Wendepunkt. Der eine Flügel, dessen exponiertester Vertreter Aram Ockert ist, wollte über das Verhältnis zur „Gewalt" diskutieren; der andere Flügel, der sich im nach dem Putsch gebildeten „Außer Parlamentarischem Plenum" (APP) trifft und um Kadee schart, wollte das überhaupt nicht. Die Sommerpause begann, und die APPler zerstreuten sich. Der Flügel um Aram bildete eine Solidaritätsgruppe für den am Rande des „Hamburger Kessels" festgenommenen Frank S., die eine sehr gute und wichtige Arbeit leistete. Nachdem Frank S. im Herbst endlich freigelassen wurde, löste sich diese Gruppe leider auf. Der neue drive der „Putschisten" insgesamt war verlorengegangen, die Einigung mit den „Alten" vorangeschritten und inzwischen ein paritätisch besetzter Vorstand gewählt.

Im September beschwerte sich Kadee in seinem Hausblatt „Hungrige Herzen": *„So extrem der neue Schwung begann, so extrem ist jetzt der Abgang. Auf dem letzten ‚AußerParlamentarischen Plenum' erschienen ganze drei Leutchens, die frustriert nach einer halben Stunde das Feld wieder verließen. (...) die Gartenzwerge haben längst ihr Roll-Back begonnen."* (2)

Die Gründe für „die eingetretene Lustlosigkeit der APP - Rebellen sieht Kadee darin, daß sie ihre Ideen nicht mehr umsetzen. *„Die letzten gut besuchten Sitzungen waren stattdessen mehr geprägt von stundenlangen Debatten über die Gewaltfrage, als von Tatkraft und Aktion."* Die Schuldigen dafür hat er auch schon gefunden: *„Die Hobbystrategen und Mehrheitsbeschaffer unter uns"*, die *„längst ihre Heimat bei den altGALiern entdeckt haben"*. Sein Rezept: Die *„Utopie in die Praxis umsetzen. Das heißt, Kommunen bilden statt Wohnungspolitik; Spaßguerilla statt Laberhaufen; eigenes Zentrum mit Musik und billig Bier statt Kulturausschuß; Widerstand leben, statt Politik zu machen. Sprechhülsen werden letztlich keinen vom Hocker reißen, sondern das macht nur doof, dogmatisch, staubig und Pickeln im Gesicht."* (2). Angesichts derart rüder Bemerkungen will auch die Gegenseite (Aram) in dieser Schlammschlacht nicht nachstehen und steigt mit einem Papier in den Ring: Kadee lasse sich *„in der ihm eigenen elenden Geschwätzigkeit zum Thema GAL-Altona aus"*. Was Kadee sagt, sei jedoch *„völlig ohne Belang, solange keine Alternativen angeboten werden"*. Aram möchte *„den Kampf um Mehrheiten als Kampf um die Köpfe der Menschen definiert"* wissen. Abgrenzen müsse man sich gegen *„die Hardcore-Rebellen des APP, deren Meßlatte für politische Erfolge die Höhe des angerichteten Sachschadens ist. Es ist zu hoffen, daß der Linksopportunismus der ‚Hungrigen Herzen' gegenüber diesen Leuten irgendwann einmal wieder aufhört."* Betreffs Kadees „Sprechhülsen"-Bemerkung meint Aram: *„Ist das etwa selbstkritische Reflexion nach der Absonderung von Sprechhülsen (...) ??? Mit Sicherheit nicht! Der Autor will uns damit wohl sagen, daß ihn die intellektuelle Fleißarbeit seines Artikels dermaßen erschöpft hat und er nun mal schnell zum Ende kommen muß."* Seine Kritik an Kadees Politik Vorschlägen: *„Aber der schlimmste Schicksalsschlag steht der Bourgeosie noch ins Haus : Ein Zentrum mit Musik und billig Bier. Das ist wahrlich die Politikkonzeption, die ‚tiefgreifend was ändern will', die nicht nur ‚an der Oberfläche herumkratzt'. (...) Hier wird Subversion sinnlich erfahrbar, noch nie hat man soviel Politik gemacht. Man kämpft an allen Fronten. Gegen den HVV und für Nulltarif, indem man schwarzfährt. Gegen den Staat und seine (Verkehrs-)ordnung, indem man bei rot über die Straße geht. Gegen die Eigentumsordnung, indem man bei Hertie klaut. Für den proletarischen Internationalismus, indem man in Portugal urlaubt. Gegen die bürgerliche Moral, indem man nicht immer mit der gleichen fickt. Und man bereitet den Untergang des lausigen Kapitalismus vor, weil man die Gründung einer WG plant."* (3)

Genug der Zitate, der Umgangston und die Frontenlage dürften klar geworden sein. In Altonas Kneipen wird nun an sauber getrennten Tischen gezecht. An einem Tisch überlegt man sich, ob der Zeitpunkt gekommen ist, den Kadee in einem AK-Interview benannte: *„Wenn ein Abbröckelungsprozeß stattfindet, daß die Leute austreten oder nur wenig aktiv sind, dann müßte man wieder den Schritt unternehmen auszutreten, weil das gefährlich enden kann."* Am anderen Tisch überlegt man, was noch zu retten ist und was auf dem nächsten Vorstand zu beraten ist.

Ein letzter Rettungsversuch

Um zu retten, was noch zu retten ist, versuchten Aram und vier weitere „Putschisten" mit einer neu zu gründenden „Kerngebietsstadtteilgruppe" die Reste zu sammeln. Der Gründungsaufruf besteht zur einen Hälfte aus einer sehr windigen Analyse der Friedensbewegung: *„Die Friedensbewegung hat objektiv eher zu einer Rechtsverschiebung im Bewußtsein der von ihnen Angesprochenen geführt, und dies mit einer ziemlichen Zwangsläufigkeit."* Begründung: Die „Raketen-weg"-Forderung sei deutschlandbezogen und schüre somit Nationalstolz.

Die andere Hälfte des Papiers ist dafür umso interessanter. Dort wird nämlich, leider sehr kurz, das allgemeine Politikverständnis hergeleitet: in einem Absatz vom „alles sofort", über das Kommunistische Manifest, zur Erkenntnis, daß wir zur Zeit Abwehrkämpfe führen müssen. Ergebnis: *„Kämpfen muß man, aber wie und wogegen? Vereinfacht gesagt, gegen den Zeitgeist, gegen das herrschende Bewußtsein, den Versuch wagen, der tumben Masse einen Teil ihrer widerwärtigen Gleichgültigkeit und Dummheit zu nehmen. Man könnte dies auch Grundlagensicherung für linke Politik nennen. (...) Es ist gut und wichtig, wenn Linke sich in (...) Praxisfeldern tummeln, nur glauben wir, daß dabei der Kampf gegen das herrschende Bewußtsein häufig zu kurz kommt."* Konkret stellen sie sich das so vor: *„So dringend hier und anderswo aktives Handeln geboten ist, so dringend scheint es uns auch angesagt, die linke Theoriedebatte wiederzubeleben."* (4)

Dabei dachten sie wohl weniger an Theoriedebatten, als an inhaltliche Diskussionen. Nun, auch dieser Ansatz brachte seine Probleme mit sich: Nicht nur die erhoffte Jugend kam, sondern auch muffige Altgediente, die dann die Diskussion bestimmten. Wer erstmal erklärt bekommen muß, was für Leute in der Hafenstraße wohnen, gehört einfach zu einer anderen Generation und legt die Diskussion lahm. Im Moment versuchen sie in einem zweiten Anlauf, anhand eines 200-Seiten-Readers die Geschichte der GAL aufzuarbeiten. Wohl bekomm's ...

Was an Praxis bleibt, ist die Kleinarbeit im Kreisvorstand. Dort *„arbeiten ‚Alte' und ‚Neue' gut zusammen und bewegen mangels Basis politisch so gut wie gar nichts"*. (4)

Vom Ausnutzen der GAL und dem Versuch, eine andere Politik in die GAL zu tragen

Spätestens an den harten Auseinandersetzungen zwischen Aram und Kadee zeigten sich zwei Politikansätze, die von Anfang an bestanden und die „Putschisten" in zwei Lager trennten. Deshalb müssen beide Ansätze getrennt betrachtet werden.

Kadee hatte von Anfang an mit der GAL an sich nichts am Hut. Ihm ging es darum, die Knete und Infrastruktur der GAL für seine Projekte zu nutzen. Die GAL sollte ihr Büro zugunsten des „Kneipenprojekts" aufgeben, Flugblätter und Plakate sollten auf Kosten der GAL kopiert werden usw. Wenn man bedenkt, daß die GAL ihre (parlamentarischen) Erfolge großenteils auf der linken Szene aufbaut, ist es durchaus berechtigt, von der GAL auch mal finanzielle Unterstützung einzufordern. Diese Unterstützung gewährt die GAL teilweise ja auch, im Landesverband z.B. mit einem festen Etat für Initiativen. Dieses „Geldabzocken" aber als Politikmachen zu begreifen, ist ein falscher Ansatz. Er ist Ausdruck einer unbewußten Resignation: Nicht vom Staat und gegen den Staat wird ein politisches Jugendzentrum eingefordert und erkämpft, was zweifellos schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, nein, die GAL wird ausgeguckt, wo die Kohle ja viel leichter abzuzocken ist, zumal sie nicht in der Lage ist, eine eigene Jugendpolitik zu machen und sich opportunistisch an jeden Jugendlichen wirft, der im Rahmen der GAL verspricht, politisch zu arbeiten. Auf diese Weise findet keine Politisierung statt, so schafft man höchstens eine Wut auf die GAL, wenn deren Opportunismus an finanzielle Grenzen stößt, auch wenn dieser Ansatz zugegebenermaßen zunächst sehr attraktiv erscheint.

Aram dagegen gehört zu den linken GALiern, für die, mangels eigener politischer Organisation, die GAL nach wie vor organisatorischer Bezugspunkt ihrer Politik ist. Sein Vorgehen ist daher einzureihen in die Rettungsversuche linker GALier, die angesichts der Rechtsentwicklung der Grünen ins Schwitzen kommen. Es ist ein Versuch, über den Putsch andere Politikformen und -inhalte in die GAL hineinzutragen und zu verankern.

Dies ist im Großen und Ganzen gescheitert. Der Putsch hat zwar gezeigt, daß es linke Jugendliche gibt, die auf „Politikmachen" ansprechbar sind und sogar bereit sind, sich unter dem GAL-Banner zu versammeln. Die GAL war dabei jedoch zu keinem Zeitpunkt inhaltlicher Bezugspunkt, ihre Struktur wurde lediglich für die eigenen Zwecke funktionalisiert. Die Mehrzahl der Jugendlichen fühlten sich als „Putschisten" und nicht als GALier. Rückwirkungen auf den Rest der GAL gab es auch kaum, nach der anfänglichen Neugier wurde Politik wie gewohnt weitergemacht.

Zudem war die Hochzeit nach dem „Putsch" in erster Linie von Aktionismus geprägt; es gab keine Perspektivbildung, geschweige denn eine politische Strategie. Am längsten existierte denn auch die Soli-Gruppe, die aus der konkreten Situation (Franks Inhaftierung) heraus ihre Funktion herleiten konnte und dementsprechend zielgerichtet arbeiten konnte. Alles in allem gleicht der Verlauf des GAL-Putsches auch dem klassischen Auf und Ab, das wir seit Jahr und Tag aus der Kampagnenpolitik kennen.

Erste Faustregel im Abschwung einer Bewegung ist bekanntlich das „Organisieren" der Reste. Genau das versucht Aram (der ja nicht aus der schlechtesten „Schule" kommt) mit der Stadtteilgruppe. Ein an und für sich durchaus begrüßenswerter Ansatz. Aber in der GAL kann auf keinen einzigen Diskussionsprozeß zurückgegriffen werden, dem auch nur im entferntesten etwas über den Parteiladen hinaus wirklich Interessantes abzugewinnen wäre. Die Gruppe muß sich also im luftleeren Raum völlig neu konstituieren. Das führt dazu, daß sie sich entweder in die Entwicklung von GAL und Grünen hineinziehen läßt, oder aber, was wahrscheinlicher ist, als Einsiedler in der GAL existiert und gar nicht erklären kann, warum sie denn in der GAL ist. Wenn denn die Gruppe nicht schon daran zerbricht, daß jeder x-Beliebige ankommen kann und so — wie oben gezeigt — völlig verschiedene Ansprüche aufeinanderprallen. Hoffnungsvoller scheint mir da der Versuch einiger Altonaer Schüler us dem GAL-Umfeld, an ihrer Schule eine inhaltliche Diskussionsgruppe zu gründen, die gegebenenfalls auch eine Praxis entwickeln könnte.

Die Unfähigkeit der GAL, eine Jugendpolitik zu entwickeln

Die gesamte Entwicklung des „Putsches" ist Ausdruck des jugendpolitischen Dilemmas, in dem sich die GAL befindet. Das erklärt auch den Oppor- schen Dilemmas, in dem sich die GAL befindet. Das erklärt auch den Oppor- tunismus der GAL gegenüber den Altonaer „Putschisten". Man muß sich das einmal vor Augen führen: Da übernimmt eine Gruppe von Leuten einen ganzen Bezirk, erklärt offen, daß sie mit der bisherigen GAL-Politik nichts am Hut hat, und wird von zwei Bezirken finanziell unterstützt, die „alten" GALier werden als Spielverderber hingestellt. Dieses Verhalten der GAL ist nur im Zusammenhang mit der gesamten GAL zu verstehen. Schon im Februar nämlich tagte der Landesvorstand zum Thema „GAL und Jugend". Abeitsmaterial dafür war u.a. ein Artikel mit der Überschrift: *„Die Grünis sind für mich so ziemlich das allerletzte"*. Hat die GAL den Niedergang der Jugendbewegung noch ruhig überschlafen, wacht sie auf, wo es ans Eingemachte geht: der Rückgang der GAL-Anteile unter Jungwählern. Wilde Konzepte kommen in Umlauf. Die FG Soziales-Sozialarbeiter wollte einen grünen Jugendverband aufbauen, scheiterte dabei aber kläglich, als sie auf die ersten Indianer-Kommune-Kids stieß. Ein Papier propagiert, einen „2. Bereich" aufzubauen, in dem sich die Aktivisten der GAL sammeln sollen, um ihre Aktionen zu koordinieren; ein festangestellter GAL-Bewegungssekretär war ebenfalls im Gespräch.

Ergebnisse brachte die LaVo-Sitzung letztlich keine: Ratlosigkeit und eine große Ignoranz. Während Aram mit dem „Putsch" versuchte, der „Wendeideologie" inhaltlich etwas entgegenzusetzen, und sich dahinter der Versuch einer Analyse der Situation vermuten läßt, beschränkte sich Thomas Ebermann auf der Sitzung z.B. darauf, aus den Unterlagen herauszuarbeiten, daß er sich auch auf längere Zeit noch zu den Jugendlichen zählen kann.

Auf derselben Schiene liegt ein neuerlicher Vorstoß des ex-Abgeordneten Kurt Edler (der bei aller KB-Feindlichkeit noch zu den Linken zu zählen ist), der zu einem „Planungsgespräch: Entwicklung einer GAL-Jugendpolitik" einlädt. Seine Vorstellungen laufen auf die Gründung eines grünen Jugendmassenverbandes hinaus, mit Zeltlagern, Kulturarbeit, Schulungen und schulpolitischen Aktivitäten. Bezeichnenderweise begründet er die Notwendigkeit seines Vorstoßes mit einer Auswertung der Wahlergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahlen, die einen Rückgang der Jungwählerstimmen attestiert.

Solange die GAL Jungendliche nur als Stimmvieh ernstnimmt, muß sie sich nicht wundern, daß sie für diese keine Attraktivität besitzt und nur zum Geldabzocken gut ist.

ol.

Quellen:
(1) Aram Ockert, „Drahtzieher" des Putsches im AK-Interview, AK 270
(2) „One for the money, two for the show, GAL go, go, go", Hungrige Herzen Extra Sept. 86
(3) „Hungrige Herzen-Tango: Schub dubbi duba, blabla", GAL Altona, MRB Okt. 86
(4) „Das kann doch nicht alles gewesen sein", ebda.

Waffenboykott gegen Südafrika? Nicht für die BRD!

Sollte sich der Verdacht erhärten, dann wäre das nicht nur ein Skandal, sondern „eine eindeutig kriminelle Handlung". Dies sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Hans Stercken (CDU), unmittelbar nachdem der Vorwurf erhoben wurde, Südafrika habe aus der Bundesrepublik U-Boot-Konstruktionspläne erhalten. Der Verdacht hat sich mittlerweile erhärtet. Nachweislich lieferte die Howaldt-Werke Deutsche Werft AG (HDW) illegal Blaupausen zum Bau von modernen Unterseebooten an den Apartheidstaat. Innerhalb der Regierungskoalition spricht heute allerdings niemand mehr von einer krimenellen Handlung — und dies aus guten Gründen.

Nach dem Außenwirtschaftsgesetz müssen Rüstungsexporte vom Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft genehmigt werden. Fallen die entsprechenden Waffen unter das Kriegswaffenkontrollgesetz, wird der Antrag an das Bundeswirtschaftsministerium weitergeleitet, das sich in der Regel mit dem Außen- und Verteidigungsministerium abstimmt. In Zweifelsfällen liegt die endgültige Entscheidung beim Bundessicherheitsrat. Für Waffenlieferungen an Südafrika gilt jedoch ein generelles Verbot, da sich die Bundesregierung dem völkerrechtsverbindlichen Rüstungsembargo der UNO angeschlossen hat. In der UNO-Resolution vom 4. November 1977 werden alle Staaten verpflichtet, „die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und -ausrüstungen, von paramilitärischer Polizeiausrüstung sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände." Soweit die Rechtslage!

Nach ersten Veröffentlichungen der „Kieler Nachrichten", die das Rüstungsgeschäft mit Südafrika aufdeckte, zeigten sich die zuständigen Stellen überrascht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft meldete, von den U-Boot-Konstruktionsplänen nicht unterrichtet worden zu sein. Aus dem Wirtschaftsministerium verlautete, die HDW hätte keinen Antrag auf Ausfuhrgenehmigung gestellt und dieser wäre selbstverständlich auch nicht genehmigt worden. Zwei Tage später sickerte durch, daß die HDW bereits im Sommer 1984 Sondierungsgespräche mit verschiedenen Regierungsstellen führte, um ihre Aussichten auf die Exportgenehmigung für U-Boote *oder* U-Boot-Konstruktionspläne auszuloten. Auf Wunsch des südafrikanischen Botschafters setzte sich zur gleichen Zeit auch Franz Josef Strauß für die Bewilligung der Lieferung ein. Nach seinen Angaben habe er vom Kanzler „eine positive Antwort erhalten". Am 23. Juli 1984 soll schließlich der damalige Kanzleramtsminister Waldemar Schreckenberger dem Vorstandsvorsitzenden der HDW telefonisch das Einverständnis der Bundesregierung signalisiert haben. In einem protokollarischen Vermerk über dieses Telefongespräch findet sich die bemerkenswerte Notiz: „Kanzler und Ministerpräsident Strauß sehr interessiert ... endgültige Genehmigung nach Parlamentsferien." Ein Jahr später, am 18. Juni 1985, teilte das als Schiffsbaulobbyist bekannte Ingenieursbüro Lübeck Bundeswirtschaftsminister Bangemann mit, daß die HDW bereits „ein Teil der Fertigungsanlagen" nach Südafrika geliefert habe. Dies sei sofort an Finanzminister Stoltenberg weitergeleitet worden, der seinerseits die Oberfinanzdirektion Kiel eingeschaltet habe. Es dauerte wiederum ein ganzes Jahr, bis die Oberfinanzdirektion Kiel Anfang November 1986 endlich ein Ermittlungsverfahren gegen die HDW einleitete. Wohlgemerkt: Nicht die Staatsanwaltschaft untersucht die illegalen und völkerrechtswidrigen Südafrikageschäfte der HDW, sondern die Oberfinanzdirektion Kiel — eine Zollfahndungsbehörde, die sich mit Ordnungswidrigkeiten befaßt und Bußgeldbescheide erteilt.

Trotz der nach und nach bekannt gewordenen Verstrickung des Kanzleramts sowie des Wirtschafts- und Finanzministeriums bleibt die Bundesregierung bei ihrer Behauptung, der HDW weder eine Zusage erteilt noch die Lieferung der Blaupausen stillschweigend geduldet zu haben. Den Vorwurf, die Bundesregierung habe den HDW-Vorstand ermutigt, die Konstruktionspläne ohne offizielle Genehmigung zu liefern, weil ein positiver Bescheid aufgrund der Rechtslage nicht gegeben werden konnte, weist Kanzleramtsminister Schäuble zurück. In dem besagten Telefongespräch habe sein Amtsvorgänger Schreckenberger der HDW-Spitze nur zugesichert, daß die Bundesregierung „aus Sorge um die Arbeitsplätze" prüfe, „ob das U-Boot-Geschäft mit Südafrika möglich ist". Die „positive Antwort", die Strauß von Kohl erhalten hat, ist nach Auffassung Schäubles ebenfalls keine Zusage, sondern „eine Frage der Interpretation". Kohl habe damit lediglich „in Aussicht gestellt, daß man das prüft". Nun sind die Interpretationskünste des Bundeskanzleramts spätestens seit Kohls Vergleich zwischen Goebbels und Gorbatschow bekannt; ein Vergleich, der ja auch nicht so gemeint war, wie er allgemein verstanden wurde. Keine Frage der Interpretation ist hingegen die Tatsache, daß die HDW zu 75,1 Prozent dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern und zu 24,9 Prozent dem Land Schleswig-Holstein gehört. Wenn die Bundesregierung, wie behauptet wird, tatsächlich erst im nachhinein von der Lieferung der U-Boot-Konstruktionspläne erfahren haben sollte, dann müßten die im Aufsichtsrat der staatseigenen Werft vertretenen Beamten des Finanz- und Wirtschaftsministeriums mit Blindheit und Taubheit gleichzeitig geschlagen sein. Doch auch das soll es ja schon gegeben haben.

Einem von den Grünen geforderten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum HDW-Geschäft verweigerte die SPD zunächst ihre (notwendige) Unterstützung. Norbert Gansel begründet die Entscheidung seiner Partei damit, daß die SPD nicht „in Verdacht geraten" wolle, eine „Retourkutsche für die Neue Heimat" zu fahren. Schließlich signalisierte die SPD-Fraktionsspitze am 8. Dezember doch noch ihre Bereitschaft zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Diese Entscheidung fiel der SPD sichtlich schwer. Dafür dürfte die Befürchtung ausschlaggebend gewesen sein, daß ein Untersuchungsausschuß unter Umständen auch das ganze Ausmaß der Rüstungskooperation mit dem Rassistenstaat zur Zeit der sozialliberalen Koalition ans Licht der Öffentlichkeit bringen könnte. An einer Offenlegung der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria in den 70er Jahren hat die SPD verständlicherweise kein Interesse.

Was in der Presse nach Bekanntwerden des HDW-Geschäfts als „Skandal" bezeichnet wurde, war für die CSU übrigens ein willkommener Anlaß, eine weitere Lockerung der Rüstungsexportrichtlinien zu fordern. Strauß-Berater Wilfried Scharnagl machte im „Bayernkurier" die „zögernde und bremsende" Politik des Auswärtigen Amts für die Krise der Werften verantwortlich. Strauß selbst plädierte dafür, bei Waffenlieferungen in den Nahen Osten „keine restriktivere Haltung" einzunehmen als die USA, Großbritanien, Frankreich oder Italien. Unterdessen wurde bekannt, daß Saudi-Arabien zum „Schutz seiner Ölanlagen und Exportrouten" an westdeutschen U-Booten interessiert sei. Die Bundesregierung hat bereits „eine generelle Prüfung" zugesagt.

b./KB Bonn



In einer Lagerhalle auf dem HHLA-Gelände finden die GAL-Frauen am 4.12.86 Waffen für Südafrika Foto: argus

8.000 bei Südafrika-Demo

„Boykottiert Apartheid — für umfassende und bindende Sanktionen, jetzt!" Unter diesem Motto demonstrierten am 29. November in Bonn nach Angaben der Veranstalter 12.000 Menschen gegen die Südafrika-Politik der Bundesregierung. Nach Schätzungen unabhängiger Beobachter dürfte die Teilnehmerzahl nur bei etwa 8.000 gelegen haben. Geht mensch einmal von der Annahme aus, daß die Verantwortlichen der über 300 Organisationen sowie die 2.230 Einzelpersonen bzw. Prominenten aus Politik, Kirche und Kultur, die zu dieser zentralen Veranstaltung aufriefen, an der Demonstration auch teilgenommen haben, dann war es wohl die größte „Funktionärsdemo" in der Geschichte dieser Republik. Von einer Anti-Apartheidbewegung als Massenbewegung konnte jedenfalls keine Rede sein.

Im Vorfeld der Demonstration fand innerhalb der Südafrika-Solidarität die alte Kontroverse um das Für und Wider einer Unterstützung des ANC oder des PAC oder beider statt. Das Ergebnis: der traditionell an der Black-Consciousness-Movement (Schwarze Bewußtseinsbewegung) orientierte AKAFRIK Münster sowie die Mehrheit des Koordinationsausschusses der Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO-KA) riefen nicht zur Demonstration auf. Obwohl laut Grundsatzbeschluß der BUKO nur zu solchen Solidaritätsaktionen mobilisiert, bei denen eine gleichberechtigte Unterstützung der verschiedenen Befreiungsbewegungen gewährleistet ist, rief eine Minderheit im BUKO-KA, darunter Medico International und das Mannheimer Aktionsbündnis gegen Apartheid, zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Im Zentrum der von der Anti-Apartheid-Bewegung initiierten und maßgeblich vom kirchlich-christlichen, reformistischen und revisionistischen Spektrum geprägten Demonstration standen die Boykottforderung und der Appell an die Bundesregierung, ihre Südafrika-Politik gemäß dem Verlangen der Befreiungsbewegung und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu ändern, sprich: Sanktionen zu verhängen. Bei der Kundgebung trat Pallo Jordan vom Exekutivrat des ANC in Lusaka mit einer eigentlich selbstverständlichen Feststellung der Ansicht entgegen, die internationale Isolierung des Apartheid-Staates werde zwangsläufig den Sturz des Rassistenregimes zur Folge haben. „Der Hauptschauplatz der Befreiung kann nur Südafrika selbst sein", betonte der ANC-Vertreter und wies auf diese Weise darauf hin, daß ein umfassender Boykott zwar einen hohen Stellenwert zur Verkürzung der Gewaltherrschaft und zur Verminderung der Opfer haben könne, aber allein noch keine Lösung bedeute. In Südafrika, so Pallo Jordan, geht es nicht mehr darum, durch Sanktionen die Botha-Regierung zum Einlenken zu bewegen bzw. zur Durchführung von Reformen anzuhalten, sondern um die Erringung der politischen Macht durch die legitimen Vertreter der Bevölkerungsmehrheit.

Im Namen des SPD-Parteivorstands verlas Horst Ehmke eine Grußbotschaft, bei der er zunächst einmal eine etwa 50-köpfige, mit Pfiffen ihr Mißfallen ausdrückende Gruppe Autonomer als „Chaoten" und Spalter" beschimpfte, um dann zur Tagesordnung überzugehen: Kritik der unmoralischen Apartheid und ihrer Unterstützer, der Bundesregierung. Das Ziel aller sozialdemokratischer Bemühungen: menschenwürdige Verhältnisse in Südafrika. (Ende der Rede — Das Protokoll des AK-Reporters vermerkt Beifall) Die Präsenz der Grünen blieb — so weit mensch sehen konnte — auf das von Uschi Eid verlesene Grußwort beschränkt. Dabei haben die Grünen einmal mehr eine Chance vertan, durch die Verbindung von parlamentarischer Initiative zur U-Boot-Affäre (siehe nebenstehender Artikel) und außerparlamenfarischen Aktivitäten, politischen Druck zu entfalten. Selbstkritisch bleibt anzumerken, daß auch der KB — trotz formaler Unterstützung der Demonstration — nicht nur recht wenig zur Mobilisierung beigetragen, sondern auch versäumt hat, im Rahmen seiner publizistischen Möglichkeiten die Südafrika-Politik der SPD als das zu kritisieren, was sie ist: ein scheinheiliger Versuch, die bürgerliche Ablösung des Rassismus zu betreiben. Scheinheilig, weil die Sozialdemokraten (siehe Hans Koschnik) sich nicht scheuen, sogar das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht zu opfern, und versuchen den ANC von seiner Forderung „Eine Person — Eine Stimme" abzubringen, wenn es gilt, die Interessen der NATO, der Konzerne und Banken zu schützen.

Es ist Wolff Geisler zu verdanken, daß er in seiner Rede die illegale Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen als Teil der seit Jahrzehnten (auch von der SPD) betriebenen und ständig erweiterten militärpolitischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Republik Südafrika aufgezeigt hat. Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß bezeichnete Geisler als „eidbrüchige Verbrecher und Sympathisanten des Apartheid-Regimes" und fügte hinzu: „Hoffentlich klagt Strauß gegen diese Tatsachenbeschreibung." Eine Anzeige ist bisher nicht erstattet worden. Nun, auch dafür wird FJS seine Gründe haben.

b./KB Bonn



Südafrika-Demo am 29.11.86 in Bonn Foto: Jürgen Siegmann

Reden und Schreiben verboten

Bayern bannt Anti-AKW-Bundeskonferenz

BUKO-Verbot — Oberpfalz — besetztes Land. Schon seit langem war geplant, die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg stattfinden zu lassen. Bewußt entschied man sich für die Oberpfalz, um die Verzahnung des bundesweiten Widerstandes mit den regionalen Aktivitäten zu verstärken. Die Staatsmacht aber fuhr alle Geschütze auf, um diese Konferenz zu verhindern. Am 27.11.86 erhielt der Anmieter der Räume für die Bundeskonferenz in Regensburg Besuch durch einen Vertreter der Stadt. Einen Tag vor Beginn der Bundeskonferenz erhielt er den Bescheid, „daß die Abhaltung der ‚Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung 1986' in Regensburg vom 28. bis 30.11. ... verboten wird. Das Verbot gilt für sämtliche Bestandteile dieser Konferenz." Begründet wurde das Verbot mit Beiträgen aus dem Konferenz-Reader. Damit hatte niemand gerechnet, nicht einmal in der Oberpfalz, wo man mittlerweile wirklich genügend Beispiele rücksichtslosen staatlichen Vorgehens erlebt hat.

Der Schock saß tief und hatte zur Folge, daß die Vorbereitungsgruppe erst spät und dann auch nur unzureichend auf das Verbot reagierte. In der ersten Presseerklärung fand sich kein Wort über die zum Teil haarsträubenden Verbotsbegründungen, z.B. Werbung für „*Aufkleber Nr. 015 (‚Oberpfälzer Sägefische gegen WAA') und geplanter Aufkleber Nr. 018 ('Revolutionärer Fünfstern mit vermummter Sonne und Säge in der Faust')*". Mehrmals beanstandet wurde der Aufruf zu Blockaden, z.B. der Vorschlag, im Frühjahr vor dem AKW Stade zum Brennelementewechsel eine solche Aktion zu organisieren. Für ein Verbot reichen schon mißliebige Äußerungen einzelner Versammlungsteilnehmer: „*Dabei geht die Stadt Regensburg nicht davon aus, daß alle Versammlungsteilnehmer oder auch nur eine Mehrheit der Teilnehmer die zu beanstandenden Ansichten bei der Bundeskonferenz äußern werden ... . Für die Bejahung der Verbotsvoraussetzungen genügt es, daß zumindest die Duldung entsprechender Äußerungen durch einzelne Versammlungsteilnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.*" (aus der Begründung der Stadt Regensburg). In der Presseerklärung der BIWAK davon kein Wort, stattdessen wird vor allem damit argumentiert, daß die Arbeitskreise ja gar nicht öffentlich seien.

der BIWAK davon kein Wort, stattdessen wird vor allem damit argumentiert, daß die Arbeitskreise ja gar nicht öffentlich seien.

Radi-Aktiv ruft auf zur Anti-AKW-Bundeskonferenz

Ein Nürnberger Trägerkreis hat auf einer Versammlung am 10. Dezember die Initiative ergriffen, die nächste Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen in Nürnberg/Bayern vorzubereiten. Anwesend waren Bürgerinitiativen aus Nürnberg, Bamberg, München und Regensburg, zahlreiche Antirepressions- und Initiativgruppen, Vertreter politischer Strömungen wie Grüne, Jusos, KB, und Autonome sowie die Zeitung Radi Aktiv. Sie schlagen die Konferenz vom 16. bis 18. Januar 1987 vor. Ein breiter politischer Trägerkreis soll den politischen Preis für ein zweites Regensburg in die Höhe treiben. Geplant ist die Durchführung der BuKo in der für Regensburg vorbereiteten Form. Inhaltlich soll zusätzlich ein Schwerpunkt auf die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und die damit im Zusammenhang stehenden neuen Anti-Terror-Gesetze gelegt werden. Eine endgültige Entscheidung über die Bundeskonferenz wird auf einem Vorbereitungstreffen am 20. Dezember fallen.

Bis dahin sollen zahlreiche politische Unterstützer unter einen Aufruf gesammelt werden, den man bei der nachstehenden Adresse beziehen kann. Radi Aktiv, c/o Kulturladen Süd, Rothenburger Straße 106, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/288946 (Montag bis Donnerstag, 18 bis 19 Uhr).

Einen von den Grünen eingebrachten Dringlichkeitsantrag zum Verbot lehnten die Fraktionen von CSU und SPD im Regensburger Stadtrat gemeinsam mit der Begründung ab, es handele sich um laufende Geschäfte der Verwaltung, die deshalb vom Stadtrat nicht behandelt werden müßten. Trotzdem hatte mensch die Hoffnung, die BUKO gerichtlich per einstweiliger Verfügung durchsetzen zu können. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, ein Antrag von Jens Scheer wurde abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung nur noch mit einem Beitrag der „Aktionsgruppe Kreis Steinburg" im Konferenz-Reader. Dort heißt es an einer Stelle, daß „*einige Personen aus der Aktionsgruppe Kreis Steinburg, BI Itzehoe, gewaltfreien Aktion und kirchlichen Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg angefangen (haben), einzelne Schrauben von Strommasten zu lösen, und sich zu ihrer Tat vor der Presse zu bekennen. Durch diese Veröffentlichung üben wir starken politischen Druck auf die Atommächtigen aus.*" Nach Meinung des Verwaltungsgerichts Regensburg erfüllt dieser Text den Tatbestand des § 111 (Aufforderung zu Straftaten). Begründet wurde das Verbot damit, daß es der Antragsgegnerin (Stadt Regensburg) „*deshalb nicht möglich war, durch geringere Eingriffe wie etwa Entsendung von Polizeikräften in die Versammlungsräume mit dafür zu sorgen, daß gegebenenfalls Aufrufe zur Gewalt verhindert werden können.*" Lediglich ein Verbot für ein Fest am Samstagabend wurde aufgehoben. Die trotz Verbot zahlreich angereisten BUKO-Teilnehmer fanden das vorgesehene Veranstaltungsgebäude von starken Polizeieinheiten umstellt, mit Flutlicht beleuchtet. Statt zur Auftaktveranstaltung versammelten sich die Teilnehmer in der Innenstadt Regensburg zu einer Spontan-Demo.

Olympiareif — 200 Meter Spontan-Demo

Der am Donaumarkt anwesende Einsatzleiter hatte zunächst erklärt, daß die Polizei nichts gegen die Demonstration unternehmen wolle, aber dies galt nur 200 m weit. Dann hatte der „kreidebleiche, verstört wirkende Einsatzleiter" von oben wohl andere Order bekommen. Mehrere Hundertschaften riegelten die Straße ab, der etwa 500

nur 200 m weit. Dann hatte der „kreidebleiche, verstört wirkende Einsatzleiter" von oben wohl andere Order bekommen. Mehrere Hundertschaften riegelten die Straße ab, der etwa 500

Menschen große Zug wurde gestoppt, zeitweise eingekesselt, was den Verkehr in der engen Altstadt total zusammenbrechen ließ. Angesichts eines übermächtigen Polizeiaufgebots löste sich die Demonstration in kleine Gruppen auf. Polizeisprecher Humbs gab gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung" (29.11.86) an, „*die Stadt Regensburg habe den Bundeskongreß und alle Folgeveranstaltungen verboten, worunter auch der Protestzug falle.*" Der Einsatzleiter, der wohl nicht rechtzeitig in die ausgegebene Sprachregelung eingeweiht wurde, meinte hingegen, „*dies sei keine Spontandemonstration, weil zwei Transparente aufgetaucht seien und dies auf Vorbereitungen schließen lasse.*" Mensch fragt sich, warum die Polizei sich überhaupt noch die Mühe macht, ihre Willkürmaßnahmen zu begründen.

Blaulichter im Nebel

Wo immer sich Demonstrantengruppen in der Stadt sammelten, tauchten sofort BGS und Polizei auf. Dabei wurden nach Polizeiangaben 24 Personen „in Gewahrsam" genommen. „*Die Regensburger Altstadt bot gestern Abend ein ungewohntes Bild ... Mannschaftswagen von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz an allen Ecken, Blaulichter im Nebel, durch die Gassen marschierende Hundertschaften Uniformierter (nach Polizeiangaben 500), hermetische Abriegelungen, Kontrollen.*" (Mittelbay. Ztg., 29.11.). Tatsächlich, Regensburg bot das Bild einer besetzen Stadt und es wurde deutlich, daß das Verbot der BUKO mit einem enormen Polizeiaufgebot auf jeden Fall durchgesetzt werden sollte.

Gasthof umstellt — Verbot in ganz Bayern

Nachdem Polizei und Justiz so Tatsachen geschaffen hatten, wollte man die BUKO einfach außerhalb Regensburgs abhalten; am Demosammelpunkt wurde dazu aufgerufen, sich abends in Fronberg bei Schwandorf zu treffen. Doch kaum waren die ersten hundert Teilnehmer dort eingetroffen, waren auch schon wieder Bereitschaftspolizei und BGS mit von der Partie und versperrten den Eingang zum Versammlungslokal. Weder konnten die Versammelten heraus, noch wurden später eintreffende AKW-Gegner/innen hinein gelassen. Dafür präsentierte der Einsatzleiter Huber aus Amberg ein Fernschreiben aus dem bayerischen Innenministerium, wonach die Polizei beauftragt sei, die Bundeskonferenz überall in Bayern zu verhindern. In Verhandlungen mit der Polizei, die schon in Kampfmontur ins Innere des Lokals eingedrungen war, einigte man sich darauf, ohne Personalienfeststellung abzuziehen.

Die biologischen Folgen von Tschernobyl

Am Samstag konnte dann die BUKO wenigstens für einige Stunden zusammenkommen. Mit aller Vorsicht wurde von den örtlichen Büros der nächste Treffpunkt bekannt gegeben. In Regendorf bei Regensburg fand am gleichen Wochenende eine Bundesfachschaftentagung der Biologen statt, die sich angesichts des Verbots dazu entschloß, die BUKO-Teilnehmer zu einer Arbeitsgruppe Tschernobyl mit Jens Scheer als Referenten einzuladen. Fast gleichzeitig mit den Teilnehmer/innen der AG Tschernobyl trafen größere Polizeieinheiten in Regendorf ein. Während einer hektischen Plenumssitzung, im überfüllten Saal mit ca. 200 Leuten, immer wieder unterbrochen von Lageberichten über neu eintreffende Polizeieinheiten u.ä., konnte zum ersten Mal die Situation diskutiert werden. In der Diskussion wurde deutlich, daß man das Verbot nicht einfach hinnehmen kann. Es müsse auf jeden Fall versucht werden, eine neue BUKO in Bayern abzuhalten. Durchsetzbar wäre dies allerdings nur von einem weitaus breiteren Bündnis, als Ende November

nehmen kann. Es müsse auf jeden Fall versucht werden, eine neue BUKO in Bayern abzuhalten. Durchsetzbar wäre dies allerdings nur von einem weitaus breiteren Bündnis, als Ende November

zusammengekommen war. Es wurden aber auch Überlegungen angestellt, für den Fall eines erneuten Verbots in ein anderes Bundesland, vielleicht sogar nach Österreich auszuweichen. Das BUKO-Verbot wurde als vorweggenommene Anwendung der neuen §§ 129a und 130 bewertet. Zum weiteren Vorgehen bildeten sich drei Arbeitsgruppen: Die eine sollte eine politische Einschätzung des Verbots vornehmen und eine entsprechende Presseerklärung erarbeiten. Eine andere beschäftigte sich mit der Vorbereitung der nächsten BUKO, eine dritte diskutierte Widerstandsperspektiven. Den Arbeitsgruppen blieb nur wenig Zeit, denn inzwischen wurde die Staatsgewalt wieder aktiv. Der Bundesfachschaftentagung wurden angeblich auf Anordnung des Stadtrats fristlos die Räume gekündigt. Die vom Vertreter der Stadt vorgebrachte Begründung, die Tagung befände sich in einem Jugendhaus der Stadt Regensburg, es würden aber auch Erwachsene teilnehmen, war mehr als fadenscheinig. Für den Fall, daß die Teilnehmer der Tagung nicht innerhalb einer halben Stunde das Gelände verlassen hätten, wurde die polizeiliche Räumung angedroht. Der Apparat zur Durchsetzung dieser Drohung war in Gestalt von mehreren Hundertschaften bereits aufmarschiert. Blieb nur der Abzug. Teilweise arbeiteten die AGs in verschiedenen Kneipen weiter. Es hatte sich auch herausgestellt, daß sich parallel zu den Regendorfer Ereignissen eine weiere Gruppe in Schwarzenfeld gänzlich unbehelligt treffen konnte. Gleichzeitig fand in Schwandorf eine SPD-Veranstaltung zu Polizeiübergriffen statt. In einem Nebenraum tagte eine versprengte Gruppe der BUKO. Ein Beitrag zu den aktuellen Vorgängen wurde vom Veranstalter skandalöserweise abgelehnt.

Polizeischutz — damit ein Fest ein Fest bleibt

Am Abend sollte als einzig erlaubte Veranstaltung ein Fest stattfinden. Aber die Halle war von Polizei umstellt, der Vorplatz hell erleuchtet, auch im Inneren befanden sich Uniformierte und jede Menge Zivis. Die Polizei verkündete per Megaphon, sie sei mit Zivilkräften in der Veranstaltung vertreten und werde diese im Fall, daß sie zu einer Nachfolgeveranstaltung der Bundeskonferenz gegen Atomkraft umfunktioniert werde, als verboten im Sinne des Versammlungsrechts auflösen. Die Ansage ging in „Bullen raus!"-Rufen unter und auch an der Eingangstür angebrachte Zettel diesen Inhalts hingen nicht lange. Nachdem auf der Bühne die Ergebnisse der AGs verlesen worden waren, forderte jemand dazu auf, das „Fest" zu verlassen und sich am Arnulfsplatz zu treffen. Ungefähr die Hälfte der Anwesenden befolgte den Aufruf. Nach ca. 50 m versperrte eine Kette BGSler den Weg; als auch im Rücken der Menge eine Polizeikette gebildet wurde, war mensch wiedermal kurzzeitig eingekesselt. Die Eingekesselten wurden nun witzigerweise aufgefordert, die verbotene Versammlung zu verlassen. Drei Leute wurden festgenommen. Wer die Kette passieren konnte und glaubte, nun in die Innenstadt gehen zu können, wurde eines Besseren belehrt. An der ersten Brücke zur Innenstadt (das Fest fand auf einer Donauinsel statt) war eine Polizeikette postiert, die ausnahmslos jeden zurückwies, der die Brücke überqueren wollte.

An der nächsten Brücke das gleiche Bild. Wer nicht ortskundig war und einen Schleichweg zur dritten Brücke wußte, saß buchstäblich fest. Auf der anderen Donauseite waren ebenfalls Polizeiketten postiert, die wiederum niemanden auf die Insel ließen, auch nicht zahlreiche Bürger und Kneipenbesucher, die zu ihren geparkten Autos wollten. Für alle war der Weg total versperrt. Trotzdem sammelten sich auf dem Arnulfsplatz nochmals ca. 200 AKW-Gegner/innen und natürlich ein großes Polizeiaufgebot. Wer dort nach Meinung der Polizei allzu fleißig den Zebrastreifen benutzte, wurde festgenommen. Darunter auch ein 17jähriger, weil sich ein Polizist durch Seifenblasen bedroht sah. Nach Augenzeugenberichten wurde diesem Jugendlichen auf dem Polizeirevier von

Zebrastreifen benutzte, wurde festgenommen. Darunter auch ein 17jähriger, weil sich ein Polizist durch Seifenblasen bedroht sah. Nach Augenzeugenberichten wurde diesem Jugendlichen auf dem Polizeirevier von

einem Beamten der Kopf an die Wand geschlagen, eine ärztliche Untersuchung ergab eine schwere Schädelprellung. Bekannte, die diese Mißhandlungen beobachtet hatten und Anzeige erstatten wollten, wurden unter der Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und des Einsatzes von Polizeihunden aus der Wache gejagt. Die Scharmützel am Arnulfsplatz und Umgebung dauerten noch bis 2 Uhr, wobei die überall herumstehenden und fahrenden Wannen für mehrere Staus und Verwirrung gesorgt haben sollen als alles andere.

Nächste BUKO in Bayern

Am Sonntag fand in Schwandorf ganz ohne Polizeiübergriffe ein Plenum mit 150 Teilnehmern/innen statt, auf dem die Arbeitsgruppenergebnisse vom Vortag nochmals vorgestellt und diskutiert wurden. Beschlossen wurde ein Konzept, in dem es heißt: „*Die Konsequenzen aus dem Verbot dieser BUKO muß sein, die nächste zu organisieren, und zwar in Bayern.*" Als Termin wurde — falls es sich als realisierbar erweist — das Wochenende 17./18. Januar vorgesehen. Zur Durchsetzung soll für ein breites Bündnis geworben werden, das die Konferenz am Freitag mit einer Großveranstaltung zum Thema Kriminalisierung eröffnet. Die Verbreiterung dieses Bündnisses darf nicht auf Kosten der Inhalte gehen, was konkret bedeutet, daß aus dem Reader nichts gestrichen werden soll. Die Organisation der BUKO soll nicht nur einer Stadt überlassen werden. In einer verabschiedeten Presseerklärung heißt es: „*Das bayerische Versammlungsverbot bezieht sich unter anderem auf Widerstandsformen, die seit über einem Jahrzehnt als Mittel der Gegenwehr gegen Atomanlagen und Atomwaffen von Hunderten akzeptiert und praktiziert werden: gegen Blockaden, gegen zivilen Ungehorsam, kurz gegen alles, was den vom Staat gesetzten Rahmen für Proteste überschreitet. Wir protestieren gegen diesen beispiellosen Versuch, die Anti-AKW-Bewegung insgesamt als 'kriminelle Vereinigung' abzustempeln. Im Widerstand gegen Atomanlagen und Atomwaffen gilt für uns und heute mehr denn je das Motto von Wyhl: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!*"

Trotz der Schikanen des Wochenendes fanden sich viele BUKO-Teilnehmer zum üblichen Sonntagsspaziergang am WAA-Gelände ein.

Das bayernweit ausgesprochene Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung stellt einen massiven Angriff der Staatsregierung letztlich auf alle außerparlamentarischen Bewegungen dar. Das Verbot wurde durch eine eigenwillige Auslegung des § 5 Abs. 4 des Versammlungsgesetzes durchgesetzt. Dieses Urteil ist im Zusammenhang mit den neuen sog. Anti-Terror-Gesetzen zu sehen, die gezielt die Anti-AKW-Bewegung treffen sollen (s. gesonderten Artikel), da gerade sie die Bewegung ist, die sich Spaltungsversuchen in gewaltfreie und militante AKW-Gegner/innen widersetzt und eine offene Diskussion über Widerstandsformen sucht. Mit diesem Urteil soll das Denken und wird das Diskutieren verboten. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung existiert in Bayern nicht mehr. Das Verbot der BUKO entspricht dem verschärften Vorgehen gegen den WAA-Widerstand. Nach den massiven CS-Gaseinsätzen am Bauzaun, nach der Freigabe von Gummigeschossen, dem Verbot jeglicher Veranstaltungen gegen die WAA, nach den zahlreichen Verhaftungen und inzwischen Verurteilungen von WAA-Gegnern/innen mit zum Teil sehr hohen Haftstrafen, der Terroristenhatz, den ständigen Ermittlungsverfahren und Beschlagnahmungen des bayerischen Anti-Atommagazins „Radi-Aktiv", befaßt sich der Staat jetzt mit der Struktur des Widerstandes, um die Bewegung handlungsunfähig zu machen.

Wie reagiert die Bewegung?

Vorab ist festzustellen, daß relativ defensiv mit dem Verbot umgegangen wurde. Die oberste Zielvorgabe, sich als BUKO zu versammeln, bestimmte das politische Handeln an diesem Wochenende. Der Rechtsstreit wurde nicht mit einer politischen Argumentation geführt, es wurden sogar demokratische Selbstverständlichkeiten preisgegeben, um doch noch eine Versammlungserlaubnis durchzusetzen. Da dies scheiterte, wurde der Versuch eines mehr oder weniger heimlichen Vorgehens gemacht. Die Bewegung ließ sich in ein Untergrundgeplänkel abdrängen. Der von einer Minderheitenströmung eingebrachte Vorschlag, die nächste BUKO außerhalb Bayerns

eines mehr oder weniger heimlichen Vorgehens gemacht. Die Bewegung ließ sich in ein Untergrundgeplänkel abdrängen. Der von einer Minderheitenströmung eingebrachte Vorschlag, die nächste BUKO außerhalb Bayerns

stattfinden zu lassen, spricht von solcher Mentalität. Dabei wurde außer acht gelassen, daß es der Staatsregierung um mehr ging, als das Versammlungsrecht der BUKO außer Kraft zu setzen. Denn parallel dazu stehen die Anti-Terrorgesetze zur Verabschiedung an. Mit dem Verbotsurteil wurde der § 130a StGB aus dem Paket der neuen Gesetze vorweggenommen. Bayern spielt hier sicher eine Vorreiterrolle, da eben Wackersdorf der derzeitige Brennpunkt der Anti-AKW-Bewegung ist. Die Ereignisse im Göttinger Jugendzentrum am 1.12. zeigen aber, daß es nicht ausschließlich bayerische Scharfmacher gibt.

Ein Angebot der Landtagsfraktion der bayerischen Grünen, unter ihrem Schutz doch noch ein inhaltlich uneingeschränktes Sonntagsplenum zustande zu bringen, scheiterte an der Absage von etlichen Aktivisten aus dem Schwandorfer Anti-WAA-Büro. Eine kritische Distanz ist seit dem Entsolidarisierungsverhalten der bayerischen Grünen unter anderem anläßlich der Demonstration am 4.10.86 in München sicher in vielen Fällen angebracht. Aber angesichts der Tatsache, daß das Angebot der Landtagsfraktion unter den gegebenen Umständen die einzige Möglichkeit darstellte, eine nennenswerte Gegenöffentlichkeit aufzubauen, war diese Absage unverantwortlich. Die bayerischen Grünen verurteilten das Vorgehen der Staatsregierung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

und der Polizei scharf: *„Sie habe durch Jagdszenen auf Kernkraftgegner sich außerhalb der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bewegt."* (Nünberger Nachrichten, 2.12.). Bei einer Pressekonferenz am Montag in Bonn wurde von Fraktionssprecherin Hannegret Hönes (Grüne im Bundestag) mit der Verurteilung des staatlichen Vorgehens gleichzeitig die Bewegung aufgefordert, *„friedliche Mittel bei der Verfolgung ihrer Ziele einzusetzen und staatlichen Repressionen keinen Vorschub zu leisten"* (SZ, 2.12.). Hier wirds peinlich, wenn die grüne Sprecherin der Bewegung vorschreiben will, was sie diskutieren darf, während gleichzeitig der Bundestag den Zensurparagrafen 130a StGB verabschiedet. Insgesamt hat die Presse über das ungeheuerliche Vorgehen der bayerischen Staatsregierung mager berichtet. Die Dimensionen, die das BUKO-Verbot darstellt, wurden von der demokratischen Öffentlichkeit noch gar nicht erkannt.

Aus den Fehlern lernen

Die nächste BUKO muß wieder in Bayern stattfinden. Es muß deutlich werden, daß sich die Anti-AKW-Bewegung trotz der dann schon verabschiedeten „Terror"-Gesetze das Recht auf eine offene und unzensierte Diskussion nicht nehmen läßt. Um dies zu ermöglichen, braucht sie den Schutz der demokratischen Öffentlichkeit, von der nicht erwartet wird, daß sie sich mit allen Inhalten der Anti-AKW-Bewegung solidarisiert, die aber erkennt, daß das staatliche Vorgehen an jenem Wochenende die Aushöhlung der demokratischen Grundrechte darstellt. In Nürnberg existiert bereits ein Kreis von Aktivisten, die die Konferenz dort durchziehen und die örtliche Vorbereitung übernehmen wollen. Die letzte Entscheidung darüber wird von einem bundesweiten Vorbereitungstreffen noch im Dezember gefällt werden.

St. und I., Nürnberg

Dokumente über Verbote und Rechtssprechung in Bayern



Dieses Emblem ist erlaubt. Als Button mit einer Säge in der Faust ist es verboten.

Die Verfügung der Stadt Regensburg vom 27.11.86 zum Verbot aller Veranstaltungen der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung hat das bayerische Verwaltungsgericht Regensburg am 28.11. gebilligt, ausgenommen das geplante Fest. Von den vielen Textzitaten, die die Regensburger Stadthüter als Beleg für die Rechtswidrigkeit der Konferenz anführten, konzentrierte sich das Verwaltungsgericht auf einen Text des Vorbereitungsreaders, den wir hier vollständig zitieren:

„Den Atomstaat demontieren"

„Wir appellieren, demonstrieren, blockieren..., nichts hat die Atommächtigen zur Einsicht gebracht. Selbst nachdem uns Tschernobyl recht gegeben hat, passiert nichts. Im Gegenteil, sie bauen ihren Wahnsinn sogar noch weiter aus.

Wir müssen unseren Protest und Widerstand also noch verstärken, und das nicht nur verbalradikal!!

An diesen Gedanken anknüpfend, haben einige Personen aus der Aktionsgruppe Kreis Steinburg, BI Itzehoe, gewaltfreien Aktions- und kirchlichen Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg angefangen, einzelne Schrauben von Strommasten zu lösen, und sich zu ihrer Tat vor der Presse zu bekennen.

Durch diese Veröffentlichung üben wir starken politischen Druck auf die Atommächtigen aus. Um diesen Druck noch zu erhöhen, und einer Diffamierungskampagne entgegenzuwirken, suchen wir Leute, die schon geschraubt haben, bzw. noch schrauben werden, um gemeinsam, in verstärkter Form an die Öffentlichkeit treten zu können!!

Übrigens: Solange man mit seinen 19-36er Schlüsseln nicht vor den Augen der Staatsmacht schraubt, ist eine strafrechtliche Verfolgung wegen Beweisnot so gut wie unmöglich, auch wenn man sich vor der Presse dazu bekennt.

Aktionsgruppe Kreis Steinburg..."

Das Verwaltungsgerichtsurteil

Das Verwaltungsgericht sah darin den Tatbestand der „Befürwortung von Straftaten" nach § 111 Strafgesetzbuch erfüllt. Auch die angekündigte Distanzierung der Regensburger Veranstalter (die BIWAK) vom Steinburger Papier konnte das Gericht nicht überzeugen. Durch den Reader hätten sie dessen mehrhundertfache Verbreitung ermöglicht und könnten den Rechtsprechern nicht glaubhaft machen, daß sie *„etwa bei einem Auftreten der Aktionsgruppe Kreis Steinburg den von dieser Gruppe gemachten Äußerungen entgegentreten"* würden. Das Gericht spricht ihnen zwar nicht die Glaubwürdigkeit bei der Ablehnung von „Aufforderung zu Gewalttaten" ab, war jedoch *„nicht davon überzeugt, daß der Antragsteller die Bundesversammlung organisatorisch im Griff hat"*. Originalton Verwaltungsgericht:

„Aus der völlig unübersichtlichen Organsiation der BIWAK, dem Fehlen einer handlungsfähigen Vertretung und der hieraus folgenden mangelnden Handlungsfähigkeit der BIWAK, die den Antragsteller vertreten hat, schließt die Kammer, daß der Antragsteller wegen der Kürze der Zeit bis zum Beginn der Bundeskonferenz keinen klaren Überblick gewinnen kann, ob die von ihm eingesetzten Ordner und Arbeitsgruppenleiter tatsächlich den von ihm vertretenen gesetzmäßigen Weg beschreiten wollen, oder ob nicht dennoch auch Vertreter von Gruppen, die Gewalt propagieren, auftreten werden. Weiter ist zu schließen, daß er etwaigen Aufrufen zur Gewalt nicht mit Sicherheit entgegentreten kann, weil er keine Organisation zur Verfügung hat, auf die er sich verlassen kann."

Die Verbotsverfügung der Stadt Regensburg

Die Stadt Regensburg hatte in ihrer „Bescheid" genannten Verbotsverfügung an die Veranstalter der BuKo außer dem zitierten Steinburger Text noch eine Reihe zusätzlicher Textauszüge aus dem Vorbereitungs-Reader (in der Schreibweise des Regensburger Rechtsdezernats „Rieder" genannt) als Verbotsbegründung genannt. Mit dem Text der gewaltfreien Aktionsgruppe auf Seite 17 des Readers in Verbindung mit der Seite 111, *„wo zum Umsturz gebrachte Strommasten abgebildet sind"*, liege *„nach dem internen Zusammenhang der Äußerung und ihrem Zusammenhang"* mit dem Foto *„ein Aufruf zur Beschädigung von Strommasten in einer bestimmten Art und Weise vor"*.



Dieser Button ist verboten

„Aufforderung zu rechtswidrigen (strafbaren) Handlungen (Sachbeschädigung" ...

Auf Seite 28 des Readers wird ein Bericht vom Treffen südhessischer Gruppen und Einzelpersonen über die Beratung eines „Widerstandssamstags" wiedergegeben. Darin heißt es u.a. (die inkriminierte Stelle ist fettgedruckt): *„Konsens auf dem südhessischen Treffen trotz persönlich unterschiedlicher Auffassung (vom Pazifismus bis zur Militanz), ist die Nichtfestlegung der Aktionsformen.* ***Es wird keine Distanzierung geben. Vom Büchertisch bis zur Handsäge sei vieles möglich, hieß es.*** *Jede Gruppe oder Ortszusammenhang ist selber verantwortlich und handelt aus seiner Diskussion heraus. Natürlich wollen wir die Diskussion über Widerstandsformen oder über Kritik. Dies aber als Erfahrungsaustausch und Kommunikation in einer gemeinsamen Kampagne, wo keiner sich zum Sprecher aufschwingen darf. Durch Sammlung von Aktionsberichten und die Verteilung dieser an die teilnehmenden Gruppen soll ein Austausch und Zusammenwachsen der Bewegung ermöglicht werden."*

Entsprechend moniert werden: *„Aufkleber Nr. 015 (‚Oberpfälzer Sägefische gegen WAA') und geplanter Aufkleber Nr. 018 (‚Revolutionärer Fünfstern mit vermummter Sonne und Säge in der Faust'), S. 11"* (siehe nebenstehendes Faksimile).

Weiter ist die folgende Passage aus einer Abhandlung über „Erfolgsperspektiven und Gewaltfrage" nicht erlaubt: *„In die Diskussion um das jeweils taktisch richtige Vorgehen — verbunden mit unbedingter Solidarität nach außen — gehören auch die mit einbezogen, die den Steinwurf als Element der Befreiung empfinden..."* Sowie die folgende Textpassage aus dem

einbezogen, die den Steinwurf als Element der Befreiung empfinden..." Sowie die folgende Textpassage aus dem

Aufruf zum bundesweiten, dezentralen Widerstandstag: *„Trotzdem gibt es mehr verdeckt, aber auch offen (Wackersdorf), Verständnis für einen außerparlamentarischen, radikalen Widerstand, einen Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht, und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber."*

„Aufruf zu Blockaden erfüllen den Tatbestand der Nötigung"

Aus dem Papier der „Arbeitsgruppe Grenzbereiche" ist die folgende Aussage nach Regensburger Meinung strafbar (die inkriminierten Stellen fettgedruckt):

„Walter Mossmanns im Sommer in der TAZ gemachter und auf der Frankfurter Buko von Autonomen nochmals eingebrachter Vorschlag bundesweiter Grenzblockaden sollte besprochen werden, ebenso aber, ob als erste Aktion an allen BRD-Grenzen nicht etwas weniger Schwieriges laufen sollte, *zumal wir ja doch für die Abschaffung aller Grenzen sind. Wenn wir sie blockieren, leuchtet das vielleicht vielen nicht ein, es hat allerdings etwas Generalstreikartiges an sich, ähnlich wie die Wendland- und Wackerlandblockaden, doch so weit wie dort sind wir bundesweit ja leider meist nicht. Wie wär's mit spektakulären Verbrüderungen/Verschwesterungen auf möglichst vielen Grenzübergängen an einem Tag? Mit Leuten aus jeweils beiden bzw. allen drei Ländern, möglichst viel Medien, Flugblättern, Transparenten etc.?!? Blockiert wird dadurch ja auch in gewisser Weise.* ***Wenn das gut klappt, können Aktionen vor/in Gebäuden der Atommafia, beiderseits, und so folgen.*** *Wo's bisher nicht gelaufen ist, müssen Infoveranstaltungen, die möglichst breite Massen ansprechen, vorangehen, klar, und andere Infos."*

Aus einem „Aufruf für eine offensive Kampagne gegen die KWU" ist der folgende Absatz strafbar:

„Im Frühjahr nächsten Jahres könnte es massivere Aktionen geben. Vorgeschlagen wurde bis jetzt eine zweitägige Blockade (im Sinne des Wortes!) und ein überregionaler Aktionstag an den vier Standorten der KWU in Mülheim, Offenbach, Erlan-

Fortsetzung nächste Seite

Kommentar

Hier spricht das Umfeld

Denn so ist es doch gemeint: Die neue Gesetzgebung, die angeblich dem „Terrorismus" gilt, definiert neben anderen Linken diese Zeitung und die sie tragende Organisation KB als Umfeld der RAF, wobei Herr Zimmermann zum gegebenen Zeitpunkt sicher noch präzisieren wird, ob die behauptete Nachbarschaft „enger" oder „weiter" ist. Nach „Sympathisantensumpf", „geistiger Urheberschaft" oder „legalem Arm" kommt der Anwurf, ein „Umfeld" zu sein, nicht gerade überraschend, wenn auch die mangelnde Eleganz der polizeimäßigen Sprachregelungen immer wieder wehtut. Klar ist jedenfalls, daß heute, wo Böll und Brückner ersatzlos verstorben, Brandt und Nannen heillos verkalkt, Augstein sinnlos bekifft und Breitner hoffnungslos verblödet sind, unsereine(r) das Watschenfräulein/-männchen abgeben muß für alles Böse, das den Bundesinnenminister in seinen hypoglykotischen Anfällen (Unterzuckerung; Diabetes-Folge) heimsucht.

Das ehrt uns, aber — wie in aller Bescheidenheit anzufügen ist — auch die anderen Hauptfeinde der Staatsmacht, als da sind die Aktionsgruppe Steinburg evangelischer Christenmenschen, die Achse Ebermann-Ditfurth grüner Systemgegner, der schwarze Block militanter autonomer Subkultur und natürlich das Ehepaar Meyer als vermeintliches Kommando Dingsbums mit Frau Barbara, die gefährlich attraktiv aussieht und auch nach Paris fährt, aber weniger um hübsche Sachen einzukaufen. Will sagen: Die außerparlamentarische Opposition hat auch schon bessere Zeiten erlebt, aber es reicht allemal, um gegen die Männer der Wende eine gute Figur zu machen. Nebenbei bemerkt: Daß unsere Einstufung als „Umfeld der RAF" ein wahnsinniges Kompliment an jene, aber herbe Beleidigung uns gegenüber darstellt, soll angesichts des gegebenen Frontverlaufs einstweilen nicht vertieft, muß aber irgendwann der notwendigen Klärung zugeführt werden.

Der Mensch wächst an seinen Aufgaben. D.h. der CSU-Staat provoziert die Linke, sich der getretenen demokratischen Prinzipien anzunehmen, wenn es denn schon niemand anders tut (an sich eine tolle Chance für die DDR, aber ...) Dazu braucht's eine Einschätzung: Zensur ist (momentan), daß gedruckte Texte in Bayern inquisitionsmäßig durchleuchtet werden, damit sie in den anderen Bundesländern gar nicht erst gesetzt werden. Wobei die Zensoren hoffen, daß alles, was nicht gesetzt wird, über kurz oder lang auch aus den Köpfen schwindet.

Wie darauf reagieren? Ein Teil der Veranstalter der in Regensburg verbotenen Anti-AKW-Bundeskonferenz war sichtlich bemüht, vor Gericht alle staatlich geforderten Zusicherungen zu geben: Man werde Diskussionen über strafbare Handlungen selbst unterbinden und verbotene Inhalte nicht zulassen. Wenn diese Zusicherungen taktisch gemeint waren, dann war die Taktik jedenfalls erfolglos. Ein weiterer Teil der Konferenz versuchte, in der Not zu improvisieren und mehr oder weniger unter den Augen der bayerischen Staatspolizei und des BGS Ausweichmöglichkeiten für die Veranstaltung zu finden. Dies soll sogar nach eigenem Bericht einiger Beteiligter nicht unvergnüglich abgegangen sein. Trotzdem: Eine Massenbewegung, die in den letzten zehn Jahren Hunderttausende mobilisiert hat, darf sich damit nicht zufrieden geben.

Auch wenn es nervt, weil es Wichtigeres gibt und man selbst durchaus anderer Meinung sein kann: **Wenn einige christliche AKW-Gegner glauben, durch das Lockern zweier Schrauben an einem Strommast und durch Bekanntgabe dieser underground-action in der Öffentlichkeit ungeheuren Druck auf die Atomindustrie ausüben zu können, so müssen sie dies auf jedem Forum der Linken frei äußern und zur Diskussion stellen können. Und weiter: Mag auch der Hilfsliberale Hirsch im Bundestag mit unverkennbar schlechtem Gewissen toben, *„es sollte erneut die empörende und schäbige politische Verleumdung behauptet werden, die Bundesregierung habe Strafgefangene in Stammheim ermorden lassen"* — es muß den Angehörigen dieser Gefangenen und nicht nur ihnen möglich sein, diese Meinung so lange, so beharrlich und so oft zu vertreten, wie *sie* es für richtig halten,** zumal die ganze Wahrheit über Stammheim immer noch nicht bekannt ist.

Nutzt das dem „Terrorismus"? Ist das genau die Funktion, die das „Umfeld" für die RAF ausübt? Die Zimmermänner behaupten: Ja; die Linke sagt mehrheitlich: Nein. Im Prinzip können beide irren. Aber schon die Frage so zu stellen, verrät die mangelnde Übung in den einfachsten demokratischen Dingen. Selbst wenn es der RAF nützen würde, müßte so gehandelt werden. Das ist nun mal das Risiko des freien Meinungsaustausches, daß sich auch eine Richtung durchsetzen kann, die nicht die eigene ist. Freiheit ist ein Sprengsatz, kein Oma-Spiel.

Es wird sich noch herausstellen, wer die größeren Nachteile hinnehmen muß: Diejenigen, die den Sprengsatz Freiheit begehren auf die Gefahr hin, hinter Gittern weiter darüber nachdenken zu dürfen oder diejenigen, die zum Seziermesser greifen, um aus einem lebendigen Ganzen ein totes Stück „erlaubte Demokratie" zusammenzuschneiden. Die Radikalkur der doctores Tandler, Stoiber, Gauweiler, Fellner, Koller und anderer gelernter Metzger hat schon mit enormen Kunstfehlern begonnen, weil das bayerische Feldlazarett die Schwarzwaldklinik verblassen lassen will. Also: Betäubung mit dem Holzhammer, Amputation der ‚falschen' Glieder, folgenschwere Verwechselung wichtiger Organe (diese Leute sind ja manisch auf die Leber fixiert). Was gäbe man nicht dafür, dabei sein zu dürfen, wenn es hinter der Stirn von Regensburger Stadtvätern arbeitet, derweil sie in einem Reader zwischen den Zeilen lesen und die angefügten Bilder studienratsmäßig auslegen. Jaja: Häwi Rieder statt Ihsy Raider. Es ist doch recht offen, wer hier zuletzt und folglich am besten lacht.

Dieser demokratischen Schlacht sollte man nicht mit taktischen Tricks aus dem Weg gehen. Zumal es hier höchstens ganz im Vordergrund um bayerische Besonderheiten geht und tatsächlich, wie die Ereignisse in Göttingen, Erlangen und anderswo — ja überall — zeigen, um einen Versuch der Südstaaten, den Rest der Welt auf das Niveau des Mittelalters zurückzudrehen.

Leider sind nämlich die original inquisitorischen und leicht spürbaren Keulenschläge nur die Spitze des Eisbergs: **Aus Bundestagsprotokollen ist zu erfahren, daß Zimmermann laufend die Chefredakteure der maßgeblichen Presse zum Rapport bestellt und *„unaufhörlich"* Besprechungen mit ARD und ZDF abhält, um nicht näher bekannte konkrete Grundsätze *„außerhalb der redaktionellen Verantwortung der Anstalten"*(!!) zu verabschieden.** So beginnt der Staat, mithilfe der sog. „Öffentlichkeitsfahndung" direkt in die großen Medien hineinzuregieren, ohne daß man von Intendanten, Herausgebern oder Chefredakteuren auch nur ein Sterbenswörtchen über derart brisante Entwicklungen, geschweige denn Widerspruch, vernommen hätte. Es sieht nicht so aus, als ob auf dieser Ebene, die die entscheidende in bezug auf Zensur oder staatliche Manipulation ist, mit groben Kunstfehlern geholzt werden würde.

Zurück zur Anti-AKW-Bundeskonferenz: Sie muß natürlich wieder nach Bayern und der Tagesordnungspunkt 1 wird nicht lauten *„Sire, geben Sie Gedankenfreiheit"* (denn die *haben* wir im Unterschied zum Fürstentum zwischen Monaco und Neuschwanstein und Stephanie und Max Strauß ...), sondern er wird lauten **„Hier nehmen wir Redefreiheit"**.

Aber der Tagesordnungspunkt 2 muß lauten: WAA. Wiederaufarbeitungsanlage, Atombombenpläne des BRD-Kapitals, neurotisches Fingerjucken des bayerischen Reichsverwesers, wenn er ein rotes Knopferl erspäht, strahlender Müll, gegen den das bißchen radioaktiver Molke, von der Rosenheim nicht weiß, wohin damit, ein Treppenwitz ist, Becquerels, die den bayerischen Landsleuten heute das Wildbret verleiden und die ihnen morgen aus den Ohren rieseln werden. Sie wissen ja gar nicht, was ihnen das „Umfeld" Gutes tut, wenn es darauf besteht, nach Wackersdorf zu kommen und so lange auf den Putz zu hauen, bis die Wiederaufarbeitung den Weg alles Irdischen genommen hat. Hierin keine falsche Bescheidenheit: Nach der Wahl — auf ein paar Wochen früher oder später kommt es nicht an — sollte es eine wirkliche Massendemonstration in der Oberpfalz geben. Wir werden uns dabei an Paris erinnern, und Strauß darf an Chirac denken.

de.

Fortsetzung von vorheriger Seite

gen und Berlin (Oberpfälzer/innen machen ,Putz' in Moabit) ... Der Vorschlag wird auf der nächsten Bundeskonferenz im November eingebracht. Beide größere Aktionen können erst laufen, wenn eine breite Mobilisierung gelingt. Es wird frustig, eine ,Blockade' anzukündigen, wenn sie wie bei der letzten Aktion im Mai schon nach einer Stunde beendet ist.''

,,Viel zu tun in Stade!'', dieser Nachdruck eines Artikels von einem Bremer BBA-Mitglied aus der ,,atom'' 11/12-86 darf eigentlich die folgende Passage nicht enthalten:

,,Die Idee einer großen Blockade anläßlich des Brennelementewechsels im Frühjahr geistert schon lange durch die Reihen der Anti-AKW-Bewegten. Der Charakter der Aktion sollte aber vernünftigerweise erst 2 bis 3 Monate vor der Blockade im einzelnen ausgearbeitet werden. Die politische Diskussion über die Zielrichtung und Machart der Aktion sollte aber so früh wie möglich beginnen. Die Auswertung der Arbeit bis zum Jahresende muß unbedingt berücksichtigt werden.''

„Verunglimpfung des Staates"

... enthalte der Abdruck einer ,,Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD'':

,,Wir sind heute vor das Bundeskanzleramt in Bonn gegangen und verlangen von der BUNDESREGIERUNG, die Forderung: ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN in große Gruppen und FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG zu erfüllen. Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letzendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.
— so z.B. 1977, als hier die Entscheidung für die Ermordung der Gefangenen aus der RAF fiel...''

,,Mit dieser Äußerung'', so die Regensburger Stadtrechtsschützer, *,,wird sinngemäß behauptet, die Bundesregierung habe die Terroristen Baader, Ensslin und Raspe ermorden lassen.''* ,,Werbung für eine kriminelle Vereinigung'' sowie ,,Billigung der Taten der RAF'' seien — werden sie auf einer BuKo geäußert — geeignet, *,,den öffentlichen Frieden zu stören, da solche Äußerungen gerade bei der zu erwartenden Zusammensetzung der Versammlung zu einer emotionalen Aufpeitschung und zu entsprechenden Verhaltensweisen führen können.''*

sammlung zu einer emotionalen Aufpeitschung und zu entsprechenden Verhaltensweisen führen können.''

„Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen."

Ausführlicher als das Verwaltungsgericht hat die Stadt Regensburg begründet, daß zukünftig nicht allein die Distanzierung von bestimmten Äußerungen notwendig ist, sondern deren Verhinderung. Der die Buko veranstaltenden BIWAK wird in der Verfügung der Stadt eine Passage aus ihrem Vorwort zum Reader vorgehalten, in der es heißt: *,,...wollten wir uns bei der Auseinandersetzung um die Gewaltfrage nicht der Hetzerei gegen ,Militante, Autonome...' anschließen und distanzierten uns nicht.''* Das war den Zensoren zu wenig. Die Stadt gehe zwar *,,nicht davon aus, daß alle Versammlungsteilnehmer oder auch nur eine Mehrheit der Teilnehmer die zu beanstandenden Ansichten bei der Bundeskonferenz äußern werden. (...) Für die Bejahung der Verbotsvoraussetzungen genügt es, daß zumindest die Duldung entsprechender Äußerungen durch einzelne Versammlungsteilnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.''* Die beklagte Undurchschaubarkeit der Organisation der BuKo lasse die *,,Behauptung, die BIWAK werde Äußerungen strafbaren Inhalts nicht dulden'',* nicht glaubwürdig erscheinen. *,,Die Stadt hält es vielmehr für durchaus möglich, daß Äußerungen strafbaren Inhalts durch einzelne Versammlungsteilnehmer zu widersprechenden Erwiderungen anderer Versammlungsteilnehmer führen würden. Dies genügt aber gerade nicht, um die Gefahr einer Duldung solcher Äußerungen auszuräumen. Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen.''*

Fortsetzung

„Versammlungsrechtliche Würdigung" eines Festes

Die Regensburger wollten auch gleich noch das geplante Musikfest mit vier Live-Gruppen am 29.11. verbieten, da nach dem Verbot zu erwarten sei, daß das *,,Fest zu einer Versammlung umfunktioniert wird, bei der dann erst recht Äußerungen der fraglichen Art abgegeben werden.''* Das Regensburger Verwaltungsgericht bezeichnete dieses als ,,rechtswidrig'', da eine Tanzveranstaltung ein Vergnügen und keine Versammlung sei. Demgegenüber sah am 2. Dezember der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München durchaus einen Grund, dieses Fest *,,auch versammlungsrechtlich zu würdigen ... wegen seines Bezugs zum Thema der Konferenz.''* Der Verwaltungsgerichtshof hielt zwar das Fest für erlaubt, erließ jedoch ein präventives Verbot. Danach wird das Fest *,,erst dann zur bereits verbotenen Ersatzveranstaltung, wenn dort anstelle oder neben musikalischen Beiträgen auch solche seitens der Veranstalter oder der öffentlich auftretenden Akteure treten. (...) Die Polizei hat es bei einem solchen Umschwenken der Unterhaltungsveranstaltung zu einer agitatorischen Kundgebung in der Hand, das Riesenfest dann als Ersatzveranstaltung, die bereits Nr. II des angefochtenen Bescheides verboten hat, (...) aufzulösen.''*

Nicht definiert worden ist, ob bestimmte musikalische Töne — etwa das Abspielen der ,,Internationale'' — den gleichen rechtlichen Verfügungen unterliegen.

Zensur gegen „Radi-Aktiv"

(denn das Böse ist immer und überall)



Am 21.1.87 beginnt der Prozeß gegen das bayerische Anti-Atommagazin ,,Radi-Aktiv''. Seit einem halben Jahr wird jede Nummer des Radi-Aktiv beschlagnahmt, zensiert oder mit Strafverfahren überzogen, Ausdruck einer beispiellosen Kriminalisierungskampgane gegen die Anti-WAA-Bewegung.

Mit der Kriminalisierung des Blatts soll die Bewegung getroffen werden, denn diese Zeitung ist eine der wenigen Strukturen, die der bayerische Anti-WAA-Widerstand hat.

Als die Oberpfalz als Standort für die WAA ins Gespräch kam, hieß es, wenn die WAA irgendwo politisch durchsetzbar sei, dann in Bayern. Und tatsächlich — wer hat damals geglaubt, daß ausgerechnet in Bayern, ausgerechnet in der Oberpfalz eine wirklich breite Bewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage entstehen würde, deren Widerstand sich nicht auf langweilige Latschdemos und Petitionen beschränkt? Der Widerstand gegen die WAA, der seit einem Jahr sprunghaft angewachsen ist, hat wohl auch die Herrschenden in diesem unserem Lande überrascht.

Denn bei allen Mängeln, die diese Bewegung hat — eines ist sie nicht:

Sie ist nicht integrierbar und sie ist (bislang) nicht kaputtzukriegen. Um dies zu erreichen, macht die bayerische Staatsregierung nicht nur von den juristischen und polizeitaktischen Möglichkeiten Gebrauch, die ihr bisher schon als staatliche Instrumentarien zur Verfügung stehen, sondern sie setzt permanent neue Repressionsmethoden ein, um WAA-Gegner/innen einzuschüchtern.

Die Polizeitaktik der letzten Monate in der Oberpfalz läßt sich zusammenfassen unter dem Motto: *Alles verboten*

Ein paar Beispiele:
— Eine Musikerinitiative gegen die WAA will ein klassisches Konzert veranstalten — dafür gibt es Raumverbot.
— Einheimische lassen auswärtige WAA-Gegner/innen bei sich übernachten — unter dem Vorwand, Ter-

Ein paar Beispiele:
— Eine Musikerinitiative gegen die WAA will ein klassisches Konzert veranstalten — dafür gibt es Raumverbot.
— Einheimische lassen auswärtige WAA-Gegner/innen bei sich übernachten — unter dem Vorwand, Ter-
roristen zu suchen, werden zwei Wohnungen überfallen und die Anwesenden mit Pistolen im Anschlag gezwungen, sich stundenlang halbnackt auf den Boden zu legen.
— Die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen will über das weitere Vorgehen beraten — das Versammlungsverbot für dieses Treffen wird kurzerhand auf ganz Bayern ausgedehnt.
— Seit ca. einem halben Jahr ist jede Demo gegen die WAA in Bayern verboten.
— Die Polizei bekommt für den Einsatz gegen Demonstrant/inn/en die neuesten Waffen: CS-Gas, Gummigeschosse.
— Alle, die sich an Protest- und Widerstandsaktionen beteiligen oder sich in der Nähe solcher Aktionen aufhalten, laufen ständig Gefahr, festgenommen und mit einem Strafverfahren ,,bedacht'' zu werden. 3000 anstehende Verfahren sprechen eine deutliche Sprache — und die Strafen sind nicht gerade läppisch, z.B. 14 Monate ohne Bewährung wegen Landfriedensbruch.

Dieses Klima ständiger Verbote und Kriminalisierung hat das Ziel, den Widerstand gegen die WAA abzuräumen.

Mit Stärke der Bewegung alleine sind die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung jedoch nicht zu erklären. Die Bewegung bietet nämlich auch den Anlaß, neue Repressionsmethoden auszuprobieren und bundesweit durchzusetzen. Ob Einführung neuer Polizeiwaffen oder jetzt im Radi-Aktiv-Prozeß Kriminalisierung vermeintlicher Gedanken, der ,,Freistaat'' spielt mal wieder den Vorreiter.

Chronologie

Das Radi-Aktiv wird von der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen seit Februar 1985 herausgegeben (Auflage ca. 5000). Es ist das eigentliche Diskussionsforum der Anti-WAA-Bewegung und stark in der Oberpfälzer Region verankert. Bisher erschienen 11 Ausgaben; ab der fünften wurde gegen alle ein Ermittlungsverfahren eingeleitet bzw. Anklage erhoben.

30.4.1986
Beschlagnahmung
von Radi-Aktiv Nr. 7
Die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen werden durchsucht. Dabei wird die Wohnungstür aufgebrochen. Ca. 1200 Hefte, eine Abonnentenliste und Rechnungsblocks werden beschlagnahmt. Nach Entfernen der inkriminierten Seiten können die Hefte wieder abgeholt werden.

Verantwortlichen werden durchsucht. Dabei wird die Wohnungstür aufgebrochen. Ca. 1200 Hefte, eine Abonnentenliste und Rechnungsblocks werden beschlagnahmt. Nach Entfernen der inkriminierten Seiten können die Hefte wieder abgeholt werden.

Als Begründung für die Beschlagnahmeaktion diente die ,,Aufforderung zu strafbaren Handlungen'' in zwei Fällen. Fall eins war ein Aufruf an alle WAA-Gegner/innen, die an wichtigen Informationsquellen in Polizei-, Justiz- und Regierungsapparaten sitzen, geheime Planungen und wichtige Dokumente an Radi-aktiv weiterzugeben. Der zweite Vorwurf war eine Konstruktion aus verschiedenen Artikeln, die zusammengenommen zu einer strafbaren Handlung (Aufforderung zu Brandanschlägen und Sachbeschädigung) auffordern sollen. Auf einer Seite befand sich nämlich eine sog. schwarze Liste, in der am WAA-Bau beteiligte Firmen aufgelistet waren. Daneben wurde ein Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf die Firma Hochtief dokumentiert. Diese Seite wurde nun mit einem in Radi-Aktiv abgedruckten Artikel, der am 11.3. auch in der ,,taz'' veröffentlicht wurde, in Verbindung gebracht. Dort heißt es:

,,Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihre Gewinne.''

15.5.1986
Ermittlungsverfahren
gegen Radi-Aktiv Nr. 5
Es geht um ,,Beleidigung''. Eine solche soll sich in der Presseerklärung des Trägerkreises vom 18.10.85 zu einer Demonstration in München befinden.

30.5.1986
Der Vorwurf der ,,Aufforderung zu strafbaren Handlungen'' in Bezug auf Nr. 7 wird von der Staatsanwaltschaft zur ,,fortgesetzten Aufforderung zu strafbaren Handlungen'' erweitert. Grund: Auch in Radi-Aktiv Nr. 6 und auf einem Werbeblatt soll sich der Aufruf zur Verletzung des Dienstgeheimnisse befinden.

3.7.1986
Gegen die presserechtlich Verantwortlichen von Radi-Aktiv Nr. 7 wird Anklage erhoben. Der Aufruf zur Sachbeschädigung und Brandstiftung werde dadurch erfüllt, daß durch das neben der schwarzen Liste dokumentierte Bekennerschreiben deutlich werde, daß zu den erwähnten ,,verschiedensten Mitteln'', den Firmen etwas deutlich zu machen, auch Brandanschläge oder wenigstens Sachbeschädigungen gehören würden.

19.8.1986
Ermittlungsverfahren
gegen Radi-Aktiv Nr. 6
Nun wird auch gegen die presserechtlichen Verantwortlichen von Radi-Aktiv Nr. 6 Anklage erhoben. Grund ist die Verächtlichmachung und Verunglimpfung des Wappens eines Bundeslandes. Durch das Titelblatt der Ausgabe Nr. 6 werde zum Ausdruck gebracht, Bayern sei ein brutaler Polizeistaat, in dem atomare Projekte mit besonders bösartigen Polizeieinsätzen durchgesetzt würden(!). Neben der Pressefreiheit wird durch diese Anklage auch die Kunstfreiheit infrage gestellt. Außerdem wird in der Anklageschrift noch einmal der Aufruf zur ,,Verletzung des Dienstgeheimnisses'' angeführt.

18.10.1986
Beschlagnahmung
von Radi-Akiv Nr. 10
Kurz vor den Blockadetagen werden bei der Durchsuchung des Info-Büros Altenschwand und des Anti-WAA-Büros in Schwandorf ca. 500 Exemplare beschlagnahmt. Ein Beschlagnahmebeschluß lag, entgegen den Aussagen, die gegenüber dem Rechtsanwalt der Radi-Aktiv gemacht wurden, nicht vor. Mit keiner Silbe war das Blatt im entsprechenden Durchsuchungsbefehl erwähnt. Diese Polizeiaktion ist sozusagen die Vorgeschichte für das folgende.

22.10.1986
Die Redaktionsräume und die Wohnung der ehemals presserechtlich Veranwortlichen werden durchsucht. Die Ausbeute der staatlichen Fahnder: vier Hefte!

Als Begründung für die Beschlagnahme muß mal wieder die kommentarlos abgedruckte Firmenliste herhalten: §111, öffentlicher Aufruf zu Straftaten. Es wird behauptet, daß es dem Verfasser dieser Seiten darauf ankäme, die Firmen u.a. durch direkte Sachbeschädigung von ihrer Tätigkeit abzuhalten. In nicht ungeschickter, aber leicht durchschaubarer Weise täusche die Zeitung vor, daß es sich nur darum handle, etwa durch persönlichen Einkaufsboykott die jedermann zustehenden Grundrechte wahrzunehmen. Aus dem gesamten Inhalt der Zeitung ergäbe sich jedoch, daß gewaltsames Vorgehen nicht nur gebilligt, sondern als Gebot für alle gleichgesinnten Leser angesehen werde. Bisherige Vorkomm-

den Grundrechte wahrzunehmen. Aus dem gesamten Inhalt der Zeitung ergäbe sich jedoch, daß gewaltsames Vorgehen nicht nur gebilligt, sondern als Gebot für alle gleichgesinnten Leser angesehen werde. Bisherige Vorkomm-
nisse wie z.B. das Inbrandsetzen von Baumaschinen würden — immer nach der Logik der Staatsanwaltschaft — zeigen, worauf es dem Verfasser dieser Rubrik eigentlich ankäme. Dabei gibt es keine einzige *konkrete* Textpassage, die den erhobenen Vorwurf stützt.

Einen weiteren Straftatbestand soll ein Leserbrief darstellen, in dem zum bundesweiten Stromabschalten mittels Herausdrehen der Sicherungen aufgerufen wurde.

26.11.86
Ermittlungsverfahren
gegen Radi-Aktiv Nr. 8
Wegen dreier Artikel wird ermittelt:
— Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, gemeint ist schon wieder die schwarze Liste;
— Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung zum Nachteil von Polizeibeamten. Dies bezieht sich auf einen Artikel mit er Überschrift ,,*Übergriffe, Repressionen und Mißhandlungen der Polizei*'';
— Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten; ihm werde unterstellt, daß er es auf einen Bürgerkrieg anlegt.

Das sind bis auf weiteres die letzten Daten des Kriminalisierungstangos gegen das Radi-Aktiv. Die seit Ende November veröffentlichte Ausgabe Nr. 11 ist noch nicht beschlagnahmt.

Die Beschlagnahmungen und Anzeigen gegen Radi-Aktiv erfolgten rückwärts, d.h. zuerst Nr. 7, dann Nr. 5 usw., manchmal Monate nach dem Erscheinen, zum Teil erst kurz vor Ende der Verjährungsfrist. Inzwischen laufen Verfahren gegen fast alle Ausgaben, die noch nicht verjährt sind. Dies betrifft die Nr. 5, 6, 7, 8, 10. Einzig Nr. 9 blieb bisher unzensiert, hier wa-

Fortsetzung nächste Seite

wg. „radikal"

Polizeiaktionen gegen Buchläden

Am 3.12. drangen in drei Hamburger Buchläden Beamte des Bundeskriminalamtes ein. Grund des ungebetenen Besuches war die Suche nach der 132. Ausgabe „Radikal". Die Buchhandlungen „Gegenwind", „Nautilus" und „Schwarzmarkt" wurden bis zu vier Stunden für den Publikumsverkehr gesperrt. Gleichzeitig mit den Durchsuchungsbefehlen für die Buchläden brachten die Beamten auch Durchsuchungsbefehle für die Privatwohnungen der Buchhändler mit. Gefunden wurde natürlich nichts. Im „Nautilus" gingen die Beamten mit ganz leeren Händen wieder raus. Aus dem „Gegenwind" entwendeten sie eine „Radikal"-Nummer 132 und alte Rechnungen über Lieferungen, die sie aus dem dort liegendem Prozeßordner klauten. In „Schwarzmarkt" fanden sie doch tatsächlich ein ganzes Exemplar der „Radikal" Nummer 132 — und damit es dann wenigstens nach etwas aussah, räuberten sie die Archivordner.

Das Suchen nach der „Radikal" geht nun schon seit Juli. Betroffen davon sind Läden und Infozentren in Westberlin (insgesamt zwölf Projekte), Hamburg (vier Projekte), Siegen, Gießen, Osnabrück, Braunschweig (zwei Projekte), Mainz, Moers, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach, Bochum, Bielefeld, Dortmund, Krefeld, Hannover, Frankfurt (vier Projekte), Saarbrücken, Kaiserslautern, Kassel, Freiburg, Darmstadt, Rendsburg, Bremen, Marburg, Karlsruhe, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen. Bei diesen ersten Durchsuchungen, die im Sommer dieses Jahres liefen, waren in der Regel Beamte der örtlichen Staatsschutzabteilungen beteiligt.

Seitdem sind auch gegen mehrere Buchhändler Ermittlungsverfahren nach § 129a anhängig. Da gegen die unbekannten „Radikal"-Hersteller wegen Unterstützung ermittelt wird (auch nach 129a), wird also jetzt gegen die Buchhändler/innen wegen Unterstützung der Unterstützer ermittelt — bleibt abzuwarten, ob sie gegen der AK jetzt wegen Unterstützung der Unterstützer der Unterstützer ermitteln.

Bei den erneuten Durchsuchungen machte das BKA direkt mit, außer in Hamburg waren sie in Osnabrück, Berlin, Braunschweig, Mainz, Hannover, Frankfurt, Kassel, Köln. Die Mitarbeiter/innen des „Cardabela"-Buchladen in Mainz erhielten sogar eine Aufforderung zur erkennungsdienstlichen Behandlung.

Aus dem, was die Beamten mitteilten, wurde klar, daß schon seit langem die Post der Buchläden überwacht worden ist. Den durchsuchenden Beamten lagen die gelieferten Zahlen vor und sie folgerten aus dem „Nichtfinden" von „Radikal"-Exemplaren, daß die Zeitungen verkauft worden sein müßten. Um mögliche eintreffende Sendungen mit „Radikal"-Ausgaben auch tatsächlich beschlagnahmt zu wissen, hat das BKA z.B. an die Oberpostdirektion Frankfurt eine Liste mit „Radikal"-Abonnenten geschickt, der folgendes Anschreiben beigelegt war: „Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (...) nach § 129a (...). Am 28.08.86 erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes einen Beschluß zur Postbeschlagnahme des Nachdrucks der Alternativ-Zeitung ‚Radikal'-Nr. 132. Die im Beschluß enthaltene Empfängerliste beinhaltet die Namen derjenigen Personen, deren Postsendung am 24.07.86 gem. Beschluß des BGH beschlagnahmt wurde. Es muß davon ausgegangen werden, daß diesem Empfängerkreis ein solcher Nachdruck zugesandt wird. Die Postsendung ist daran zu erkennen (...). Diese Postsendung ist anzuhalten. Es wird gebeten, dieselbe dem Bundeskriminalamt, Abt. TE/TE 13, Postfach 1820, 6200 Wiesbaden, zu

Nachdrucks der Alternativ-Zeitung ‚Radikal'-Nr. 132. Die im Beschluß enthaltene Empfängerliste beinhaltet die Namen derjenigen Personen, deren Postsendung am 24.07.86 gem. Beschluß des BGH beschlagnahmt wurde. Es muß davon ausgegangen werden, daß diesem Empfängerkreis ein solcher Nachdruck zugesandt wird. Die Postsendung ist daran zu erkennen (...). Diese Postsendung ist anzuhalten. Es wird gebeten, dieselbe dem Bundeskriminalamt, Abt. TE/TE 13, Postfach 1820, 6200 Wiesbaden, zu

übersenden." Im außerdem beigelegtem Bechluß werden dann noch die Auslandsadressen der „Radikal" mitgeteilt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Marburg, Karlsruhe, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen. Bei diesen ersten Durchsuchungen, die im Sommer dieses Jahres liefen, waren in der Regel Beamte der örtlichen Staatsschutzabteilungen beteiligt.

Seitdem sind auch gegen mehrere Buchhändler Ermittlungsverfahren

Fortsetzung von vorheriger Seite

ren jedoch nicht die Leute des Radi-Aktiv presserechtlich verantwortlich. Es geht offenbar darum, für jedes Heft mindestens einen Straftatbestand zu konstruieren und so die Herausgabe der Zeitung unmöglich zu machen.

Ein Vorgeschmack

Als Begründungen für die Zensurmaßnahmen mußten von Mal zu Mal wildere Konstruktionen herhalten, bei denen sich die Staatsanwaltschaft auf vermeintliche Gedanken der Verfasser stützt. Insbesondere die Beschlagnahmebegründung für Nr. 10 (s.o.) zeigt, daß es nicht um das geht, was in dem Heft tatsächlich drinsteht, sondern wie der gedruckte Text interpretiert werden *könnte*. Derartige Begründungen für Strafverfahren gab es schon mal: Als der zwischenzeitlich abgeschaffte und jetzt wieder beschlossene §130a StGB, der die „Anleitung zu Straftaten" unter Strafe stellt, noch Gültigkeit hatte, befand der Bundesgerichtshof: „***Bei der Beurteilung (...) des Inhaltes der Schrift sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen zu lesen sind.***" (BGHSt 16,53) Genau in diese Richtung gehen die Anzeigen und Anklageschriften gegen das Radi-Aktiv: Aus einer Liste der an der WAA beteiligten Firmen wird ein Aufruf zu Anschlägen auf diese Firmen herausgelesen. Es ist also relativ beliebig, was die Staatsanwaltschaft aus Artikeln und abgedruckten Dokumenten herausliest. Wenn sie eine Zeitung kriminalisieren will, werden sich immer irgendwelche Anhaltspunkte für derartige Gedankenkonstrukte finden lassen — es sei denn, die Redaktion verzichtet auf den Abdruck sämtlicher Artikel und Dokumente über umstrittene staatliche Projekte und den Widerstand, der dagegen läuft.

C/Gy - KB Nürnberg

Erster Prozeßtag:
Mittwoch, 21.1.87, 13.30 Uhr, Amtsgericht Nürnberg, Fürther Str. 110, Zimmer Nr. 62

Für Solidaritätsaktionen:
Das Radi-Aktiv-Büro ist Montag bis Donnerstag von 18 bis 19 Uhr besetzt! Tel.: 0911/28 89 46
Rothenburgerstr. 106
8500 Nürnberg 70

... es geht nicht nur gegen die „Radikal"

Nachdem die strafrechtlichen Verfolgungen gegen die bekannten und unbekannten Hersteller der Radikal dazu geführt haben, daß die Produktion und der Vertrieb ins Ausland verlegt worden sind, hat sich jetzt auch das Stuttgarter „s'Blättle" aufgrund der permanenten Ermittlungsverfahren nach § 129a ins Ausland geflüchtet, um von dort Produktion und Vertrieb gewährleisten zu können (für Interessierte, die neue Bestelladresse: s'Blättle, c/o Decoy, Postfach 142, NL-9700 AC Groningen).

Gegen „Die Vergessenen" (Zeitung über Politische Gefangene, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main) wird jetzt auch nach § 129a ermittelt. Sie schreiben, daß sie die Zeitung auf jeden Fall weitermachen werden und bitten darum, da sie davon ausgehen, daß versucht wird an den Vertrieb und die Vertriebswege ranzukommen, alle Zahlungen nicht mehr über ihr Konto laufen zu lassen (also Bargeld oder Euroschecks rüberschieben, auch für Prozeßkosten!).

Bayern, das Land der unbegrenzten juristischen Ausschreitungen versucht schon seit längerem mit Beschlagnahmeaktionen und Hausdurchsuchungen bei der/den Presserechtlichverantwortlichen das Erscheinen der „RADI-AKTIV" zu verhindern. Dazu ausführlich in dieser Ausgabe des AK: „Zensur gegen ‚Radi-Aktiv' ".

Was los ist, wird auch geschrieben!

Da mensch davon ausgehen kann, daß sich Buchladendurchsuchungen und Ermittlungsverfahren mit der Einführung des neuen § 130a noch vermehren werden, ist es unbedingt notwendig, auf allen Ebenen diesem Angriff auf Meinungsfreiheit und Dokumentation von Geschehnissen entgegenzutreten. Erste Aktionen — Veranstaltungen, gemeinsames Flugblatt der Buchläden — sind schon gelaufen, große Veranstaltungen und Protestaktionen gegen diesen Staatsterrorismus sollten folgen.

ga., Hamburg

Kein Kessel für Neonazis

In Hagen ging Polizei vor allem gegen Antifaschisten vor

Am 6. Dezember bestimmte in Hagen nicht der Nikolaus sondern die aus ganz Nordrheinwestfalen zusammengezogene Polizei das Stadtbild. Schon an den Autobahnabfahrten und auf den in die Stadt führenden Landstraßen waren Wannen postiert, kein Quadratmeter Weihnachtsmarkt blieb unbewacht und in der Nähe des Hauptbahnhofes hatte das Mobile Einsatzkommando aus Unna Stellung bezogen. Scheinbarer Anlaß für das Großaufgebot des Staatsapparates: rechtsradikale Skinheads hatten für diesen Samstag ein Deutschlandtreffen in Hagen angekündigt. Tatsächlich, das zeigte sich im Verlauf des Tages, hatten die Einsatzkräfte einen ganz anderen Auftrag.

Um dem Skinheadtreffen etwas entgegenzusetzen und die eher schwache Hagener linke Szene, die in den letzten Monaten mehrfach von Skinheads angegriffen worden war (zuletzt nach der Hanau-Demo), zu unterstützen, war in ganz NRW zu einer Gegendemonstration mobilisiert worden. Gekommen war neben dem bei den Vorbereitungsarbeiten wohl recht einflußreichen DKP-orientierten Spektrum vor allem ein starker autonomer Block, der sich zum Ziel gesetzt hatte, nicht nur Protest gegen das Skintreffen zu artikulieren und den gitarrenbegleiteten Liedern von der Arbeitereinheitsfront zu lauschen. Bevor es überhaupt zu einer Konfrontation zwischen Skinheads und Autonomen kommen konnte, wurde die Stoßrichtung des Polizeieinsatzes deutlich: vor die zu diesem Zeitpunkt etwa fünfzig in eine Imbißbude zurückgezogenen Skins, die von einem halben Dutzend unscheinbar gekleideter Neofaschisten dirigiert wurden, postierte sich eine Hundertschaft und drängte die antifaschistische Demonstration hinter eine Bahnhofsabsperrung zurück. Auf das alte Spiel reagierte die etliche hundert Leute starke Demo mit den alten Sprechchören: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten".

Konnte man bis in die Nachmittagsstunden hinein noch vermuten, das unverhältnismäßig starke Polizeiaufgebot

zurückgezogenen Skins, die von einem halben Dutzend unscheinbar gekleideter Neofaschisten dirigiert wurden, postierte sich eine Hundertschaft und drängte die antifaschistische Demonstration hinter eine Bahnhofsabsperrung zurück. Auf das alte Spiel reagierte die etliche hundert Leute starke Demo mit den alten Sprechchören: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten".

Konnte man bis in die Nachmittagsstunden hinein noch vermuten, das unverhältnismäßig starke Polizeiaufgebot

— nach offiziellen Angaben waren 1000 Beamte zusammengezogen worden — solle lediglich demonstrieren, daß der Staat entschlossen gegen links und rechts gleichermaßen vorgehen wolle, mußte man später ein anderes Einsatzkonzept konstatieren. Während eine Gruppe von sechzig Skinheads in Schutzhaft genommen und ins Bahnhofsviertel transportiert wurde, riegelte das MEK das in der Nähe der Fußgängerzone gelegene internationale Freundschaftszentrum, den einzigen auf Flugblättern angegebenen Treffpunkt ab. Die Räume wurden durchsucht, ein Container mit leeren Flaschen lieferte den Vorwand, sämtliche zufällig anwesenden Zentrumsbesucher, etwa 70 waren es, dem rasch herangekarrten Staatsanwalt vor Ort vorzuführen und sie erkennungsdienstlich zu behandeln. Erst nach mehreren Stunden wurde das Zentrum wieder freigegeben.

Die Polizeitaktik, zufällig zusammenstehende Gruppen einzuschließen, zu durchsuchen und erkennungsdienstlich zu behandeln, wurde bis in die Nacht hinein fortgesetzt. In der Nähe des Bahnhofs, wo die Skinheads ihr angekündigtes Biergelage abhalten konnten, wurden in mehreren Kleinkesseln jeweils etwa fünfzig Antifaschisten, zu den Autonomen hatten sich im Verlauf des Nachmittags vor allem junge Ausländer gesellt, zusammengetrieben. Vom Ledergürtel über leere Bierflaschen bis zu Tränengassprays, die vor allem Frauen bei sich trugen, wurde alles mögliche als Waffe beschlagnahmt. Die Leute wurden abtransportiert.

Ergebnis des Einsatzes ist eine recht umfassende Sammlung persönlicher Daten von Autonomen, auf die es die Polizei besonders abgesehen hatte. Die gleichen Leute, die am Nachmittag ein Team des spanischen Fernsehens am Drehen hinderten, weil sie Angst hatten, ihre Gesichter könnten zu erkennen sein, nahmen ihre Festnahme und ED-Behandlung mit heroischer Gleichgültigkeit auf sich. Politisch bemerkenswert ist, daß im Verlauf des Einsatzes nicht einmal mehr versucht wurde, den Anschein zu erwecken, als gehe die Polizei gegen links und rechts gleichermaßen vor. Das gesamte gegen die radikale Anti-AKW-Bewegung erprobte Instrumentarium — vom Staatsanwalt vor Ort bis zur Einkesselung — wurde in Hagen gegen eine verhältnismäßig kleine, völlig friedlich verlaufende antifaschistische Aktion eingesetzt. Öffentlicher Protest dagegen wurde, außer in der „taz", nicht artikuliert.

Vor diesem Hintergrund mutet die teilweise in autonomen und antiimperialistischen Kreisen geäußerte Einschätzung, die massiven Polizeieinsätze gegen die Anti-AKW-Bewegung und die Verabschiedung des neuen „Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus" seien als Erfolg für die Bewegung zu werten, weil sie deren Stärke und die Schwäche des Staates dokumentierten, geradezu grotesk an. In Hagen ist ganz offensichtlich das Gegenteil geschehen: eine verhältnismäßig schwache Demonstration, die ohne bemerkenswerten öffentlichen Rückhalt agierte, wurde ohne konkreten Anlaß restlos zerschlagen.

Fassanbass



Auf dem Land, in der Stadt — Polizeikessel erfreuen sich wachsender Beliebtheit
Foto: Martin Lange

Ewig währt am längsten

Mainzer Kessel mit 20 Jahre alten „Erkenntnissen" gerechtfertigt

In Mainz, so sollte man meinen, macht Demonstrieren Spaß. Schließlich müßten Stadtväter und Polizeibeamte in der Hauptstadt des öffentlich-rechtlichen Karnevalismus eigentlich den Umgang mit hemmungslosen Menschenansammlungen kennen und

higes" („FR", 19.9.) Medikamentenfläschchen fand sowie das eine oder andere Nietenarmband, die Polizei hatte plötzlich auch „*Erkenntnisse*" über das verbrecherische Vorleben der Demonstranten.

Einer hatte 1967 an einer Anti-

Ewig währt am längsten

Mainzer Kessel mit 20 Jahre alten „Erkenntnissen" gerechtfertigt

In Mainz, so sollte man meinen, macht Demonstrieren Spaß. Schließlich müßten Stadtväter und Polizeibeamte in der Hauptstadt des öffentlich-rechtlichen Karnevalismus eigentlich den Umgang mit hemmungslosen Menschenansammlungen kennen und schätzen gelernt haben. Und die Untergebenen eines Innenministers, der gleichzeitig auch das Sportressort verwaltet, sollten wenigstens ein Mindestmaß Spaß am Fairplay haben. Das Gegenteil oder zumindest eine recht verkrampfte Art von Humor muß man der einheimischen Polizei seit dem 16. September 1987, dem Tag an dem 63 NATO-Gegner eingekesselt und „in Gewahrsam" genommen wurden, konstatieren. Dabei hat das Vorspiel zu diesem fast maßstabsgerecht verkleinerten Hamburger Kessel noch das Potential zum karnevalistischen Ende in sich getragen.

Erste Überlegungen, die nach einer friedlich verlaufenden Demonstration gegen die in Mainz tagende „Atlantic Treaty Association" (ATA) durch die Stadt ziehenden hundert Leute einzukesseln, will Einsatzleiter Uwe Kranz nämlich unternommen haben, „*als sie keine Zusicherung über ihr friedliches Verhalten abgeben wollten*" (nach „FR", 19.9.). Anschließend habe die Polizei den spontan entstandenen Zug auflösen wollen — nicht wie üblich mit kreischendem Megaphon (keine Gewalt gegen Ohren), sondern „*im persönlichen Gespräch*" (ebd.). Das Szenario bis dahin hat etwas liebevoll Präventives. Man stelle sich vor, die hundert jungen Menschen hätten dem vertrauensvoll fragenden Einsatzleiter — „Sie wollen doch nicht etwa gewalttätig werden?" — ein freundliches „I wo" oder „ Gottes Willen, das doch nicht" entgegnet. Nichts, gar nichts wäre passiert. „Weiter so", hätte Kranz gelächelt und, zu seiner Truppe gewandt, „sind brave Menschen, laßt sie gewähren", geraunt. Aber nein. So eine Zusicherung wurde verweigert. Und auch der zweite Anlauf der Polizisten, ein freundliches Anticken mit dem Knüppel auf die Schulter: „He Sie, ja Sie meine ich, ich bin Ihr Demobegleiter, bitte lösen Sie sich auf" — völlig erfolglos, kein Einziger hat sich von hinnen begeben. Da blieb ja geradezu nur noch das Zusammentreiben im Kessel: „*Wir wollten verhindern, daß sie sich wieder sammeln*", erläutert Kranz der die Vorfälle später untersuchenden SPD-Fraktion (ebd.). Wie verhindert man das besser, als wenn man alle auf einen Haufen zusammentreibt...?

Es hätte alles anders kommen können — aber kaum hatte sich der Kessel geschlossen, fanden sich immer mehr Gründe, die die „Ingewahrsamnahme" geradezu zwingend erforderlich machten. Nicht nur, daß sich bei den 63 ein (in Zahlen: 1) „*molotowfähiges*" („FR", 19.9.) Medikamentenfläschchen fand sowie das eine oder andere Nietenarmband, die Polizei hatte plötzlich auch „*Erkenntnisse*" über das verbrecherische Vorleben der Demonstranten.

Einer hatte 1967 an einer Anti-Schah-Demonstration teilgenommen, andere waren mal beim Schwarzfahren erwischt worden, wurden verdächtigt, allzu preisgünstig eingekauft zu haben oder hatten 1972 Flugblätter linksradikalen Inhalts vor einer Schule verteilt. Die Daten müssen, da sie nach geltendem Recht gar nicht mehr gespeichert sein konnten, auf geradezu wundersame Art und Weise an den Einsatzleiter gelangt sein. Dort angelangt führten sie zu der Einschätzung, die Eingekesselten gehörten „*zum Umfeld antiimperialistischer Kreise und der Autonomen*". Im Untersuchungsbericht der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag kassierte sie dafür eine dicke Rüge: „*Die Polizeiführung hat im Nachhinein versucht, in der Öffentlichkeit ihre Aktion zu rechtfertigen. Sie tat dies auf Kosten des guten Rufes vieler friedlicher Demonstrationsteilnehmer, indem sie undifferenziert mitteilte, zwei Drittel aller in Gewahrsam genommener Personen seien dem antiimperialistischen Bereich zuzuordnen gewesen.*" Wie die SPD sich den Einsatz gewünscht hätte, wurde kurz zuvor implizit umrissen. „*Minister und Polizeiführung hatten die Absicht, potentielle Gewalttäter von friedlichen Demonstranten zu trennen. Das Gegenteil wurde erreicht. Durch das undifferenzierte Vorgehen der Verantwortlichen wurden friedliche Demonstranten mit gefährlichen potentiellen Gewalttätern zusammen eingekreist und unterschiedslos der gleichen polizeilichen Behandlung unterzogen. Dies ist besonders deshalb zu kritisieren, weil der Minister des Inneren und für Sport selbst auf die seiner Meinung nach bestehende Gefahr einer Rekrutierungsstrategie durch Personen des RAF-Umfeldes hingewiesen hat.*" (zit. nach Untersuchungsbericht der SPD-Fraktion vom 27.11.86)

Folgen hatte der Mainzer Kessel, sieht man von einem gewissen demokratischen Profilgewinn für die oppositionelle SPD ab, keine. Ein Untersuchungsausschuß, wie ihn die Grünen im Bundestag gefordert hatten (im rheinland-pfälzischen Landtag sind sie nicht vertreten), wurde nicht eingerichtet und auch im Innenausschuß ging man nach einer abschließenden Stellungnahme des Vorsitzenden Geimer wieder zu anderen Themen über („taz" vom 29.11.86). Wie die Polizei an die fast 20 Jahre alten Daten kam, blieb ungeklärt — genauso wie die Frage, wie lange die Daten der Eingekesselten wohl gespeichert bleiben.

Fassanbass

Sobald es Dezember wird in Göttingen, überfällt eine schier unüberschaubare Masse von Menschen, die etwas massenfeindlich, aber nicht unbedingt falsch in manchen Kreisen als Konsumidioten bezeichnet werden, die Einkaufsmetropole Südniedersachsens, wälzt sich durch Weihnachtsmärkte, Würstchenbuden und Kaufhäuser, frißt, hupt, sucht Parkplätze, stöhnt über den Rummel. In diesem Dezember hat Göttingen aber noch unter einer anderen, weitaus unangenehmeren Plage zu leiden: Pünktlich zum ersten Advent fielen aus ganz Niedersachsen Polizeihundertschaften ein, rasten mit Mannschaftswagen und Wasserwerfern durch die Innenstadt, überfielen Jugendzentren und besetzte Häuser, knüppelten auf der Straße, in geschlossenen Räumen und in der Mensa. *„Göttingen — Bullenstadt, wir haben dich zum Kotzen satt"*, skandierten Tausende auf zwei Demonstrationen. *„Wir bleiben bis Weihnachten"*, versprach der Polizeichef. Der Mann scheint die traditionsreiche Göttinger Sylvesternacht noch nicht zu kennen ...



Foto: Rainer Recke

Anfang November ist aus der Lokalpresse zu erfahren, daß ein leerstehendes städtisches Haus „still" besetzt
gezogen. Die Menge der Demonstranten wird in eine Straße gedrängt und
Die Reaktionen
Die „tatsächlichen Gründe": Erstens sei im Juzi ein Sender versteckt,

Anfang November ist aus der Lokalpresse zu erfahren, daß ein leerstehendes städtisches Haus „still" besetzt worden ist. Nach anfänglichem Engagement der SPD für Mietverträge scheitern die Verhandlungen jedoch, die Besetzer gehen an die Öffentlichkeit und bitten um Unterstützung. Zahlreiche Gruppen solidarisieren sich mit der Besetzung.

Am 20.11. spricht Helmut Kohl in Göttingen. Vor der Stadthalle protestieren 2.000 Menschen unter zwei mobilen Flutlichtanlagen der Polizei. Um Kohl einen ungestörten Abgang zu sichern, setzt die Polizei Schlagstöcke und Reizgas ein. Bei einer anschließenden Demonstration und Kundgebung in der Innenstadt werden Streifenwagen beschädigt. Der Polizeireporter meldet anderntags einen verletzten Polizisten.

Am anschließenden Wochenende, in der Nacht vom 22. auf den 23. November, findet *„eine militante demonstration statt, bei der erheblicher sachschaden in der konsumzone"* entsteht *„als ausdruck entschlossener praktischer solidarität mit allen denjenigen, die gerade in den letzten wochen der verschärften staatlichen repression ausgesetzt sind"* (nach Publikation von avanti militanti). 25 zivile und uniformierte Polizisten werden in die Flucht geschlagen, die Beteiligten tauchen auf einer Unifete unter. Das Ereignis ist Anlaß für eine Pressekampagne gegen „Chaoten und Randalierer": Die Polizei setzt 5.000 DM Belohnung aus. Der GdP-Vorsitzende behauptet, Polizeibeamte hätten sich in akuter Lebensgefahr befunden und droht mit Schußwaffengebrauch. Auf sein Verlangen verurteilt die SPD die Scherbenaktion, die Jusos denken im AStA laut darüber nach, wie sie in Zukunft solche Aktionen verhindern könnten, und die CDU schlägt TV-Überwachung der Innenstadt vor. Gleichzeitig hat die Polizei „endlich" ein Plätzchen in der Innenstadt direkt über dem Marktplatz gefunden, wo die neue Innenstadtwache eingerichtet werden soll.

Am 28.11. werden zwei weitere Häuser, diesmal in Privatbesitz, besetzt. Die Besetzerinnen und Besetzer sehen sich als Teil einer „jetzt erstarkenden Bewegung" und tatsächlich folgen wieder zahlreiche Solidaritätsbekundungen.

Die Räumung

Am Montag, den 1.12. um 10 Uhr ist es soweit: Aus ganz Niedersachsen sind Polizeihundertschaften, Sonderkommandos, Wasserwerfer, Kranwagen und Räumfahrzeuge zusammengezogen worden. Die Besetzer, die mit einer frühmorgendlichen Räumung gerechnet hatten, werden überrascht. Die Burgstraße 7 ist umstellt, als erstes ergießt sich eine Wanne Zivis ins Haus. Die Leute werden einzeln herausgeholt, kontrolliert und dann in einen Gefangenentransporter gesetzt. Die Uniformierten riegeln den Platz vor dem Haus ab, auf dem sich langsam immer mehr Protestierende sammeln. Als der erste Gefangenentransporter voll ist, räumt die Polizei brutal mit Schlagstockeinsatz die Straße, die Zivis stürzen sich in die erste Reihe und verspritzen CN-Gas. Nach und nach werden immer mehr Polizisten zusammengezogen. Die Menge der Demonstranten wird in eine Straße gedrängt und beginnt von dort mehr oder weniger freiwillig eine Demonstration durch die Stadt, auf der es mehrfach zu Schlagstockeinsätzen der Polizei kommt. Die Demo endet in der Mensa, wo der Hausbesitzer eine Arztpraxis betreibt. Wieder wird von der Polizei Schlagstock und Tränengas eingesetzt. Den Rest des Tages bleibt der Mensaeingang, der zur Arztpraxis führt, von bewaffneten Polizeikräften bewacht. Eine spontan zusammengerufene VV in der Uni verabredet sich zu einer Diskussion am Abend im Jugendzentrum (Juzi).

Auch die anderen beiden Häuser sind geräumt. Das eine konnte gerade noch verlassen werden, für das andere hat die Stadt ein Ultimatum von einer Stunde gestellt, was die Besetzer aber nicht vor der Personalienfeststellung bewahrt. Insgesamt kommt es zu 33 Festnahmen, ohne daß einer der Festgenommenen auch nur entfernt in der Lage gewesen wäre, sich dagegen zu wehren. Drei Räumungen, ohne daß auch nur im Traum daran zu denken war, die Häuser zu verteidigen.

Der Überfall aufs Jugendzentrum

Über 400 Leute beginnen gerade eine Diskussion über die Ereignisse des vergangenen Tages, als gegen 20.45 Uhr ein Horde schwerbewaffneter, Türen aufbrechender und Möbel demolierender Polizisten ins Haus stürmt. Zwei Räume werden von der Polizei — auch hierbei agieren wieder die Zivilbeamten an vorderster Front — zur Personalienfeststellung konfisziert, einzeln werden die Leute dahinein geschafft und fotografiert. Wer sich widersetzt, wird geschlagen und im Gefangenentransporter weggebracht.

Anwälte und Journalisten werden nur kurzzeitig zugelassen. Die richterliche Genehmigung für die Razzia ist unvollständig und wird erst im Laufe des Abends ergänzt. Einzelne werden ganz brutal zusammengeschlagen, insgesamt fünf auf die Wache zur ED-Behandlung gebracht. Vor dem Juzi sammelt sich nach und nach eine laut protestierende Menge an. Die Polizei fährt noch mehr Kräfte auf und setzt Hunde ein. Es ist unübersehbar, wieviel Polizei insgesamt in Göttingen zusammengezogen ist. 25 Mannschaftswagen werden rings ums Juzi gezählt. Darüberhinaus werden in der Stadt noch Mannschaftswagen aus Oldenburg gesichtet.

Zwischendurch versucht die Menge, eine Bundesstraße direkt vor dem Haus zu blockieren, was sofort von der Polizei unterbunden wird. Die folgenden dreieinhalb Stunden ist die Straße nur durch ein Spalier von Behelmten und Bewaffneten passierbar. Und immer wieder Knüppeleinsätze. Alle Viertelstunde werden die Polizeiketten auf der Straße ein wenig vor bewegt, allemal ein Anlaß, die Hundeleinen länger zu lassen und zuzuschlagen. Erst gegen ein Uhr nachts ist das Juzi durch die Polizei geräumt. Bis nach zwei Uhr werden Gruppen auf dem Weg in die Kneipe von Polizeikräften „begleitet". Im Juzi: demoliertes Mobiliar, aufgebrochene Türen, Gasschwaden in den Räumen.

Die Reaktionen

Einen Tag nach den Polizeiaktionen demonstrierten rund 4.000 Menschen gegen Polizeiterror — eine in Göttingen seit Jahren nicht mehr erreichte Teilnehmerzahl. Auch gegen diese Demonstration ging die Polizei mit zwei kurzen Knüppeleinsätzen an der Demo-Spitze ohne ersichtlichen Grund vor.

Am Samstag, den 6. Dezember, demonstrierten abermals über 2.000 Personen auf einem Marsch durch die Innenstadt, der von zahlreichen Kundgebungen zu verschiedenen Aspekten der vergangenen Ereignisse begleitet war.

Beide Demonstrationen zeichneten sich durch eine erhebliche Radikalität aus, die vor allem in den Parolen und Redebeiträgen zum Ausdruck kam. Allerdings wurden auch deutliche Unterschiede in der Beurteilung der Polizeieinsätze sichtbar. Während ein Teil die Auffassung vertrat, der Staat sei zu den massiven Einsätzen „gezwungen" gewesen, weil ihm „der Arsch auf Grundeis" (aus einem Redebeitrag) gehe, und die Einsätze seien „nach hinten losgegangen", weil sich mehrere tausend mit den Autonomen solidarisiert hätten und radikale Parolen riefen, hoben andere Beiträge im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Anti-AKW-Konferenz in Regensburg den Aspekt hervor, daß die Staatsmacht nunmehr dazu übergegangen sei, schon den reinen Gedankenaustausch zu zerschlagen bzw. zu verhindern, daß er überhaupt stattfinden könne.

Erhebliche Wandlungen machte die Göttinger SPD in diesen Tagen durch. Noch am Dienstag bescheinigte sie der Polizei, sich „äußerst fair" verhalten zu haben, und forderte dazu auf, sich von Gewalttätern und Hausbesetzern zu distanzieren. Erst nach der Demonstration und nachdem in den Abendstunden die Landespartei im Fernsehen „Bedenken" gegen den Polizeieinsatz angemeldet hatte, fand sie sich zu kritischeren Tönen bereit, sah „keine Rechtfertigung" für den Polizeieinsatz gegen das Jugendzentrum mehr und fand seine Begründung „fragwürdig". Im Stadtrat verabschiedete sie auf Initiative und mit der GAL eine Erklärung, die sowohl die Räumung der besetzten Häuser als auch den Einsatz gegen die Versammlung im Juzi explizit verurteilt und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als „aufgehoben" beurteilt.

„Hier demonstriert die Polizei"

Selten wurden Polizeiaktionen mit so offenkundigen Vorwänden begründet wie der Einsatz gegen die Versammlung im Göttinger Juzi. Die Polizei wies richterliche Genehmigungen für die Durchsuchung vor, die sich auf den § 12 des nds. SOG (Gesetz für Sicherheit und Ordnung) stützen, wonach die Polizei die Personalien aller feststellen darf, die sich an einem Ort aufhalten, *„von dem auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß anzunehmen ist, daß dort Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben"*.

Die „tatsächlichen Gründe": Erstens sei im Juzi ein Sender versteckt, mit dem seit einiger Zeit der Polizeifunk gestört würde, und zweitens hätten bei der Versammlung Straftaten verabredet werden sollen, die es zu verhindern gelte. Außerdem — so Polizeichef Wille— habe man die Szene aus der Anonymität herausreißen wollen. Nicht einmal die Polizei glaubt, daß bei einer öffentlichen, von über 400 Personen (und also auch von Polizeispitzeln) besuchten Versammlung „Straftaten geplant" werde, und ein Sender wurde bei der Durchsuchung auch nicht gefunden.

Die offenkundige Vorgeschobenheit der Razziengründe sowie das für Göttingen bis zu diesem Tag ungekannt gewaltige und allein aus polizeitaktischen Gründen (gegen 50 Hausbesetzer und 200 Demonstranten) kaum erklärbare Aufgebot an Polizeikräften mit seinem offenkundig brutalen Vorgehen weisen darauf hin, daß es der Polizei im wesentlichen um anderes ging:

Seit Jahren genießt Göttingen den Ruf, zu den Hochburgen des nicht immer staatsfreundlichen Widerstands gegen die herrschende Politik zu gehören. Wann immer in der Stadt Scheiben klirren, symbolische Sprengsätze hochgehen, unkonventionell demonstriert wird, behauptet niemand, dies sei das Wirken *„zugereister"* Chaoten gewesen.

Polizei und Justiz haben die „Nester der Gewalt", wie sie es nennen, ebensowenig ausräuchern wie politisch isolieren können. In Göttingen vermeiden es sogar die Grünen tunlichst, sich öffentlich von militanten Aktionen zu distanzieren. In Göttingen bestimmt nicht kreuzbraver Protest, sondern rebellischer Widerstand das politische Geschehen, selbst wenn dieser nicht immer wohldurchdacht und zielgerichtet auftritt.

Die Polizeistrategen haben bislang diese Situation durch die Aufstockung des ständig stationierten Personals, durch Bespitzelungs- und Überwachungstechniken, durch demonstrative Präsenz in der Innenstadt etc. nicht in den Griff bekommen. Und da liegt es nahe, daß in den Polizeihirnen das Verlangen übermächtig wird, die Kampfmittel, die bislang nur vereinzelt angewandt worden sind, einmal in konzentrierter, eine ganze Stadt überrollender Form einzusetzen. Da spielen dann polizeitaktische Erwägungen („Solidarisierung mit den Gewalttätern") ebensowenig eine Rolle wie das absehbare Gejammer der Journaille, ob denn hier nicht von der Polizei Öl ins Feuer gegossen, Porzellan zerschlagen, also „unklug" verfahren werde.

Entscheidend ist, daß der Staat die Knüppel zeigt.

Die Gelegenheit für den Aufmarsch des Polizeistaates schien außerdem günstig, weil die erwähnte „Scherbendemo" eine rundum sektierische Aktion war, da sie nicht im geringsten Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen stand, also unvermittelbar, unangemessen und wie geschaffen für die Rechtfertigung einer Strafaktion schien.

Natürlich ging es der Polizei auch darum, Daten über die Szene zu sammeln und zu speichern — der Apparat ist da schier unersättlich. Schließlich mußten auch unbedingt die besetzten Häuser geräumt werden, gerade weil sich der Kampf gegen Wohnraumzerstörung und Spekulanten erheblicher Sympathie erfreut. **Vor allem aber war die Belagerung Göttingens eine militante Demo der Bullen, deren Hauptparole „Zerschlagt die Autonomen!" war. „Die Autonomen" stehen hier für Widerstandsformen und Inhalte, die von den Herrschenden zunehmend und erklärtermaßen terroristischen Aktionen gleichgesetzt werden, und die mit entsprechendem Aufwand und mit offener Brutalität vor den Augen der Öffentlichkeit niedergemacht werden sollen.**

die mit entsprechendem Aufwand und mit offener Brutalität vor den Augen der Öffentlichkeit niedergemacht werden sollen.

Polizeistaatsdemonstrationen werden selten mit Kundgebungen beendet, auf denen die Ziele der Aktion dem Publikum verständlich gemacht werden. Dafür ist die Presse in den folgenden Tagen zuständig. Aber nehmen wir einmal an, Polizeichef Wille, der Göttinger Einsatzleiter, hätte auf einer solchen Kundgebung gesprochen. Nehmen wir weiter an, der Mann verfügte über entsprechende Fähigkeiten sprachlicher Artikulation — so hätte sein drohendes Schlußwort etwa so aussehen können:

„Wir warnen ausdrücklich diejenigen, die aus der Stationierung der Mittelstreckenraketen, aus Tschernobyl und Wackersdorf die Schlußfolgerung ziehen, ihre auch von der Polizei unterstützten Protestformen zu überprüfen. Wer meint, es sei an der Zeit, auch über nicht polizeigenehme Aktionen nachzudenken, wer sich mit Gewalttätern solidarisiert, statt sich zu distanzieren, wer deren Aktionen billigt oder gar unterstützt oder sich in der Nähe dieser Leute aufhält — der wird eingekesselt, ED-behandelt, der kann das Wort ‚Grundrechte' aus seinem Wortschatz streichen."



Foto: Rainer Recke

Spontan hat diese Botschaft ihre Wirkung völlig verfehlt. Oberflächlich betrachtet war der Polizeiüberfall auf das Juzi, unterstellt man dessen demonstrative Funktion, sogar kontraproduktiv. Das Vorgehen der Polizei hat nicht abgeschreckt und eingeschüchtert, sondern Tausende zum Protest mobilisiert.

„Feuer und Flamme für diesen Staat" — dies war nicht die Parole einer radikalen Minderheit, die der Rest der Demo betreten zur Kenntnis nahm. Angesichts der polizeistaatlichen Verhältnisse in Göttingen riefen diese Parole Menschen, die wahrscheinlich derart Radikales bislang öffentlich noch nicht auszusprechen wagten.

Allerdings: Wenn es nicht gelingt, diese „spontane Radikalität" politisch zu festigen, bewußter zu machen, dann könnte der radikale Protest ebenso schnell von der Bühne verschwinden, wie er aufgetaucht ist.

KB Göttingen

Anti-Terrorismus-Gesetze

Kriegserklärung Überreaktion ungeeignete Maßnahmen ?

Nach fast zehnjähriger Pause beschloß der Bundestag Anfang Dezember mit den Stimmen von CDU/CSU/FDP gegen die der SPD und der GRÜNEN bei Enthaltung der FDP-Abgeordneten Hamm-Brücher, Hirsch und Baum im Blitzverfahren wieder einmal ein Paket von „Anti-Terror-Gesetzen": Verschärfung und Erweiterung des § 129a, Wiedereinführung des Zensur-Paragraphen 130a, Kompetenzerweiterung für die Bundesanwaltschaft, on-line-Zugriff der Polizei auf die Dateien des Kraftfahrzeugbundesamtes. Wenn der Bundesrat am 19. Dezember zustimmt, kann das Gesetzes-Paket ab 1.1.87 in Kraft treten.

Ziel der Gesetze ist lt. Innenminister Zimmermann die Bekämpfung von „Gewalttaten im Vorfeld des Terrorismus". Aus den Reihen der SPD wird eine wahltaktisch orientierte „Gesetzgebungs-Hysterie" kritisiert, die ungeeignet sei zur „wirksamen Bekämpfung des Terrors". Die GRÜNEN schwanken zwischen Ablehnung der Gesetze wegen „Fahndungsuntauglichkeit" und heftiger Verurteilung als „Flächenbombardement gegen alle kritischen Bürger". Manche/r Linke fühlt sich, wie z.B. die „Initiative bayerischer Strafverteidiger", an den „deutschen Herbst" des Jahres 77 erinnert.

Der folgende Artikel versucht einen knappen Überblick über Entwicklung und Bedeutung der Blitzgesetze im aktuellen Konzept der „Inneren Sicherheit" zu geben.

Das aktuell vom Bundestag verabschiedete Gesetz- und Maßnahmen-Paket wurde zwar im Blitzverfahren durch die parlamentarischen Gremien gejagt. Von „Überraschung", „hilfloser Reaktion" u.ä. auf Seiten der Exekutivorgane kann allerdings nicht die Rede sein. Spätestens seit dem Winter 84/85, in dem die RAF in Verbindung mit einem Hungerstreik ihre „Offensive" zum Aufbau einer westeuropäischen „antiimperialistischen Front" ansetzte, basteln die Strategen der „Inneren Sicherheit" an einem neuen Anti-Terrorismus-Konzept.

Sicherheit" an einem neuen Anti-Terrorismus-Konzept.

Kriegserklärung

Im Mai 85 verabschiedete eine Tagung unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers eine Resolution gegen den Krieg. Es handelte sich um eine Fachtagung der „Deutschen Sektion der europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung" in Stuttgart zum Thema „Terrorismus". — Gemeint war der „Krieg der Terroristen" als „Anschlag gegen die Menschenrechte." (siehe nebenstehenden Kasten)

Im Dezember 85 veröffentlichte das Zimmermann-Ministerium die Ergebnisse dieser Tagung als Sonderbroschüre mit einem Geleitwort des Innenministers höchstselbst. Teilnehmer der Tagung waren, so kann mensch dem Abdruck ihrer Beiträge in der Broschüre entnehmen, u.a. Robert Ruder, MdL, Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg, Gerhard Boeden, Vizepräsident des BKA, Dr. Kurt Klein, Leitender Regierungsdirektor an der Schule für psychologische Verteidigung der Bundeswehr, berüchtigte Rechtsaußen wie Hans Graf Huyn, MdB, als Vizepräsident der europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung, sowie der Journalist Rolf Tophoven.

Der Grundtenor der Tagung wurde — wie so oft in der Vergangenheit — aus der Schule des bekannten Stuttgarter Chef-Strategen für "Innere Sicherheit", Dr. A. Stümper, bestritten; Staatssekretär Ruder beschwor die neue terroristische Gefahr: Seit dem Hungerstreik zum Jahreswechsel 84/85 befinde sich der Terrorismus in der BRD wieder in der Offensive. Man müsse sich allerdings darauf einstellen, daß sich die „terroristische Herausforderung" „auf leisen Sohlen" entwickle — durch Agitation und Propaganda zugunsten der Ziele der Terroristen und durch Schaffung von „Stimmung gegen den Staat". Der Unterstützer- und Sympathisantenkreis, der schließlich zum Rekrutierungspotential werde, habe sich erheblich erweitert. Gegen die absehbare Entwicklung gelte es in europäischem und nationalem Rahmen das Prinzip der „wehrhaften Demokratie" zu reaktivieren.

Das BKA steuerte seine derzeit aktuellen Erkenntnisse bei, nach denen die RAF ihre geplante „antiimperialistische Front" in drei Ebenen gliedern wolle: „Guerilla" („harter Kern"), „Widerstand" („RAF-Umfeld") und „Gefangene". Mitte 86 wurde diese Drei-Ebenen-Version durch eine eine Vier-Ebenen-Version erweitert, die seitdem mit penetranter Regelmäßigkeit nach jedem Anschlag durch die Medien geschleift wird. Danach gilt heute folgende offizielle Sprachregelung über die Struktur des RAF-Terrorismus und des „terroristischen Potentials" in der BRD: 1) „Kommandoebene", ca. 20 Personen, konspirativ lebend, „verantwortlich für Tötungsaktionen". 2. „Militante der RAF", ca. 100 bis 200 Leute, die eigenständig Anschläge gegen Institutionen etc. unternähmen. 3. „Umfeld", ca. 2000 Personen, die zu öffentlicher Solidarität aufriefen und Veranstaltungen durchführten. 4. „Weiteres Umfeld", ds den Aktionen der RAF zwar im Konkreten kritisch, aber grundsätzlich, d.h. in Bezug auf die Gewalt als Mittel der Politik, billigend gegenüberstehe. Dies zielt im engeren Sinne auf sog. gewalttätige Demonstran-t/inn/en, Sabotage, militanten Kleinstwiderstand usw., im weiteren gegen die Radikalisierung der Anti-Atom-Bewegung wie radikaler Protestbewegungen überhaupt. Die Medien, allen voran „Spiegel", FAZ u.ä. konnten nicht genug tun, militante Auseinandersetzungen am Rand von Demonstrationen, Sabotage-Aktionen in und rund um Wackersdorf militante Kleinstaktivitäten aller Art als neues terroristisches „Umfeld" im Sinn der BKA-Definition gleich serienweise vorzustellen.

Mit dem Stichwort „Umfeld" war die Richtung der aktuellen Erneuerung der staatlichen Anti-Terror-Propaganda angegeben. Es blieb ausgerechnet Hans Graf Huyn, bisher vornehmlich als Figur in der Braunzone

Propaganda angegeben. Es blieb ausgerechnet Hans Graf Huyn, bisher vornehmlich als Figur in der Braunzone

zwischen CSU und rechtsradikalem Klientel auffällig geworden, sowie Rolf Tophoven, aus BILD- und „Welt" und einer Reihe eigener Veröffentlichungen sattsam bekannter rechter Anti-Terror-Agitator, vorbehalten, den Charakter dieses „Umfelds" genauer zu definieren.

Mit dem Referat, „Moskau und der internationale Terrorrismus", das er auf der Tagung hielt, kann Huyn fast mehr als ein Drittel der 150seitigen Broschüre füllen. Er legt darin — mit dem Segen des Innenministeriums — die uralte Kalte-Kriegs-Propaganda der „kommunistischen Weltverschwörung" in der dümmlich-reaktionären Version einer moskau-gesteuerten terroristischen Internationale wieder neu auf.

Der Terrorismus, doziert Huyn, sei dem Marxismus systemimmament. *„Marxistischen Terrorismus gibt es, seit Marx ihn gefordert und Lenin 1905 die Weisung erteilt hat: ‚Gebt jeder Kompanie kurze und einfache Rezepte zum Verfertigen von Bomben. Einige werden einen Spion töten oder eine Polizeistation in die Luft sprengen, andere werden einen Überfall auf eine Bank organisieren, um Geld für den Aufstand zu konfiszieren'. Marxistisch-sozialistischer Terror ist es, den Trotzkij beschreibt, den Lenin leitet und den Stalin in Tiflis und in unzähligen anderen Fällen exekutiert.*

Sozialistischer Staatsterrorismus ist es, der von Dserschinski bis zu Andropov, Fedortschuk und Tschebrikoff organisiert und von Lenin und Stalin bis Breschnew, Andropow und Tschernenko in der Sowjetunion und gleichermaßen in den sowjetischen Satellitenstaaten etwa von Ulbricht und Ho-

necker in Ost-Berlin oder von Castro in Cuba ausgeübt wird. Sozialistisch-

necker in Ost-Berlin oder von Castro in Cuba ausgeübt wird. Sozialistisch-kommunistischer Terrorismus ist es, zu dem das KPD-Mitglied Ulrike Meinhof und der Terroristenanwalt Klaus Croissantsich bekennen. Sozialistischer Terrorismus ist es, der in Iberoamerika und im südlichen Afrika, in Westeuropa und im Nahen Osten von Moskau bewußt als Mittel der Politik zur Verunsicherung und Zerstörung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung und zur Erreichung der Weltherrschaft eingesetzt wird."

Auf dieser Linie kann Huyn in atemberaubender Beliebigkeit aufzählen: 1966, Konferenz von Havanna als „erste weltweite Koordinierungskonferenz des internationalen Terrorismus", in der Folge Vietnamprotest, Entwicklung der PLO, Südafrika, Südamerika, Japanische Rote Armee, RAF, — alles selbstverständlich eine Front nach dem angeblichen Moskauer Motto: „Terroristen aller Länder, vereinigt euch." In zentralen Ausbildungslagern, in der Möskauer Lumumba-Universität wür-den die Terror-Kader von „Moskau" ausgebildet, von Leitoffizieren des KBG überall auf der Welt eingesetzt, so auch die RAF und ihre Unterstützer. *„Terroraktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland werden grundsätzlich in Übereinstimmung mit der SED-Führung durchgeführt"*, weiß Huyn u.a. zu berichten.

Wohlgemerkt: Dies alles äußert Herr Huyn nicht in „Nation Europa" oder einem einschlägigen Organ der „World Anticommunist League" (WACL) oder dergl., deren Mitglied er u. a. ist (siehe Artikel in diesem AK), sondern in einer offiziellen Propaganda-Broschüre des BMI.



Nicht so dümmlich, aber nicht weniger nach rechts ausgelegt begründet Rolf Tophoven die These vom „Krieg der Terroristen gegen die Menschen-

Rolf Tophoven die These vom „Krieg der Terroristen gegen die Menschen-

rechte", indem er eine westdeutsche Version der isrealisch-US-amerikanischen Strategie vom „low intensity warfare" in Nahost referiert: Danach tritt zu den drei bisher entwickelten Kriegsformen „Atomkrieg", „konventioneller Krieg", „Partisanenkrieg" unter den Bedingungen der Nicht-Führbarkeit des atomaren Krieges, der Notwendigkeit der Begrenzung des konventionellen Krieges, der technischen Verwundbarkeit und der Internationalisierung staatlicher Beziehungen der Terrorismus als am leichtesten machbare Kriegsform neu zu den bisher bekannten Kriegsformen hinzu. Relativ „kostensparend an Menschen wie an Material" ließen sich auf diese Weise mit „höchster Wirkung" auf einfachste Art „stabile Verhältnisse in einem demokratischen Staat destabilisieren".

Auch hier winkt, wie mensch sieht, der lange Arm „Moskaus". Da ist es nur selbstverständlich, daß die „freie westliche Welt" dem eine „souveräne Antwort" geben muß.

Die „Fahndungslücke"

Nach dem Attentat auf den Siemens-Manager Beckurts im Juli 86 mußte sich das Zimmermann-Ministerium herbe Kritik, vor allem auch von seiten der Industrie gefallen lassen, die der Polizei mangelnde Erfolge bei der Fahndung und ungenügenden Schutz gefährdeter Personen vorwarf. Die Polizisten-Riege rechtfertigte sich mit dem üblichen Polizeiargument von der Übermäßigkeit der Aufgabe, den angeblich geringen Mitteln usw.: In die neue „Kommando"-Ebene sei mit den üblichen Methoden verdeckter Fahndung nicht hineinzukommen. Gegen die „Unterstützer" könne mit den bestehenden Gesetzen nicht scharf genug vorgegangen werden. Das „Umfeld" sei unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen, vor allen Dingen den datenschutzrechtlichen Einschränkungen polizeilicher Observationstätigkeit, nicht ausreichend und nicht rechtzeitig ausforschbar.

Knapp zwei Wochen nach Beckurts Tod führte das BKA in Wiesbaden eine Sonder-Tagung zusammen mit Vertretern der Industrie durch. Anwesend waren — neben den üblichen „Experten" — ca. 100 private „Sicherheits"-Beauftragte. Zur Debatte stand ein verbessertes Fahndungskonzept in Sachen Anti-Terrorismus. Der „Spiegel" berichtete, 3 Millionen Siemens-Gelder seien für die Fahndung im Fall Beckurts zur Verfügung gestellt worden. Die schleppende Fahndung solle generell durch hohe Belohnungsgelder intensiviert werden. Die neue „Auslobungspraxis" — hohe Belohnungsgelder von der Industrie für Hinweise — könne, so erklärte BMI-Staatssekretär Neussel, dazu beitragen, „die Szene zu durchbrechen."

„Schon 1980", erinnerte sich der „Spiegel" bei dieser Gelegenheit, *„hatte sich die Wirtschaft mit Bargeld an der Terrorismusbekämpfung beteiligt. HUK-Verband, Dresdner Bank, Veba-Konzern und Flick spendierten dem Bundesnachrichtendienst insgesamt 400.000 Mark für die Terroristenverfolgung. Die Pullacher heuerten mit dem Spendengeld Deutschlands berüchtigsten Undercover-Agenten an, den ehemaligen BKA-Mitarbeiter und Privatdetektiv Werner Mauss, alias ‚Claude', alias ‚Nelson'. Diskret organisierten die Top-Manager eine Art geheimer Bürgerwehr, sammelten hochbezahlte Detekteien Informationen über die linke Szene. Unversehens entstand so bei der Terrorismusfahndung*

bezahlte Detekteien Informationen über die linke Szene. Unversehens entstand so bei der Terrorismusfahndung

ein Gemengelage von privater und staatlicher Verfolgung, versuchten V-Leute verschiedenster Couleur im Terrorismus-Umfeld Fuß zu fassen." — Was der „Spiegel" hier ausplaudert, war schon derzeit nur die Spitze eines Eisbergs. Es deutet aber daraufhin, was heute unterhalb der gesetzlichen Ebenen abgeht, wenn diese Maßnahmen aufgestockt werden, wie es aktuell geschieht.

H. Herold, als Polizei-Chef im Ruhestand nicht gleichermaßen an politische Opportunität und gesetzliche Beschränkungen gebunden wie seine Kollegen in Amt, forderte in einem Interview im „Spiegel" — mit Hinweis auf die Offensive der RAF, eine angeblich wachsende Billigung von Gewalt in der Bevölkerung, den „Fahndungsnotstand" gegenüber dem wachsenden „Umfeld" des Terrorismus bei gewalttätigen Demonstrationen etc. — die seiner Meinung nach 1982 fälschlicherweise diskriminierte Rasterfahndung, Schleppnetzfahndung, beobachtende Fahndung („beFa") usw. wieder zu legalisieren und aktiv zum Durchkämmen der Szene einzusetzen. Begründung: *„Wer bei Gewaltdemos ... unerkannt geblieben ist, hat die Chance, auch als Terrorist unerkannt zu bleiben. Je mehr RAF-Mitglieder unerkannt bleiben, desto gefährlicher wird die RAF."* Und mit Blick auf das Attentat gegen Beckurts noch eine Klimax: *„Wenn die RAF in Straßlach gerade in diesen Tagen mordete, so steht dies mit der in Wackersdorf erstmals sichtbar gewordenen Hinwendung von sonst friedlichen Demonstranten zu den Chaoten, also mit dem dort aufgetretenen Abriß von Loyalität, im unmittelbaren Zusammenhang."*

Die Polizeipresse — von „Kriminalistik" bis „Die Polizei" — griff Herolds Ermahnungen gierig auf. In der „FAZ" konnte er im November noch einmal nachlegen: In einem längeren Artikel, in dem er die Behinderung polizeilicher Informationsgewinnung durch die Datenschutz-Bewegung der letzten Jahre geradezu herzzerreißend beklagt, formuliert er am Schluß unter der Zwischenüberschrift „Die Terroristen haben einen Vorsprung gewonnen" u.a.: *„Zur Zeit fehlen vornehmlich Informationen über das Umfeld, das in den terroristischen Kern nach-*

Resolution zum Terrorismus

verabschiedet anläßlich der Fachtagung „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte", am 30. und 31. Mai 1985 in Stuttgart

Im Kampf gegen nationalen und internationalen Terrorismus haben die westlichen Demokratien in den letzten Jahren verschiedene große Erfolge erzielt. Dennoch gehen in vielen Ländern die Terrorakte weiter und beinahe täglich sind irgendwo auf der Welt Opfer des Terrorismus zu beklagen.

Obschon es eine ganze Reihe von Mißständen und Problemen gibt, die das Aufkommen des Terrorismus in den demokratischen Gesellschaften begünstigen, darf dieser nicht als „verständliche Reaktion" hingenommen, sondern muß als totalitärer und gefährlicher Angriff auf unsere Lebensform bekämpft werden. Denn der Terrorismus richtet sich nicht, wie die Terroristen, ihre Helfershelfer und Sympathisanten vorgeben, ausschließlich gegen die „Mächtigen" und „Herrschenden"; er beeinträchtigt vielmehr die Rechte und Freiheiten jedes einzelnen und aller Völker.

Die Menschenverachtung und Grausamkeit der Terroristen beweisen, daß es ihnen um ihre eigenen Machtansprüche und nicht um eine Verbesserung der Zustände geht. Letztere kann niemals mit Gewalt erreicht werden.

Der Terrorismus wird voraussichtlich nicht so bald wieder verschwinden. Es ist sogar möglich, daß er noch zunehmen wird. Wenn sich Staaten im Kampf gegen andere Staaten seiner bedienen, wenn es ihm gelingt, sich moderne Waffen zu beschaffen, und wenn er vor Massenopfern nicht zurückschreckt, wird die Bedrohung, die von ihm ausgeht, kriegsähnliche Ausmaße annehmen.

Es ist daher nötig, daß sich die Völker noch besser gegen den Terrorismus wappnen. Gemeinsam mit anderen und einzeln für sich haben sie eine ganze Reihe von Maßnahmen zu treffen. Eine Anzahl dieser Maßnahmen wird hohe Kosten und persönliche Unannehmlichkeiten mit sich bringen, wie es der Schutz gegen Gefahren, von Feuersbrunst über gewöhnliche Verbrechen bis zum großen Krieg, seit jeher mit sich brachte.

Deshalb verdienen die Verantwortlichen die Unterstützung jedes einzelnen im Antiterror-Kampf. Zur Wahl stehen letztlich das Nachgeben auf alle Forderungen und der Verlust von Sicherheit und Recht oder eine feste Haltung selbst bei Erpressungen, verbesserte Fahndung mit der Hilfe aller und harte Bestrafung der Schuldigen.

Wählen die Völker und ihre Regierungen den Weg des Widerstandes, so wird den Terroristen gleichgültig welcher Herkunft der Boden entzogen und ein wesentliches Hindernis auf dem Wege der friedlichen Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften beseitigt.

Aus: „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte", Texte zur Inneren Sicherheit der Bundesminister des Inneren, Dez. 85

Fortsetzung von vorheriger Seite

rückt. Diese Defizite sind, entsprechende politische Grundentscheidungen vorausgesetzt, nur durch systematisierte Aufhellung es Umfeldes und durch eine methodisch-systematische Um- und Rekonstruktion der Informationsgewinnung zu beheben.'' Ein „methodisches Konzept'', gesetzlich abgestützt durch „Steuerungsbefugnis'' für zentrale Informationsgewinnung müsse her, das sicher sein könne, nicht *„vom nächsten Meinungsumschwung wieder hinweggefegt zu werden''.*

Die Gelegenheit

Die Erschießung von Braunmühls war der Startschuß zur Verwirklichung und Propagierung dieser lange bebrüteten Pläne. Das Attentat selbst kam für BKA und Bundesanwaltschaft ja keineswegs allzu überraschend, wie mensch inzwischen aus diversen Presseveröffentlichungen weiß. Schon bei der Verhaftung mehrerer der RAF-Mitgliedschaft verdächtigter Personen im Juli des Jahres hatte das BKA nach eigenen Angaben Hinweise gefunden, daß die RAF einen Anschlag auf das Bonner Entwicklungshilfeministerium plane. Außerdem seien Notizen mit den Namen der Vorgänger von Braunmühls im „EPZ'', dem für den europäisch-arabischen-Dialog verantwortlichen Gremium des Auswärtigen Amtes, gefunden worden. In der Straße v. Braunmühls ließ das BKA lt. BILD Flugblätter an die Anwohner verteilen, in denen vor einem möglichen Anschlag in ihrer Straße gewarnt wurde. Angeblich sei damit aber nicht v. Braunmühl gemeint gewesen. Hätte nicht — nachweislich — die RAF den Anschlag durchgeführt, die Zimmermann-Seilschaft hätte ihn erfinden müssen. Das gilt insbesondere für die Begründung, nach der v. Braunmühl nicht als Scharfmacher, sondern ausdrücklich wegen der von ihm verfolgten Strategie des „Dialogs'' mit den arabischen Staaten sterben mußte. Dies gilt auch für den Zeitpunkt, der nicht günstiger hätte gewählt werden können, um Aktionen der RAF mit internationalen terroristischen Massakern in Paris, Karatschi, Istanbul usw. in Verbindung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund konnte Zimmermann die von Huyn und Tophoven angeschlagenen Töne zur offiziellen Linie der Bundesregierung erheben: *„Die Terroristen haben der Bundesrepublik den Krieg erklärt''*, ließ er in der „Welt'' verlauten. FDP-Chef Bangemann ließ sich nicht lumpen und sekundierte mit der Aussage, die BRD „befinde sich im Krieg mit dem Terro- Bangemann ließ sich nicht lumpen und sekundierte mit der Aussage, die BRD befinde sich im Krieg mit dem Terrorismus. Bei Hinterbänklern und Provinzpolitikern kann mensch jetzt das Echo dieser Sprüche nachklingen hören.

Im Sinne dieser Kriegserklärung wurde das neue Gesetzespaket in zwar unsicherer, aber letztlich ausreichend beschlußfähiger Einigkeit zwischen CDU/CSU und FDP auf den Weg gebracht. Nur die beabsichtigte Kronzeugenregelung blieb auf der Strecke, weil die FDP-Führung ihre Basis darauf nicht vereinheitlichen konnte. Wie weit der Vorschlag der Einführung eines Kronzeugen in dem Zimmermann-Paket nur taktische Schiebemasse war, muß dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß schon die letztlich verabschiedeten Gesetze und Maßnahmen eine erhebliche Verschärfung der innenpolitischen Konfrontation, sowohl der staatlichen Repression als auch des Widerstands dagegen nach sich ziehen können.

Die vom Bundestag beschlossenenen Gesetze sind:

— Änderung des § 129a: d.h.

1) Erweiterung der sog. Katalogstraftaten des § 129a, die bis jetzt Sprengstoffattentate, schwere Brandstiftung, Gefährdung des Luftverkehrs und Herbeiführung einer Überschwemmung betrafen, um die Tatbestände der „gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr'', der „Störung öffentlicher Betriebe'' und — als Ergänzung zur schweren Branstiftung — des „Inbrandsetzens von Personen- und Lastkraftwagen und Baumaschinen''.

2) Verdoppelung des Strafmaßes für Gründung und Mitgliedschaft in der so erweiterten „terroristischen Vereinigung'', sowie Erhöhung der Mindeststrafe für „Rädelsführer und Hintermänner'' auf drei Jahre. Geringere Strafmaße seien „kriminalpolitisch'' angeblich nicht mehr ausreichend.

Konkret im Visier dieser Maßnahmen sind die im Zuge der Anti-Atom-Bewegung, vornehmlich nach Tschernobyl entwickelten Formen des militanten Widerstands durch Klein-Sabotage aller Art vom Umlegen von Strommasten bis zum Lahmlegen von Baumaschinen durch Ablassen von Öl und dergl.

Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Verfolgung von Straftaten nach § 129a eine ganze Kette von „Folgemaßnahmen'' nach sich ziehen kann: Erweiterte Durchsuchungsbefugnisse in der Fahndung, Telefonüberwachung, Einrichtung von „Kontrollstellen'', außerdem Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten: Erleichterung des Verteidigerausschlusses, Verbot der „Mehrfachverteidigung'', Kontrolle der Verteidigerpost bei Gefangenen, Sonderhaftbedingungen und Isolation, schließlich noch die Androhung der Strafverfolgung wegen Nichtanzeige einer geplanten oder in Ausführung begriffenen Staftat nach § 129a.

Wenn mensch bedenkt, daß für eine Strafverfolgung nach § 129a schon die Behauptung ausreicht, die betreffenden Personen seien in irgendeiner Form an einer „terroristischen Vereinigung'' beteiligt (bzw. würden für sie werben oder sie unterstützen), so wird klar, daß mit dem neuen § 129a praktisch alle Formen nicht-friedlichen Widerstands als „Terrorismus'' verfolgt werden können und zugleich unter hö- tisch alle Formen nicht-friedlichen Widerstands als „Terrorismus'' verfolgt werden können und zugleich unter höherer Strafandrohung stehen, ohne den Nachweis konkreter Straftaten seitens der Strafverfolgungsbehörden erbringen zu müssen. Das bedeutet vor allem anderen eine Kriminalisierung von Alltagswiderstand, anders gesagt erhöht das politische Risiko für das „Umfeld''. Für die RAF selbst ändert sich wenig. Mehr noch, durch die Strafmaßänderung ist die absurde Situation entstanden, daß in Zukunft die bloße Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung'' oder ihre Gründung, die jetzt als Verbrechen eingestuft sind, härter bestraft werden als die konkreten „Katalogdelikte'' selbst, die sog. Vergehen sind. — Die Absurdität hat natürlich Methode. Ob sie sich im Sinn der staatlichen Inszenierung auszahlt, ist offen.

— Wiedereinführung des § 130a: „Anleitung zu Straftaten'':

Unter Strafe gestellt werden soll die Verbreitung von Schriften, die geeignet seien, als Anleitung zu Straftaten (z.B. Landfriedensbruch mit Sachbeschädigung oder gefährliche Eingriffe in den Bahn oder Straßenverkehr) zu dienen und die nach ihrem Inhalt bestimmt seien, die Bereitschaft anderer zur Begehung solcher Straftaten zu fördern oder zu wecken.

Ein ähnliches Gesetz fabrizierte die SPD/FDP 1976, hob es aber 1981 als unpraktikabel wieder auf, weil im Detail häufig nicht bestimmt werden konnte, ob eine betreffende Veröffentlichung subjektiv als „Anleitung zur Strafttat'' gemeint war. Dem soll der neue Entwurf vorbeugen: Danach soll nämlich auch die Verbreitung „neutraler'' Schriften (etwa Berichte über historischen, z.B. antifaschistischen Widerstand, Befreiungskämpfe in der sog. 3. Welt u.a.m.) unter Strafe stehen, wenn sich aus den „Gesamtumständen'' die Absicht zur Förderung von Straftaten ergebe.

In Verbindung mit der Erweiterung des § 129a kann der § 130a somit als nahezu beliebig dehnbares Zensur-Instrument eingesetzt werden, mit dem — wie es Bundesanwalt Rebmann in einem Schreiben an den Rechtsausschuß des Bundestages als seine Hoffnung formulierte — *„unter Einbeziehung der Vorbereitungshandlungen des Herstellen und Vorrätighaltens ... eine Verbreitung von Schriftgut mit Anleitungen zur Gewaltanwendung im Keime erstickt werden''* könne. — Mit dieser Formulierung wären wir, Ältere werden es noch aus eigenem Erleben wissen, wieder im Vokabular der frühen und mittleren 70er, als die Anti-Terrorismus-Kampagne der SPD/FDP-Koalition geradewegs auf den „deutschen Herbst'' lossteuerte.

— Kompetenzerweiterung für den Generalbundesanwalt (GBA):

Per Neufassung des Art. 2. des Gerichtsverfasungsgesetzes soll der GBA bei Vorliegen einer „Katalogtat'' des erweiterten § 129a die Verfolgung übernehmen, *„sofern die Tat geeignet ist, die äußere oder innere Sicherheit der BRD zu beeinträchtigen, Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder zu untergraben und die Sicherheit der in der BRD stationierten NATO-Truppen zu beeinträchtigen''* und wenn der GBA eine „besondere Bedeutung'' des Falles annimmt. Des weiteren soll in Zukunft auch die Verfolgung von Einzelstraftaten nach § 129a und „auslän- GBA eine „besondere Bedeutung'' des Falles annimmt. Des weiteren soll in Zukunft auch die Verfolgung von Einzelstraftaten nach § 129a und „ausländischen terroristischen Organisationen'' in der Kompetenz des GBA liegen.

Wann ein Fall von „besonderer Bedeutung'', wann eine ausländische Organisation „terroristisch'' ist, wann Einzelstraftaten nach § 129a zu verfolgen sind — das alles steht zukünftig in der Definitionsgewalt des GBA.

Entgegen allen Beteuerungen von Dezentralität wird hier parallel zum BKA als zentrale Bundespolizei in der Bundesanwaltschaft eine zentrale politische Verfolgungs- und Anklagebehörde geschaffen. Darin liegt eine Beschneidung der Justizhoheit der Länder und ein Eingriff in das verfassungsmäßige Recht auf einen gesetzlichen Richter. Vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Ausweitung der verfolgten Delikte, werden hier in BKA/GBA die Konturen einer Zentral-Behörde sichtbar, die sich der parlamentarischen, selbst der föderalistischen Kontrolle zugunsten einer einseitigen Stärkung der zentralen Exekutive entzieht, ganz zu schweigen von der durch Presse und Öffentlichkeit.

— Das ZEVIS-Gesetz:

Beschlossen wurde die Novellierung eines Gesetzes über die Nutzung der Dateien des Bundeskraftfahrzeugamts durch die Polizei und die Geheimdienste.

In Zukunft wird es danach für Polizeien und Geheimdienste der BRD möglich sein, die Flensburger Zentral-Datei per on-line-Zugriff für ihre Zwecke zu nutzen, d.h. die Daten jeder/s Fahrzeughalters/in in der BRD (sowie in der BRD gemeldeter Auslandsfahrzeuge) stehen dem polizeilichen Apparat jederzeit ungehindert zur Verfügung.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist — abgesehen von dem konkreten Fahndungsnutzen für die Polizei — vor allem ein politischer Erfolg der Zimmermann-Seilschaft: die Novellierung bricht eine Lücke in die Abwehrfront der Datenschutz-Bewegung, schafft einen Präzedenzfall für weitere „Ausnahmeregelungen'' im Paket der nach wie vor anstehenden „Sicherheitsgesetze'', die in der nächsten Legislaturperiode wieder auf den Tisch kommen sollen, bzw. z. T. schon beschlossen sind und ihrer praktischen Umsetzung harren: Volkszählung, maschinenlesbarer Personalausweis, Zusammenarbeitsgesetz, MAD-Gesetz, Neufassung des Musterentwurfs zum Polizeigesetz unter datenrechtlichen Fragestellungen, Bundesdatenschutz-Gesetz etc.

Summa summarum ist der Zimmermann-Seilschaft gelungen, auch wenn sie die von ihr begehrte Kronzeugen-Regelung von der Wunschliste streichen mußte, durch Nutzung einer aus der Mischung von internationalen terroristischen Massakern und politisch blindem RAF-Terrorismus entstandenen aktuellen Zuspitzung der „terroristischen Bedrohung'', eine entscheidende Bresche für längerfristige, vom Terrorismus relativ unabhängige innenpolitische Verschärfungen zu schlagen. Ob und wie sie diesen Weg in der Praxis gehen, dürfte nach wie vor von Opportunitätserwägungen bestimmt sein.

Der tolle Lochte und die SPD

Der tolle Lochte und die SPD

SPD-Politiker — und in ihrem Kielwasser auch so manch GRÜNE — haben sich vor und während der Debatte im Bundestag wieder einmal bemüht, sich der Bevölkerung als blütenweiße Demokraten zu empfehlen, die angesichts einer Gesetzgebungs-„Hysterie'' der CDU/CSU/FDP-Koalition um die demokratische Substanz der Republik fürchten. Der Abgeordnete de With z. B. steigerte sich glatt zu der Aussage, anders als in den 70er Jahren, wo die Regierung Schmidt das Strafgesetzbuch zur besseren Verfolgung der RAF „maßvoll'' geändert habe, werde heute „das Kind mit dem Bade ausgeschüttet''.

Das wäre nur komisch, wenn's nicht Leute gäbe, die bereit sind, das zu glauben. Es sollen hier gar nicht die anti-terroristischen Gesetzes-Kaskaden aufgezählt werden, mit denen die SPD/FDP-Regierung von 72 bis 77 die Republik nachhaltig veränderte — bis hin zu den Ereignissen in Stammheim 1977. Das gehört ja heutzutage doch zur politischen Allgemeinbildung, wenn mensch nicht gerade CDU/CSU-Parteigänger/in oder Bundestags-Demagoge der SPD ist.

Beschränken wir uns auf das, was jetzt von der SPD — ungeachtet aller marktschreierischen Kritik — im Stillen mitgetragen wird:

— Am 21.10., also etwas mehr als eine Woche nach dem Attentat auf E. v. Braunmühl, trafen sich die Innenminister der Länder zu einer Sondersitzung in Bonn. Lt. „BGS'' (Zeitung für den BGS) bekräftigte man dort ein *„neues Fahndungskonzept der Sicherheitsbehörden ..., das von den zuständigen Gremien aus Bund und Ländern bereits vor dem Attentat beschlossen worden war. Hinzu kommt ein weiteres Schutzkonzept. Dazu zählen u.a. eine Verstärkung des Personen- und Objektschutzes sowie eine personelle und materielle Aufstockung der zuständigen Sicherheitsbehörden, einschließlich des Bundesgrenzschutzes.''*

Nicht uninteressant auch der in „BGS'' abgedruckte Katalog der weiteren Maßnahmen, auf die sich SPD- wie CDU/CSU-geführte Landesregierungen *vor* den Bundestagsdebatten um das neuen Gesetzes-Paket einigten:

„— Fahndungsmaßnahmen und -Konzepte sind ständig an die wechselnden Formen des Terrorismus anzupassen, um damit auch den Schutz vor Terroranschlägen zu verbessern; es besteht Einvernehmen über konkrete Fahndungsmaßnahmen;

— die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung soll weiter intensiviert werden (das nimmt Bezug auf die Sonderkonferenz der EG-Innenminister vom 25.9.ff, die anläßlich der Eskalation in Frankreich von den Franzosen einberufen worden war; siehe dazu AK 277);

— der deutsche Bundestag soll seine Beratung über die Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes hinsichtlich der Führung und Inanspruchnahme von ZEVIS wieder aufnehmen;

— alle Bundesländer sollen zur Bekämpfung des Terrorismus sofort an das beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg geführte ‚Zentrale Verkehrsinformationssystem' (ZEVIS) angeschlossen werden, um für alle Länder die sog. Halter-Anfrage zu ermöglichen;

— Personen- und Objektschutz erfolgen aufgrund von Analysen der jeweils zuständigen Sicherheitsorgane.

Die Innenminister haben folgende weitere Fahndungsmaßnahmen bekräftigt: Rasterfahndung und polizeiliche Beobachtung sowie Einsatz von verdeckten Ermittlern und Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen, bundesweite Großfahndungen, verstärkte Öffentlichkeitsfahndung sowie strikte Durchführung melderechtlicher Bestimmungen.''

Per Blitzverfahren wurde Mitte Oktober im Haushaltsausschuß unter dem Pauschaltitel „zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen'' eine Aufstockung der Haushaltsmittel für das Innenministerium beschlossen. Bis auf eine Abgeordnete, die mit den GRÜNEN dagegen stimmte, enthielt sich die SPD der Stimme. Danach bekommt das BKA 210 neue Stellen zur Terrorismusbekämpfung. Der BGS wird nach eigenen Angaben um 1150 Stellen aufgestockt, davon 1000 für Großeinsätze, 110 für Schutzaufgaben im Raum Bonn. 10 „Fingerabdruckspezialisten für Asylbewerber'' kommen dazu. Der BGS soll bis 1990 46 neue Wasserwerfer, 300 „geschützte Sonderwagen'' und mindestens drei Transporthubschrauber erhalten. Für „bauliche Sicherungsmaßnahmen an Dienstgebäuden'' wurden weitere 50 Millionen für die Jahre 87 und 88 bereitgestellt, die Hälfte davon „qualifiziert gesperrt'', bis Zimmermann dafür ein entsprechendes Konzept vorlegt. — Dies alles betrifft Sonderzuwendungen. Der normale Haushaltsplan ist davon nicht be- chendes Konzept vorlegt. — Dies alles betrifft Sonderzuwendungen. Der normale Haushaltsplan ist davon nicht be-troffen.

Auf die diversen Einkesselungs- und Durchsuchungsaktionen, Beschlagnahmungsmaßnahmen etc., die als Vollzug des „neuen Fahndungskonzeps'' in den letzten Monaten durchgeführt worden sind, will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Dazu finden sich Artikel in dieser Ausgabe des AK. Klar ist aber, daß die Kritik der SPD, z.B. aus dem Munde H. Schnoors, dies sei *„nicht die Stunde der Gesetze, sondern die Stunde der Fahndung''* nur vor diesem Hintergrund einen Sinn macht. Der „Hamburger Kessel'' — in Hamburg, Düsseldorf, Göttingen usw. wird von SPD-Regierungen nicht anderes durchexekutiert als von denen der CDU oder CSU.

Bleiben die Befürchtungen des Hamburger VS-Chefs Lochte (CDU), auf die sich Teile der SPD und auch einige GRÜNE so gern berufen, die beschlossenen Gesetze seien „ungeeignete Maßnahmen''. *„Die willkürliche Ausdehnung des Begriffes Terrorist''*, hatte er zu bedenken gegeben, *„kann zu einer Radikalisierung und einer verstärkten Solidarisierung der Betroffenen mit der RAF führen. Durch eine dadurch bewirkte Durchlöcherung könnte eine Stärkung der RAF eintreten.''* Diese Kritik wird von großen Teilen der SPD und auch von einigen GRÜNEN geteilt.

Ob er mit dieser Einschätzung recht hat, dürfen wir getrost offenlassen. Aus seinen Äußerungen aber auf eine evtl. Mäßigung in der Anwendung des neugeschaffenen Instrumentariums zu schließen, wäre wohl ein verhängnisvoller Fehler. Dies ist für die Linke, um es in dieser Abwandlung zu sagen, nicht die Stunde der Spekulation, sondern der Politik. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, einer demokratischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Kriegserklärung Zimmermanns zwar von Terrorismus spricht, aber jegliche Art radikalen Widerstands gegen die Atom- und sonstige Katastrophen-Politik dieses Staates meint.

F.

Der neue § 129a

Entwurf eines Gesetzes
zur Bekämpfung des Terrorismus

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ..), wird wie folgt geändert:

1. § 129 a wird gefaßt:

§ 129 a
Bildung terroristischer Vereinigungen

1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind

1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220 a),
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239 a oder des § 239 b oder
3. gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 308, 310 b Abs. 1, des § 311 Abs. 1, des § 311 a Abs. 1, der §§ 312, 315 Abs. 1, 316 b Abs. 1, 316 c Abs. 1 oder des § 319 zu begehen

oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

2) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern, so ist auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren zu erkennen.

3) Wer eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

4) Das Gericht kann bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, in den Fällen der Absätze 1 und 3 die Strafe nach seinem Ermessen (§ 49 Abs. 2) mildern.

5) § 129 Abs. 6 gilt entsprechend.

6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2).

7) In den Fällen der Absätze 1 und 2 kann das Gericht Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

Der neue § 130a

2. Nach § 130 wird folgende Vorschrift eingefügt:

§ 130 a
Anleitung zu Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
2. öffentlich oder in einer Versammlung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen.

(3) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.

3. In § 140 wird die Verweisung „§ 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6" durch die Verweisung „126 Abs. 1" ersetzt.
4. In § 308 Abs. 1 werden nach dem Wort „Schiffe" die Worte „Personen- oder Lastkraftwagen, Kraftfahrzeuge und Maschinen" eingefügt.

Artikel 2
Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 120 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

§ 120 (2) Diese Oberlandesgerichte sind ferner für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug zuständig

1. bei den in § 74 a Abs. 1 bezeichneten Straftaten, wenn der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles nach § 74 a Abs. 2 die Verfolgung übernimmt,
2. bei Mord (§ 211 des Strafgesetzbuches), Totschlag (§ 212 des Strafgesetzbuches) und den in § 129 a Abs. 1 Nrn. 2 und 3 des Strafgesetzbuches bezeichneten Straftaten, wenn die Tat geeignet ist,

a) den Bestand oder die äußere oder innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen,
b) Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder
c) die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen des Nordatlantik-Pakts, seiner nichtdeutschen Vertragsstaaten und der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte zu beeinträchtigen,

und der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Verfolgung übernimmt.

Sie verweisen bei der Eröffnung des Hauptverfahrens die Sache in den Fällen der Nummer 1 an das Landgericht, in den Fällen der Nummer 2 an das Land- oder Amtsgericht, wenn eine besondere Bedeutung des Falles nicht vorliegt.

2. § 142 a Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Der Generalbundesanwalt gibt eine Sache, die er nach § 120 Abs. 2 Nr. 2 oder § 74 a Abs. 2 übernommen hat, wieder an die Landesstaatsanwaltschaft ab, wenn eine besondere Bedeutung des Falles nicht mehr vorliegt."

Anschläge, Sabotage, Widerstand

Eine Chronologie

Über 30 Mio. DM Sachschäden entstanden in diesem Jahr durch an- und umsägen, sprengen und schweißen an und von Strommasten. 110 Masten sollen inzwischen auf diese Weise nachts von AKW-Gegnern heimgesucht worden sein. Bei rund 130.000 Masten in der Bundesrepublik sind das noch erheblich unter einem Promille. Das macht auch die Schwierigkeit bei der Verfolgung und Bewachung aus, und so wurde zuerst die Anleitung und Ermunterung mit dem neuen § 130a unter Strafe gestellt. Bis zu 150.000 Mark Belohnung für die Ergreifung eines Täters werden inzwischen geboten (s. Extra-Kasten in diesem AK). Mit diesem dritten Teil unserer Chronik (s. AK 272, S. 10 u. AK 273, S. 12) haben wir aus Veröffentlichungen insgesamt 125 Anschläge an Strommasten zusammensammeln können, dabei wurden in zwei Fällen Masten gesprengt, in 30 der Mast tatsächlich umgesägt, geschweißt oder geworfen, in den meisten Fällen aber angesägt oder beschädigt.

Unsere Liste enthält außerdem 69 Brandanschläge (davon 35 auf AKW-Einrichtungen oder am Bau besteiligte Firmen), 15 Sprengstoffanschläge und 17 andere Überfälle mit Sachbeschädigung. Auch hier entstanden Schäden in Millionenhöhe, insgesamt sollen sogar mehr als 100 AKW-Firmen betroffen sein. Allein die wenigen Meldungen in unserer Liste, wo Zahlen über Sachschäden angegeben werden, ergeben eine Summe von über 20 Mio. DM. 34 Mal waren Bundesbahn-Einrichtungen, vor allem Oberleitungen, Ziel von Anschlägen. In elf Fällen wurden Anschläge zum Teil mit erstaunlicher Wirkung vorgetäuscht. In ganz wenigen Fällen wurden Bombenanschläge vorher entdeckt, und einzelne Personen wurden bereits von der Polizei mit dem Vorwurf festgesetzt, an solchen Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

ga., Hamburg



Foto: M. Stroux

Was wir in der ersten Chronik (AK 274) vergaßen:

Oberhaid: Ein Holzmast einer 20-KV-Leitung wird umgesägt, ein weiterer angesägt. (7.1.)
Altenschwand, Landkreis Schwandorf: Vier Holzmasten werden um-, zwei weitere angesägt. (7.1.)
Altenschwand: Ein Holzmast wird durch-, vier weitere angesägt. (29.3.)
Landkreis Schwandorf: Es wird wieder der Versuch unternommen, einen Holzmasten umzusägen. (31.03.)
B 431 (Baustelle): Von der Baufirma Bilfinger und Berger wurden diverse Fahrzeuge und Maschinen beschädigt. (31.3.)
Soltau: Zwei Hochspannungsmasten werden angesägt vorgefunden. (9.4.)
Münster: 20.000 Mark Sachschaden durch vier angesägte Hochspannungsmasten. (17.4.)
Großkuchen-Nietheim: Ein angesägter Hochspannungsmast wird entdeckt. (24.4.)
Unter-Spiesheim, LK Schweinfurt: Je zwei Stützpfeiler einer 380-KV- und einer von einer 220 KV-Leitung sind durchgesägt worden. (28.4.)
Leer: Brandanschlag auf Gebäude der EWE. (9.5)
LK-Schwandorf: Ein Holzmast ist umgeschlagen worden. (19.5.)
LK-Schwandorf: Ein Holzmast ist umgeschlagen worden. (19.5.)
Kroop: Die Stromversorgung wird unterbrochen. (25.5.)
Dahlenburg: Brandanschlag auf ein Umspannungswerk der „HASTA". Sachschaden 250.000 Mark. (7.6.)
Pentling bei Regensburg: Bei einem Hochspannungsmast (110 KV) ist eine Querstrebe durch, eine weitere ist angesägt worden. (12.6.)
Burglengenfeld: Das Büro einer am WAA-Bau beteiligten Firma steht in Flammen; Sachschaden 11.000 Mark. (15.6)
Marl: Beschädigung von Überlandleitungen. (16.6)
Landkreis Schwandorf: Ein Holzmast ist durchgesägt worden. (16.6.)
Ladenburg: Von einem Hochspannungsmasten sind diverse Schrauben entfernt. (18.6)
Löhne (Kreis Herford): Bei einem Strommast der Preußen Elektra fehlten rundherum alle Schrauben. (22.6.)
Oldenbrok: Ein Hochspannungsmast wird beschädigt angetroffen. (25.6)
Jaderaußendeich: Ein Bekennerschreiben macht auf drei angesägte Hochspannungsmasten aufmerksam. (26.6.)
G undremmingen: Versuch der Sprengung von zwei Hochspannungsmasten einer 380 KV-Leitung. (28.6.)
Dietmannsried, Oberallgäu: Zwei Stützpfeiler und Streben eines Hochspannungsmasten wurden angesägt. (30.6.)
Münster: „Bugs Bunny und die Baggerkiller" flambierten einen Raupenbagger der Firma Plunk; Sachschaden 180.000 Mark. (30.6)
Im Norden der Republik: Im Fahrzeugpark der Firma Heinz Licht, die beim Bau des Gorlebener Zwischenlager mitmischt, brannte es. (30.6.)
Burglengenfeld: Die Lagerhalle einer am WAA-Bau beteiligten Firma steht in Flammen; Sachschaden ca. 400.000 Mark. (30.6.)
Biblis: „Robin Wood" besetzt einen Hochspannungsmast. (2.7.)
Ravensburg: Brandanschlag auf einen Hochspannungsmast. (4.7.)
Schwandorf: Bagger, Raupe und Bauwagen einer WAA-Firma werden ein Raub der Flammen. Sachschaden rund 300.000 Mark. (6.7.)
Rottendorf: 250.000 Mark Sachschaden durch das Umsägen eines Hochspannungsmastes. (7.7.)
Gorleben: Die „Zornige Jugend 86" sprengte als ihren Beitrag zum Ausstieg aus der Kernenergie ein unterirdisches Hauptstromkabel zur Endlagerbaustelle in Gorleben. (7.7.)
Grafenrheinfeld: Sachschaden von rund 250.000 Mark ersägten Unbekannte an einem Mast in der Nähe des AKW. (7.7.)
Tübingen: Ein Brandanschlag auf die Büroräume der EVS verursachte rund 10.000 Mark Sachschaden. (7.7.)
Wisch: Unterbrechung der Stromversorgung. (9.7.)
Hildesheim: Stillegung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse wurde in einem Bekennerbrief zum Anschlag auf ein Umspannungswerk der Preußen Elektra gefordert. (11.7.)
Buchenbach: Ein angesägter Hochspannungsmast wird entdeckt. (15.7.)
Geesthacht: Von einem Hochspannungsmast wurden die Schrauben entfernt. (17.7.)
Ottmarsheim: Die Gruppe „Kipp den Mast" hat die Streben eines Hochspannungsmastes durchgeschweißt. (18.7)
München: Ein Klowagen der an der WAA beteiligten Baufirma DYWIDAG wird eingeäschert — mal was anderes. (20.7.)
DAG wird eingeäschert — mal was anderes. (20.7.)
Baierbrunn: Das „WAA nie-Kommando F.J.S." verursacht ein Feuer. Eine WAA-Baufirma verliert Baumaschinen und Autos; Sachschaden 250.000 Mark. (20.7.)
Nabburg: Ein angesägter 20-Kilovolt-Mast wird entdeckt. (20.7)
Teublitz: Ein Hochspannungsmast stand ohne Schrauben da. (26.7.)
Konstanz: Sachschaden von etwa 250.000 Mark wurde durch das Umkippen eines Hochspannungsmastes erzielt. Es kam zu Stromausfällen. (27.7)
Nittenau, LK Schwandorf: Der 20-KV-Hochspannungsmast ist an zwei Stützpfeilern angesägt worden (30.7.)
Amberg: Eine Strebe bei einem 110-KV-Mast ist angesägt worden. (Juli/August)
Erlach, bei Würzburg: Ein Stützpfeiler ist angesägt worden (110 KV-Leitung) (2.8.)
Lenglern: Noch ein Mast ohne Schrauben. (2.8.)
Enger (Ostwestfalen): Nur zum Wanken, nicht zum Stürzen brachte das Entfernen von 56 Muttern und 34 Schrauben einen Strommast. (5.8.)
Eiderstedt: Unterbrechung der Stromversorgung. (5.8.)
Kroop: Und nochmal Dunkelheit wg. Unterbrechung der Stromversorgung. (5.8.)
Hünxe: Ein Hochspannungsmast wurde angesägt. (7.8.)
Guteneck, LK Schwandorf: Ein Strommast ist an zwei Stellen angesägt worden. (7.8.)
Bielefeld: Es wurden die Schrauben von einem Hochspannungsmast geklaut. (10.8)
Neunburg vorm Wald: Brandanschlag auf die Trafostation Hofenstetten. (14.8.)
Hamburg: Brandanschlag auf Fahrzeuge der HEW. (18.8.)
Baiernfurt-Waldbad: Angesägter Hochspannungsmast der EVS-Ravensburg. (23.8.)
Ravensburg: In derselben Nacht wurde von Säger/innen ein weiterer Hochspannungsmast angesägt; Sachschaden etwa 10.000 Mark. (23.8.)
Marktbreit, LK Kitzingen: Ein Strommast ist an zwei Stellen angesägt worden. (3.9.)
Pöcking, LK Starnberg: Auch hier dasgleich Malleur, außerdem sind vier Diagonalstützen und zwei Erdbänder durch. (7.9.)
Münster: Was ganz Neues: wurde da doch tatsächlich ein Hochspannungsmast angesägt! (8.9.)
Wetzlar-Naunheim: Stand ein angesägter Hochspannungsmast rum. (10.9)
LK Schwandorf: Ein Mast einer 220 KV-Leitung ist an vier Stützpfeiler angesägt. (12.9.)
LK Schwandorf: Ein Holzmast ist angesägt. (12.9.)

Nicht ganz geglückt

Berlin: Ein „junger Mann" wurde am 2.5. nach einem mißglückten Brandanschlag auf Polizeifahrzeuge festgenommen.

Panik

Soltau: Große Aufregung verursachen zwei Sprengstoffattrappen an zwei Hochspannungsmasten. (1.4.)

Aktivitäten seit September 86

Brokdorf: Mitglieder der „Aktionsgruppe Steinburg" halten einen Strommast am Kernkraftwerk Brokdorf besetzt.(22.9.)
Bayern: Auf die Firma Hochtief, die an den Bauarbeiten zur WAA beteiligt ist, wurde ein Brandanschlag verübt. Vermeldeter Sachschaden 300.000 Mark. (21.9.)
Braunschweig: Die „Rote Zora" bekennt sich zu einem Anschlag auf die Gesellschaft für molekularbiologische Forschung (DBF). Diese Einrichtung arbeitet mit in der Gentechnologie engagierten Firmen und Atomforschungszentren zusammen. (23.9.)
Mannheim: Die Plastikzielscheiben auf dem Übungsgelände der US-Streitkräfte sind von einer Gruppe „Dalli-Dalli" zerstört worden. (23.9.)
Hamm und **Hagen:** Erheblicher Sachschaden wurde durch Sprengstoffanschläge auf die Ausländerämter erzielt. In Hamm wurden durch einen ausbrechenden Brand zahlreiche Akten vernichtet. (25.9.) Laut Bekennerbrief zeichneten die „Revolutionären Zellen" dafür verantwortlich.
Frankfurt: Scheiben der Dresdner Bank gingen nach der Kundgebung zum Jahrestag der Ermordung von Günter Saré zu Bruch. (28.9.)
Köln: Wegen der Beteiligung an der Entwicklung des maschinenlesbaren Personalausweises gingen bei Agfa Gaevert zwei Sprengkörper hoch. Sachschaden 50.000 Mark. (29.9.). Der fünfzackige Stern als Unterzeichnung unter dem Bekennerbrief läßt die Polizei vermuten, daß die Täter aus dem Kreis der Revolutionären Zellen kommen.
LK Hof: Zwei Stützpfeiler (110 KV) sind an-, sieben Streben durchgesägt. (1.10)
Rangendingen/Großelfingen: Ein Strommast ist angesägt und zu Fall gebracht worden. (2.10.)
München: Ein Oberleitungsmast der S-Bahnstrecke München-Tutzing ist angesägt worden. Dadurch sind ca. 50.000 Mark Sachschaden entstanden. (4.10)
Hanau: „Kampf der Atommafia" war die an die Wand gemalte Begründung für einen Brandanschlag auf ein im Industriegebiet angesiedeltes Planungs- und Ingenieursbüro am 6.10. Mehrere 100.000 Mark Sachschaden wurden be-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bayerische
LK Donau-Rieß: Ein Nylonseil mit
Regensburg: Die Eingangstür zu dem Betonfertighaus für die Fern-

Das Bayerische Landeskriminalamt gibt bekannt: Anschläge auf die Bundesbahn in Bayern

München-Holykirchen: EinWeidezaundraht wird über die Bahnoberleitung geworfen. (6.4.)
Gemünden: Ein Nylonseil, an dessen beiden Enden je ein Haken aus Baustahl befestigt worden war, lag auf die Fahrstromoberleitung. (7.4.)
Kitzingen: Ein Abschleppseil mit Haken an beiden Seiten wird auf die Fahrstromoberleitung geworfen. (7.4.)

x = Stromversorgung
□ = Ölleitungen
○ = Bundesbahn
Bayreuth
Nürnberg
Regensburg
Augsburg
München

LK Donau-Rieß: Ein Nylonseil mit Haken liegt über der Oberleitung der Bahn. (7.4.)
München-Nürnberg: Nylonseil mit Haken fliegt auf die Oberleitung der Bundesbahn. (7.4.)
München-Augsburg: Über der Oberleitung liegt diesesmal ein Hanfseil. (7.4.)
München-Garmisch: Über die Fahrleitung ist ein E-Kabel geworfen worden. (7.4.)
Würzburg: Ein Baustahlseil wird über der Oberleitung liegend gefunden. (9.4)
Augsburg: Ein Drahtseil fällt auf die Oberleitung der Bahnstrecke. (14.4.)
Wackersdorf: Die Bahnlinie wird von ca. 100 Leuten blockiert. An einem angehaltenen Zug entsteht Sachschaden. (17.5.)
Regensburg: Die Eingangstür zu dem Betonfertighaus für die Fernsteuerung der DB-Vorsignale wurde aufgebrochen und durch Feuer total vernichtet. (18.5.)
Straubing: Ein Molli setzte den Innenraum eines Schaltpulthauses in Brand.(19.5.)
Regensburg-Nürnberg: Eine Gewindestange lag über der Oberleitung. (20.5.)
Regensburg-München: Noch eine Gewindestange. (20.5.)
Trostberg-Traunstein: Gegenstände auf der Bahnstrecke gefuden. (19.6.)
Würzburg-Fürth: Über der Oberleitung liegt ein Stahlseil. (12.7.)
Weidenhof: Baustellenkanthölzer liegen quer über der Bahnlinie. (19.7.)
Hofenstetten: Eine Trafostation geht in Flammen auf. (14.8.)
Regensburg: Ein an Metzgerhaken gebundener Draht mit einem Nylonseil werden an(!) der Bahnstrecke gefunden. (21.9.)
München: Ein Oberleitungsmast wurde angesägt und hing schräg über den Gleisen. (5.10.)
Wackersdorf: Zugmeldeleitungen an der Bahnlinie wurden durchtrennt.(15.10.)
Laaber-Beratzhausen: Ein Nylonseil liegt über der Fahrstromoberleitung. (16.10.)
Schwandorf-Fürth: Insgesamt viermal wurde die Strecke an den Blockadetagen blockiert. Außerdem wurden Güterwagen leicht beschädigt. (17.10.)
Altenschwand: Feuer im Kabelschacht ließ die Fernmeldeeinrichtungen der Bahnstrecke Schwandorf-Altenschwand ausfallen. (18.10.)
Vierkirchen: Angesägte Oberleitungsmasten kippten um. (19.10.)
Augsburg: Eine Oberleitung riß auf einer Länge von 200 m ab.(24.10.)
treuchtlingen: Eine umgesägte Fichte stürzte in die Gleisanlagen. (3.11.)
München: Rohrleitungsspiralen lagen auf der Oberleitung. (5.11.)
Nürnberg: Fünf Bodenlichtsignale werden zerstört. (9.11.)

Kampf den Atomkraftwerken

Fortsetzung von vorheriger Seite

klagt. Die Nuklear-Ingenieur-Service GmbH (NIS) — die nach eigenen Angaben in keiner Weise mit der Hanauer Nuklearindustrie verflochten ist — ist eine Tochtergesellschaft der Lahmeyer GmbH in Frankfurt, die in den Bereichen Kerntechnik, Datenverarbeitung und Energietechnik tätig ist.

München: „Gegen den Atomfilz — keine WAA und AKWs" mit dieser Forderung blockierten Mitglieder von „Robin Wood" die bayerische Staatskanzlei. (8.10.)

Weiden/Regensburg: Nach einem Anschlag auf einen Hochspannungsmast mußte die Autobahn gesperrt werden, weil sich der Mast auf die Autobahn zuneigte. (8.10.)

Bayern: Ein Sachschaden von ungefähr 150.000 Mark ist durch einen Brandanschlag auf drei Baumaschinen auf dem Gelände der Sendeanlage „Frankenwarte" des Bayrischen Rundfunks entstanden. (9.10.)

Husum: Mit einem Molli ist am 11.10. ein Brandanschlag auf die Husumer Stadtwerke verübt worden.

Berlin: Das Gelände der Erdbaufirma Dieter Hafemeister GmbH & Co ist mit einem Brandanschlag bedacht worden.

129 Anklage

Gegen drei Atomkraftwerksgegner hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Aktionen und Sabotageakten gegen Atomanlagen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" Anklage erhoben. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit anderen Atomgegner/innen die Güter-

ben. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit anderen Atomgegner/innen die Güter-

zugstrecke Dannenberg-Uelzen durch einen Sabotageakt blockiert hätten. Einem der Angeklagten wird außerdem ein Brandanschlag auf Baumaschinen vorgeworfen. Wenn die Anklage so durchgesetzt wird, muß mensch damit rechnen, daß Sabotageakte oder Blockaden auf Atomanlagen bald als Terroristenprozesse verhandelt werden. Bei Anklage nach dem neuen 129a muß dann bei solchen Prozessen mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren gerechnet werden.

In einem Bekennerbrief, der von einer „Autonomen Gruppe Alois Sonnleitner" gezeichnet war, wurde auf den Tod des Mannes hingewiesen, der Ostern 86 bei einem CS-Einsatz am WAA-Bauzaun ums Leben gekommen ist. (11.10.)

LK Schwandorf: Ein Holzmast ist angesägt. (13.10.)

Tutzing: Erfolgreiche Säger/innen brachten am 14.10. einen Mast zum Umfallen, der eine 220.000 Volt Leitung trug. Sie erreichten damit in Teilen Tirols einen Stromausfall von einer halben Stunde. Das Bayernwerk bezifferte den entstandenen Schaden mit 200.000 Mark und teilte weiter mit, daß (leider) nur glückliche Umstände verhindert hätten, daß nicht noch weitere benachbarte Masten umgerissen worden seien.

Soyen(Rosenheim): Mindestens 500 Kubikmeter Öl liefen nach einem Großbrand in der Pumpstation einer Mineralölleitung aus und verbrannten. Das Loch im Zaun und das Kappen von Ölleitungstragseilen ließen einen Brandanschlag vermuten, der einen Tag später durch einen Bekenneranruf bestätigt wird. (15.10.)

Amberg: Der Stahlmast einer 100. 000-Volt-Leitung wurde durch- und 15 weitere Masten angesägt (nach anderen Pressemeldungen auch umgesägt). Außerdem wurden während der Blockadetage die Kabel in einem Kabelschacht an der Bahnlinie Schwandorf-Wackersdorf durchgeschnitten. Auf zwei Straßen wurden brennende Autoreifen als Barrieren benutzt. (16.10.)

In Burglengenfeld kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als eine Gruppe von Demonstranten einen Lastwagen der Heidelberger Zement AG (ist am Bau der WAA beteiligt) eingekreist und angegriffen hatte. (16.10.)

Düren: Ein eine 110.000-Volt-Leitung tragender Starkstrommast fiel um und riß einen zweiten Gittermast mit um. Der Kurzschluß hatte zur Folge, daß in einem nahegelegenen Ford-Zweigwerk zwanzig Stunden lang nicht produziert werden konnte. (20.10.)

Göttingen: Ein Brandanschlag auf das Institut für Rechtsmedizin hatte einen Sachschaden von rund 250.000 Mark verursacht. (21.10.)

Norden der Republik: Die „Bahnbrigaden von Gleis III" erklären sich für Angriffe auf drei Stellen der Bahn für verantwortlich, weil die Bahn ein unverzichtbarer Bestandteil der Infrastruktur von Atom-, Militär- und Rüstungsgütern sei. (20.10.)

LK Regensburg: Der Mast einer 110 KV-Leitung ist angesägt. (21.10.)

Groß-Gerau: Auf die Bundesbahnstrecke Frankfurt-Mannheim wurde am 21.10. ein Anschlag verübt, der rund 50.000 Mark Schaden verursachte. Die Oberleitung wurde unterbrochen, Züge mußten umgeleitet werden und hatten teilweise erhebliche Verspätung.

Augsburg/München: Auf den Bahnstrecken in der Nähe der beiden Orte wurden Betriebsunterbrechungen durch über die Oberleitungen geworfene Stahlseile verursacht. Der Zugverkehr lag auf einigen Gleisen stundenlang lahm. (23.10.)

Hamburg: Zur Abwechslung mal einen süßen Anschlag: An der Bürotür des Abteilungsleiters des Sozialamtes in der Wohlwillstraße klebten jede Menge Schokoküsse. Eine Gruppe von Erwerbslosen hatte ihm auf diese Weise zur „Beförderung auf unsere Kosten" gratuliert. (27.10.)

Köln: Auf die Lufthansa-Hauptverwaltung wurde ein Bombenanschlag verübt; Sachschaden rund 100.000 Mark. „Revolutionäre Zellen" warfen der Lufthansa in einem Bekennerschreiben („Freies Fluten") vor, daß sie „am Rücktransport von Asylbewerbern verdienen und Sextouristen mit Bumsbombern nach Ostasien fliegen. Von den über 8.000 Abschiebungen im Jahr 1984 seien allein 6.000 von der Lufthansa durchgeführt worden. Das seien mindestens 16 Flüchtlinge pro Tag. Außerdem habe das Lufthansa-Tarnunternehmen Condor die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien transportiert und als Legion Condor die Stadt Guernica bombadiert". (27.10.)

LK Neustadt: Ein Holzmast wurde angesägt. (28.10.)

(27.10.)
LK Neustadt: Ein Holzmast wurde angesägt. (28.10.)

Berlin: Auf den Berliner Regierungsdirektor Harald Hollenberg ist am 28.10. ein Anschlag nach Art der Roten Brigaden verübt worden. Die Schüsse in beide Beine wurden in der Presse wahlweise als Racheakt oder Tat mit terroristischem Hintergrund dargestellt. Hollenberg ist jedenfalls Leiter der Berliner Ausländerbehörde und für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zuständig. „Revolutionäre Zellen" haben sich zu dem Anschlag bekannt.

Nürnberg: Als während einer Videovorführung zum „Häuserkampf in Hamburg" die Personalien von zwei Jugendlichen überprüft wurden, kippte gleichzeitig der Streifenwagen der Beamten um und wurde beschmiert. Nach der Veranstaltung kam es dann in der Innenstadt zu Auseinandersetzungen. Scheiben einer Filiale der Deutschen Bank wurden eingeworfen. (29.10.)

Vohenstrauß/Oberpfalz: Ein angesägter Strommast verursacht einen Sachschaden von 2.000 Mark (29.10.)

Waltenhof/Oberpfalz: Brennende Autoreifen werden an einen Holzstrommast gelegt. (29.10)

Hamburg: Die SAGA, die die Hafenstraßenhäuser verwaltet, wurde am 31.10. mit einem Brandsatz bedacht und mehrere Scheiben von Banken wurden demoliert. Anlaß war die Teilräumung in der Hafenstraße am Dienstag. Direkt danach hatte es schon eine Reihe von Aktionen gegen Banken in der Osterstraße, der Eimsbüttler Chaussee, am Winterhuder Weg und gegen drei Banken in Wandsbek gegeben. Bekennerschreiben begründeten die Aktionen mit der Inbetriebnahme von Brokdorf und den Räumungen in der Hafenstraße, weil die Banken die Unmenschlichkeiten in diesem Staat finanzierten.

Neu-Isenburg: Die Bundestraße 3 wurde kurzfristig mit „Atommüll gesperrt". (1.11.)

Mainz: Scheiben von 20 Banken gingen in der Nacht zum 1.11. zu Bruch. „Wir sehen AKWs als einem Auswuchs des kapitalistischen Systems und kämpfen deshalb im Endeffekt alle gegen diesen Staat. Das Ziel Banken soll den Zusammenhang Kapital-AKWs-Staat deutlich machen (...) sofortige Stillegung der herrschenden Klasse" teilten die Nachtarbeiter mit.

Wackersdorf: Atomgegner/innen haben am Wochenende eine Fremdenpension unter Wasser gesetzt, die als Unterkunft für WAA-Monteure dient. (2.11.)

Kronau (Kreis Karlsruhe): Ein 110-Kilovolt-Mast der Badenwerke wurde an zwei Ecken angesägt, er geriet dadurch soweit in Schräglage, daß er noch einen anderen Mast beschädigte. Vereinzelt sei es zu Stromausfällen gekommen; Der Schaden wurde auf etwa 100.000 Mark geschätzt. (3.11.)

Altdorf (bei Nürnberg): An einem Strommast einer 110-Kilovolt-Leitung sind vier Stützen durchgesägt und zwei Befestigungsschrauben abgerissen worden. (7.11.86)

Hanau: Scheiben der Degussa und von Banken gingen am Rande der Demonstration kaputt; Sachschaden mehrere 100.000 Mark. (8.11.)

Heidelberg: Sachschaden in Millionenhöhe verursachte ein Bomnbenanschlag auf das wissenschaftliche Zentrum des Computerunternehmens IBM Deutschland GmbH in Heidelberg (16.11.). In der Nähe des Gebäudes wurde ein Bekennerbrief von einer „Kämpfenden Einheit Hind Alameh" gefunden. (Das ist eine Genossin aus dem Kommando „Martyr Halimeh", das 1977 die Lufthansa-Maschine Landshut nach Mogadischu entführt hat)



Versuchter Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsgittermast am 28.6.86 in der Nähe des AKW Gundremmingen 2

Nord-Ostsee-Kanal: Vier Stunden lang blockierten Mitglieder von „Robin Wood" den Kanal, um die Weiterfahrt des deutschen Containerschiffes „Herta H." zu verhindern. Das Schiff hatte 600 Tonnen hochgiftiges Uranhexafluorid geladen.

Wackersdorf: Mitglieder von „Greenpeace" haben am 20.11. knapp zwei Stunden zwei Lastwagen an der WAA-Baustelle blockiert.

Berlin: Ein Bekennerschreiben mit der Unterschrift „Militante AKW-Gegner" wurde in der Nähe des Hauses des Leiters des Berliner Fraunhofer-Instituts gefunden, auf das in der Nacht zum 21.11. ein Anschlag verübt worden ist. In der folgenden Woche sollte die Eröffnung des neuen Forschungsgebäudes stattfinden.

Göttingen: Mit der Parole „Feuer und Flamme für diesen Staat" gingen in der Innenstadt spät abends etliche Menschen mit Hämmern, Steinen und Knüppeln den Scheiben von Banken und Kaufhäusern an den Kragen; entstandener Sachschaden etwa 250.000 Mark. Eine Gruppe „avanti militanti" erklärte sich zwei Tage später in einem Bekennerbrief zu den Aktionen und gab als Grund die massive Staatsschutzpräsenz in Göttingen in der letzten Zeit an. (24.11.)

Hamburg: Ein Brandanschlag auf ein Ortsamt verursachte einen Schaden von etwa 50.000 Mark. (24.11.)

Bochum: „Macht kaputt, was euch kaputt macht" war die Parole, als Steine in mehrere Banken flogen. (24.11.)

Wakersdorf: Wegen Sachbeschädigung angezeigt sind vier Menschen, die auf den frisch aufgetragen Beton an einer Grabensohle am Baugelände gelaufen sind. (24.11.)

München: Wahrscheinlich 2 Millionen Mark Schaden sind bei einem Brandanschlag auf eine Münchener Baufirma entstanden. Flugblätter mit der Unterschrift „WAA nie — Münchner Bürger" fanden sich auf dem Gelände der Firma, die am WAA-Bau beteiligt ist und nicht das erste Mal Ziel eines Angriffs war. (26.11)

Borkum: Gegen das Amtsgericht wurde ein Sprengstoffanschlag verübt, der 15.000 Mark Schaden verursachte. (30.11.)

Kitzingen: Unbekannte haben einen Strommast der Bayernwerke AG angesägt; Sachschaden 30.000 Mark. (1.12.)

Nürnberg: Die Bundesbahnstrecke Nürnberg-Regensburg war nach zwei Anschlägen für mehrere Stunden blockiert. (2.12.)

Freiburg: „Kampf der Arbeit, alle Tage Sabotage" ist ein „Offenbarungseid" unterzeichnet, in dem der Angriff auf die Stromleitung der DB-Freiburg und ein Umspannungswerk im Freiburger Industriegebiet Nord begründet mitgeteilt wird.

Kaum zu glauben

Bremen: Auf die Eisenbahnstrecke Bremen-Bremerhaven ist am 30.9. ein Bombenanschlag verübt worden. Der gesamte Zugverkehr kam über mehrere Stunden zum Erliegen. Bei genauerem Hinsehen allerdings stellte sich das Bombenpaket als Attrappe heraus.

Hamburg: Gleich zweimal griff die Bombenparanoia am 14.10. um sich. Erst sollte sich eine Bombe im Rathaus befinden. Das Rathaus wurde geräumt, die Landespressekonferenz zur Nicht-Klage des Senats gegen Brokdorf abgebrochen. Gefunden wurde nichts.

Dann fand man auf dem Fenstersims der Haspa in der Schlankreye ein verdächtiges Päckchen, in dem sich auch keine Bombe befand.

Hagen: Aus Furcht vor einem Bombenanschlag hat die Polizei einen stinknormalen ausgedienten Staubsauger in die Luft sprengen lassen. Er lag vor dem Hauptportal des Hagener Landgerichts. (11.11.)

Presseanschlag

Bonner Regierungsvorgarten: „Regierungssprecher Ost dem Bombenanschlag entgangen", meldete die BLÖD-Zeitung am 7.12., um es einen Tag später als „Attrappen-Anschlag" zu verkaufen. Die angeblich im Vorgarten gefundene Handgranate soll eine Mischung von Sand und Knallfrosch gewesen sein.

Nicht ganz geklappt

Berlin: Eine Fünf-Kilo-Bombe wurde an der Rückfront des Genbiologischen Instituts der Freien Universität Berlin (FU) gefunden und entschärft. Zu dem Anschlag bekannte sich die „Rote Zora". (18.10.)

Bielefeld: Beamte des BKA nahmen am 5.12. einen Mann in Bielefeld fest, der angeblich einen Sprengstoffanschlag auf eine Bielefelder Siemens Niederlassung geplant hat. Sie behaupten, in der Wohnung einen Bekennerbrief gefunden zu haben, der mit „Kämpfende Einheit Phillip Müller" (Phillip Müller ist 1952 bei einer Demonstration gegen Wiederbewaffnung erschossen worden) unterzeichnet ist und in dem es heißen soll: „Wir haben am 9.12.1986 auf ein Bürogebäude der Siemens AG in Bielefeld einen Sprengstoffanschlag verübt."

Schleppnetz für „Sägefische"

Bundesländer richten Sonderkommission der Polizei ein

Die Jagd ist eröffnet: Kurz nach dem 100. Anschlag des Jahres auf Stromversorgungseinrichtungen richtete das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) eine spezielle Aufklärungstruppe ein. Bayern ist damit nach Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg („Ermittlungsgruppe Energie" und Hessen das vierte Bundesland, das der unaufgeklärten Serie von Mastanschlägen (insgesamt rund 150 seit 1981) mit einem Bündel kriminalistischer Maßnahmen entgegentritt. Die 5-19 köpfigen Teams sollen jeweils die bisherigen Erkenntnisse auswerten und die regionalen Dienststellen bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützen. „Herausragende Fälle" im Freistaat übernimmt die Sonderkommission des LKA in eigener Regie. Allein im Freistaat stehen 150.000 DM für sachdienliche Hinweise aus der Bevölkerung zur Verfügung.

Die Sonderkommissionen sollen die technische Durchführung der Anschläge auf ihre kriminalistische „Handschrift" abklären. Dazu zählt eine Auswertung der Sägespuren und der gebräuchlichen Werkzeuge, der Vergleich von Autoreifen- und Gummistiefelprofilen, die in der näheren Umgebung von umgestürzten Masten entdeckt wurden, aber auch die Analyse der Mischungsverhältnisse von Sprengstoffen oder der zur Verdämmung verwandten Behälter und Materialien.

Von den bundesweit bis Anfang November verübten 113 Anschlägen auf Versorgungseinrichtungen („Innere Sicherheit", Nov. 86) fielen allein 39 auf den Freistaat Bayern. Eine Auflistung des Münchner Innenministeriums gibt an, daß von diesen 39 Anschlägen 30 zum Umsturz führten: 24 Holzmasten mit 10 bzw. 20 kV-Leitungen und je drei Mastkonstruktionen mit 110 und 220 kV-Leitungen („SZ", 27.11.86).

Nach Ansicht von Bayerns Innenminister August Lang erfüllt das Umsägen von Strommasten den Tatbestand des Mordversuches. Mit einer Million Flugblättern und der Schaltung eines vertraulichen Telefons soll die Bevölkerung, „insbesondere Wald- und Forstarbeiter, Jäger, Landwirte, Spaziergänger, Jogger usw." in das Fahndungskozept einbezogen werden.

Doch die „Integration der Bevölkerung in die polizeiliche Strategie" läßt zu wünschen übrig. „Die Erkenntnislage ist denkbar schlecht", erklärte der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Bayerischen Landtag, Günther Beckstein (CSU) gegenüber der „taz" (12.12.86). Wilhelm Fenzl, Polizeipräsident der Oberpfalz, deren „Sägefische" mit 26 Anschlägen gegen Strommasten und vier weiteren auf Anlagen der Bundesbahn die bundesdeutsche Jahreshitliste anführen, faßt es noch kürzer. In einem Interview der „Mittelbayerischen Zeitung" („MZ", 24.10.86) beantwortete der die Frage, ob die Polizei „eigentlich noch Hinweise aus der Bevölkerung oder bestimmten Kreisen", bekomme, „wenn es z.B. um Aktionen wie Umsägen von Strommasten geht", mit einem schlichten Nein. Eine Woche zuvor hatte er ebenfalls gegenüber der „MZ" erklärt, es sei ein „Lotteriespiel, was als nächstes dran ist".

Und auch die Erkenntnislage der Staatsschutzdezernate und des Verfassungsschutzes ist dürftig. Denn die „abgeschotteten Kleinstgruppen bieten kaum Ansätze für Fahndungserfolge, wie die Vergangenheit gezeigt hat", heißt es in einer Stellungnahme des Hamburger VS-Chefs Christian Lochte zur Novellierung des Paragraphen 129a.

So wird die „vierstellige Prozentangabe der Steigerungsrate" von Anschlägen auf Strommasten, wie es in einer Presseerklärung des Bayerischen LKA heißt, in absehbarer Zeit wohl keine rückläufige Tendenz aufweisen. Außer aufgrund jahreszeitlich bedingter Pausen: In einem Artikel der aktuellen „Graswurzelrevolution" empfielt ein sich als gewaltfrei verstehender „Sägefisch", keine Masten umzuwerfen, solange Schnee liegt, weil sonst Stromübertragungen zu befürchten seien.

Sieg und Trauer der Jugendbewegung

Für das republikanisch-demokratische Prinzip der Chancengleichheit aller in Ausbildung und Beruf haben drei Wochen lang Hunderttausende und abermals Hunderttausende Schüler und Studenten, Jugendliche, die zum Teil 1968 noch nicht geboren waren, gegen die geplanten Schul- und Hochschulreformen der Minister Monory und Devaquet demonstriert. Am Ende zog die Chirac-Regierung doch noch beide Vorhaben zurück. Der frühere Generalsekretär der RPR (Konservative) und kurzlebige Minister Devaquet mußte gehen. Der Sieg der größten regierungsfeindlichen Straßenmobilisierung seit dem Machtantritt der Chirac/Pasqua-Mannschaft hat einen bitteren Geschmack. Mindestens drei Jugendliche sind schwer verletzt worden. Einer verlor eine Hand, ein anderer, dessen Zustand nach wie vor bedrohlich ist, verlor ein Auge. Ein dritter liegt mit schwerem Schädelbruch im Krankenhaus.

Und der 22jährige Malik Oussekine verlor das Leben, von CRSlern zu Tode geprügelt. „Zwischen uns und Monory bleibt dieser Blutfleck", erklärte die nationale Koordinierung der streikenden Studenten. Hunderttausende, allein in Paris über eine halbe Million, demonstrierten am 10.12., der zum nationalen Trauertag erklärt wurde, schweigend hinter einem schwarzen Banner und unter dem Motto: „*Nie wieder so etwas!*" *Plus jamais cà.* Familien und Freunde der Opfer der Polizeirepression haben ein Solidaritäts- und Ermittlungskomitee gebildet.

Sämtliche weiteren aktuell geplanten Gesetzesänderungen hat die Chirac-Regierung zunächst verschoben. Es geht um die Privatisierung von Knästen durch die Einbeziehung privater Wachgesellschaften, um die von Front National (FN) und weiteren Rechten reklamierte Streichung der Kostenübernahme bei Abtreibungen und um das einschneidende Vorhaben der Veränderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Die FN von Le Pen fordert es schon lange und die etablierte Rechte kam ihr entgegen: Gekippt werden soll die alte französische Tradition des „jus soli", d.h. das Boden- bzw. Gebietsrecht, wonach — in Opposition zum „jus sanguinis", Abstammungsrecht — jeder, der auf französischem Boden geboren wurde, quasi automatisch die französische Staatsangehörigkeit erhalten kann. Dies würde für Tausende von Jugendlichen der sogenannten zweiten, dritten und weiteren Generation bedeuten, daß sie in dem Land, in dem sie leben, dessen Sprache sie sprechen, dessen Schulen sie besucht haben, Bürger ohne Rechte bleiben.

Die Proteste von Studenten und Schülern waren aktuell auch Anlaß zu etlichen rassistischen Sprüchen seitens der Rechten und Rechtsextremisten. Innenminister Pasqua, ehemaliger Leiter der berüchtigten gaullistischen Parallelpolizeien SAC, stellte seine persönliche Kontinuität unter Beweis, als er, anläßlich der zehnjährigen Jubiläumsfeier seiner Partei, der RPR, seine Beobachtungen bekanntgab: An den Demonstrationen seien vor allem „*berufsmäßige Agitatoren und Unruhestifter, Anarchisten und Linksradikale aller Schattierungen und aller Nationalitäten*", beteiligt. Seinem Publikum versicherte er, die RPR würde, falls nötig, zur Verteidigung der Republik und der Demokratie aufrufen. Diese Worte fielen wenige Stunden nach dem Tod von Malik Oussekine und einige Stunden vor Chiracs Kapitulation.

Jean-Marie Le Pen seinerseits ließ es sich nicht nehmen, Mitterand, der als einziges Regierungsmitglied die Familie Oussekine besuchte, zu beschimpfen: Hätte der Präsident ähnlich gehandelt, fragte er, wenn es sich um einen Bretonen oder um einen Elsässer gehandelt hätte? („Le Monde", 11.12.)

Der Anlaß

Immer wieder haben die beiden Minister Devaquet und Monory beteuert, Studenten und Schüler würden ihre Reformpläne mißverstehen. Es würde „keine Auslese, sondern Orientierung" betrieben. Die Fakten sprechen für sich: So sollte nicht mehr „*jedem*" Abiturienten der Hochschulzugang offen stehen, sondern schlicht „Abiturienten". Einschreibungsgebühren sollten erhöht werden — je nach Ermessen der jeweiligen Universität. Die staatlichen Diplome sollten zwar erhalten bleiben, doch ausdrücklich mit dem Standort des Abschlusses versehen werden, also mit der ausstellenden Universität. In den Rahmen dieser angestrebten Autonomie und Privatisierung der Uni paßt auch die Absicht, jede Hochschule ihre eigenen Zulassungsbedingungen ausarbeiten zu lassen. Außerdem sollte natürlich die Macht der meist rechts stehenden Professoren — der Mandarins — verstärkt werden.

Das Monory-Gesetz sah gleichzeitig eine Verminderung der Schulunterrichtsqualität vor: durch Herabsetzung der Unterrichtszeit, Einsparung von Lehrern und durch Einschränkung des Lehrangebots, worunter insbesondere der Fremdsprachen- sowie der naturwissenschaftliche Unterricht gelitten hätte. In beiden Fällen handelt es sich ganz klar um eine Auslese über das Geld — wer reiche Eltern hat, kann dieses und jenes zur Kompensierung des Stoffmangels privat nachholen, wer arme Eltern hat, dem machen schon die universitären Einschreibegebühren zu schaffen — also um einen Angriff auf das elementare demokratische Recht auf Ausbildung für alle.

Wie alles anfing

Schon im Oktober initiierte die PS-nahe Studentenorganisation UNEF-ID einen Kongreß, der an der Pariser Sorbonne am 22./23.11. unter Mitwirkung von 1.500 Delegierten stattfand. Bereits eine Woche zuvor waren einige Unis in Paris wie in der Provinz in Streik getreten. Auf dem Kongreß beschlossen die Delegierten ein Aktionsprogramm: Generalstreik der Universitäten am 24.11., Informierung der Schüler, die als zukünftige Studienanwärter die Hauptbetroffenen einer etwaigen Hochschulreform wären, Demonstration am 27.11. anläßlich der Debatteneröffnung in der Nationalversammlung. Erstmals seit Chiracs Machtantritt am 16. März 1986 demonstrierten am 22.11. die Linksparteien auf Initiative der Lehrergewerkschaft FEN, ebenfalls der PS nahestehend. Die Rechte rieb sich die Hände: 200.000 schienen nichts im Vergleich zur Massenmobilisierung der Katholiken vom Juni 1984 gegen die PS-Regierung: damals waren anderthalb Millionen auf der Straße gewesen. Aber in den folgenden Tagen verbreiterte sich die Bewegung rasch und in ganz Frankreich; die Schüler bildeten ebenfalls eine Koordinierung.

Am 27.11. standen an die 400.000 Jugendliche — ein RPR-Abgeordneter skandalisierte sich: „*Das sind doch mindestens 50% Ausländer!*" — vor dem Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung; in der Provinz demonstrierten über eine halbe Million Studenten und Schüler gegen die Gesetze. Bereits da war klar: Es handelte sich um die größte Jugendmobilisierung seit dem Mai '68. Elsaß zum Beispiel brach Rekorde: allein in Straßburg protestierten über 12.000 Menschen.

Gewiß sind die Parolen andere als vor 18 Jahren. Damals hieß es zum Beispiel: „Seid vernünftig, verlangt das Unmögliche!" Heute, bei 2,5 Millionen Arbeitslosen, wovon ein großer Teil Jugendliche sind, wird gerufen „*Nein, nein, nein zur Auslese!*" und „*CRS mit uns! Eure Kinder sind mit betroffen*" (CRS = zentrale Polizei). Penibel wird auch auf die sogenannte „apolitische" Reinheit geachtet, die vor allem Ablehnung und Mißtrauen vor Organisationen und Parteien ausdrückt: „*Wir manipulieren uns selber.*"

Le Pen, von Journalisten befragt, ob er mit den Studenten draußen diskutieren würde, antwortete: „*Ich habe keine Angst. Meinen Mut habe ich bereits bewiesen. Ich hoffe allerdings, daß die überhaupt was zu sagen haben und nicht nur die Brünstigkeit der Jugend austoben.*" Er wurde ausgepfiffen — Gegenstände flogen auch — und reagierte FN-typisch: Das seien „*nur die Maghrebiner*" gewesen („Le Monde", 29.11.).

Die für den 27.11. vorgesehene Gesetzesdebatte findet nicht statt und die nationale Koordinierung der streikenden Unis ruft zur nächsten Etappe auf: nationale Demonstration am 4.12. Chirac bittet seine Fraktion um Überarbeitung des Textes und versichtert, er sei von „absoluter Gelassenheit". Am 28.11. finden erneut Demonstrationen statt. Die FN greift die Regierung an — sie kapituliere, Frankreich würde nicht mehr regiert werden. Mittlerweile sind einige Unis besetzt. Der Generalsekretär der RPR, Toubon, stellt nochmals klar, die Gesetze würden auf jedem Fall verabschiedet werden. Er läßt sich gleichzeitig über die „*extreme Verschlechterung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern*" aus; diese wären entweder von „extremer Gleichberechtigung" oder „*extremer Emotionalität*" geprägt ... Innenminister





Reagans Niedergang kommt spät

Mit dem Iran-Waffendeal steigt er in die Fußstapfen seiner Vorgänger

Fortsetzung von vorheriger Seite

Pasqua versicherte, nicht die Straße, sondern allein das Parlament verabschiede Gesetze und Erziehungsminister Monory, der es heute ganz anders sehen soll, meinte, wenn die Gesetzesvorhaben zurückgezogen würden, dann gebe es keine Regierung mehr. Der ehemalige Premierminster der PS-Regierung, Pierre Mauroy, bezeichnete die jetzige Regierung als die ,,reaktionärste'' seit dem Vichy-Regime von NS-Kollaborateuren.

Schließlich am 4.12. — ein ,,*historisches*'' Datum, titelt die ,,Humanité'', Tageszeitung der KPF — demonstrierten in Paris eine Million Menschen, was die Regierung erstmal nicht wahrhaben will und in den Medien am liebsten unterdrückt hätte. Auch in der Provinz finden wieder massenhafte Demonstrationen statt, in Marseille über 20.000, in Lyon über 30.000 und auch auf Martinique sind Schüler und Studenten auf der Straße. Die Mobilisierung der Polizei hält mit: 22 CRS-Einheiten (gegenüber 13 am 27.11.), insgesamt an die 4000 Polizisten, die gleiche Zahl wie anläßlich der klerikalen Manifestation im Juni 84. Viele witzige Parolen und Transparente sind zu hören und zu lesen: ,,*Wir wollen studieren, weil wir nicht CRS werden*

wollen'', ,,*Wir schicken euch Pasqua*

zu hören und zu lesen: ,,*Wir wollen studieren, weil wir nicht CRS werden*

wollen'', ,,*Wir schicken euch Pasqua, befreit Mandela*'', ,,*Devaquet, Monory, ab im Charter nach Mali*'' (vor kurzem sind 101 sogenannte Illegale nach Mali abgeschoben worden). In Lyon gibt es Zusammenstöße mit rechtsextremen Studenten, in Paris bewachen dieselben ihr Zentrum, die Jura-Fakultät Assas (Paris II), und versprechen gegenüber der Presse großmäulig, sie würden die Demo nicht angreifen. Sie wären nämlich Nationalisten, aber keine Streikbrecher, außerdem schon für eine Auslese der Elite, aber nicht übers Geld ...

Bis zum 4.12. lobt die Presse die vernünftige, strebsame, ernsthafte, vor allem so reife Jugend, die doch nur ihre Zukunft sichern wolle — wann hat man Schüler schon für mehr Schulstunden demonstrieren sehen? An diesem Tag aber lehnt die Regierung abermals jedes Gespräch mit den Studenten und Schülern ab, zielt die CRS mit Tränengasgranaten auf die Demonstranten, zwei Jugendliche werden schwer verletzt (s.o.) und die vermeintliche Solidarität mit den CRSlern weicht den altbewährten ,,*CRS-SS*''!

„Es waren richtige Wilde"

Die gerade noch als vernünftig gepriesene Menge ruft ,,*Chirac! Rücktritt!*'', ,,*Pasqua-Terrorist!*'', ,,*Wir sind nicht in Chile!*'' und die rechte Presse warnt sogleich vor einer ,,Reideologisierung'' der Jugend. Louis Pauwels, Gallionsfigur der neuen Rechten, macht in seinem ,,Figago-Magazine'' ein ,,*geistiges Aids-Sydndrom*'' der Jugend aus, und die faschistische Wochenzeitschrift ,,Minute'' greift de Gaulles legendäres Wort ,,La Chienlit'' (Sauhaufen) auf ihrem Titelblatt wieder auf.

Nach wie vor zeigt sich die Regierung kompromißlos — ein Zurückziehen der geplanten Reformen stünde völlig außer Frage. Devaquet selber meint, die Regierung sei zwar gelassen und friedfertig, man solle aber Friedfertigkeit nicht mit Schwäche verwechsel. Am 5.12. gehen erneut Tausende in ganz Frankreich protestieren — zunehmend gegen polizeiliche Repressionen und Regierungspolitik. An diesem Abend wird im Pariser Quartier Latin der 22jährige Malik Oussekine ermordet.

Auf den Straßen ist die berüchtigte CRS-Spezialeinheit der ,,Voltigeurs-Motocyclistes'' unterwegs. Diese Einheit — wörtlich übersetzt: Seiltänzer-Motorradfahrer — wurde 1969 vom damaligen Innenminister Marcellin aufgestellt; unter Pasquas Vorgänger Joxe war ihr Einsatz untersagt. Die Freiwilligen werden zu zwei Mann — manchmal allerdings auch drei — pro Maschine zusammergestellt, der Fahrer ist mit einem Knüppel aus schwarzem Hartgummi ausgerüstet, der sogenannte Seiltänzer mit einem ,,Bidule'', einem überlangen Holzknüppel. Sie werden eingesetzt bei Staatsbesuchen, bei Geiselnahmen, bei Terror-Bekämpfungsmaßnahmen, also in ,,besonderen Situationen'', aber derzeit auch im Alltag zur Schikanierung und Kontrolle in der Hauptstadt.

In dieser Nacht tobten sie sich aus. Eine 18jährige Studentin berichtete: ,,*Wir befanden uns in der Nähe des Senats, alles war ruhig, Paare liefen über den Bürgersteig, wir waren weit von der Demonstration entfernt, als plötzlich drei Motorräder und ein Auto auftauchten. Acht Männer haben uns umzingelt und mit dem ,bidule' geschlagen — es waren richtige Wilde.*'' (,,Le

tauchten. Acht Männer haben uns umzingelt und mit dem ,bidule' geschlagen — es waren richtige Wilde.'' (,,Le

Matin'', 8.12.) Derlei Berichte gibt es zuhauf. Ebenso haben mindestens drei Zeugen gesehen, wie der junge Malik von drei CRSlern geprügelt wurde. Schon als der Notarzt kam, lebte er nicht mehr.

Die Studenten bezogen Stellung: ,,*Den friedlichen Demonstrationen hat die Regierung die polizeiliche Repression entgegengesetzt. Sie alleine trägt die Verantwortung für sämtliche Zwischenfälle ... Heute trauert die Jugend. Malik, 22 Jahre alt, wurde brutal von Polizisten ermordet ... Am Montag, den 8.12., wird sich in ganz Frankreich die Jugend zum Trauern versammeln ... Während einer ganzen Woche wird die Jugend einen schwarzen Trauerflor tragen ... In unserem Kampf handelt es sich mehr denn je um die Verteidigung der elementaren demokratischen Rechte. Dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit der Fortführung des Kampfes um gleiches Recht für alle auf Ausbildung und Studium.*''

Tags darauf wurde zum Generalstreik am 10.12. aufgerufen. Allein die CGT-Gewerkschaft begrüßte die Initiative und mobilisierte darüberhinaus zu einstündigen Arbeitsniederlegungen am 8.12. Die PS-nahe Gewerkschaft CFDT erklärte sich mit einer Demonstration am 10.12. einverstanden — allerdings unter der Bedingung, sie um 16 Uhr zu beenden zwecks Vermeidung von Provokationen. CFDT und die weiter rechts stehende Gewerkschaft FO wollen keinen Anti-Chirac-Streik und sind sich auch im klaren, daß die Alternative zum Premierminister im Herzen der Jugendlichen nicht unbedingt Mitterand heißt. Eine zweite Großdemonstration, ähnlich der am 4.12., könnte nämlich Letzteren zur eindeutigen Parteinahme gegen die Rechtsregierung zwingen. Das wiederum birgt die Gefahr einer Krise ... Die Barre-Anhänger innerhalb der Rechten distanzieren sich von der Repressionspolitik, ebenso der Graf von Paris (sogenannter legitimer Anwärter auf Frankreichs Thron), der Mitterands Besonnenheit lobt. Widersprüche auch innerhalb der Polizei. Der Generalsekretär der autonomen Förderation der Polizeigewerkschaften — die ASP umfaßt die Häfte aller gewerkschaftlich organisierten Flics Frankreichs — Bernard Deleplace, greift an: ,,*Ja — das gezielte Abschießen von Tränengas ist untersagt. Ja — einem am Boden liegenden, schutzlosen Demonstranten zu schlagen, entehrt einen selber. Wir stehen nicht im Krieg. Wir sind da, um die republikanische Ordnung zu schützen, wir sind nicht da, um zu morden.*'' (,,Le Matin'', 8.12.)

Innenminister Pasqua und Sicherheitsminister Pandraud (früher Generaldirektor der Polizei) hatten gleich nach Amtsantritt versprochen, sie würden die Polizei immer decken. Dazu sagt Deleplace, damit werde ,,*die Anwesenheit einer extremistischen Minderheit in unseren Reihen begünstigt.*'' (ebd.) Zahlreiche Berichte von Journalisten der verschiedensten Richtungen weisen auf einen massiven Einsatz von Provokateuren seitens des Ministeriums und der Polizei hin. Deleplace selber spricht davon und erinnert an die Stahlarbeiterdemonstration 1979 in Paris, als zunächst ohne polizeiliche Reaktion Dutzende von Individuen rund um den Place de l'Opéra alles kurz und klein schlugen. Später stellte sich tatsächlich heraus, daß es sich um von der Pariser Polizeipräfektur rekrutierte Provokateure gehandelt hatte.

Chiracs Kapitulation

Chiracs Kapitulation

Am 6.12. erklärte Devaquet seinen Rücktritt bei Aufrechterhaltung des Gesetzesvorhabens. Am 8.12. um 13 Uhr ließ Chirac alles fallen. Die Studentenkoordinierung blieb bei ihrem Mobilisierungsaufruf für den 10.12., hierbei von der CGT und von der KPF unterstützt, die ganz im Unterschied zum Mai 68 immer wieder ihre Achtung vor den Kampfzielen der Jugend und Respekt vor ihrer politischen Autonomie beteuerten ('68 meinte CGT-Generalsekretär Séguy: ,,Cohn-Bendit? Kenne ich nicht!'', und Marchais sprach, wenn schon, nur von diesem ,,deutschen Anarchisten'' ...). Die CFDT ließ über ihren Leader Edmond Maire verlauten, nun habe diese Demonstration keinen Grund mehr, da die Gesetze vom Tisch wären.

Die politische Umgebung Mitterands versicherte jedem, eigentlich ginge die innenpolitische Friedensoffensive vom Präsidenten aus — der habe es schon immer gesagt. Das wiederum bestritt Chirac, der gerne die Initiative in seiner Hand sehen möchte. Der Herausgeber von Libération, Serge July, schrieb von einer ideologischen Zerrüttung des Regimes, Millionen von Eltern sei bewußt geworden, daß Pasqua nicht geeignet sei, die Sicherheit ihrer Kinder zu gewährleisten. Eine ganze Generation habe sich für Werte politisiert, die den Konservativen entgegengesetzt seien. Daher handle es sich um eine ,,historische Niederlage'' der Regierung. Mitterand wiederum verneinte die Frage, ob die Polizei zu weit gegangen sei: ,,*Nein, nein, sie üben einen sehr schwierigen Beruf aus ...*'' Allerdings erklärte er auch: ,,*Nie wieder so etwas.*'' Also nie wieder Gewalt zwischen Franzosen. ,,*Die Schüler und Studenten wissen, daß ich auf der gleichen Wellenlänge bin wie sie.*'' Er habe allerdings nicht eindeutig Partei ergreifen können, weil ihm seine Präsidentenrolle solches verbiete. Man müsse im Ausbildungssystem den gleichen Konsens finden wie ... in der Verteidigung, resümierte der Präsident (,,Le Monde'', 11.12.). Nach allem was geschehen ist, ein bemerkenswerter Zynismus.

Frankreich-Kommission

R. Reagan ist nun dort angelangt, wo seine vier Vorgänger ebenfalls gelandet sind: in einem Sumpf von doppelter Moral, Korruption und bürgerlicher Kriminalität. Kennedy wurde von dieser Entwicklung verschont, weil seine Präsidentschaft mit den Schüssen von Dallas ein jähes Ende fand. An Eisenhower kann und mag sich schon niemand mehr erinnern. Das Erstaunliche an den sechs Jahren US-Präsidentschaft unter R. Reagan ist lediglich, daß dies erst zum jetzigen Zeitpunkt geschieht.

Die erste Zeit seiner Präsidentschaft war geprägt durch Zweifel an den außenpolitischen Fähigkeiten seiner Mannschaft. Die Wahl Reagan's im Herbst 1979 war möglich geworden durch vordergründige massenpsychologische Effekte. ,,Amerika wieder groß zu machen'' war eines der Leit- und Schlagworte. Eine formulierte Strategie des US-Imperialismus stand nicht dahinter. Mit der Zeit wurde sodann die antikommunistische Agitation des Präsidenten umgewandelt in das, was heute als die ,,Reagan-Doktrin'' bezeichnet wird. In Abgrenzung zur vorhergehenden Präsidentschaft unter Carter verstärkten die USA die Unterstützung konterrevolutionärer Truppen weltweit, der Kampf gegen den Kommunismus wurde nicht nur in Worten sondern auch materiell

tionärer Truppen weltweit, der Kampf gegen den Kommunismus wurde nicht nur in Worten sondern auch materiell

auf einer intensiveren Ebene geführt.

Synonyme für praktizierte Außenpolitik unter R. Reagan sind die Contra-Unterstützung in Nicaragua, die Unterstützung der Konterrevolutionäre in Angola (UNITA) und Mozambik (MNR), anfänglich die Unterstützung der Todesschwadrone in El Salvador. Soweit die Konterrevolution Regierungsgewalt besitzt, wurde auch sie unterstützt: die Diktaturen in Chile, Haiti, Guatemala, Südkorea, auf den Philippinen. Zu diesem Thema gehört natürlich auch die Rückendeckung für die Rassisten in Südafrika. Erwiesen sich diese Konterrevolutionen als zu korrupt oder zu schwach gegenüber dem Volkswillen, wurden sie kontrolliert abgelöst wie auf Haiti und den Philippinen.

Gegenüber den Verbündeten und der internationalen Öffentlichkeit gab sich dieser Antikommunismus als militant, aber die Legalität achtend aus. Die Contras in Nicaragua wurden offiziell aus CIA-Quellen unterstützt, solange diese Fonds gefüllt waren. Als diese Kassen leer waren, begab sich der Präsident in eine fast zwei Jahre dauernde politische Kampage mit den Institutionen Congress und Senat. R. Reagan vermittelte so das Bild, als werbe er um demokratisch entstehende Mehrheiten, um seine Contra-Politik weiterhin finanzieren zu können. Die halboffiziell als illegal klassifizierte Verminung der nicaraguanischen Häfen zur Hälfte seiner ersten Amtszeit wurde Reagan nicht weiter angelastet, die Verurteilung durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag als europäische Einmischung in die inneren amerikanischen Angelegenheiten zurückgewiesen.

In diesem absurden Rahmen der Legalität bewegte sich auch die Invasion Grenadas 1983. Die Bedrohungslüge von einer Startbahn auf dieser Insel für MiGs und die Verhinderung einer potentiellen Geiselnahme von 1.500 US-amerikanischen Studenten gaben der US-Regierung ,,ihr Recht'' auf diese Militäraktion. Die Klassifizierung Libyens als ,,Hort des Terrorismus'', somit als Gefahr für Leib und Leben US-amerikanischer Bürger, ist nach existierender US-Gesetzgebung Voraussetzung für z.B. die militärische Aktion, die im Frühjahr dieses Jahres gegen Libyen unternommen wurde. Die Ermordung des Staatsoberhauptes Gaddafi als willentlicher und geplanter Akt wäre jedoch illegal gewesen. Dies zu legalisieren sollte die Aufgabe eines Gesetzentwurfes sein, der in diesem Frühjahr von republikanischer Seite vorgelegt, aber bisher nicht ratifiziert wurde. Daß Gaddafi unter den Toten hätte sein können, nahm Shulz in der Öffentlichkeit augenzwinkernd in Kauf.

Ohne Zweifel ist dies alles ein absurder Begriff von Legalität, ist aber nichtsdestotrotz globale Realität und bedeutet: innerhalb des Rahmens US-amerikanischer Gesetze zu handeln. Dieser Rahmen der Legalität haben R. Reagan und seine Crew verlassen, als die Iran-Contra-Geschäfte getätigt wurden. Sie verstießen gegen Erlasse aus der Carter-Zeit, die fast Gesetzesrang haben. Sie verstießen gegen das Isolations- und Exportkontrollengesetz von 1980 und 1984. Sie verstießen gegen das Boland Amendment von 1984, das verbietet, US-Gelder aus Regierungsfonds zur Unterstützung militärischer Umsturzversuche in Nicaragua zu verwenden. Sie verstießen weiterhin gegen rund sieben Gesetze, teilweise Verfassungsbestimmungen, aus rund 200 Jahren US-Geschichte.

Zum inneramerikanischen Politi-

Verfassungsbestimmungen, aus rund 200 Jahren US-Geschichte.

Zum inneramerikanischen Politikum mit einigem Gewicht werden diese Verstöße, weil mehrere US-Bürger in jüngster Zeit verurteilt worden sind oder noch vor den Schranken des Gerichts stehen, weil sie Waffen in den Nahen Osten im Wert von mehr als 2 Mrd. US-Dollar verschoben haben.

Bis zum Zeitpunkt der Aufdeckung dieser Iran-Contra-Geschäfte war die US-Außenpolitik stimmig mit dem, was gesagt und getan wurde. Während der Aktionen gegen den libyschen Staat wurden die europäischen Verbündeten als ,Feiglinge'' und sonstwas beschimpft, weil sie nicht zu härteren Aktionen gegen den ,,Terrorismus'' bereit waren. Gespottet wurde über die französische und die italienische Regierung, die im Nahen Osten mit den verschiedenen Fraktionen des palästinensischen und islamischen Widerstandes verhandelten. Die französische Regierung wurde gezwungen, die Verfahren gegen ,,arabische Terroristen'' bis zum letzten durchzuziehen, wo die französische Regierung lieber den Weg einer Austausch- oder Verhandlungslösung gegangen wäre. Die italienische Regierung wurde gezwungen, diejenigen Anteile am Fiat-Konzern, die die libysche Regierung hielt, in andere Hände zu bringen. Die Liste ähnlicher Beispiele ist verlängerbar.

In den USA selbst wurden und werden viele Menschen durch FBI und andere staatliche Stellen verfolgt, weil sie gegen den Terrorismus Act von 1984 verstoßen haben sollen. Sie sollen für sogenannte terroristische Organisationen oder Individuen geworben oder diese materiell unterstützt haben. Mit diesem Gesetz nehmen sich die USA das Recht, gegen alle die vorzugehen, die ein Land, eine Personengruppe oder eine Organisation unterstützen, welche von der US-Regierung als ,,terroristisch'' klassifiziert worden ist. Darunter fallen aktuell u.a. die FSLN (Nicaragua), die FMLN (El Salvador), die PLO, der ANC (Südafrika) noch nicht. Gaddafi fiel natürlich auch darunter und der Iran.

Die US-Regierung machte sich einige Feinde, gerade im bürgerlichen Lager, die auf Grund der Reagan-Agitation auf politische Wege gezwungen wur-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den, die sie eigentlich nicht beschreiten wollten. Und dies bis in die ganz große Politik hinein. Die US-Regierung machte sich aber auch viele Feinde im eigenen Volk, indem sie Menschen verfolgte, die vielfach ganz einfach aus humanitären Beweggründen Menschen und Gruppen in der ,,3. Welt'' unterstützten. So ist es kein Wunder, daß die im November zutage getretene Doppelbödigkeit der Reagan-Politik die Wut all derjenigen auf das Machtzentrum in Washington mobilisierte, die in der jüngeren Vergangenheit direkt oder indirekt von dieser kalifornischen Clique unterdrückt wurden.

Neben die Illegalität der einzelnen Maßnahmen im Iran-Contra-Geschäft und der offenbar gewordenen Doppelbödigkeit tritt noch ein dritter Faktor, der die Ausmaße der Krise dieser US-Regierung bestimmt. Die Crew um R. Reagan ist nicht in der Lage, diese Krise zu managen. Das Ganze spielt sich ungefähr so ab, wie wir es von der bürgerlichen Szene in Bonn ach so gut kennen. Die bürgerliche Politik in Washington ist in eine Sackgasse geraten, indem sie auf einen Schauspieler als Präsidenten setzte, ohne gleichzeitig Führungskader auf der Ebene der Administration zu haben, die in solchen Krisensituationen den Kurs bestimmen.

In zwölf Monaten werden die ersten Ausscheidungswahlen der Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 1988 sein. In einem halben Jahr müssen sich diejenigen entschieden haben, die in diesem Rennen mitmachen wollen. Im Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise wird darüber bestimmt werden, mit welchem Profil ein Mann ausgestattet sein muß, um halbwegs erfolgsträchtig in diesen Wahlkampf zu gehen. Wenn es eine Inszenierung dieser Krise aus dem US-amerikanischen Establishment gibt, dann sicherlich, um in dieser Zeit aus der Kritik an der Reagan-Regierung heraus die Weichen zu stellen für eine andere Außenpolitik.

Aber weniger eine inneramerikanische Verschwörung als vielmehr eine geschichtliche Folgerichtigkeit ist für die gegenwärtige Situation der US-Regierung verantwortlich. Die Politik der Isolierung und Ausgrenzung, wie sie verbal von der US-Regierung gegenüber dem Iran seit Amtsantritt 1980 vertreten wurde, ist in der Region des Nahen Ostens nicht möglich. In dem Geschäft Waffen gegen Geiseln ging es der US-Regierung auch weniger um das Dutzend Menschen, das sie nunmehr vorgibt, freigekauft zu haben. Die US-Politik war gezielt auf das Ausnutzen der Fraktionierung in der iranischen Führung, um den Iran für regional bestimmten Ziele des US-Imperialismus neuerlich verfügbar zu machen.

Grob skizziert versuchte die US-Regierung mit der Fraktion ins Geschäft zu kommen, die vom Parlamentspräsidenten Rafsanjani repräsentiert wird. Dieser war es auch, der den USA verschiedentlich bei der Auslösung von Geiseln behilflich war. Um diese Politik Rafsanjanis zu hintertreiben, verhalf die andere Fraktion in der iranischen Führung der Weltöffentlichkeit über den Weg der libanesischen Zeitung ,,Al Shiraa'' zu all den Informationen, die diese US-Regierungskrise auslöste. Die Leichtigkeit, mit der die Lawine im Weißen Haus mit diesem Thema losgetreten werden konnte, ergibt sich aus der gegenwärtigen Einzigartigkeit, die der islamische Fundamentalismus in der Agitation des US-Präsidenten spielte.

Die Fortsetzung der Reagan-Politik ist für die nächste Zeit zumindest für den nationalen Sicherheitsrat gesichert. Der Nachfolger für Vize-Admiral Poindexter ist F. Carlucci als Präsidentenberater im NSC. Carlucci ist im Laufe seiner Laufbahn direkt oder indirekt verantwortlich gewesen für: die Erschießung P. Lumumbas (1960-62 im Kongo); die Absetzung des Präsidenten von Sansibar (1962-1965 Sansibar); die Abdankung des brasilianischen Präsidenten Goulart (1965-1969 Brasilien); für die Ermordung S. Allendes. Unter Präsident Ford war Carlucci Botschafter in Portugal und setzte sich dafür ein, daß die USA in der Phase der portugiesischen Revolution zusammen mit Helmut Schmidt und der SPD/SI die Nelkenrevolution erstickten. Carlucci intervenierte in diesem Fall erfolgreich gegen die ,,konservative'' Hierarchie in der US-Außenpolitik. Unter Carter wurde er zweiter Direktor des CIA, und Weinberger wollte 1980 nur dann sein Amt als Kriegsminister übernehmen, wenn Carlucci ihn begleitete.

Im Wesentlichen wird also vieles beim Alten bleiben. Aber die Befürchtungen einiger Mitglieder des Reagan-Apparates sind, daß im gegenwärtigen Prozeß der Krisenbereinigung die parlamentarischen Institutionen Congress und Senat wieder mehr Einfluß auf die Außenpolitik gewinnen. Der Raum, den dieser Apparat sich in den ersten sechs Jahren unter dem Motto der ,,Reagan-Doktrin'' erobern konnte, droht nun wieder verkleinert zu werden. Die Möglichkeiten der Überwachung des NSC durch Senat und Congress werden neu diskutiert. Traditionell ist das NSC ein Stab zur freien Verfügung des Präsidenten, den alle Präsidenten mehr oder weniger abschotteten gegenüber der Öffentlichkeit.

Die gegenwärtige Krise der US-Regierung hat sehr viel gemeinsam mit den Krisen der vier vorangegangenen Regierungen unter Johnson, Nixon, Ford und Carter. Alle waren sie gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen einer quasi religiösen Freiheitsmoral und den alltäglichen blutigen Geschäften eines Präsidenten des größten imperialistischen Landes dieser Erde. Es ist einfach eine Frage von Geschichte und statistischem Zufall, wann die jeweilige Figur im Weißen Haus sich als das offenbart, was sie immer ist: der Führer eines kriegsbereiten, menschenverachtenden Staates. Das herausragende dieser Krise ist, daß sie zum einem jetzt stattfindet, nachdem sechs Jahre des Vergessens über Carter und ein Dutzend Jahre des Verdrängens von Nixon vergangen sind. Zum anderen hat gerade die Reagan-Regierung mehr Energien als die vorangegangenen darauf verwandt, in der Agitation ihre Politik aufzublähen und aus dem simpelsten eine Strategie zu machen. Die Enttäuschung über den großen Kommunikator ist darüber nur um so größer gewesen.

wo./Imp.-Kom.

Reagan's Iran-Kalender

20. Jan. 81: Im Iran werden die 52 US-Geiseln freigelassen, nachdem sie 444 Tage im Iran gefangengehalten worden waren. R. Reagan wird als US-Präsident inthronisiert.

23. Okt. 83: Rund 250 US-Marines werden in Beirut durch eine Lastwagenladung Sprengstoff getötet.

23. Okt. 83: ,,*Die USA werden sich nicht von Terroristen einschüchtern lassen*'' (R.Reagan).

23. Jan. 1984: Die US-Regierung führt den Iran offiziell als Unterstützer des internationalen Terrorismus auf und verhängt Exportkontrollen.

7. März 84: Der ,,Heilige Islamische Krieg'' (Jihad) entführt die erste Geisel in Beirut, später folgen weitere sechs US-Amerikaner in diese Gefangenschaft.

4. Dez. 84: Ein kuwaitisches Linienflugzeug wird nach Teheran entführt. Zwei US-Amerikaner werden getötet. Der Iran lehnt die Auslieferung der Entführer ab.

Frühjahr 1985: McFarlane und North beginnen mit ihren geheimen Reisen nach Europa, um Kontakt mit dem Iran aufzunehmen.

Mai 1985: Im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) wird die Kontaktaufnahme zu ,,gemäßigten Iranern'' erwogen. Reagan stimmt zu, der Congress wird jedoch nicht informiert.

heitsrat (NSC) wird die Kontaktaufnahme zu ,,gemäßigten Iranern'' erwogen. Reagan stimmt zu, der Congress wird jedoch nicht informiert.

14. Juni 85: TWA Flug 847 wird nach Beirut entführt. Die Entführer verlangen für die Entlassung der Passagiere die Freilassung von Gefangenen in Israel.

18. Juni 85: ,,*Lassen Sie mich deutlich erklären für die Mörder in Beirut und ihre Helfershelfer: Amerika wird niemals Konzessionen für Terroristen machen. Dies zu tun würde den Terrorismus nur noch mehr einladen. Wenn wir einmal diesen Weg gehen würden, würden wir nie an ein Ende kommen. Kein Ende für die Leiden unschuldiger Menschen, kein Ende des blutigen Preises, den alle zivilisierten Nationen zahlen müssen.*'' (R. Reagan)

30. Juni 85: Der Sprecher des iranischen Parlaments, Ali Rafsanjani, verhilft den USA zur Freilassung der Geiseln des TWA-Fluges.

Juli 85: Der israelische Premierminister Shimon Peres regt bei R. Reagan den Tausch von Waffen gegen Geiseln gegenüber dem Iran an.

8. Juli 85: ,,*Iran, Libyen, Nord Korea, Cuba, Nicaragua ... Das Anwachsen des Terrorismus in den vergangenen Jahren ist das Ergebnis der zunehmenden Einmischung dieser Staaten. Dies ist ... das Werk eines Zusammenschlusses terroristischer Staaten ... eine neue internationale Version einer Mord GmbH.*'' (R. Reagan)

Juli-August 85: Geheime US-Iranische Kontakte aufgrund israelischer Vermittlung und Initiative.

14. Sept. 85: Eine Waffenladung per Flugzeug nach Iran. Die Geisel B. Weir wird freigelassen, die US-Regierung verschweigt die Freilassung. Vier Tage später muß die Regierung die Freilassung trotzdem öffentlich machen.

Okt. 85: Vertreter der US- und der iranischen Regierung treffen sich in Genf, um weitere Geschäfte und Waffenlieferungen zu besprechen.

Nov. 85: Eine weitere Ladung von Waffen aus Israel geht in einem CIA-Flugzeug an den Iran.

4. Dez. 85: R. Reagan gibt den Rücktritt des NSC-Beraters McFarlane bekannt.

6. Dez. 85: Erste bekannte Diskussion der Reagan-Mannschaft über die Iran-Geschäfte. McFarlane trifft sich in London mit israelischen und iranischen Mittelsmännern.

7. Jan. 86: Rückblick im Weißen Haus auf die Iran-Politik. Außenminister Shulz und Kriegsminister Weinberger sprechen sich gegen die Politik der Iran-Geschäfte aus.

7. Jan. 86: ,,*Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir haben uns mit einer Anzahl von Einzelpersonen getroffen und gesprochen, mit einer Reihe von Regierungen desgleichen. Wir folgen jedem Pfad, soweit es uns möglich ist, um die Befreiung möglich zu machen.*'' (R. Reagan zu Reportern)

17. Jan. 86: R. Reagan unterschreibt einen ,,Entwurf'', in dem die Waffengeschäfte mit dem Iran autorisiert werden. R. Reagan beauftragt den CIA-Direktor Casey (schriftlich) Einzelheiten vom Congress fernzuhalten. Der CIA eröffnet die entsprechenden Bankkonten in der Schweiz.

Feb. 86: Erneute Waffenlieferung der USA nach Iran über Israel. Zweimal 45 Tonnen Waffen werden von der Texas Air Force Base nach Tel Aviv geflogen.

14. April 86: US-Angriff auf Libyen.

Mai 86: Zwei US-Waffenlieferungen, gleicher Weg wie im Februar.

6. Mai 86: ,,*Die Regierung der USA wird gegenüber Terroristen keine Konzessionen machen. Die Regierung wird kein Lösegeld zahlen, keine Gefangenen freilassen, sie wird ihre Politik nicht ändern oder in andere Aktivitäten einwilligen die den Terrorismus ermutigen könnten.*'' (Presseerklärung

nen freilassen, sie wird ihre Politik nicht ändern oder in andere Aktivitäten einwilligen die den Terrorismus ermutigen könnten.'' (Presseerklärung

des State Departements)

Mai 86: Die ersten Gelder für die ,,Iran-Waffen'' laufen auf den Schweizer Konten ein. Der CIA erstattet daraus Kosten an das Kriegsministerium zurück. Überschüsse werden auf seperate Rechnung für die Contras von Nicaragua beiseite gelegt.

28. Mai 86: McFarlane, North u.a. gehen auf ihre Tour zum Iran.

3. Juli 86: Eine private Boing 707 fliegt von Spanien nach Jugoslawien, mutmaßlich mit ,,Iran-Waffen'' an Bord.

26. Juli 86: Die Geisel L. Jenco wird freigelassen. Die US-Regierung ist enttäuscht, daß keine weiteren Geiseln freikommen.

August 86: Dritte Ladung ,,Iran-Waffen'' auf dem üblichen Weg. US-Regierung dringt auf weitere Entlassung von Geiseln.

Sept. 86: Zwei weitere US-Bürger werden zu Geiseln im Libanon. Die vierte Ladung ,,Iran-Waffen'' geht auf den üblichen Weg. In der Schweiz gehen weitere Zahlungen ein.

2. Nov. 86: Die Geisel D. Jacobsen wird freigelassen.

3. Nov. 86: Die libanesische Zeitung ,,Al Shiraa'' veröffentlicht die Informationen über die Reise von McFarlane in den Iran.

4. Nov. 86: A. Rafsanjani bestätigt die Meldungen über die Reise McFarlanes gegenüber US-Presseorganen.

13. Nov. 86: ,,*Während 18 Monaten — bis heute gerechnet — haben wir eine geheime diplomatische Mission im Iran unternommen ... Diese begrenzten Lieferungen würden alle, zusammengenommen, in ein einzelnes Frachtflugzeug passen ... Wir haben keine, ich wiederhole 'keine' (!), Waffen oder irgendetwas anderes gegen Geiseln getauscht, und wir werden das auch nicht tun.*'' (Reagans Botschaft an die Nation)

15. Nov. 86: Die Entführer in Beirut erklären, daß die US-Regierung weitere Schritte unternehmen muß, um die Geiseln freizubekommen.

16. Nov. 86: ,,*In der Situation des Krieges Iran-Irak, der iranischen Unterstützung des Terrorismus, seiner Gemeinschaft mit denen, die unsere Leute als Geiseln halten, sage ich — soweit meine Meinung gefragt ist — Nein* (ob Waffen in den Iran gehen sollten)''. (Außenminister Shulz)

19. Nov. 86: R. Reagan erklärt, daß kein drittes Land in dieses Iran-Geschäft verwickelt sei. Das ,,Weiße Haus'' korrigiert diese Fernsehansprache sehr schnell, schließt jedoch aus, daß weitere Lieferungen in den Iran gehen.

20. Nov. 86: ,,*Niemand sollte vergessen, wessen Idee das Ganze war. Es war McFarlanes Idee. Wenn man schlechten Rat gibt, bekommt man schlechte Resultate.*'' (D. Regan, Chef des Reagan-Teams im Weißen Haus)

25. Nov. 86: J. Poindexter und North werden entlassen. Oberstaatsanwalt Meese gibt die bekannten Resulte aus.

Dez. 86: Eine Komission wird eingesetzt, um die Aktivitäten des NSC zu untersuchen. F. Carlucci wird zum neuen NSC-Berater ernannt.

8. Dez. 86: Poindexter und North verweigern die Aussagen vor dem Ausschuß unter Berufung auf den 5. Zusatzartikel zur US-Verfassung. Waffenlieferungen an die UNITA in Angola über Honduras und Israel werden bekannt.

Quellen: ,,The Guardian Weekley'', 7.12.86; ,,US News & World Report'', 8.12.86; weitere Presse.

wo./Imp.-Kom.

USA — Iran:

USA — Iran:

Geheimdiplomatie zwischen ''Feinden''

Ein Vier-Punkte-Abkommen sei im Laufe der geheimen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran abgeschlossen worden, berichtete der ehemalige iranische Staatspräsident Banisadr. Ein Punkt behandle die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern: die USA werden die gemäßigte Strömung unter Hodjatoleslam schon heute sehr mächtig sei. Das Abkommen beziehe sich auch auf die Zukunft des irakischen Regimes. Um eine Basis für ein Ende des Golfkrieges zu schaffen, solle der irakische Präsident Saddam Hussein



abgesetzt werden. Der dritte Punkt befasse sich mit der Beendigung von Terrorakten, die vom Iran organisiert oder unterstützt werden, und mit der Freilassung aller Geiseln im Libanon. Im letzten Punkt des Abkommens werde eine gemeinsame amerikanisch-iranische Politik gegenüber der OPEC befürwortet, ein erster Schritt solle die Stabilisierung des Ölpreises bei 18 Dollar pro Barril sein (Le Monde, 15.11.86).

Für die Existenz eines solchen Abkommens sprechen viele Fakten und die Enthüllungen über amerikanische Waffenlieferungen an den Iran im Austausch gegen Geiseln, die die Reagan-Regierung in ihre bislang schwerste Krise stürzten und internationalen Wirbel auslösten, scheinen nicht einmal die Spitze des Eisberges zu sein. Reagan selbst hat zugegeben, die amerikanische Regierung unterhalte seit achtzehn Monaten geheime diplomatische Beziehungen zum Iran — wegen der Geiselfrage natürlich. In Wirklichkeit geht es nur am Rande um die Befreiung der Geiseln: Die Vereinigten Staaten wollten — für die Zeit nach Khomeiny — die Beziehungen zum strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Iran verbessern. Die Gelegenheit dafür ist günstig: Der Iran ist durch den Krieg in große Schwierigkeiten geraten, gerade angesichts des Verfalls der Erdölpreise und des Sinkens des Dollar-Wechselkurses. Die Fraktion der Islamischen Republik-Partei um den Parlamentspräsidenten Rafsandjani gilt seit Jahren als der gemäßigte Flügel der iranischen Machthaber, der seine Position inzwischen nahezu unangreifbar ausbauen konnte. Das hat sich auch in der Auseinandersetzung um den designierten Khomeiny-Nachfolger Montazeri gezeigt. Als die libanesische Zeitung Al-Shiraa Anfang November über die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran berichtete, waren heftige Machtkämpfe um die Nachfolge Khomeinys entbrannt. Im September wurde eine Rede Montazeris vom Rundfunk und Fernsehen zensiert; Chef dieser Anstalt ist der Bruder Rafsandjanis. Mitte Oktober gar wurden der Schwiegersohn Montazeris, Mehdi Haschemi, und dessen Bruder verhaftet. Beide sind wichtige Führer einer Abteilung der Pasdaran, die für von Teheran abhängige islamische Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt verantwortlich ist, also auch für die Hezbollahis im Libanon, für pro-iranische Strömungen in der libanesischen Amal, für die irakische Al-Dawaa und für die von ihr abgespaltete Amal. Diese Organisationen führten in der Vergangenheit mit direkter iranischer Unterstützung eine Reihe von Anschlägen im Libanon und im Irak durch, letztere *eine* Ursache für den iranisch-irakischen Krieg.

Die Verhaftung von Mehdi und Hadi Haschemi war jedoch nur der Beginn einer umfassenden Verfolgungswelle gegen die Anhänger des Ayatollah Montazeri. Inzwischen sollen mehrere hundert Kommandeure der Pasdaran und örtliche Funktionäre in der Gegend um Isfahan, der Hochburg Montazeris, verhaftet worden sein. Der Minister für Nachrichtendienste, Ray-Schahri, verantwortlich für die Hexenjagd auf Mitglieder der Tudeh-Partei, auf Anhänger des inzwischen hingerichteten ehemaligen Außenministers Ghotbzadeh und des verstorbenen Ayatollahs Schariat-Madari, erließ im Rundfunk Aufrufe zur Denunziation. Daraufhin reisten Vertraute von Ayatollah Montazeri in den Libanon und baten den Chef der Wochenzeitung Al-Shiraa, Hassan Sabra, über die geheimen iranisch-amerikanischen Beziehungen zu schreiben, für die Rafsandjani maßgeblich verantwortlich ist. Auf diese Weise sollte die Machtfülle des Parlamentspräsidenten eingeschränkt und der in arge Bedrängnis geratenen Khomeiny-Nachfolger entlastet werden. Schließlich hatten ähnliche Kontakte 1979 den damaligen Staatspräsidenten Barzagan zu Fall gebracht. Sabra schien der geeignete Mann: er war enger Vertrauter von Mohammed Montazeri (genannt Ringo), Sohn des Ayatollahs und wichtigster Organisator der irakischen Amal, verantwortlich für die meisten Anschläge gegen das Baath-Regime. Mohammed Montazeri wurde 1981 beim Bombenanschlag auf das Hauptquar-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tier der Islamischen Republik Partei getötet.

Genützt hat dieser Schachzug bisher weder den Verhafteten noch dem Ayatollah Montazeri. Denn inzwischen haben die Brüder Haschemi umfassende Geständnisse über alle möglichen Untaten abgelegt, heute im Iran ein sicheres Zeichen für die baldige Exekution. Der Druck auf Ayatollah Montazeri scheint zugenommen zu haben: er distanzierte sich öffentlich von beiden.

Die Enthüllungen der geheimen iranisch-amerikanischen Beziehungen dagegen haben dem Parlamentspräsidenten bis heute nicht geschadet. Allerdings versäumte der Hodjatoleslam es nicht, in einem Rundfunkinterview zu versichern, Präsident Reagan habe die Wahrheit gesagt und dem Iran nur einmal direkt Waffen geliefert , um so das Ausmaß der Kontakte zu verschleiern. (LM, 7./8.12.86).

In Wirklichkeit waren die Kontakte zu den USA nie vollständig unterbrochen, auch der Waffennachschub floß - nach der Freilassung der amerikanischen Geiseln im Januar 1981 - so reichlich, daß die iranische Armee und die Pasdaran der technisch überlegenen irakischen Armee standhalten konnten. Erst 1984 setzten die USA den Iran auf die Liste der Feindstaaten, Monate nach den schweren Bombenanschlägen im Libanon. Aber selbst in diesem Jahr durften US-Firmen direkt an den Iran liefern, beispielsweise Jeeps als Kompensation für die im Revolutionsjahr 1979 ausgefallenen Geschäfte (LM, Aug. 84). Zwei amerikanische Boeing-Flugzeuge wurden in den USA repariert. Auf ihrem Rückflug nach Teheran brachten sie aus Libyen Munition mit (LM, 8.8.84). Und noch im gleichen Jahr versprachen die USA der iranischen Regierung, 25 F-5 Düsenjäger zu liefern (taz, 23.7.84). Sicher ließe sich diese Liste direkter amerikanischer Hilfe fast endlos fortsetzen.

Der Großteil der amerikanischen Waffenlieferungen aber wurde über Drittländer abgewickelt, vor allem über Israel. Schon 1982 hatte der damalige israelische Botschafter in den USA in einem Zeitungsinterview geäußert, daß Israel mit Einverständnis der USA Rüstungsmaterial an den Iran verkaufen würde. Das verkaufte Material wurde von den USA dann jeweils umgehend ersetzt (Frankfurter Rundschau, 29.11.86).

Riesige Mengen wurden geliefert: Die dänische Seeleutegewerkschaft spricht von 70 Schiffsladungen, die von dänischen Schiffen transportiert wurden (LM, 20.11.86). Die „Times" (London) berichtete von zwanzig amerikanischen Transportflugzeugen, beladen mit Rüstungsmaterial, die den amerikanischen Unterhändler McFarlane in den Iran begleiteten (LM, 30.11./1.12.86). Gastgeschenk war also nicht nur eine Torte in Schlüsselform und die von Reagan handsignierte Bibel.

Ende 1985 lieferten die USA über 10.000 TOW-Panzerabwehr-Raketen in den Iran, ein Geschäft, von dem die „New York Times" erst kürzlich berichtete, dessen Abwicklung Jürgen Roth in seinem Buch „Makler des Todes" schilderte:internationale Waffenhändler vermittelten zwischen den amerikanischen und iranischen Handelspartnern, die auf getrennten Etagen des gleichen Hotels saßen. Über Portugal und Syrien gelangten die Waffen in den Iran und Saudi-Arabien übernahm rund ein Viertel der Kosten, nämlich 30 Millionen Dollar.

Die Saudis galten bislang immer als Unterstützer des Irak in dem mehr als sechs Jahre dauernden Krieg. Trotzdem haben sie die Kontakte zum Iran gepflegt und das iranische Regime wiederholt materiell unterstützt. Auch Saudi-Arabien wollte keine der beiden Kriegsparteien siegreich sehen. Vermittler der amerikanisch-israelisch-iranischen Rüstungsgeschäfte war der saudische Waffenhändler Kashoggi, der den Israelis den iranischen Wunschzettel präsentierte (LM, 11.11.86). Die Reise McFarlanes kam durch Vermittlung der Saudis zustande (LM, 30.11./1.12.86). Und Saudi-Arabien war es auch, das dem Iran nach den schweren Bombardements der iranischen Raffinerien und Erdölförderanlagen im Sommer 86 mit riesigen Mengen von Erdölprodukten belieferte (LM, 25.11.86).

Schließlich verantwortete die Saudis die OPEC-Politik des letzten Jahres: Saudi-Arabien erhöhte die Erdölproduktion, was zu einem drastischen Verfall der Erdölpreise führte, u.a. mit dem erklärten Ziel, dem Iran und Libyen wirtschaftlich zu schaden. Schon auf der OPEC-Konferenz im August 1986 schlossen sich die Saudis - nach langen Debatten - überraschend der iranischen Position an, die Erdölförderquoten zu senken, auf diese Weise höhere Erlöse zu erzielen. Der Positionswechsel Saudi-Arabiens hatte sicher seinen Preis.

Es scheint, als würden die USA in den letzten Monaten wieder mehr den Iran unterstützen, nachdem seit 1984 die Zusammenarbeit mit den Irak gewachsen war. Ein Grund dafür wäre der möglicherweise baldige Tod Khomeinys und die Machtfülle der gemäßigten Fraktion unter Rafsandjani. Der Parlamentspräsident hatte schon vor Monaten den Vereinigten Staaten öffentlich angeboten, für den Sturz Saddam Husseins würde der Iran auch eine prowestliche Regierung im Irak dulden. Der Iran jedenfalls ist für die USA geostrategisch (Grenzen zur Sowjetunion, Pakistan, Afganistan) und wirtschaftlich erheblich bedeutsamer als der Irak.

Nahost-Kommission

Buchvorstellung:

„Krieg im Frieden" — low intensity warfare

Es stand im letzten AK: „Internationaler Terrorismus", „low intensity warfare" — zwei Begriffe, ein Zusammenhang!

Inzwischen ist die internationale Presse voll davon: verdeckte Kleinkriegs-Kriegführung aus den Kellern des „Weißen Hauses" und den Agentenzentralen des CIA — wenn auch in einem eklatanten Gegensatz zur offiziellen „Anti-Terror-"Linie der Reagan-Regierung: Heimliche Waffenlieferungen durch Vermittlung Israels an den Iran, Verschiebung der daraus gewonnenen Gelder an die nicaraguanischen Contras.

Und nicht nur das, die „Cowboys", wie Reagans „Counter warfare"-Spezialisten im Nationalen Sicherheitsrat der USA genannt werden, arrangierten auch die Kaperung der Achille-Lauro-Entführer, die „Strafexpedition" gegen Libysche Städte, die „antiterroristischen" Aktivitäten von US-Agenten im Libanon etc. Mit anderen Worten, die Realität hat wieder mal ihre Beschreibung überholt!

Dennoch, bzw. gerade deswegen sei ein kleines Büchlein dringend empfohlen, das seit ein paar Monaten auf dem Markt ist: „Krieg im Frieden", von Jochen Hippler im Pahl-Rugenstein-Verlag. Es gibt eine aktuelle Übersicht über Entwicklung, Ziele und Methoden dessen, was in den USA z.Z. unter „low intensity warfare" von der Reagan-Administration propagiert und betrieben wird.

Wir stellen das Büchlein im Folgenden durch die Einleitung des Autors selbst vor.

F.

Die Kontrolle der Dritten Welt ist für die USA von strategischer Bedeutung — darin sind sich alle Politikplaner und Strategen in Washington einig. Mögen auch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie eine solche Kontrolle am wirksamsten erreicht werden kann, mag der Grad an Deutlichkeit, mit dem dieses Ziel in der Öffentlichkeit formuliert wird, auch differieren — das Ziel selbst bleibt trotzdem unumstritten. Die Dritte Welt wird als unverzichtbar für die eigene Versorgung mit Rohstoffen und Energie, als Absatz- und Investitionsmöglichkeit angesehen. Sie stellt in der Perspektive der USA einen höchst wichtigen Schauplatz der Systemauseinandersetzung und der Konkurrenz mit der Sowjetunion dar, und sie wird zunehmend zur Arena wirtschaftlicher Konkurrenz mit den Verbündeten in Westeuropa und Japan.

Die Kontrolle der Dritten Welt — oder ihrer wichtigsten Elemente — ist nicht allein das subjektive Ziel amerikanischer Spitzenpolitiker, sondern ein objektives Erfordernis einer kapitalistisch verfaßten Weltmacht. Das Streben nach dieser Kontrolle ist daher eine der Konstanten der amerikanischen Außenpolitik, seitdem die USA über die Mittel zu einer solchen Politik verfügen. Begann dieses Streben historisch auch in der Karibik, in Mittel-und Südamerika, so wurde es früh auf die Länder des Pazifiks und auf Asien ausgedehnt. Die dabei angewandten Mittel waren umfassend: sie reichten über die bewußte Ausnutzung der überwältigenden wirtschaftlichen Dominanz der USA, über eine Nutzung der Kreditvergabe an Regierungen der Dritten Welt zu deren Kontrolle bis zur direkten Einmischung in interne Konflikte oder zu militärischen Interventionen und der Besetzung von Ländern der Dritten Welt.

Vor diesem Hintergrund eines breiten Instrumentariums existierten zwei grundlegende Strategien der USA, die sich nicht direkt widersprachen, aber doch unterschiedliche Akzente zur Erreichung des gleichen Ziels setzten. Die eine Strategie wird traditionell als „Politik des dicken Knüppels" oder als „Politik der Stärke" bezeichnet. Sie war die historisch ältere Variante und bemühte sich, durch den kompromißlosen Einsatz amerikanischer Machtmittel — unter Betonung der militärischen Instrumentarien — unterlegene Länder der Dritten Welt für die USA zu öffnen, diese in Abhängigkeit zu bringen und wirtschaftlich zu durchdringen.

Die jüngere Strategie, die zum erstenmal nach dem Regierungsantritt Franklin D. Roosevelts im Jahre 1933 einigermaßen systematisch betrieben worden war, läßt sich als eher „integrativ" bezeichnen. Sie verzichtete zwar nicht auf die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele, hielt dies aber für unzureichend. Eine Stabilisierung von Ländern der Dritten Welt unter US-Kontrolle sei langfristig nur zu sichern, wenn die inneren Verhältnisse dieser Länder dies auch erlaubten. In diesem Sinne mußte es etwa darum gehen, die Regierung eines Landes dessen Machteliten zu überlassen, diese aber für die USA zu instrumentalisieren. Kostspielige militärische Befriedungsaktionen waren so zu minimieren. Später — vor allem unter den Präsidenten Kennedy und Carter — wurden dem noch weitere Strategieelemente hinzugefügt: etwa die Betonung wirtschaftlicher und sozialer Reformen oder der Menschenrechtssituation zur Stabilisierung der inneren Verhältnisse, ohne die eine US-Kontrolle auf Dauer nicht zu gewährleisten sei.

Beide Strategien unterschieden sich im wesentlichen in der Akzentsetzung: die „Politik der Stärke" mußte integrative Politikelemente enthalten, um zu funktionieren, und umgekehrt wurde die integrative Strategie durch die selektive Anwendung militärischer Bestandteile effektiviert.

Unabhängig von der jeweils gültigen strategischen Variante existierten also immer bestimmte Grundmuster, wurden bestimmte Herrschaftstechniken durchgehend angewandt. Ein besonders wichtiges Beispiel dafür ist die militärische und zivile *Aufstandsbekämpfung*. Programme der Bekämpfung von Aufständen in der Dritten Welt sind natürlich keine sonderlich neue Erscheinung. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings wurde Aufstandsbekämpfung unter der Bezeichnung *Counterinsurgency* zu einer systematisch betriebenen US-Strategie zur Kontrolle der Dritten Welt. Die US-Regierung bemühte sich dadurch, in für sie wichtigen Ländern der Dritten Welt jenen Regierungen massiv durch materielle Unterstützung und konzeptionelle Beratung zu helfen, mit Aufstandsbewegungen fertig zu werden, die US-Interessen gegenüber aufgeschlossen waren. Counterinsurgency erlebte eine erste Welle kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings noch auf einer stark improvisierten und gelegentlich experimentellen Ebene. Entsprechende Kampagnen in den Philipinen, in Malaya, aber auch in Griechenland sind hierfür die wichtigsten Beispiele. Die Kennedy-Administration sorgte dann Anfang der sechziger Jahre unter dem Eindruck der kubanischen Revolution mit beträchtlichem Aufwand dafür, daß Counterinsurgency weiter systematisiert sowie in militärische Doktrinen formuliert und daß ihr Instrumentarium massiv ausgebaut wurde. Damals wurde Counterinsurgency zu einer regelrechten Mode der amerikanischen Regierung, die im Verlauf der sechziger Jahre in Lateinamerika und in Südostasien zur Anwendung kam. Der Vietnamkrieg bedeutete dann den Niedergang der amerikanischen Aufstandsbekämpfungsstrategie: zu offensichtlich schien sie sich blamiert und ihre Aufgabe verfehlt zu haben. Counterinsurgency fiel in der Öffentlichkeit und bei den meisten Regierungsstellen in Ungnade, der entsprechende militärische Apparat wurde reduziert oder umgebaut.

Inzwischen ist Counterinsurgency — Aufstandsbekämpfung — in Washington erneut in Mode gekommen.

Seit dem Regierungsantritt Präsident Reagans ist Counterinsurgency wieder hoffähig geworden — und mehr als das: es wurde erneut zu einem sehr wichtigen Politikinstrument der US-Regierung gegenüber der Dritten Welt.

Zugleich wurde ein neuer politisch-militärischer Terminus in die Diskussion eingeführt: *low-intensity warfare* (auch: *low-intensity conflict*). Dieser Begriff wird einerseits als „harmloser" Ersatzbegriff für den seit Vietnam anrüchigen der Counterinsurgency verwandt. Andererseits handelt es sich nicht um ein bloßes Synomym, sondern um ein zwar benachbartes, aber dennoch nicht völlig identisches Konzept.

Während Counterinsurgency in seiner ausgereiften Form ein Konzept darstellt, das entwickelte oder entstehende, grundlegende und die Interessen der USA potentiell bedrohende Konflikte in Ländern der Dritten Welt durch ein abgestimmtes Bündel militärischer, polizeilicher, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und psychologisch-propagandistischer Maßnahmen entstschärfen und unter Kontrolle bringen soll, ist *low-intensity warfare* ein um eine Nuance stärker militärisch orientiertes Konzept. *Low-intensity warfare* faßt alle militärischen Operationen zusammen, die von „geringer Intensität" sind: sogenannte Polizeiaktionen im Stil von Grenada, Kommandomaßnahmen (etwa zur Geiselbefreiung) oder Guerillakriege gehören dazu. Dabei werden wirtschaftliche, politische, sozialpolitische und psychologische Maßnahmen als integrale Bestandteile der militärischen Praxis begriffen.

Die beiden Begriffe (Counterinsurgency und *low-intensity warfare*) sind eng miteinander verzahnt: zumindest die Aufstandsbekämpfung ist ihr gemeinsamer Gegenstand. Zugleich verfügen beide Konzepte auch über gemeinsame Instrumentarien — die *Special Operations Forces* (SOF, Truppen für Sondereinsätze) der US-Streitkräfte, die — gemeinsam mit dem *Marine Corps* — in der vordersten Front stehen, wenn militärische Einheiten der USA in Ländern der Dritten Welt zum Einsatz kommen.

Zur Mitte der achtziger Jahre muß festgestellt werden, daß Planungen für Counterinsurgency und für *low-intensity warfare* eine extrem hohe Bedeutung für die Militär- und Außenpolilik gewonnen haben, insbesondere was die Länder der Dritten Welt betrifft.

US-General Wallace H. Nutting nannte *low-intensity warfare* „die zentrale strategische Frage, der sich die USA gegenübersehen" und in der offiziösen *Military Review* erklärte Oberst James B. Motley, daß „die wichtigste Herausforderung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten" darin bestehe, ihre „militärischen Fähigkeiten für *low-intensity conflicts* zu verbessern."

Wie ist die in den letzten Jahren beträchtlich gewachsene Bedeutung dieser Militärdoktrinen zu erklären?

Dies hängt vor allem damit zusammen, daß für die kapitalistischen Zentren die Dritte Welt heute wesentlich schwerer zu kontrollieren und zu stabilisieren ist, als etwa noch in den fünfziger Jahren. In Dutzenden von Ländern operieren heute Befreiungsbewegungen unterschiedlichster Ausrichtung, die oft nicht sehr viel gemeinsam haben — außer dem Interesse, äußere Vorherrschaft abzuschütteln und über die internen Verhältnisse ihrer Länder selbst zu entscheiden. In einer Reihe von Ländern hat es bereits Revolutionen solcher Kräfte gegeben. Diese Tatsache sowie die Ausdifferenzierung zwischen den kapitalistischen Hauptmächten (etwa die zunehmenden Konkurrenzen zwischen Westeuropa, Japan und den USA), die miltiärisch und politisch stärkere Rolle der Sowjetunion in der internationalen Politik und das (auch ökonomisch) stärkere Gewicht der Länder der Dritten Welt allgemein haben dazu beigetragen, daß sich die internationalen Spielräume für Befreiungsbewegungen in den letzten 25 Jahren deutlich erweitert haben. Die Dritte Welt ist heute nicht mehr im gleichen Maße beherrschbar, wie dies etwa Mitte der fünfziger Jahre noch selbstverständlich schien. Zugleich haben sich Strategien der späten sechziger und der siebziger Jahre — etwa die *Nixon-Doktrin* einer verstärkten Nützung lokaler „Stellvertreter" (etwa des Iran als „Polizist" am persisch-arabischen Golf) oder die Politik der Carter-Administration — als gescheitert erwiesen.

Dies ist einer der Gründe für die seit einigen Jahren sehr agressive Politik der USA gegenüber der Dritten Welt: es handelt sich um einen Versuch, verlorengegangenes Terrain wiedergutmachen zu wollen. Die verstärkte Androhung und Anwendung auch militärischer Machtmittel durch die USA — man denke nur an Nicaragua, an Grenada, Libyen, den Libanon und andere Beispiele — soll dabei einmal dazu dienen, keine weiteren Rückschläge (oder was man dafür zu halten beliebt) erleiden zu müssen, und reflektiert andererseits den offensiven Versuch, in einem globalen *roll back* die eigene Kontrolle wieder auszudehnen. Dabei ist es zum Verständnis dieser Strategie von großer Bedeutung, die Integration militärischer mit nicht-militärischen Elementen hervorzuheben. Zwar handelt es sich um eine *militärische Strategie*, die zum großen Teil durch die US-Streitkräfte umgesetzt wird, aber sie basiert stärker auf politischen und wirtschaftlichen, als auf im strengen Sinne militärischen Erwägungen. Die Streitkräfte werden daher zu einem großem Teil mit „zivilen" Aufgaben betraut, zugleich werden nicht-militärische Behörden in die Strategie integriert.

Low-intensity warfare ist von der westeuropäischen Friedensbewegung bisher nicht im erforderlichen Maß beachtet worden. Dabei handelt es sich um eine Kriegsform, die nach Zählung des US-Verteidigungsministeriums heute bereits in etwa 40 Ländern im Gange ist. US-Kriegsplaner gehen davon aus, daß in absehbarer Zeit ein bewußt begonnener Krieg in Mitteleuropa eher unwahrscheinlich ist, daß die Konflikte mit der Sowjetunion sich stattdessen verstärkt in der Dritten Welt abspielen werden. Eine globale Friedensbedrohung dürfte daher eher von solchen Konflikten ausgehen, die sich dann im Zuge einer „horizontalen Eskalation" ausdehnen könnten, als von einem unvermittelten atomaren Schlagabtausch in Mitteleuropa. Die US-Regierung legt auf jeden Fall in den letzten Jahren großen Nachdruck auf die Vorbereitung militärischen Engagements in der Dritten Welt, um dort zu geringeren Kosten und mit geringerem Risiko das „Reich des Bösen" zu bekämpfen. Bewaffnung, Ausrüstung und Militärdoktrin werden in diesem Zusammenhang unter der Überschrift *low-intensity warfare* organisiert.

Die Aufgabe dieses Buches soll es ein, wichtige Strategien und Instrumentarien dieser Bemühungen darzustellen und zu untersuchen.

Dabei soll von einigen historischen Erfahrungen ausgegangen werden, die grundlegenden Konzeptionen werden ebenso zu behandeln sein wie die Probleme moderner amerikanischer Counterinsurgency. Anschließend sollen die militärischen Hauptinstrumente für die Beherrschungspoltik vorgestellt werden: die *Special Operations Forces* der US-Streitkräfte. Schließlich wird mit einiger Ausführlichkeit auf die moderne Praxis der *low-intensity warfare* einzugehen sein, auf die Anwendung der Strategie beispielsweise auf El Salvador und Guatemala. Diese beiden Länder stehen für die Durchführung „klassischer" Counterinsurgency-Programme, die auf die Niederwerfung von Guerillabewegungen und die Stabilisierung befreundeter Regime zielen. Zu *low-intensity warfare* als Teil einer umfassenden US-Strategie gehört aber mehr: auch die Subversion, Destabilisierung und paramilitärische Offensive gegen unliebsame Regierungen. Die wichtigsten Beispiele dafür in den achtziger Jahren (bzw. in deren ersten Häfte) waren Afghanistan und Nicaragua. In einem abschließenden Kapitel soll es darum gehen *low-intensity warfare* und Counterinsurgency insgesamt einzuschätzen und in die amerikanische Außenpolitik einzuordnen.

Syrien Connection oder Geheimdienstaffäre?

Westberlin: Auffällige Widersprüche im Hasi-Prozeß

Am 26. 11.86 verurteilte das Westberliner Landgericht die beiden Jordanier Ahmad Hasi und Farouk Salameh zu 14 und 13 Jahren Haft. Beide haben gestanden, am 29. März einen Sprengstoffanschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" in Westberlin-Kreuzberg verübt zu haben, bei dem neun Menschen verletzt wurden. Dieser Prozeß produzierte weltweites Aufsehen, weil es erneut um die These der syrischen Drahtzieherschaft ging. Es waren somit Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der BRD und Syrien zu erwarten, falls Syrien vom Gericht des „internationalen Terrorismus" bezichtigt werden würde. Im Verlaufe dieses Prozesses jedoch traten weitere Hintergründe zutage, die eine syrische Beteiligung an dem Anschlag immer fragwürdiger erscheinen lassen. Es kam vielmehr ein Stoff zum Vorschein, der bestens fr Agententhriller geeignet ist — doch alles der Reihe nach.

Die politischen Hintergründe

Am 17. März 1986 scheiterte ein Sprengstoffanschlag auf ein israelisches Flugzeug in London. Die irische Freundin des Jordaniers Nezar Hindawi wollte mit einem Koffer an Bord gehen, den Hindawi ihr gegeben hatte. Sie passierte die britischen Kontrollen, und erst ein israelischer Sicherheitsbeamter fand in dem Koffer eine Bombe. Hindawi, angeblich schon seit längerem permanent vom britischen Geheimdienst observiert, stellte sich kurz darauf der Polizei und legte ein Geständnis ab. Er behauptete, im syrischen Auftrag gehandelt zu haben. Sein Verbindungsoffizier sei der stellvertretende Chef des Geheimdienstes der Luftwaffe, Haithan Said, gewesen. Hindawi wurde zu einer 45jährigen Haftstrafe verurteilt.

Postwendend brachen darauf Großbritannien, Kanada und die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab. Im Rahmen der EG forderte Großbritannien die übrigen Mitgliedsländer auf, ebenfalls ihre Beziehungen zu Syrien zu kappen; der Erfolg war allerdings nur bescheiden. Zwei Tage nach dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Chirac in Frankfurt behauptete dieser in einem Interview der „Washington Times" (Zeitung der rechtsradikalen Mun-Sekte), Kohl und Genscher hätten ihm versichert, daß der israelische Geheimdienst Mossad hinter dem versuchten Anschlag auf die El-Al-Maschine stecke. Auffällig schwache Dementis kamen aus Paris und Bonn.

Ungeklärt ist bis heute in diesem Zusammenhang, weshalb die Freundin Hindawis die britischen Kontrollen passieren konnte, ohne aufzufallen. Ebenso ungewöhnlich ist, daß sich ein „internationaler Terrorist" wenig später freiwillig der Polizei stellte.

Im Rahmen der Berichterstattung über den Hasi/Salameh-Prozeß pfiff der „Spiegel" (Nr. 48/1986) im Zusammenhang des Auftauchens vermeintlich britischer oder israelischer Geheimdienste beim Angeklagten Hasi folgendes aus: „ ... ***denn Mossad-Leute mischten in bundesdeutschen und Berliner Strafverfahren schon wiederholt mit — als Vernehmer wie als V-Leute***".

Erstmals öffentlich bekannt wurde diese Geheimdienst-Praxis nach dem Attentat auf das israelische Olympia-Team in München 1972.

Wenn — laut „Spiegel" — es offenbar gang und gäbe ist, daß befreundete westliche Geheimdienste in westdeutschen und Westberliner Gefängnissen ein- und ausgehen können, dann wäre es sicherlich höchst interessant, den vielen bis heute ungeklärten „Todesfällen" (Meinhof, Baader, Ensslin, Raspe usw.) auch unter diesem Aspekt nachzugehen.

Es ist nur allzu verständlich, daß die herrschenden Parteien die Grünen bzw. in Westberlin die AL aus allen Gremien, die die Geheimdienste betreffen, ausschließen: Es gibt dort offensichtlich sehr viel zu verbergen.

D./Westberlin

Am 29. März folgte der Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft", am 5. April die Bombenexplosion in der Westberliner Diskothek „La Belle", die hauptsächlich von US-Soldaten besucht wurde. Drei Menschen wurden dabei getötet, über 200 verletzt.

Bekanntlich erklärten die USA eine libysche Beteiligung an dem Bombenanschlag auf die Diskothek für „einwandfrei erwiesen" und bombardierten daraufhin die libyschen Städte Tripoli und Benghasi als „Vergeltungsmaßnahme" gegen den „tollwütigen Hund" (Reagan) Oberst Ghadafi.

Im Zusammenhang mit „La Belle" bekam der Westberliner Staatsschutz einen britischen Hinweis auf Hindawis in Westberlin lebenden Bruder: Ahmad Hasi. Er wurde verhaftet, verhört, zahlreichen Zeugengegenüberstellungen ausgesetzt, aber es erwies sich, daß Hasi nichts mit dem „La Belle"-Anschlag zu tun hatte, geschweige denn, daß eine libysche Drahtzieherschaft nachgewiesen werden konnte. Im Falle „La Belle" liegt nach wie vor alles im Dunkeln (1).

Wenig später jedoch wurde Hasi von Zeugen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" erkannt. Er und sein Bruder Hindawi seien in Kreuzberg gesehen worden.

Das Geständnis

Hasi und sein Komplize Salameh legten daraufhin ein umfangreiches Geständnis ab.

Hasi und Salameh hatten sich 1979 im Westberliner Knast kennengelernt — der eine saß wegen versuchten Totschlags an seiner Freundin, der andere wegen Heroin-Dealereien. Während Salameh selbst aussagte, er habe sich nie um Politik gekümmert, war Hasi in vergangenen Zeiten angeblich El Fatah-Mitglied. Die beiden sind mit Hasis Bruder Hindawi Mitte 1985 in Libyen gewesen. Sie gaben sich als Mitglieder einer „Jordanischen Revolutionären Bewegung" gegen das Hussein-Regime aus und boten Libyen ihre Dienste gegen harte Dollars an. In Libyen bekamen sie einige Videos mit Reden des Oberst Ghadafi zu sehen plus 5000 Dollar, für libysche Gäste nichts Ungewöhnliches. Ansonsten schien man in Libyen von den Dreien nicht viel zu halten. Sie suchten ihr Glück nun in Damaskus (Syrien).

Salameh sagte aus, er habe keine Schwierigkeiten aufgrund seiner Heroin-Vergangenheit gehabt, nach Damaskus zu gelangen. Dort wurde er von einem Mann namens Abu Ahmad empfangen und in eine Villa geführt — bewacht von Polizisten und mit hohen Mauern umgeben. Salameh hielt dieses Gebäude für eine syrische Geheimdienstzentrale. Dort habe er auch Hindawi im Februar dieses Jahres getroffen. Salameh dachte zunächst, es ginge um Heroin-Schmuggelei, bis ihm klargeworden sei, daß es sich um Funktionsweisen von Koffer-Bomben handelte. Hindawi habe ihm gesteckt, daß er Abu Ahmad in Wirklichkeit für Haithan Said, den schon erwähnten syrischen Luftwaffen-Geheimdienst-Chef, halte. Drei Tage war Salameh in Damaskus „krank", bis er einen Brief an Hasi und eine Bomben-Gebrauchsanweisung mit nach Westberlin nahm.

Von eben diesem mysteriösen Abu Ahmad habe Hasi dann im März einen Anruf aus Ostberlin erhalten, habe sich in die dortige syrische Botschaft begeben und die Kofferbombe aus der Küche abgeholt. Hasi fuhr anschließend mit zwei bis heute unbekannten Männern durch Ostberlin, fühlte sich verfolgt, stieg am Alexanderplatz aus dem Auto und packte die Bombe in ein Gepäckschließfach im Ostberliner Ostbahnhof. Einige Tage später erst holte Hasi die Bombe dort wieder ab und fuhr zur Transit-Autobahnstrecke nach Michendorf. Hier übergab er die Bombe an Salameh, der mit diesem „Gepäck" schließlich nach Westberlin einreiste.

Nach diesem überaus ungewöhnlichen Bombentransport wurde dann der Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" ausgeführt. Auch da gab es Pannen, denn die Bombe zündete zunächst nicht. Ein Unbekannter, angeblich ein syrischer Spezialist, mußte die Bombe erst in Ordnung bringen, ehe sie im dritten Versuch einige Tage später, am 29.3., hochging.

Der Prozeß

Während Salameh vor Gericht sein Geständnis weitgehend bestätigte, widerrief Hasi wesentliche Aussagen seines früher bei der Polizei abgelegten Geständnisses. Während des Prozesses verglich er seine siebenmonatigen Haftbedingungen mit denen Stammheims; er habe mitternächtliche Stimmen vernommen; es habe Versuche gegeben, dem Essen Drogen beizumischen; er sei am Rande eines Selbstmords gewesen. Hasi bekannte sich zwar weiterhin zum dem Anschlag, nicht jedoch zu den politischen Hintergründen. Es handele sich um Geheimdienstlügen, er kenne keinen Abu Ahmad alias Haithan Said. Dieser Name sei ihm von den Staatsschützern in den Mund gelegt worden, sie hätten immer wieder von dieser Person gesprochen.

Hasi berichtete außerdem vor Gericht, daß er am 30.4. in seiner Zelle „Besuch" bekommen habe: neben einem Westberliner Staatsschutzbeamten seien zwei englisch und arabisch sprechende Männer erschienen. Ein Staatsschützer sagte dazu ergänzend, es habe sich um zwei britische Geheimdienstleute gehandelt. Die beiden britischen Beamten drohten Hasi mit einer Ausweisung nach Jordanien, wenn er nicht eine stärkere „Aussagebereitschaft" zeigen würde. Das hätte für Hasi vermutlich den Tod bedeutet. Erst im Anschluß an diesen „Besuch" habe Hasi die syrischen Verbindungen „gestanden!'.



Attentatsziel Deutsch-Arabische Gesellschaft in Westberlin; als Auftraggeber beschuldigt wurde die syrische Botschaft in Ostberlin



Urteil

Der Prozeß dauerte — für einen Terroristenprozeß höchst ungewöhnlich — nur eine Woche. Danach ergingen die Urteile. Zu den syrischen Verbindungen, die sich einzig und allein auf die „Geständnisse" früherer Aussagen Hasis und Salamehs stützten, meinte das Gericht: „*Wir sind so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es sich um ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Geheimdienste Interesse haben*".

Die „Syrien Connections" bestehen laut Urteilsbegründung zum einen in der genannten „Verbindungsperson" Haithan Saids und der „Villa", die allem Anschein nach ein Geheimdienstgebäude gewesen sei.

Bei den zwei im Knast bei Hasi aufgetauchten britischen Geheimdienstleuten handele es sich um „*keine verbotenen Vernehmungsmethoden*".

Nach diesem Urteil wies die Bundesregierung vier Mitglieder der syrischen Botschaft in Bonn aus; der gerade vakant gewordene Botschafterposten in Syrien soll zunächst nicht wieder besetzt werden. Außerdem wurde die Zahl der syrischen Militärattaches auf zwei begrenzt.

Widersprüche über Widersprüche: Nr. 1: die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft"

In der offiziellen Version hieß es, Hindawi habe die Gesellschaft für „israelfreundlich" gehalten. Nach politischen Auseinandersetzungen mit Murtada, dem Chef dieser Gesellschaft, seien Hindawis Bombenpläne entstanden. Demgegenüber erklärte Murtada vor Gericht, ein Vertreter der palästinensischen Gruppe Abu Moussa zu sein, die gute Beziehungen zu Syrien hat. Weitere Fragen in dieser Richtung ließ das Gericht nicht zu. Nach Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehörten etliche Vorstandsmitglieder der Freundschaftsgesellschaft sogar dem syrischen Geheimdienst an. Noch eine Woche vor dem Anschlag habe Murtada mit Syrien über finanzielle Zuwendungen verhandelt (lt. „Spiegel"). Offiziell betreibt diese Gesellschaft, auch vom Westberliner Senat mit 20.000 DM bezuschußt, hauptsächlich Bildungsarbeit, Deutschkurse usw.

Welches Interesse also könnte Syrien an einem Anschlag ausgerechnet gegen diese „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" haben? ...

Nr. 2: Die „Terroristen" ...

Bei Hindawi, seinem Bruder Hasi und Salameh handelt es sich keinesfalls um politische „Terroristen", sondern augenscheinlich um Leute, die zu Geld kommen wollten und daher für nahezu jede Organisation, jeden beliebigen Geheimdienst arbeiten würden. Hindawi selbst wird von seinem Bruder als „Spinner" und Aufschneider bezeichnet; bei seiner „Jordanischen Revolutionären Bewegung" handelt es sich um ein Phantom, in deren Namen er sich zunächst in Libyen, dann in Syrien anzubieten versuchte. Die westdeutsche Botschaft in Amman (Jordanien) berichtet über Hinweise, wonach Hindawi „Verbindungen zu einem nichtarabischen Geheimdienst" habe. Der Vater Hindawis sei als damaliger Koch in der britischen Botschaft Jordaniens als Mossad-Agent enttarnt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden (lt. Vizepräsident Chaddam in der „Welt"). Nach Angaben Hasis und Salamehs sei Hindawi immer der „Kopf" dieser Gruppe gewesen.

Bei Salameh handelt es sich einwandfrei um einen Dealer. Noch während seiner Reise nach Damaskus frohlockte er, einen neuen Drogen-Auftrag zu bekommen. Für ihn handelte es sich schlicht um einen einträglichen Job.

Und Hasi? Nach eigenem Bekunden habe er sich erst wieder seit seiner Libyen-Reise um Politik gekümmert. Er bereut laut Zeugenaussagen den Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft", und man sei ihm im übrigen Beweise für die angebliche „Israelfreundlichkeit" dieses Vereins schuldig geblieben.

Die neue Dimension des „internationalen Terrorismus" besteht also offensichtlich auch darin, daß es „Terroristen" von der Sorte gibt, die für Geld alles machen — egal, für welche Sache, egal, für welchen Auftraggeber.

Nr. 3: Dilettantismus zuhauf ...

Viele Fragen bleiben nach diesem Prozeß offen:

Beispiel 1: Warum bekam Salameh von der angeblichen Geheimdienstzentrale in Damaskus einen Brief an Hasi und eine Gebrauchsanleitung für Kofferbomben mit? Dies ginge einfacher.

Beispiel 2: Der Transport der Bombe von der Hauptstadt der DDR nach Westberlin. Dies ginge wesentlich einfacher über ein Diplomatenfahrzeug der syrischen Botschaft in Ostberlin, als über die Zwischenlagerung in einem Gepäck-Schließfach und die mehrere Tage in Anspruch nehmende Transaktion.

Beispiel 3: Wenn, wie von Salameh behauptet, er und Hasi in das Bombenhandwerk eingewiesen worden seien — wieso dann dieser Dilettantismus, daß erst nach drei Versuchen die Bombe explodierte? Und das erst, nachdem ein angeblich syrischer „Spezialist" die Funktionsfähigkeit der Bombe wiederherstellte (nach einem Tag „Bedenkzeit")?...

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, daß es sich bei dem Anschlag um keine gezielte Aktion gegen bestimmte Personen gehandelt hat. Der Zeitpunkt des Anschlags war offenkundig völlig beliebig und willkürlich.



Ahmad Hasi (hier mit seiner Freundin) will im Auftrage des syrischen Geheimdienstes gehandelt haben

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nr. 4: Der Ostberliner Küchentisch ...

Nach eigenen Aussagen, die Hasi während des Prozesses widerrief, holte er die Bombe nach Dienstschluß der syrischen Botschaft in Ostberlin in der Küche ab, wo sie auf dem Tisch gelegen habe. Recherchen des „Spiegel" ergaben, daß in dieser Küche gar kein Tisch existiert und auch keiner hineinpassen würde.

Nr. 5: Die „britischen" Geheimdienstagenten

Nach den Aussagen Hasis haben zwei britische Geheimdienstagenten ihn durch die Ausweisungs-Drohung zu Aussagen erpreßt, wonach Syrien in den Fall verwickelt gewesen sein soll. Der Name Haithan Said fiel nach Angaben der Anwältin Hasis erst durch Vernehmungsbeamte. Interessant ist ferner, daß es sich vielleicht gar nicht um britische Beamte gehandelt hat: zumindest einer soll zwar sehr gut arabisch, aber viel weniger gut englisch gesprochen haben. Der „Spiegel" mutmaßt, daß es sich um Agenten des israelischen Mossad gehandelt haben könnte; nach Erkundungen in London seien die Namen der angeblich britischen Beamten dort nicht bekannt.

Nr. 6: Syrische Verbindungen

Salameh sagte aus, daß er die Villa in Damaskus für ein Geheimdienstgebäude „hielt" und daß Hindawi ihm in Damaskus erzählt habe, daß es sich bei Abu Ahmad um den Luftwaffengeheimdienstchef Haithan Said gehandelt haben „soll". Beweiskräftig sind solche Aussagen nicht, sondern reine Mutmaßungen. Und allein auf solche zweifelhaften Aussagen höchst zweifelhafter Leute stützt sich die gesamte „Beweisführung" wg. syrischer Komplizenschaft.

Die offizielle Darstellung Syriens

Die offizielle Darstellung Syriens

Alle Vertreter des syrischen Staates einschließlich des Präsidenten Assad haben immer wieder betont, absolut nichts mit dem Anschlag zu tun zu haben. Es handele sich vielmehr um ein Komplott des Zionismus und US-Imperialismus.

Assad setzte eine staatliche Untersuchungskommission ein, um die Hintergründe des vereitelten Anschlags auf die El-Al-Maschine in London und des Anschlags auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" in Westberlin aufzuklären.

In der syrischen Presse wurde berichtet, daß ein Oberstleutnant Dakur vom Abwehrbüro der Luftwaffe eigenmächtig Kontakte zu Hindawi aufgenommen und ihm auch den Plastik-Sprengstoff ausgehändigt habe. Dakur wurde inzwischen verhaftet. Ihm wird nunmehr vorgeworfen, ein „Verräter" im Dienste des israelischen Geheimdienstes Mossad zu sein. Es wird in Syrien mit einem größeren Schauprozeß gerechnet, mit dem die westlichen Beschuldigungen gegen die syrische Regierung widerlegt werden sollen.

Mysteriös, mysteriös ...

Die Verwicklungen von Geheimdiensten nicht-arabischer Staaten, das äußerst zweifelhafte politische Motiv beim Anschlag auf die „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft", die ungewöhnliche Vorbereitung des Anschlags, der von Dilettanten ausgeführt wurde, die internationalen Implikationen — all diese Faktoren lassen mit Sicherheit eine Schlußfolgerung zu: daß zumindest regierungsamtliche Stellen Syriens kaum der Verstrickungen in den „internationalen Terrorismus" in diesem konkreten Fall bezichtigt werden können. Aber gerade weil die Hintergründe kaum ans Licht kamen und es sich um äußerst komplizierte Verwicklungen und Widersprüchlichkeiten handelt, konnten sie politisch genutzt werden.

D./Westberlin

Quellen: „tageszeitung", „Süddeutsche Zeitung", „Welt", „Spiegel", „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", „The Guardian", „The Times" (London), „Daily Mirror" — alle Ausgaben im Zeitraum vom 15.11. bis 29.11.86
Anmerkung (1): vergl. AK 270 zum „La Belle"-Anschlag: „Wie aus Hinweisen Beweise wurden ..."

Aktueller Bericht aus dem Libanon

''Wir werden niemals unsere Waffen abliefern, nicht einmal unseren engsten Verbündete''

Darwich, Mitglied des Volkskomitees Shatila

Wieder einmal wird Krieg geführt um die politische und militärische Präsenz der Palästinenser im Libanon. Nach den einmonatigen Kämpfen im Sommer 1985, die besonders die Beiruter Lager, Sabra, Shatila und Bourj'el Barajneh betrafen, als Sabra fast völlig dem Erdboden gleichgemacht wurde, und den Kämpfen im Sommer dieses Jahres, hat die schiitische Amal im September mit ihren dritten massiven Angriff auf die palästinensischen Lager im Libanon begonnen. Unverkennbar und kaum verdeckt steht hinter dem Angriff der Amal wieder einmal das syrische Regime, das sich als Schutzmacht und Vormund des Libanon sieht und das zum palästinensischen Freiheitskampf schon immer ein instrumentelles Verhältnis hatte. Schwere Rückschläge für den palästinensischen Kampf kommen auf das Konto Syriens und einiger der sich auf Syrien stützenden Gruppen wie den Fatah-Dissidenten und der PFLP-Generalkommando. Das Neue an der Situation der letzten Monate ist, daß sich unter dem Druck der Amal-Angriffe erstmals seit langem wieder so etwas wie eine palästinensische Aktionseinheit, zumindest im praktischen Kampf, herausgebildet hat. Das schließt die meisten der radikalen Gruppen ein, die in scharfer Opposition zur PLO-Führung stehen und die traditionell enge Beziehungen zu Syrien unterhalten. Der hier abgedruckte Bericht nimmt deutlich parteilich im Sinne der gegen die PLO-Führung opponierenden radikalen Gruppierungen Stellung. Den in der Redaktion vertretenen Standpunkten entspricht das nicht.

Chronik der Ereignisse

Am 5. September stürmten 30 Amal-Soldaten das Al-Kasmeyeh Lager zwischen Tyrus und Saida. Sie drangen in die Hütten unter der Angabe, Waffen zu suchen; viele Wohnungen wurden zerstört und dutzende Männer verhaftet. Am 7. September wiederholte sich das gleiche im Lager Bourj al Shemali. Unter den Verhafteten befanden sich diesmal drei Mitglieder des Volkskomi-

zerstört und dutzende Männer verhaftet. Am 7. September wiederholte sich das gleiche im Lager Bourj al Shemali. Unter den Verhafteten befanden sich diesmal drei Mitglieder des Volkskomi-

tees. Am selben Tag errichtete Amal Straßenblockaden am Eingang des Flüchtlingslagers Rashidieyeh. Sie kontrollierten Fahrzeuge und Passanten und beschlagnahmten und zerstörten Baumaterial, das für den Bau eines Krankenhauses im Lager bestimmt war. Am nächsten Tag tauchten sie im Krankenhaus des Al-Bus Lagers auf, um einen ihrer verletzten Soldaten operieren zu lassen. Gleichzeitig brachten sie mehrere palästinensische und libanesische Gefangene, um sie zum Blutspenden zu zwingen. Die Ärzte lehnten die Behandlung ab.

Am 9. September fand ein erstes Treffen zwischen Vertretern von Amal und dem Volkskomitee von Rashidiyeh statt. Amal sicherte zu, die Provokationen zu unterbinden, aber nichts geschah. Es wurde weiter geschossen, Häuser durchsucht, verhaftet.

Daraufhin fand am 15. September das erste Treffen auf höherer Ebene in Damaskus statt. Diesmal nahmen sowohl Vertreter der Patriotischen Libanesischen Einheitsfront, des politischen Rats von Saida, syrische Beobachter und natürlich Vertreter der palästinensischen Rettungsfront und Amal teil. Es wurde ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart, in dem die Rolle der Volkskomitees in den Lagern bestätigt, der freie Zugang zu den Lagern und die Versorgung mit Lebensmitteln, Medizin und Baumaterial zugesichert wurde. Das Foltern palästinensischer Gefangener wurde verboten und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen im Süden zugesichert. Ebenso wurden den palästinensischen Bewohnern der Lager alle Rechte zugesichert, wie Redefreiheit, Recht auf Arbeit, Freizügigkeit und das Recht, sich mit allem auszurüsten, was gebraucht wird, um den zionistischen Feind zu bekämpfen.

Trotz dieses Abkommens steigerte Amal ab 1. Oktober seine Angriffe gegen Rashidiyeh. Sie griffen das Lager mit schwerer Artillerie an und forderten die Lagerbewohner auf, ihre schweren Waffen auszuliefern. Nachts wurde die Bombardierung fortgesetzt, tagsüber nahmen Scharfschützen das Lager unter Beschuß. Allein in der ersten Oktoberwoche starben vier Bewohner, 36 wurden verletzt, darunter sechs lebensgefährlich.

Gleichzeitig startete Amal eine Kampagne im ganzen Süden und rief die Palästinenser auf, die umkämpften Gebiete zu verlassen. Hundete von Familien wurden unter Druck gesetzt. Man drohte, ihre Wohngebiete und Bunker in die Luft zu sprengen, wenn sie nicht freiwillig gehen würden.

Die Strategie von Amal zielte darauf ab, soviel Palästinenser wie möglich aus dem Süden zu vertreiben. Zwischendurch wurde immer wieder verhandelt, und viele Male stimmte die Amal-Führung Waffenstillstandsabkommen zu, nur um ihre Stellung auszubauen oder Verwirrung über ihre Absichten zu stiften. Zu einem wirklichen Waffenstillstand allerdings kam

Amal-Führung Waffenstillstandsabkommen zu, nur um ihre Stellung auszubauen oder Verwirrung über ihre Absichten zu stiften. Zu einem wirkli-

chen Waffenstillstand allerdings kam es nicht, obwohl sich besonders die Palästinenser und Teile der Patriotischen Libanesischen Einheitsfront immer wieder darum bemühten.

Die PFLP erklärte darum in Damaskus, es komme nicht so sehr darauf an, neue Abkommen auszuhandeln, sondern vielmehr die alten einzuhalten. Währenddessen mobilisierte Amal Tausende ihrer Soldaten aus allen Teilen des Landes zum Angriff auf Rashidiyeh. Am 27. Oktober griff Amal, unterstützt von Panzern der libanesischen Armee, das Lager an. Am 28. Oktober wurden zusätzlich Bulldozer eingesetzt, in der Hoffnung, man könne nach dem Muster der Kämpfe um Sabra 1985 Teile des Lagers erobern und sofort dem Erdboden gleichmachen. Armeehubschrauber der libanesischen Armee versorgten die Belagerer mit Munition aus Beirut. Dieser erste Angriff konnte zurückgeschlagen werden, und bei weiteren Sturmangriffen im November wurde immer deutlicher, daß es Amal nicht gelingen würde, das Lager, in dem jetzt noch ca. 10.000 Menschen leben, zu überrennen oder die Verteidiger zur Kapitulation oder Übergabe der Waffen zu bringen. Trotzdem agierte die Amal-Führung im Bewußtsein ihrer vermeintlichen Stärke. Sie boykottierte alle Sitzungen, die von verschiedenen Seiten einberufen wurden.

Die Palästinensische Offensive

Dagegen bereiteten sich nun ihrerseits die palästinensischen Kämpfer zum Gegenangriff vor. Am 23. November 1986 überrannten sie in wenigen Stunden den Amal-Stützpunkt Maqdousche. Getragen wurde dieser Angriff von der PFLP, der DFLP, der KPP, der Volkskampffront und der Palästinensischen Befreiungsfront. Ohne Beschluß ihrer Organisiationen nahmen aber auch Kämpfer der PFLP-GC, der Al Fatah und der Al Fatah-Rebellen teil. Nach einigen Tagen schloß sich die PFLP-GC auch offiziell den Kämpfen an.

Dieser Angriff auf Maqdousche zeigte, daß die palästinensischen Kämpfer der Amal militärisch weit überlegen sind. Sie konnten ihre Positionen weiter ausbauen und kontrollierten Anfang Dezember ein großes Gebiet rund um Maqdouche und damit die Hügel oberhalb des Lagers Ain al-Helua und Miyeh Miyeh sowie die Straße zwischen Beirut und Saida, ein wichtiger Nachschubweg der Amal.

Noch am selben Tag der Eroberung von Maqdouche boten Vertreter der Rettungsfront Verhandlungen über einen Waffenstillstand an. Die Bedingungen:
Amal solle den Belagerungsring um Rashidiyeh auflösen, dann würden sich die palästinensischen Kämpfer aus Maqdouche zurückziehen. Amal dage-

gungen:
Amal solle den Belagerungsring um Rashidiyeh auflösen, dann würden sich die palästinensischen Kämpfer aus Maqdouche zurückziehen. Amal dage-

gen forderte den bedingungslosen Abzug aus Maqdouche. Im Interesse einer friedlichen Beilegung des Konfliktes kam die palästinensische Seite Amal mit einem Stufenplan weiter entgegen:
1. Abzug der Palästinenser aus Maqdouche und Übergabe an die Kämpfer von Mustafe Sa'ad (Nasseristen).
2. Am nächsten Tag Auflösung des Belagerungsrings um Rashidiyeh.
3. Verwirklichung des Abkommens vom 15. September und des Damaskus-Abkommen zunächst für Rashidiyeh und danach auch für die Lager in Beirut.

Amal lehnte auch diesen Vorschlag ab, weil sie sich bewußt war, daß sie in ihrem Kampf gegen die Lager weitere Unterstützung finden würde. Diese Unterstützung kam zunächst von der libanesischen Armee (die 6. Armee hatte ja schon 1985 in die Kämpfe eingegriffen). Diesmal wurden alle verfügbaren Armeeeinheiten eingesetzt und die Kämpfe wurden ausgeweitet auf die Lager in Beirut. Und schließlich griff auch die israelische Armee ein. Am 25. November bombardierte sie die fortschrittlichen Kräfte in Maqdouche aus der Luft, während gleichzeitig Amal-Soldaten versuchten, die Stellungen zurückzuerobern. Seit Anfang Dezember hat die israelische Marine Schiffe an der Küste zwischen israelischer Grenze und Saida stationiert und bombardiert die Stellungen der Palästinenser und die Lager. Trotz dieses geballten Einsatzes konnte Amal bis jetzt keinen Fußbreit Boden zurückerobern.

Wer ist Amal?

Sie lassen ihre Wut über die Niederlage an der Bevölkerung aus. Am 26. November stürmten sie die Palästinenseransiedlung Abu al Assuad in der Nähe von Saida, vertrieben die Bewohner und steckten das gesamte Wohngebiet in Brand. Es ist jetzt unbewohnbar.

In diesen Tagen nach der Niederlage von Maqdouche ermordeten sie auch eine Reihe ihrer palästinensischen Gefangenen und warfen die Leichen vor die Eingänge der Flüchtlingslager. Dieser Terror diente dazu, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und zur Flucht aus dem Süden zu bewegen. Dieses Vorgehen kennzeichnet Amal eindeutig als reaktionäre Kraft, obwohl sie 1982 auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte gekämpft hatte. Wie ist dieser Wandel zu verstehen?

Amal ist von ihrer ideologischen Grundlage her eine konfessionelle Bewegung. Sie versteht sich als Vertreterin der schiitischen Moslems. Ihren Kampf gegen die Flüchtlingslager führt sie unter der Parole: „Den heiligen Krieg führen, den Propheten Hussein rächen". Ihr religiöser Fanatismus prädestiniert Amal dafür, von den Zionisten für deren Pläne zur Spaltung des Libanon ausgenützt zu werden.

Die Entwicklung seit 1982 zeigt, daß Amal sich mehr und mehr in diese Richtung entwickelt hat. Mehr als einmal haben sie ihre einstigen Bündnispartner angegriffen, und zwar nicht nur die Palästinenser. Am bekanntesten sind die Kämpfe gegen die Murabitun (Nasseristen in Beirut) vor ca. zwei Jahren, in denen sie die Stellungen der Murabitun erobert und fast ganz Westbeirut unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Seit 1982 verfolgen sie das Ziel eines schiitischen Kantons im Süden. Als der gesamte Süden noch von israelischen Truppen besetzt war, vertrat Amal die Parole: „Abzug der Besatzer, Frieden für Galiläa". Das heißt, sie sichert Israel vor Angriffen der Fedajin aus dem Libanon und übernimmt damit eine ähnliche Rolle wie Antoine Lahad (südlibanesische Armee). Diese Vorschläge von Amal unterscheiden sich nicht wesentlich von den Grundgedanken, die dem gescheiterten Abkommen vom 17. Mai 1983 zwischen Israel und Kataeb zugrundelagen.

Amal war mit dieser Politik in erster Linie darauf aus, sich bei einer konfessionellen Neuordnung des Libanon einen großen Teil des Kuchens abzuschneiden. Ihre Trumpfkarte sollte der Süden sein. Darum beanspruchte Nabih Berri auch den Posten eines Ministers für den Süden in der libanesischen Zentralregierung. Ihren Plänen zur Schaffung eines Südkantons stehen in erster Linie die Palästinenser im Wege.

Amal eröffnete ihre Angriffe auf die palästinensische Bewegung mit heuchlerischen Parolen gegen Arafat und versuchte so, die politischen Schwierig-

Amal eröffnete ihre Angriffe auf die palästinensische Bewegung mit heuchlerischen Parolen gegen Arafat und versuchte so, die politischen Schwierigkeiten und die Spaltung innerhalb der palästinensischen Bewegung auszunutzen. Es zeigte sich allerdings, daß das politische Bewußtsein innerhalb der palästinensischen Bevölkerung im Libanon so entwickelt ist, daß sie diese Demagogie durchschaut. Heute beteiligen sich alle palästinensischen Kräfte an den Kämpfen, außer Al Saiqa, der Bruderorganisation der syrischen Baath-Partei, die aber sowieso keine Basis im Süden hat, und bedauerlicherweise den Fatah-Rebellen. Allerdings hat die neutralistische Haltung der Führung in Damaskus dazu geführt, daß sie einen großen Teil ihrer Kämpfer im Süden verloren hat. Die Kämpfer beteiligen sich an der Verteidigung der Flüchtlingslager und haben sich zum großen Teil anderen palästinensischen Organisationen angeschlossen.

Der Kampf um die Lager von Beirut

Shatila

Nach der Niederlage von Maqdouche weitete Amal die Kämpfe auf Beirut aus, und das mit massiver Unterstützung der libanensischen Armee. Ihr erstes Ziel war das Lager Shatila. Auf dieses Lager hatten sich auch im Sommer 1985 die Kämpfe konzentriert. Die Lager Sabra und Shatila waren seit vielen Jahren zusammengewachsen zu einem großen Lagerkomplex. In Shabra wohnten auch viele arme Libanesen. In ununterbrochenen Angriffen auf diese Lager im Sommer 1985 war es Amal zusammen mit der libanesischen 6. Armee gelungen, das Lager Sabra zu erobern. Sie gingen dabei nach der Taktik vor, jeden Fußbreit Boden, den sie den Verteidigern abgerungen hatten, sofort dem Erdboden gleichzumachen, um eine Rückeroberung unmöglich zu machen. Aber der Widerstand der Verteidiger bereitete ihnen große Schwierigkeiten. Eine Gruppe von vier Mädchen stürmte in ihr Lager und sprengte sich inmitten der Feinde selber in die Luft. Es gab viele Tote, und eine Panik brach unter den Angreifern aus, die zur Desertation vieler Soldaten führte. Zur gleichen Zeit war die Situation im Lager, vor allem die Situation der Zivilbevölkerung, katastrophal. Lebens-

Fortsetzung nächste Seite

Organisationen und Allianzen

Amal: Gegründet 1974/75 als religiöse schiitische Organisation, um langfristig den Einfluß des Klerus auf die schiitische Bevölkerung im Libanon zu sichern; enge Verbindungen zu iranischen Geistlichen. Seit 1978 wuchs der Einfluß Amals, Kämpfe gegen linke und palästinensische Organisationen, 1982 begrüßte Amal den Einmarsch der israelischen Armee und die Vertreibung der palästinensischen Kämpfer. Erst die israelische Besatzerpolitik und veränderte syrische Interessen ließen Amal gegen die israelische Armee kämpfen, ohne das zweite Ziel zu vernachlässigen: die bewaffneten Palästinenser aus dem Libanon zu vertreiben und die libanesische Linke zu zerschlagen.
Kataeb: libanesische faschistische Partei, Maroniten (Christen).
Murabitun: Nasseristen, in den Kämpfen um Westbeirut 1983 von den Amal-Milizen und den drusischen Kämpfern Walid Jumblatts (Progressive Sozialistische Partei, PSP) nahezu völlig aufgerieben.
Palästinensische Rettungsfront: Zusammenschluß von Nationaler Allianz und Teilen der Demokratischen Allianz, nämlich der PFLP (Habasch) und der PLF (Talaat Jakub). Die Nationale Allianz wurde im Mai 1984 aus der Fatah-Opposition um Abu Mussa, as-Saika (syrischer Arm in der PLO), PFLP-GC (Jibril, verfolgt syrische Ziele in der Palästina-Frage) und einer Splittergruppe der PLF (Abdel Fatah) gegründet; sie forderte den Sturz Arafats und kämpfte gegen die Fatah im Libanon. Gleichzeitig bildeten die PFLP, die DPLF (Hawatmeh), die Palästinensische Volkskampffront (PPSF), die PLF (Talaat Jakub) und die Palästinensische Kommunistische Partei (PKP oder KPP) nach Einigungsversuchen mit den Organisationen der Nationalen Allianz die Demokratische Allianz und suchten nun den Dialog und die Versöhnung mit Arafat. Auf Grund syrischer Intervention in Algier kam ein geplanter gemeinsamer Palästinensischer Natinalrat nicht zustande. Das jordanisch-Palästinensische Abkommen 1985 führte zur Bildung der Nationalen Rettungsfront, die in der damaligen Konstellation heute offenbar nicht mehr existiert.
Patriotische Libanesische Errettungsfront: Unter syrischer Schirmherrschaft gegen das israelisch-libanesische Abkommen (1983) u.a. von Karameh, Frangieh und Jumblatt gegründet; Amal schloß sich der Front nicht an.

Nahostkommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

mittel waren knapp, es gab keine Medikamente für Hunderte von Verletzten, Wasser war knapp. Es gab keine Möglichkeit, die Toten zu begraben, und Seuchen breiteten sich aus. Dem festen Willen der Verteidiger, lieber zu sterben als das Lager aufzugeben, ist es zu verdanken, daß es Shatila heute noch gibt.

Nach einem gelungenen Coup der Kämpfer der Rettungsfront trat dann die Wende ein. 50 Kämpfern war es gelungen, Amal zu täuschen. Sie zogen Amal-Uniformen an und begannen mit einem Scheingefecht. Die Verteidiger innerhalb des Lagers waren davon unterrichtet und öffneten ihnen den Weg. Die 50 Kämpfer drangen in den Kessel ein und verstärkten die Verteidiger. Danach war klar, daß Shatila in dieser Runde des Krieges nicht mehr zu erobern war. Amal machte einen Rückzieher, und es wurde das Damaskus-Abkommen geschlossen, das den Krieg zunächst einmal beendete.

Aber die Belagerung Shatilas wurde nie völlig aufgehoben. Auseinandersetzungen brachen immer wieder aus. Nach Abschluß des Damaskus-Abkommens im Juni 1985 kam es zu ersten Angriffen im August 1985. Im Oktober griff Amal wieder an und verlor eine sechstündige Schlacht. Die Verteidiger des Lagers konnte einige Amal-Stellungen erobern, mußten sich aber auf Beschluß der politischen Führung zurückziehen. Die palästinensische Seite war bemüht, das Damaskus-Abkommen einzuhalten, selbst wenn es zuerst von Amal gebrochen worden war. (Erst im Februar 1986 fiel die politische Entscheidung, die Verteidigungslinie nach vorn zu verlagern). Die nächste Auseinandersetzung war im Dezember, die Schlacht dauerte fünf Tage. Im Februar 1986 löste Amal einen 20-tägigen Krieg aus, im Juni/Juli 1986 wurde 45 Tage gekämpft.



Amal-Milizen

„Die Bevölkerung hat eine wesentliche Rolle gespielt"

Abu Atab ist einer der Kämpfer, der in allen Auseinandersetzungen seit 1985 mitgekämpft hat. Er sagt: „ Vor und gleich nach der ersten Schlacht war unsere Situation verzweifelt. Wir waren nicht darauf vorbereitet, Amal zu bekämpfen. Wir hatten nicht genug Waffen und Munition. Es gab nicht genug militärische Kader, um die Verteidigung anzuführen. Jetzt ist unsere Situation viel besser. Wir haben sogar medizinisches Personal. Die erste Schlacht spielte sich auch innerhalb des Lagers ab, aber in den folgenden Kämpfen ist es uns gelungen, Gebiete außerhalb des Lagers zu erobern, sodaß die Kämpfe jetzt nicht innerhalb des Lagers stattfinden."

Abu Samir, der Kommandeur der PFLP in Shatila, sagt: „Im Krieg der Flüchtlingslager habe ich gelernt, daß ich in der Lage bin, mit jedem von Angesicht zu Angesicht zu kämpfen, um unsere Revolution zu verteidigen. Das zweite, was ich gelernt habe, ist, besondere Beziehungen mit der Bevölkerung während der Belagerung zu entwickeln. Die Bevölkerung hat eine wesentliche Rolle in der Unterstützung der Kämpfer gespielt. Die Frauen haben Sand in Kissenbezügen zur Front getragen. Sie haben Essen, Wasser und Munition transportiert."

Dr. Mohammad AlKhatiba, Stellvertretender Direktor des Shatila-Krankenhauses und Mitglied des volkskomitees sagt: „ Nach 1985 fand eine Reorganisierung des Widerstands im Lager statt. 1985 war es nur eine Gruppe junger Leute aus Shatila und Bourj el Barajneh, die die Lager verteidigt haben." Nach 1985 wurde die militärische Ausbildung der Lagerbevölkerung verbessert, Militärkader aus den Lagern, die sich in Militärkreisen im Süden oder im Bekaa-Tal befanden, wurden in die Lager zurückbeordert. Die Situation ist jetzt wesentlich besser. „Der Widerstand ist nicht derselbe wie vor 1982. Mit der palästinensischen Rettungsfront ist eine neue Art zu denken und die Probleme der Bevölkerung zu behandeln, ins Lager eingekehrt. Jetzt gibt es keine Organisationsbüros mehr wie früher, es gibt keine Büros außerhalb des Lagers, nur im Lager selbst. Wir haben jetzt hier ein Feldhospital und tägliche Sprechstunde. Acht Krankenschwestern und sechs Ärzte arbeiten hier. Wir versorgen die Bevölkerung und verteilen Medizin umsonst. Auf Verschreibung der Ärzte wird auch Milchpulver an die Bevölkerung verteilt. Wir behandeln alle Patienten aus dem Lager und auch von außerhalb. Viele Libanesen, die außerhalb des Lagers wohnen, kommen, um sich hier behandeln zu lassen."

Das Volkskomitee kümmert sich auch um den Wiederaufbau der zerstörten Häuser. Fast jedes Haus in Shatila war beschädigt oder teilweise zerstört. Die Beziehungen zwischen Kämpfern, Volkskomitees und Bevölkerung wurden optimal entwickelt, sodaß die Verteidigungssituation heute wesentlich verbessert ist.

Abu Ahad, Kämpfer in Shatila, sagte vor den Ausbrüchen der Kämpfe im November: „ Wenn Amal uns wieder angreift, wird unsere Antwort entschlossen sein. Wir werden uns nicht mehr wie früher selbst beschränken. Wir werden das Abkommen (Damaskus-Abkommen) mit Gewalt durchsetzen und wir haben die Kraft dazu. Wir werden es niemanden erlauben, uns die Waffen wegzunehmen."

Seit Ende November, nach dem Sieg von Maqdouche, ist wieder Krieg in Shatila. Amal legt alles darauf an, dieses Lager zu erobern. Sie haben 1000 Angreifer von Amal und libanesischer Armee um das Lager konzentriert (In Shatila leben z.Z. noch ca. 3-4000 Menschen, einschließlich Frauen, Kindern, alten Leuten). Sie setzen bei ihrem Angriff schwere Kampfpanzer T 54 ein. Trotzdem konnten sie bis jetzt keinen Fußbreit Boden erobern. Der Krieg um Shatila ist erst am Anfang.

Bourj-el-Barajneh

Bourj el Barajneh ist größer als Shatila. Heute leben im Lager noch über 10.000 Menschen. Die geografische Lage von Bourj al Barajneh ist günstiger. Es ist besser zu verteidigen. In den Lagerkriegen konnten darum die Amal-Milizen bis jetzt überhaupt keinen militärischen Erfolg verbuchen. Trotzdem ist die Situation schwierig.

Die fortgesetzte Belagerung von Bourj-el-Barajneh seit 1985 hat die Lebensbedingungen unsagbar erschwert. Viele Bewohner können das Lager nicht verlassen, weil sie befürchten müssen, von Amal-Soldaten entführt, geschlagen oder sogar umgebracht zu werden. Viele Leute haben aufgrund dieser Situation ihren Arbeitsplatz außerhalb des Lagers verloren. In diesem Lager gibt es kaum Arbeit. Ein Mitglied des Volkskomitees sagt dazu: „Die Leute sind abhängig von der Unterstützung der palästinensischen Organisationen. Die UNWRA unterstützt uns ein wenig, und mancher hat Familienmitglieder in den Golfstaaten, die Geld schicken. Die Arbeitslosigkeit hier beträgt 100%." Es gibt viele Leute, die das Lager aus finanziellen oder sozialen Gründen verlassen haben, aber der wichtigste Grund ist das Sicherheitsproblem.

Viele Kinder sind seit 1985 nicht mehr zur Schule gegangen, weil sich ihre Schulen außerhalb des Lagers befinden. Die UNWRA-Schulen im Lager blieben auch über eine lange Zeit geschlossen, einige seit 1985.

Die palästinensichen Organisationen haben versucht zu helfen, wobei es unterschiedliche Konzepte gibt. Während die Linke sich bemüht, öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu schaffen, verfolgt die rechte Führung die Politik, einzelne Personen in der Organisation zu beschäftigen. Abu Lo'ai, ein Lehrer aus Bourj-el-Barajneh: „Das schaffte bestimmte Probleme (...) Viele Leute haben sich von den Organisationen beschäftigen lassen, weil sie Geld brauchten, nicht aufgrund ihrer Überzeugung."

Ähnlich wie Shatila wurde auch Bourj-el-Barajneh während der letzten Jahre immer wieder bombardiert. Scharfschützen von Amal nahmen die Randgebiete des Lagers unter Beschuß. Im Sommer 1985 hatte Amal mehrere Tankwagen, gefüllt mit Benzin, an die Lagerausgänge gefahren und damit gedroht, das Lager anzustecken. Seit Anfang Dezember steht Bourj-el-Barajneh wieder unter ständigem Beschuß und ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Aber im Kampf der Lager ist die Einheit der Bevölkerung in der Verteidigung hergestellt. „Obwohl die rechte PLO-Führung vom nationalen Programm abgewichen ist, hatte das keinen negativen Einfluß auf die Bevölkerung des Lagers. Alle haben zusammen gekämpft, um das Lager zu verteidigen. Die Leute sagen, wenn wir unsere Waffen aufgeben, geben wir unser Leben auf, unsere Würde, und unsere Sache." (Taissir, Verantwortlicher für den Wiederaufbau des Haifa Krankenhauses in Bourj el Barajneh, das 1985 völlig zerstört wurde).

Politische Kräftefelder im syrisch-libanesischen Raum

Ziel der Amal-Milizen ist es, den palästinensischen Widerstand zu entwaffnen und die politische und militärische Kontrolle zunächst im Süden durchzusetzen. Ihre Parole ist: „Im Süden kein Gewehr, außer das Gewehr von Amal". Sie sehen dabei den Süden als ihr Faustpfand, das es ihnen ermöglicht, ihre Rolle in der libanesischen Zentralregierung und in Abgrenzung zu den Kräften der patriotischen libanesischen Front auszubauen. In der Konsequenz wird darum ihre Politik nicht bei den Palästinensern haltmachen, sondern als nächstes wären die Berge dran, die Hochburg der Libanesischen Fortschrittspartei von Walid Djumblat, und der Norden, wo die Kommunistische Partei stark ist. Amals Wunschvorstellung ist es, durch Ausschaltung der fortschrittlichen Kräfte zu einer Zweiteilung der Macht zwischen Kataeb und Amal zu kommen.

Ihren Krieg gegen die Flüchtlingslager könnten sie nicht führen, wenn er nicht zumindest stillschweigend von Syrien geduldet würde. In der Tat aber macht Syrien mehr als das. Es versorgt Amal mit Waffen und Munition, erleichtert den Nachschub und versucht, politischen Druck auf die palästinensischen Organisationen auszuüben. Die unentschlossene oder ablehnende Haltung von Al Saiqa, PFLP-GC und Fatah-Rebellen ist auf syrischen Druck zurückzuführen.

Im Krieg der Lager im Sommer 1985 ist Syrien sogar noch weiter gegangen. Es hat Eliteeinheiten nach Beirut geschickt und selber in die Kämpfe eingegriffen. Auch in Syrien wurde der Druck auf die palästinensischen Organisationen so sehr verstärkt, daß es zu einer tiefgreifenden Krise der Beziehungen kam. Bei Demonstrationen der Palästinenser im Lager Yarmouk (in der Nähe von Damaskus, das größte palästinensische Lager überhaupt, mit ca. einer halben Million Bewohner) gab es Tote und Verletzte. Viele Kader wurden verhaftet, Autos beschlagnahmt, Büros geschlossen, Veranstaltungen verboten.

Syrien hat ein Interesse an der Entwaffnung der Palästinenser im Libanon, weil das seinem Ziel entgegenkommt, die Palästinenser für seine eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Syrien hat schon früher versucht, die politische Spaltung innerhalb der PLO auszunutzen, um sich eine eigene manövrierbare „PLO" zu schaffen. Es setzte sich vehement für die Einberufung eines „Nationalrats" nach Damaskus als Gegenveranstaltung zu dem spalterischen Nationalrat in Amman ein. Wäre das gelungen, hätte es sich die Verwaltung der palästinensischen Frage mit König Hussein teilen können. Dieser Plan wurde von der palästinensischen Linken verhindert.

Syrien hat natürlich seine Pläne in Bezug auf die palästinensische Bewegung nicht aufgegeben, und wenn die politischen Karten durchgespielt sind, kann auch zur militärischen Auseinandersetzung übergegangen werden. Die Diplomatie der palästinensischen Linken zielt jetzt darauf ab, das möglichst zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Insofern war das Damaskus-Abkommen, mit dem die erste Runde des Krieges der Flüchtlingslager beendet wurde, ein diplomatischer Erfolg, der errungen wurde, gestützt auf die militärische Stärke in den Auseinandersetzungen mit Amal.

In dieser Runde des Krieges nimmt Syrien eine etwas vorsichtigere Rolle ein. Nachdem Chaddam erklärt hatte, Syrien werde keine Niederlage von Amal dulden, erklärte der Vertreter der Baath-Partei im Libanon: „Die Palästinenser haben ein Recht, sich zu verteidigen." Diese beiden Stellungnahmen ergeben zusammen interpretiert, daß Syrien sehr wohl ein Interesse an der Stärkung von Amal und der Schwächung der palästinensischen Position im Libanon hat, es im Augenblick aber vorzieht, vorsichtiger zu taktieren.

Syrien ist ein Regime am Scheideweg. Die Kräfte der Bourgeoisie im Land verlangen vehement nach einer Öffnung der Märkte für ausländisches Kapital. Sie würden gerne eine Entwicklung wie in Ägypten oder Jordanien sehen. Dagegen sind die organisierten Kräfte im Land sehr schwach, sodaß eine Änderung in Syrien eher nach rechts als nach links zu erwarten ist. Um aber in den Camp David Prozess einsteigen zu können, braucht Syrien etwas, das es bei Verhandlungen in die Waagschale werfen kann. Denn Syrien will auf die Golan-Höhen nicht verzichten. Sie gelten bis jetzt als notwendiger Garant für Syriens Sicherheit.

Wie sich die Situation im Nahen Osten weiterentwickelt, wird aber auch davon abhängen, wieweit der Imperialismus bereit ist, seine Aggression zu treiben. Das Dreieck von palästinensischer Bewegung, patriotischer libanesischer Bewegung und Syrien ist z.Zt. das Haupthindernis für den Camp David Prozeß. Die Kräftekonstellation innerhalb dieses Dreiecks läßt weder eine schnelle Änderung nach rechts noch nach links erwarten.

In der Logik Reagan'scher Politik würde darum auch eine erneute Steigerung der Aggression und ein Rundumschlag gegen das „Dreieck des Widerstands" liegen. Und tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, daß eine derartige Aggression in Erwägung gezogen wird. Wichtigster Anhaltspunkt ist die Hetzkampagne gegen Syrien und der NATO-Beschluß vom Frühjahr, der Syrien, Iran und Libyen als Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, für vogelfrei erklärt. Amerikanische Militärflugzeuge haben im letzten Monat syrischen Luftraum verletzt und damit eventuell die syrische Abwehr auskundschaften wollen. Bei einer derartigen „Probeaggression" ist es möglich, von Satelliten aus syrische Radarsignale zu beobachten und daraus Schlüsse auf Kommandozentralen und Raketenpositionen zu ziehen.

Amerika könnte auch aus globalpolitischem Gesichtspunkt Interesse an einer Aggression im Nahen Osten ha-

litischem Gesichtspunkt Interesse an einer Aggression im Nahen Osten ha-

ben, um nach den Angriffen auf Libyen die Reizschwelle der Aggression gegen die SU noch ein Stück voranzutreiben. Während der Libyen-Aggression hat sich die SU betont zurückgehalten. Würde sie auch im Falle einer Aggression im syrisch-libanesischen Raum stillhalten? Mit Syrien verbindet die Sowjetunion immerhin ein Verteidigungsabkommen und noch in diesem Jahr wurde aus Moskau signalisiert, man würde einen Angriff auf Syrien als einen Angriff auf die SU betrachten.

Sollten die Imperialisten sich wirklich zu einer direkten Aggression in diesem Raum entschließen, dann wird Europa dabei eine Rolle spielen. Schon im Falle Libyens waren die USA bemüht, sich in jedem Fall der europäischen Solidarität zu versichern. Schon heute kann und muß die Linke in Europa ihre Rolle spielen, indem sie der Hetzkampagne der bürgerlichen Medien gegen die revolutionären und demokratischen Bewegungen im Nahen Osten, die unter dem Mantel der Terrorismusbekämpfung geführt wird, mit aller Entschiedenheit entgegentritt und im Gegenteil klarmacht, daß es die imperialistischen Staaten und Israel sind, die mit staatsterroristischen Aktionen, wie dem Angriff auf Libyen oder Tunesien oder dem Krieg 1982 die Bevölkerung terrorisieren. Ihre Infrastrukturen haben sie seit Jahren geschaffen, um solche Angriffe zu ermöglichen.

Der Krieg der Flüchtlingslager wird zunächst weitergehen, Amal wird ihn weiterführen, auch wenn sie ihn mit Sicherheit nicht für sich entscheiden kann. Es gab viele Komplotte gegen die palästinensische Revolution: 1970 der Schwarze September, ausgeführt von König Hussein, 1976 der Bürgerkrieg im Libanon und das Massaker von Tal As-Sa'atar, ausgeführt von Kataeb mit Unterstützung Syriens. 1982 der israelische Einmarsch und die Belagerung Beiruts, und seit 1978 der Krieg der Flüchtlingslager.

Was Israel und der Kataeb nicht gelungen ist, wird auch Amal nicht gelingen. Die palästinensische Revolution befindet sich in einer schweren politischen Krise, die sich darin ausdrückt, daß die alte bürgerliche Führung kapituliert, während die Linke noch nicht stark genug ist, die Führung zu übernehmen. Trotzdem ist die Revolution in der Lage, sich zu verteidigen und die politische Selbstständigkeit zu wahren. Das ist wahrhaft eine Herausforderung des Imperialismus, und er wird der Revolution keine Ruhepause gönnen. Israel massiert seine Truppen an der Nordgrenze, die Imperialisten bereiten die Bevölkerung in Europa auf eine Aggression vor. Welche Karte als nächstes gespielt wird, kann man nicht wissen, aber eines ist klar: Es wird keine Ruhe geben im Nahen Osten, die Revolution geht weiter.

Heike

Philippinen:

Der lange Weg zum Verhandlungsergebnis

Rechtzeitig zum Fest des Friedens haben sich die philippinische Regierung von Corazon Aquino und die „*Nationaldemokratische Front*" (NDF) auf ein 60 Tage dauerndes Waffenstillstandsabkommen verständigt, das am 10. Dezember in Kraft getreten ist. Das Abkommen sieht vor, daß in dieser Zeit jegliche feindlichen Akte und militärischen Operationen unterlassen werden sollen. Als feindliche Akte definiert das Abkommen jede Art von Bombardierung, das Überfallen und Ermorden aus dem Hinterhalt, Verhaftungen, Erschießungen, Brandstiftung, Überwachung und jede Form von Folter. Darüber hinaus soll ein nationales Waffenstillstandskomitee eingerichtet werden, das die Einhaltung des Abkommens überwacht. Mit dem Abkommen sind ebenfalls weitere Friedensverhandlungen zwischen NDF und Regierung vereinbart worden.

Nachdem es eine Zeit lang so aussah, als ob es dem nunmehr zurückgetretenen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile gelingen würde, erfolgreich die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Regierung und der NDF zu sabotieren, mußte nun auch ein Mann vom Schlage eines „Rambo" Enrile erkennen, daß seine Macht nicht grenzenlos ist. Am 27. November trafen sich die Verhandlungsdelegation der Regierung unter der Führung von Landwirtschaftsminister Ramon Mitra und die NDF-Unterhändler Satur Ocampo, Antonio Zumel und Carolina Malay-Ocampo im „Club Filipino" in Manila, um das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Mit dem erzwungenen Rücktritt von Enrile und

unter der Führung von Landwirtschaftsminister Ramon Mitra und die NDF-Unterhändler Satur Ocampo, Antonio Zumel und Carolina Malay-Ocampo im „Club Filipino" in Manila, um das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Mit dem erzwungenen Rücktritt von Enrile und

der Unterzeichnung des Abkommens ist vorerst wieder Ruhe in die politische Landschaft der Philippinen eingekehrt. Daß sie von langer Dauer ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Schon bald nach der Machtübernahme von Corazon Aquino im Februar dieses Jahres haben die Waffenstillstandsverhandlungen einen honen Stellenwert für die philippinische Politik bekommen. Beide Seiten hatten ein großes Interesse daran, daß die Verhandlungen zu einem Erfolg werden. „Cory" Aquino war in den Wahlkampf gezogen, um die philippinische Gesellschaft miteinander zu versöhnen, woraus sie sehr viel Popularität gezogen hat. Nachdem bald klar wurde, daß die NDF wegen der Freilassung eines Teils der politischen Gefangenen und einiger kleiner Reformen ihren jahrelangen Kampf nicht aufgeben würde, wurden die Waffenstillstandsverhandlungen zum Prestigeobjekt für sie, um ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Menschen zu bewahren, die als „Peoples Power" im Februar ihren Machtantritt mit bewirkt hatten. Aber auch andere Gründe dürften eine wichtige Rolle gespielt haben. Das Marcos-Regime hatte die Wirtschaft des Landes völlig ruiniert. Als Marcos 1965 die Präsidentschaft antrat, galten die Philippinen hinter Japan im südostasiatischen Raum als zweite Wirtschaftsmacht. 1986 rangieren sie in dieser Region an letzter Stelle. „Cory" Aquino wird auf Dauer nur an der Macht bleiben können, wenn es ihr gelingt, die drängenden wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Ihre Wirtschaftsberater glauben das Heilmittel in verstärkten Investitionen des Auslands auf den Philippinen gefunden zu haben. Auslandsinvestitionen lassen sich auf Dauer aber nur dann anlocken, wenn man einigermaßen stabile politische Verhältnisse vorweisen kann. Ein dauernder Bürgerkrieg mit der Guerilla ist da nur von Nachteil.


Unterhändler Mitra, Ocampo, Waffenstillstand mit Kommunisten

Für die NDF galt es, das verlorene Terrain nach den Februarereignissen zurück zu gewinnen. Mit der kritischen Unterstützung der demokratischen Tendenzen der Regierung Aquino und deren Dialogbereitschaft hat die NDF einen Weg eingeschlagen, um wieder aus der politischen Defensive heraus zu kommen. Die NDF wird den Waffenstillstand benutzen, um über einen dauerhaften Frieden zu verhandeln. Ein dauerhafter Friede und die Errichtung einer möglichen „Demokratischen Koalitionsregierung" ist aber nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die Dollpunkte hierfür sind die Abschaffung der US-Basen, die Durchführung einer Landreform und die Nationalisierung der Industrie. Obwohl es unwahrscheinlich erscheint, daß auf dieser Grundlage ein Friedensabkommen entstehen wird, bietet der Waffenstillstand der NDF die Möglichkeit, ihre Forderungen im ganzen Land zu propagieren. Die Tatsache, daß das Waffenstillstandsabkommen den NDF-Unterhändlern garantiert, sich im Land frei zu bewegen, und die Möglichkeit bietet, in Manila ein Büro zu eröffnen, erhöht die Chancen der NDF auch auf die Menschen einzuwirken, bei denen sie bisher nur wenig verankert war. Ob der Waffenstillstand auch wirklich eingehalten werden wird, und ob die im Waffenstillstandsabkommen vereinbarten Friedensgespräche zu einem Ergebnis führen werden,

zu eröffnen, erhöht die Chancen der NDF auch auf die Menschen einzuwirken, bei denen sie bisher nur wenig verankert war. Ob der Waffenstillstand auch wirklich eingehalten werden wird, und ob die im Waffenstillstandsabkommen vereinbarten Friedensgespräche zu einem Ergebnis führen werden,

hängt im Wesentlichen von dem Verhalten der Kräfte ab, die bislang das Guerillaproblem militärisch lösen wollten. Sowohl die US-Administration als auch die Führung der philippinischen Armee haben in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, daß durch Verhandlungen die Bedrohung durch die „Neue Volksarmee" (NPA) nicht beseitigt werden kann. So hat sich seit der Regierungsübernahme von „Cory" Aquino an der Strategie des Militärs nichts verändert. Die noch unter Marcos unter Mitwirkung von US-Experten erarbeiteten Aufstandsbekämpfungsprogramme, die die militärische Vernichtung der NPA und die Durchführung kleinerer Reformen vorsehen, haben unter der Aquino-Regierung lediglich einen neuen Namen bekommen. Es erscheint nicht abwegig, daß das Militär den Waffenstillstand benutzen wird, um gezielt die NPA zu provozieren, um ihr dann die Schuld für das Scheitern des Waffenstillstandes in die Schuhe zu schieben. „Cory" Aquino könnte sich dann nicht länger sperren, dem militärischen Feldzug gegen die NPA zuzustimmen. Ankündigungen von Generalstabschef Fidel Ramos auch weiterhin die Dörfer auf Waffen hin zu durchsuchen, lassen dies als eine wahrscheinliche Variante erscheinen. Selbst wenn die philippinische Armee es im Moment auf keine weitere Eskalation mit der NPA ankommen lassen wird, bürgen neben dem „US-boy" Fidel Ramos auch der neue Verteidigungsminister Rafael Ileto dafür, daß „Cory" Aquino der NDF keine Zugeständnisse machen wird. Ileto, wie Ramos Absolvent der US-Westpoint-Akademie, hat als langjähriger Botschafter in Thailand hervorragende Beziehungen zu dem dortigen Oberkommandierenden der Streitkräfte General Yongchaiyuth. In Thailand gelang es mit ähnlichen Aufstandsbekämpfungsprogrammen wie auf den Philippinen, praktisch die thailändische Rebellenbewegung zu zerschlagen.

Durch die Unterstützung von „Cory" Aquino gegen die Putschpläne von Enrile, haben Ramos und Ileto sich nun zum unverzichtbaren Bündnispartner der Regierung Aquino emporgeschwungen. Die Ablösung einiger liberaler Minister dürfte dabei noch der geringste Preis sein, den „Cory" Aquino dafür zahlen mußte. Nun dürften die beiden ihrem Ziel, die Armee zu einem professionellen Werkzeug gegen die Guerilla auszubauen, nähergekommen sein. Vor allem Ramos hatte in der Marcos-Ära immer wieder die Vetternwirtschaft beklagt, die dazu führte, daß unfähige und korrupte Leute auf bestimmte Posten gehievt wurden, weil sie sich in bestimmten Situationen Marcos erkenntlich erwiesen haben. Möglicherweise gehörte es auch zu dem Kalkül von Ramos, Enrile in die Falle laufen zu lassen, um diesen Repräsentanten des Marcos-Regimes loszuwerden. Schließlich hatte Ramos Enrile noch kurz vor dem Putschversuch in dessen öffentlicher Kritik an der Regierung unterstützt. Und Enrile bildete wohl das größte Hindernis für Ramos, die Armee entsprechend seiner Pläne umzuorganisieren, denn Enrile als neue Leitfigur des Marcos-Anhangs und selbst in die Vetternwirtschaft verstrickt, mußte Rücksicht auf die Interessen seiner Klientel nehmen. Enrile wird die Ereignisse wohl nicht auf sich beruhen lassen, denn neben dem politischen Aus droht ihm nun auch das wirtschaftliche Aus. Durch die Gewährung lukrativer Holzkonzessionen ist er zu einem der reichsten Männer der Philippinen geworden und er muß damit rechnen, daß die „Chicago-Boys" in der Regierung nun darauf drängen, eine Untersuchung einzuleiten, wie Enrile zu seinem Vermögen gekommen ist. Da Enrile nach wie vor mit der Unterstützung bestimmter regionaler Kommandeure der Armee rechnen kann, ist auch von dieser Seite mit einem Störfeuer auf die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und NDF zu rechnen. Insgesamt läßt sich sagen, daß die Entlassung von Enrile und die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens das Regieren für „Cory" Aquino nicht leichter gemacht hat.

Ks., Hamburg


Stabschef Ramos, Präsidentin Aquino

Philippinische Linke diskutiert über Parlamentsbeteiligung

Philippinische Linke diskutiert über Parlamentsbeteiligung

Die Februarereignisse auf den Philippinen, die mit dem Sturz von Ferdinand Marcos endeten, haben eine Reihe von neuen politischen Organisationen hervorgebracht. Traditionell haben die Filipinos ein Faible für die Gründung politischer Organisationen. Selbst Experten der philippinischen Gesellschaft fällt es nicht leicht, sich in dem Dschungel der vielen Organisationen zurecht zu finden. Einige von ihnen versinken schon bald nach der Gründung in die Bedeutungslosigkeit. Die im August dieses Jahres gegründete „*Partido ng Bayan*" (Partei des Volkes) wird dieses Schicksal wohl nicht teilen müssen.

Jose Maria Sison, von den Filipinos liebevoll Joema genannt, einst Gründer und Vorsitzender der „*Kommunistischen Partei der Philippinen*" (CPP), langjähriger politischer Gefangener des Marcos-Regimes und nach der Machtübernahme von Corazon Aquino im Februar freigelassen, hatte schon im April die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Diese sollte vor allem die Belange der Arbeiter, Bauern, Studenten und der Mittelschicht berücksichtigen.

Ein Vorbereitungskomitee hatte die Aufgabe, eine politische Plattform für die neue Partei zu erarbeiten. Die bekanntesten Persönlichkeiten in diesem Gremium waren neben Sison Bernabe Buscayno, Gründer der „*Neuen Volksarmee*" (NPA) und wie Sison langjähriger politischer Gefangener, und Rolando Olalia, Vorsitzender der Gewerkschaft „*Bewegung des 1. Mai*" (KMU). Am 30. August fand schließlich der Gründungskongreß der „*Partido ng Bayan*" (PnB) statt. Im noblen „Cultural Center of the Philippines" in Manila hatten sich über 2.000 Delegierte zusammengefunden, um ein Statut und ein Aktionsprogramm zu beschließen. Zu ihrem Vorsitzenden wählten die Delegierten Rolando Olalia, der im November — vermutlich von Anhängern des Ex-Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile — ermordet worden ist.

Die „*Partido ng Bayan*" (PnB) ist ohne Zweifel das Resultat aus den Erfahrungen und Möglichkeiten, die sich aus den Februarereignissen ergeben. Sowohl die im Untergrund operierende „*Nationaldemokratische Front*" (NDF) als auch das legale Oppositionsbündnis „*Bayan*" hatten für die Präsidentschaftswahlen im Februar für einen Wahlboykott plädiert. Unter den gegebenen Verhältnissen wurden Wahlen „als lautstarker, aber bedeutungsloser Kampf bloß verschiedener Fraktionen der herrschenden Klasse gewertet;" (1) Durch die Ereignisse wurde die philippinische Linke jedoch eines Anderen belehrt. In einer Selbstkritik räumte die „*Kommunistische Partei der Philippinen*" (CPP) ein, daß sie den anti-faschistischen Willen der Bevölkerung unterschätzt habe. Nach Ansicht der CPP zeigte die Praxis, daß die Wahlen den Höhepunkt eines langwierigen Volkskampfes gegen die Marcos-Herrschaft darstellten. „Danach wäre es für die revolutionären Kräfte taktisch notwendig gewesen, sich kritisch an den Wahlen zu beteiligen, um alle Kampfformen wirksam zu verbinden und vollen Gebrauch von ihnen zu machen." (2)

Zur Vorgeschichte der Gründung der PnB gehört es aber auch, daß es mit dem Sturz des Marcos-Regimes nicht automatisch auch zur nationalen und sozialen Befreiung des philippinischen Volkes von den Interessen des US-Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie gekommen ist. Die Februarereignisse hatten keine grundlegenden Veränderungen der philippinischen Gesellschaft bewirkt und auch die von der NDF in ihrem „12 Punkte-Programm" formulierten Forderungen für eine demokratische Koalitionsregierung (u.a. Durchführung einer tatsächlichen Landreform, Nationalisierung der einheimischen Industrie, Aufhebung aller ungleichen Beziehungen zu den USA) wurden von der Aquino-Regierung nicht aufgegriffen. Hinzu kommt, daß es neben der Regierung mit dem Militär ein zweites Machtzentrum gibt, das überhaupt kein Interesse an Reformen hat. Das Militär hat nach den Februarereignissen verstärkt im ganzen Land militärische Operationen gegen die Bevölkerung und die NPA durchgeführt. Auf Mindanao, dem Zentrum der NPA-Aktivitäten, wurde ein regionales Friedensabkommen zwischen der Lokalverwaltung und der NPA mit der Begründung gebrochen, daß das Militär nicht in die Verhandlungen einbezogen gewesen sei. Schließlich hintertrieben die Militärs, wo immer es ihnen möglich war, die landesweiten Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der NDF. In dieser Situation konnte die NDF die Bedingungen der Regierung für ihre Legalisierung und ihrer Mitgliedsorganisationen nicht akzeptieren. Cory Aquino hatte eine Legalisierung für den Fall angeboten, daß die NPA alle Waffen abgeben würde. Sison wies darauf hin, daß die Erfahrungen aus den 50er Jahren gezeigt haben (3), daß das philippinische Volk ohne eine Volksarmee dem Militär nichts entgegenzusetzen hat und somit gegenüber den Herrschenden mit leeren Händen dastehen würde. Die NDF würde ohne die NPA an Bedeutung verlieren, nicht, weil sie sich in der politischen Debatte gegenüber den anderen Parteien nicht durchsetzen könnte, sondern weil es ihr an Schlagkraft fehlen würde, sich gegen das reaktionäre Monopol aus Militär, Staatsapparat, Massenmedien und Kirche durchzusetzen. (4)

Aus diesen Erfahrungen zog die philippinische Linke die Konsequenz, neben der NDF Strukturen aufzubauen, um auf der legalen Ebene alle Möglichkeiten des durch die Aquino-Regierung geschaffenen demokratischen Spielraums zu nutzen. Während die nationaldemokratischen Kräfte in der Vergangenheit auf der legalen Ebene immer das Bündnis mit liberalen und sozialdemokratischen Organisationen gesucht haben, um so einen Schutz vor den Repressionen des Marcos-Regimes zu haben, bieten die vor allem in Manila wieder hergestellten Bürgerrechte (u.a. Versammlungs- und Pressefreiheit) die Möglichkeit die Forderungen aus dem Untergrund nun auch offiziell in die politische Diskussion zu bringen. Das Aktionsprogramm der BnP orientiert sich in seinen Grundzügen stark am „12 Punkte-Programm" der NDF. Die Abschaffung der US-Basen wird darin ebenso gefordert wie die Durchführung einer grundlegenden Landreform und eines nationalen Industrialisierungsprogramms, die Einführung eines umfassenden Sozialsystems und das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten.

Mit der Gründung der PnB als Wahlpartei wendet sich die philippinische Linke nunmehr einem Politikfeld zu, das bislang von der Elite des Landes beherrscht war. Und obwohl man zuversichtlich ist, bei den im nächsten Jahr stattfindenden Kommunal- und Parlamentswahlen 20% der Stimmen zu gewinnen, in Bündnissen mit anderen Parteien vielleicht noch einmal 10-20%, gibt man sich auch keinen Illusionen hin. Sison sagte auf einer Pressekonferenz, daß der parlamentarische Kampf nur eine Form des legalen Kampfes sei und sicherlich zweitrangig zu den illegalen Formen, wenn man berücksichtigt, daß die herrschende Klasse durch das gemeinsame Interesse verbunden ist, gegen die soziale Revolution mit Gewalt anzugehen. Da nach Sison's Überzeugung durch den parlamentarischen Kampf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft nicht möglich ist, sollen auch nicht alle Probleme in die parlamentarische Arena eingebracht werden. Die PnB will überall da an Wahlen teilnehmen, wo diese einigermaßen sauber und fair sind, und wo für das Volk die Chance besteht, gute Kandidaten zu wählen. Die Regierungsarbeit von Corazon Aquino soll mit einer kritischen Solidarität begleitet werden. Die PnB unterstützt alle demokratischen Tendenzen der Regierung Aquino, wird aber gegen jede undemokratische und reaktionäre Bedrohung Widerstand leisten. (5)

Ks., Hamburg

Anmerkungen:

1) vgl. AK 274, S.24
2) ebd.
3) Der Vorläufer der CPP — die PKP — hatte in den 50-er Jahren einen Strategiewechsel vorgenommen, der die Beendigung des bewaffneten Kampfes zu Gunsten des parlamentarischen Kampfes vorsah. In der Folge verlor die PKP immer mehr an Bedeutung, bis sie 1974 mit der Unterstützung für Marcos vollends zur politischen Sekte verkam.
4) vgl. Jose Maria Sison, Conditions for a ceasefire, Manila, 1986
5) vgl. Midweek vom 1.Oktober 1986

Spanien nach dem NATO-Referendum

Die Nato tut alles, damit die spanische Anti-Nato-Bewegung sich nicht zum Dornröschenschlaf zurückzieht: Sie sorgt für eine immer intentivere Integration, sie bezieht die iberische Halbinsel in den Angriff gegen Libyen mit ein, und: sie läßt eine Studie verfassen, die die ungebrochene Verankerung der Nato-Gegnerschaft in der spanischen Bevölkerung nachweist.

Die Bewegung selber ist in einer Orientierungsphase, die gewonnene Erfahrung in neue Stärke umsetzen soll: 1988 laufen die Verträge über die Stationierung von US-Militäreinrichtungen auf spanischem Boden aus.

Differenzen in der Bewegung

Die Frage, wie die Anti-Nato-Bewegung nach dem Referendum und in Zukunft aussehen soll, ist zur Zeit ein wichtiger Diskussionspunkt in der CEOP (Coordinacion estatales organisaciones pacifistas), dem Dachverband der Friedensinitiativen.(1) Mittlerweile gibt es innerhalb der Bewegung grob drei Positionen:

— Da ist einmal die Position der **Bewegung für Frieden, Demokratie und Freiheit** (MDPL, eine Gruppe, die eng mit der Regierungspartei PSOE verbunden ist), die dafür plädiert, das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren und die Frage der Nato-Mitgliedschaft sowie der US-Basen ad acta zu legen. Ihr Ziel ist es, die Friedensbewegung auf ein kritisches Anhängsel der Regierung zu reduzieren und darauf zu achten, daß die drei Versprechen, die in der Präambel zum Referendum festgehalten sind (Reduktion der US-Truppen in Spanien, keine Atomwaffen auf spanischem Boden und keine militärische Integration in die Nato), auch eingehalten werden. Die pro-PSOE-Gruppen versuchen, die gemäßigten Teile der Bewegung zu erreichen und sie verstehen sich selbst als den „pazistischen Arm" der „sozialistischen Familie". Diese Position ist allerdings sehr schwach innerhalb der gesamten Bewegung und es erscheint ziemlich unwahrscheinlich, daß ihre Vertreter maßgeblichen Einfluß erlangen können.

— Die zweite Position ist die der beiden KPs (PC und eurokommunistische PCE), ebenfalls die Nato-

— Die zweite Position ist die der beiden KPs (PC und eurokommunistische

PCE), die ebenfalls die Nato-Mitgliedschaft als Tatbestand hinnehmen. Die Argumentation ist dabei die, daß es als undemokratisch verstanden werden könnte, wenn man das Referendumsergebnis nicht akzeptiere. Opposition gegen die Nato-Mitgliedschaft bleibt zwar weiterhin ein Punkt des politischen Programms, aber eine Mobilisierung dafür wird abgelehnt. Schwerpunktmäßig wollen die KPs nur noch gegen die US-Basen in Spanien kämpfen, für die der bilaterale Vertrag 1988 auslaufen soll. Zwar ist sicher, daß der Widerstand gegen die Erneuerung dieses Vertrages sich verschärfen wird, wenn die Verhandlungen näherrücken. Aber andererseits wird der Vertrag doch nur erneuert, weil Spanien in der Nato geblieben ist.

Die Mehrheit der Spanier und Spanierinnen sieht die Verbindung zwischen NATO-Mitgliedschaft und den Verträgen sehr wohl. Zu allem Überfluß unternimmt die PCE jetzt den Versuch, „ihre" Strömung separat zu organisieren („Campagna Bases Fuera"/Kampagne Basen raus), was Verwirrung und Spaltung in die Bewegung trägt.

— Die dritte Position ist die der **Mehrheit der CEOP** (Comision Anti-Otan Madrid, andere örtliche Komitees, revolutionäre Linke MC und LCR), die beinhaltet, daß man das Ergebnis des Referendums nicht als einen Sieg für die Regierung wertet, daß die Frage über die Nato-Mitgliedschaft nicht entschieden ist und daß das Programm (Otan no — bases fuera), wie es in den letzten Jahren entwickelt wurde, beibehalten werden soll. Jetzt, wo der Zeitdruck weg ist, solle die Bewegung versuchen, ein neutralistisches Bewußtsein in der Bevölkerung weiter zu entwickeln und sich stärker Themen zu widmen, die, weil Zeit und Energie gefehlt haben, vernachlässigt worden sind (zum Beispiel eine grundsätzliche Kritik an der Verteidigungspolitik der PSOE, die Spanien in eine riesige Waffenfabrik verwandeln will.(2)

Daß diese Position der prinzipiellen Natogegnerschaft auch weiterhin starken Rückhalt in der Bevölkerung hat und tatsächlich nicht durch den Referendumsmißerfolg gebrochen werden konnte, beweist ein geheimes Nato-Papier.

Das geheime Natopapier

Dieses Papier wurde erstellt für die Nato, genauer gesagt für die Kommission für öffentliche Angelegenheiten. David Clark, Mitglied der Kommission, verfaßte diese Studie über Probleme des öffentlichen Ansehens der Nato im Mai dieses Jahres und widmete darin ein Kapitel dem Referendum in Spanien und den Konsequenzen, die für die Nato daraus zu ziehen seien. Mit leiser Stimme muß der Verfasser feststellen, daß die öffentliche Unterstützung der Nato einiges an Schwächen aufweist. Daß die Argumente hierbei genau die sind, die auch die Bewegung bei ihrer Beurteilung des Referendums nennt, macht die Sache umso delikater. Zwar feiert Clark in seiner Studie den Ausgang des Refernedums, kommt aber nicht umhin festzustellen, daß das keinesfalls heißt, daß die spanische Bevölkerung die Nato-Mitgliedschaft begrüßt. Clark schreibt vielmehr den Erfolg des Referendums der Fähigkeit der Regierung zu, die Bevölkerung zu täuschen. Es sei ihr nämlich gelungen, die „Ja"-Stimme vor den Wählern mit anderen Vorstellungen zu verbinden, die gar nicht notwendigerweise etwas mit der Nato-Mitgliedschaft zu tun hätten. Wie also die Regierung in ihrer Kampagne andere Dinge als die Nato-Mitgliedschaft in den Vordergrund zu schieben versuchte, zeigt Clark an seiner Studie an folgendem Beispiel: „ ... daß die Nato von ihren Befürwortern sehr wenig erwähnt wurde, beweist die Rede des spanischen Premierministers während der Abschlußveranstaltung der Pro-Nato-Kampagne, der in Presse und Fernsehen reichlich Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. In seiner Ansprache erwähnte Herr Gonzales nicht ein einziges Mal die Nato, nicht mehr

Fernsehen reichlich Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. In seiner Ansprache erwähnte Herr Gonzales nicht ein einziges Mal die Nato, nicht mehr

als zweimal das ‚Atlantische Bündnis', aber vierzigmal das Wort Frieden."(3)

Die Regierung fragte nicht, ob Spanien aus dem Bündnis austreten solle, sondern wer denn diesen Austritt in die Praxis umsetzen könne; und Gonzales nannte hier ganz deutlich die Alternativen: entweder ich oder das Chaos. Auch das mußte Clark in seiner Studie feststellen: „Felipe Gonzales setzte in der letzten Woche seiner Kampagne den voraussichtlichen Sieg des ‚Nein' zur Nato einem Votum der Unzufriedenheit mit seiner Politik gleich."(3) Zitat Gonzales: „Wenn ihr mich bestrafen wollt, macht das doch bei den Wahlen und nicht, indem ihr bei dem Referendum mit ‚Nein' stimmt."(4)

Für besonders besorgniserregend hält es der Nato-Gutachter, daß sein Auftraggeber nur bei wenig gebildeten Bevölkerungskreisen mehrheitsfähig war: *„Es ist klar, daß die Nato nicht überleben kann in einer Situation, wo die gebildeten Menschen weniger für die Nato sind als die ungebildeten."* Der Ausgang des Referendums — so das Fazit der Nato-Studie — *„bedeutet ohne Zweifel nicht, daß das für die Nato ein Ergebnis ist, mit dem sie sich brüsten könnte."*

Zunehmende Eingliederung in die Nato

Die spanischen Nato-Gegner/innen werden auch in Zukunft genug Anlaß für politische Offensiven haben, dafür sorgen schon die regierenden PSOE-Sozialisten. Die von Gonzales anläßlich des Referendums abgegebenen Versprechungen werden Zug um Zug durchlöchert:

Keine militärische Integration in die Nato? Im Gegenteil!

Neben einer Vielzahl von Nato-Gremien (5), wie bisher schon, gehört Spanien seit kurzem auch der nuklearen Planungsgruppe (bisher nur Beobachterstatus) und dem höchsten militärischen Organ der Allianz, dem Militärausschuß, an. Die „Europäische Wehrkunde" frohlockte: *„Nicht nur in Spanien ist bislang die Vertretung eines Landes im Militärausschuß gleichsam als Beweis seiner militärischen Integration aufgefaßt worden. Die neue Philosophie Spaniens bietet durch ihre extensive Auslegung des Begriffs Integration ein weites Feld politischer und militärischer Chancen. Im Gegensatz zu Frankreich (...) bleibt Spanien (...) im vollen Fluß aller politischen und militärischen Informationen und Entscheidungsprozesse. Das spanische Modell liefert also bei vergleichbarer Ausgangslage höheren Nutzen."*(6)

Dies sollte mensch im Hinterkopf haben, wenn Lafontaine immer vom „spanischen Modell" einer „rein politischen NATO-Zugehörigkeit" faselt.

Atomwaffenfrei? — Schön wär's!

Unter allen Umständen und auch langfristig will Gonzales den US-Stützpunkt in Rota beibehalten, *„weil Madrid in seiner Funktion für die 6. US-Flotte im Mittelmeer ein Stück nationaler Sicherheit erblickt, für das es keine Kompensation bieten kann."*(6)

Wofür keine Kompensation geboten werden kann, geht aus einem taz-Artikel (3.7.82) hervor. Danach gilt Rota als strategisch bedeutender Punkt für die Atomkriegspläne der NATO. Im Konfliktfall sollen amerikanische Atomwaffen nach Rota transportiert werden. Schon heute ist Rota ein regelmäßiger Anlaufhafen für die 6. US-Flotte, die ja bekanntlich eine große Menge A-Waffen mit sich führt.

Abzug der Amerikaner? Manana!

Der versprochene Abzug der US-Truppen stößt natürlich jenseits des Atlantiks auf wenig Begeisterung und soll deshalb auch nur langfristig und mit Ausnahme des Stützpunktes Rota (s.o.) erfolgen. Die Verhandlungen darüber sind 1988, und bis dahin kann Gonzales von seinem Spezi Papandreou ja noch lernen, wie man solche Verhandlungen führen muß, um gleichzeitig die Amis und die anti-amerikanischen Stimmungen in der Bevölkerung zufriedenzustellen ...

Bernadette/Trier
Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen

1 Ein anderer wichtiger Dissenspunkt war die Wahlfrage. Die KPs (eurokommunistische PCE und prosowjetische PC) fanden sich zu einem Wahlbündnis (Izquierda Unida — Vereinigte Linke) zusammen und wollten ursprünglich die Bewegung insgesamt dafür gewinnen. Die radikale Linke (MC, LCR) fürchteten parlamentarische Illusionen und Machtpolitik der KPs und hielt, auch vor dem Hintergrund der Uneinheitlichkeit der Bewegung, ein solches Wahlbündnis für nicht machbar. MC und LCR riefen schließlich zum Wahlboykott auf. Die IU erhielt mit knapp 5% der Stimmen kaum mehr als die (damals noch vereinigte) KP vier Jahre zuvor bei ihrer Solokandidatur.

2 Paco Penas: Die Anti-Nato-Bewegung nach dem Referendum; in: Materials de informacion y Debate.

3 Zitiert nach Zer Egin Nr. 215, vom 11.10.86.

4 siehe Anm. 3.

5 Spanien war bisher schon im Nato-Rat (NAC), im Verteidigungs- und Planungsausschuß (DPC), in der Logistik-Konferenz (SNLC), der Konferenz der Rüstungsdirektoren (CNAD), im Oberausschuß für zivile Verteidigungsplanung (SCEPC) und in den AGs des NATO-integrierten Fernmeldesystems (NICS), sowie in allen nachgeordneten Gremien.

6 Europäische Wehrkunde 6/86.

Sinn Fein nach dem „historischen Parteitag"

Anfang November beschloß Sinn Féin, der politische Arm der IRA, auf ihrem Parteitag, das Prinzip des „Absentismus" (Nichteinnahme gewonnener Parlamentssitze) bezüglich des südirischen Parlaments aufzugeben. Spätestens die auf dem Parteitag selbst ausgelöste Debatte verdeutlicht jedoch, daß es letztlich nur vordergründig um das Prinzip des „Absentismus" ging und geht.

Es gibt tatsächlich Parallelen zwischen der Spaltung der republikanischen Bewegung von 1969/70 — als sich ein „offizieller" und ein „provisorischer" Flügel konstituierte — und der jüngsten Auseinandersetzung innerhalb Sinn Féins. Auch damals ging es genau genommen nicht um die Frage

rischer" Flügel konstituierte — und der jüngsten Auseinandersetzung innerhalb Sinn Féins. Auch damals ging es genau genommen nicht um die Frage

des „Absentismus" (die „Officials" waren damals für dieses Prinzip), sondern vielmehr um den „Norden" und den bewaffneten Kampf, der von den „Officials" wenig später eingestellt wurde. Dieses Mal geht es allerdings nicht um ein „Ja" oder „Nein" zum bewaffneten Kampf; ein Machtkampf zwischen Linken und Traditionalisten ist der eigentliche Hintergrund des „Absentismus"-Disputs. Das Sinn Féin-Parteiführungsmitglied Martin McGuiness, der gemeinhin als Stabschef der IRA gehandelt wird, laut dem politischen Monatsmagazin „MAGILL" aber auf jeden Fall auf dem Parteitag mit der Autorität der IRA versehen sprach, richtete die Diskussion auf ein dunkles Ereignis in der jüngeren Geschichte der „Provos", den Waffenstillstand von 1975. Dieser war seinerzeit noch unter Federführung der Traditionalisten mit der britischen Regierung ausgehandelt worden.

Der Waffenstillstand von 1975

McGuiness äußerte, daß die Abkehr vom „Absentismus" niemals soviel Schaden anrichten könnte wie der damalige Waffenstillstand. Die 18 Monate während Waffenruhe wurde von McGuiness als „Desaster" bezeichnet. Damit befanden sich O'Bradaigh und O'Conaill, Anführer der Pro-„Absentismus"-Fraktion und beide Mitte der 70er Mitglied im IRA-Armeerat, plötzlich auf jener Anklagebank, auf die sie McGuiness, Adams und Morrison zu setzen gedachten: die Aufgabe des „Absentismus"-Prinzips als Schritt weg vom bewaffneten Kampf.

Die Kritik der nordirischen Linken am Waffenstillstand von 1975 ist keineswegs neu. In Derry und Belfast wurden schon damals die Vereinbarung und ihre möglichen Folgen für die IRA skeptisch betrachtet, die Waffenruhe eher wider Willen eingehalten. Im Nachhinein läßt es sich nicht leugnen, daß die Waffenruhe die IRA in ihre schwerste Existenzkrise stürzte, aus der sie politisch wie militärisch erst 1979/80 wieder herausfand. Während die Kriegsmaschinerie der IRA vor sich hin rostete, schaffte die britische Regierung die Voraussetzungen für eine politische und militärische Offensive, deren erklärtes Ziel es war, der IRA ein für allemal den Garaus zu machen. Gleichzeitig waren die „Provos" — aufgrund der politischen Defizite und der militärischen Einseitigkeit ihrer Führung — nicht dazu in der Lage, das durch das Schweigen der Waffen entstandene Vakuum politisch auszufüllen. Daß es der britischen Regierung letztlich doch nicht gelang, die IRA in die Knie zu zwingen, war dem Umstand zu verdanken, daß die nordirischen Linken schließlich die Führung des politischen und militärischen Kampfes selber in die Hand nahmen, sich gewissermaßen von den südirischen IRA-Führern abkoppelten. Der Waffenstillstand von 1975 ist die Geburtsstunde jenes Disputs zwischen nordirischen Linken und südirischen Traditionalisten, der mit dem diesjährigen Parteitag sein zumindest vorläufiges Ende nahm.

Die Rückschau auf den Waffenstillstand von 1975 ist deshalb von Interesse, weil sie den Opportunismusvorwurf der Traditionalisten ad absurdum führt. Die gesamte Geschichte der

stand von 1975 ist deshalb von Interesse, weil sie den Opportunismusvorwurf der Traditionalisten ad absurdum führt. Die gesamte Geschichte der

Auseinandersetzung zwischen Linken und Traditionalisten erscheint vielmehr als eine Kritik des traditionalistischen Opportunismus, insbesondere im politischen Bereich.

Als ein weiteres bedeutendes Beispiel läßt sich die 1981 auf Initiative der Linken hin gefällte Endscheidung anführen, vom föderalistischen Modell eines „neuen Irlands" Abstand zu nehmen. Bei diesem von der Schweizer Verfassung abgekupferten Modell handelte es sich um ein Lieblingskind der Traditionalisten. Die Abkehr davon war auch Anlaß für O'Bradaigh, nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. Nach diesem Modell sollte ein Wiedervereinigtes Irland über vier Regionalparlamente (gemäß den vier historischen Provinzen Irlands) verfügen, ein jedes ausgestattet mit recht weitgehenden Kompetenzen. Was sich hier zunächst recht sympathisch — weil dezentralistisch — anhört, war tatsächlich als opportunistisches Entgegenkommen an die Addresse des reaktionären Loyalismus gedacht, der dies allerdings niemals honorierte. Denn in der Konsequenz wäre das Modell darauf hinausgelaufen, die reaktionäre loyalistische Macht in Nordirland lediglich zu relativieren, statt sie zu brechen. Zumindest wäre es sehr schwer gewesen, eine progressive Politik gegen den Willen der Loyalisten durchzusetzen.

Auch die Bejahung des „Absentismus"-Prinzips zeugt letztlich von einem konservativen Opportunismus. Es geht in der Debatte um das „Absentismus"-Prinzip ja nicht nur um die Einnahme oder Nichteinnahme von Parlamentssitzen, sondern vor allem um das „wie" einer radikalrepublikanischen Politik im Süden. Soll die republikanische Bewegung in die südirische Politik intervenieren, oder soll sie das Dasein eines Solidaritätsclubs mit dem „Norden" und eines Traditionsvereines fristen, der sich ansonsten politisch abstinent verhält? Die Traditionalisten haben sich schon immer gegen eine radikale Infragestellung der südirischen Verhältnisse gewandt und eine Konfrontation mit dem südirischen Establishment, nicht nur entlang des Nordirlandkonflikts, sondern auch, was die Probleme in der Republik selbst angeht, gescheut.

Traditionalisten ohne Basis

Lediglich 20 bis 30 der 161 Delegierten, die gegen die Abschaffung des „Absentismus"-Prinzips votierten, verließen mit O'Bradaigh und O'Conaill das Dubliner „Mansion House", um andernorts die Republican Sinn Féin-Formation aus der Taufe zu heben. Die überwiegende Zahl der „Nein-Sager" blieb im Saal und machte damit deutlich, daß — obgleich in der „Absentismus"-Frage nicht der Auffassung der Parteiführung — sie deren Denunzierung durch O'Bradaigh und O'Conaill nicht teilten. Der unterlegenen Minderheit bleibt die Möglichkeit, auf einem zukünftigen Parteitag die Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Aber auch innerhalb der „älteren Generation" blieben O'Bradaigh und O'Conaill in der Minderheit. Sowohl Sinn Féin-Vizepräsident John Joe McGirl, ein Veteran der Bewegung, als auch der schon legendäre Joe Cahill, ehemals maßgeblich im Armeerat der „Provos" und amtierender Generalsekretär der Partei, sprachen sich für die

auch der schon legendäre Joe Cahill, ehemals maßgeblich im Armeerat der „Provos" und amtierender Generalsekretär der Partei, sprachen sich für die

Abkehr vom „Absentismus" aus. Beide waren federführend bei der Spaltung von 1969/70 und der Konstituierung der „Provos" beteiligt, lehnten jedoch in ihren Reden jeden Vergleich mit der damaligen Situation energisch ab.

Nach einer Übersicht des politischen Monatsmagazins „MAGILL" wird die Abspaltung in lediglich drei der 26 südirischen Wahlkreise größere negative Auswirkungen auf die Organisation haben. Im „Norden" wird die Anziehungskraft der Absplitterung ohnehin niedrig veranschlagt. Allen anderslautenden und auch in der BRD-Presse verbreiteten Gerüchten zum Trotz, hat Norais, die finanzkräftige amerikanische Hilfsorganisation der IRA, mittlerweile ein Statement veröffentlicht, in dem der republikanischen Bewegung auch für die Zukunft Unterstützung zugesagt wird.

Die Wahlchancen Sinn Féins

Die Umorientierung Sinn Féins in der Republik Irland weg vom „Absentismus" und hin zu einem stärkeren politischen und sozialen auf den Süden zugeschnittenen Engagement, wird erst mittel- bis langfristig einschneidende Ergebnisse zeitigen können. Zumal was Wahlen und den Erwerb von Parlamentssitzen anbelangt. Das irische Wahlrecht — ein Mehrheitswahlrecht mit Verhältniswahlelementen — benachteiligt kleinere Parteien sehr stark. Andererseits bietet es jedoch auch die Möglichkeit, Sitze im Parlament zu erringen, ohne landesweit eine bestimmte Prozenthürde überwinden zu müssen (durch lokale, regionale Stimmenkonzentration). Ein bis maximal drei Parlamentssitze scheinen kurzfristig realisierbar zu sein. In sechs Wahlkreisen verfügt Sinn Féin über einen relativ hohen Grundstock an Wählerstimmen, die es als möglich erscheinen lassen, mittelfristig weitere Parlamentssitze zu erringen. Dennoch hat das südirische Establishment mit Nervosität auf den Parteitag reagiert. Der Grund hierfür liegt in der latenten Instabilität und Schnellebigkeit der politischen Landschaft des „Südens". Was das Establishment befürchtet, ist, daß es einer modernen Sinn Féin-Partei mittel- bis langfristig gelingen könnte, sich die Instabilität des Staatswesens und die stetig wachsende soziale Misere zunutze zu machen und eine gesamtirische Widerstandsdynamik zu entwickeln.

dsm

Salt II — Rüstungsbegrenzung durchbrochen

Das war erst der Anfang!

Ende November verließ der 131. mit zwölf Marschflugkörpern ausgerüstete US-Bomber des Typs „B-52'' den Luftwaffenstützpunkt San Antonio in Texas und flog zum Stützpunkt Carswell, wo er jetzt als Teil des Strategischen atomaren Luftkommandos stationiert ist. Mit diesem Schritt haben die USA die Rüstungsbeschränkungen des 1979 geschlossenen SALT-II-Vertrages durchbrochen. (1) Einen Monat zuvor — rund um das Gipfel-Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik — waren noch mit großem Aufwand die Abrüstungsgeister beschworen worden, von einem Fast-Durchbruch, von „Nullösungen'' (bei den landgestützten Mittelstrecken-Waffen) von Halbierungen (bei den strategischen Atomwaffen), ja sogar von der möglichen Verschrottung aller Interkontinental-Raketen war sogar bei Reagan die Rede. Gorbatschow hatte schon vorher seinen Plan der Abrüstung und Verschrottung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2000 auf den Tisch gelegt. Nun ist das ganze Propaganda-Gebäude wieder einmal von derartigen Höhenflügen abgestürzt.

Mit Antritt Reagans als Präsident war klar, daß das noch unter Carter abgschlossene SALT-Abkommen von den USA nicht mehr ratifiziert würde. Aber Reagan hatte dennoch im Januar 1981 und im Mai 1982 zugesagt, sich an die SALT-Begrenzungen zu halten;

Leonid Breschnew hatte im Mai 1982 für die Sowjetunion eine entsprechende Zusicherung abgegeben. (2)

Die europäischen NATO-Verbündeten gingen pflichtgemäß gegenüber dem Bruch auf Distanz: Mitterand hätte die Einhaltung der SALT-Grenzen für *„sehr weise und sehr nützlich''* gehalten; die italienische Regierung befürchtete, daß dadurch *„positive Entwicklungen bei Verhandlungen verhindert werden könnten''*. (3) Genscher äußerte sein *„Befremden''* und die Hoffnung, daß dies *„nicht das letzte Wort''* der USA gewesen sei. Die SPD machte es als Opposition etwas lauter und sprach davon, daß *„in Reykjavik eine historische Chance vertan worden''* sei, und der Bruch des SALT-Abkommens *„das Vertrauen der Bürger''* in die NATO zersetze (Vogel). Willy Brandt forderte statt einer *„völlig unzureichenden''* nun eine *„nachdrückliche Intervention''* der Bundesregierung in Washington. (4)

Die europäischen NATO-Verbündeten gingen pflichtgemäß gegenüber dem Bruch auf Distanz: Mitterand hätte die Einhaltung der SALT-Grenzen für *„sehr weise und sehr nützlich''* gehalten; die italienische Regierung befürchtete, daß dadurch *„positive Entwicklungen bei Verhandlungen verhindert werden könnten''*. (3) Genscher äußerte sein *„Befremden''* und die Hoffnung, daß dies *„nicht das letzte Wort''* der USA gewesen sei. Die SPD machte es als Opposition etwas lauter und sprach davon, daß *„in Reykjavik eine historische Chance vertan worden''* sei, und der Bruch des SALT-Abkommens *„das Vertrauen der Bürger''* in die NATO zersetze (Vogel). Willy Brandt forderte statt einer *„völlig unzureichenden''* nun eine *„nachdrückliche Intervention''* der Bundesregierung in Washington. (4)

Diese Stellungnahmen machen das grandiose Friedensbemühen der Europäer in Worten und gleichzeitig ihre Furcht deutlich, daß Reagan wieder einmal *„das Odium auf sich''* nimmt, *„der Rüstungsspirale einen neuerlichen Stoß versetzt zu haben''*, wie es in einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen'' hieß. (1) Die Stellungnahmen der Europäer waren aber weit von einem *„Aufschrei in der Allianz''* entfernt, wie ihn der demokratische Senator Gore an die Wand gemalt hatte. (5) Wer wollte, könnte sich die demokratische Parlamentsmehrheit in den USA gegen Reagan zunutze machen, denn immerhin hatte die Mehrheit des Repräsentantenhauses ihre Zustimmung zum US-Militärhaushalt unter anderem von der Einhaltung der SALT-Grenzen abhängig gemacht. (6) Wenn man annimmt, diesen regierenden Politikern seien die US-Rüstungsplanungen bekannt, dann kann man ihre Stellungnahmen nur als pure Heuchelei betrachten, da schon seit Jahren klar war, daß es nur eine Frage der Zeit sein würde, wann der SALT-Vertrag durch die gigantischen US-Planungen überrannt sein würde. Das Verteidigungsministerium Wörners ging denn auch auf Distanz zu Genscher: hohe Militärs erklärten, *„man sei nicht überrascht''*. (4)

Schon im letzten Jahr war es fast soweit gewesen. Erst nach langem hin und her entschloß sich Reagan doch noch, für ein neues Atom-U-Boot der Ohio-Klasse ein altes Poseidon-Boot ins Trockendock zu legen. Doch dieses Boot wurde damals schon nicht mehr verschrottet. Bereits im Mai hatte Reagan dann angekündigt: *„Der Moment kommt, in dem wir über die SALT-Klauseln hinausgehen, um die Modernisierung unserer strategischen Streitkräfte fortzuführen.''* (7) Schon damals hatten die Europäer ihre „Sorgen'' vorgetragen, doch kein einziges Rüstungsprogramm war auch nur verzögert worden. Botschafter Rowny erklärte am 17.6., daß Reagan seine Meinung auch nicht *„unter dem Druck der öffentlichen Meinung umzustoßen''* gedenke. Erst wenn die Sowjetunion bereit wäre, *„beträchtliche Reduktionen einzuleiten''*, sei das *„ein anderes Spiel''*. (8) *„Auch die Europäer konnten sich seit mindestens vier Jahren ausrechnen, daß die einmal in Gang gesetzte Rüstungsdynamik die SALT-Grenzen überrennen muß. Da hätten sich die Leute in Bonn und London früher zur Wehr setzen müssen. Jetzt ist zu spät''*, zitiert der „Spiegel'' George Rathjens vom Massachusetts Institut of Technology als Rüstungsanalytiker. (7)

Zum SALT-Vertrag

Die beiden SALT-Abkommen (SALT = Strategic Arms Limitation Talks) zur Begrenzung strategischer Atomwaffensysteme von 1972 und 1979 haben nur Grenzen für die Atomwaffen**träger** mit einer Reichweite von über 6.000 km (Bomber und Raketen) festgelegt, **nicht aber für die Atomsprengköpfe**. Deren Anzahl ist sprunghaft gewachsen, nachdem Anfang der 70er Jahre die USA damit begannen, Raketen mit mehreren Sprengköpfen auszurüsten. 200 Atomsprengköpfe gelten als „ausreichend'', um die Sowjetunion oder die USA atomar zu vernichten. 1970 besaßen die USA 1.800 strategische Atomwaffen, 1975 6.100, 1980 7.300 und heute ca. 14.000. Auch bei der Sowjetunion sind es inzwischen über 9.000. Neben zahlreichen anderen Bestimmungen sah das SALT-Abkommen eine Begrenzung der Raketen und Bomber, die mehrere Atomsprengköpfe tragen, auf 1.320 vor. Diese Zahl wird nun von den USA überschritten. Das sieht im einzelnen wie folgt aus:

Strategische Atomwaffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen

Zahl	Typ des Waffensystems	seit (Jahr)	reicht (km)	Sprengköpfe Sprengkraft	Gesamt-Zahl
	USA				
550	Minuteman III (ICBM)	1970	13.000	3 x 170 Kt	825
				3 x 335 Kt	1.000
304	Poseidon (SLBM)	1971	4.600	10 x 40 Kt	3.300
288	Trident I (SLBM)	1979	7.400	8 x 100 Kt	3.000
131	B-52 Bomber (a)	1955	16.000	12 x 200 Kt	
				8 x 200 Kt	2.620
1321	**Summe USA**				**10.445**
	Sowjetunion				
150	SS-17 (ICBM) Mod 3 (b)	1979	10.000	4 x 750 Kt	600
308	SS-18 (ICBM) Mod 4	1979	11.000	10 x 550 Kt	3.080
360	SS-19 (ICBM) Mod 3 (b)	1979	10.000	6 x 550 Kt	2.160
224	SS-N-18 (SLBM) Mod 1	1978	6.500	3 x 2-500 Kt	672
	Mod 2		8.000	1 x 450 Kt	bis
					max.
	Mod 3		6.500	7 x 2-500 Kt	2.510
80	SS-N-20 (SLBM)	1983	8.300	6-9 x 350 Kt	480
				bis 500 Kt	- 720
32	SS-NX-23 (SLBM)	1985	8.300		320
1154	**Summe Sowjetunion**			**mindestens**	**7.312**
				maximal	**9.390**

Strategische Atomwaffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen

Zahl	Typ des Waffensystems	seit (Jahr)	reicht (km)	Sprengköpfe Sprengkraft	Gesamt-Zahl
	USA				
550	Minuteman III (ICBM)	1970	13.000	3 x 170 Kt	825
				3 x 335 Kt	1.000
304	Poseidon (SLBM)	1971	4.600	10 x 40 Kt	3.300
288	Trident I (SLBM)	1979	7.400	8 x 100 Kt	3.000
131	B-52 Bomber (a)	1955	16.000	12 x 200 Kt	
				8 x 200 Kt	2.620
1321	**Summe USA**				**10.445**
	Sowjetunion				

Anmerkungen:
(a): Jeder umgerüstete B-52-Bomber der USA trägt 12 Cruise Missiles mit einer Reichweite von 2.500 km und 4 Flugbomben und mit kürzerer Reichweite (SRAM) und 4 Wurfbomben
(b): Einige SS-17 und SS-19 der Sowjetunion besitzen nur einen Sprengkopf

Mehr als 10.000 Bomben kommen noch!

Wie man diesen Tabellen entnimmt, könnte die Sowjetunion noch 165 Atomwaffenträger für Mehrfachsprengköpfe in Dienst stellen, während die USA für jede weitere Stationierung ältere Typen ausmustern müßten. Zwar liegen derzeit zwei Poseidon-U-Boote im Dock, die aber erklärtermaßen nur generalüberholt werden. (1) Erst in den 90er Jahren sollen einzelne Boote dieses Typs ausgemustert werden; ansonsten aber sind die USA dabei, in gewaltigem Umfang die SALT-Grenzen über den Haufen zu rennen, und das sieht wie folgt aus:

— Nicht nur 131 sondern „vorläufig'' 185 B-52-Bomber sollen mit Marschflugkörpern ausgerüstet werden. (8) Der „Spiegel'' gibt an, daß schließlich sogar 241 umgerüstet werden. (7) 1.739 Cruise Missiles sind bereits bei der Firma Boeing bestellt. Ab 1987 kommen dann weitere 1.300 Marschflugerkörper neuen Typs hinzu, die sogar 4.000 km weit fliegen und zudem Tarneigenschaften besitzen sollen, d.h. für einen Radar kaum noch auszumachen sind. (8)

— Außerdem begann noch in diesem Jahr der Bau von insgesamt 100 B-1 Bombern, die eine entsprechende Ausrüstung erhalten. (7)(8)

— 50 neue Raketen des Typs MX oder von Reagan auch „Peacekeeper'' (= Friedensstifter) genannt sind bereits bestellt, 50 weitere sollen hinzukommen. Die Stationierung beginnt um die Jahreswende mit zehn Systemen in Cheyenne, Wyoming, in ganz besonders „gehärteten'' Silos. Jede Rakete trägt zehn Sprengköpfe. (8)

— Im Bau und bestellt sind außerdem noch 8 Ohio-Atom-U-Boote, die mit je 24 Raketen des Typs Trident 1 und je 8 Sprengköpfen (208 pro Boot) und ab 1988 mit verbesserten Trident 2 Raketen mit je 14 Sprengköpfen ausgerüstet werden. Ein Zuwachs von über 1650 Sprengköpfen. (7)

Nach dieser Liste könnte die Zahl von 1320 „zulässigen'' Atomwaffenträgern mit Mehrfachsprengköpfen von den USA um bis zu 519 in den kommenden Jahren überschritten werden; dabei würden erheblich mehr als 5.000 neue Atomsprengköpfe hinzukommen.

Die Marschflugkörper

Wenn man aber eine Liste neuer strategischer Atomsprengladungen aufmacht, sollte man sich korrekterweise den sowjetischen Standpunkt zueigen machen und auch die Gesamtzahl aller Marschflugkörper berücksichtigen, auch wenn diese keinen Eingang im SALT-II-Abkommen gefunden haben. Die Sowjetunion hatte das seinerzeit gefordert, die USA hatten das strikt abgelehnt. Dazu erklärte Kenneth Adelman (Reagans Abrüstungdirektor): *„Wir haben das Problem fünf Jahre lang studiert und haben keine Methode gefunden, Cruise Missiles zu verifizieren.''* Das heißt man könne beim Gegner ihre Zahl und Stationierung nicht sicher ausmachen. Und — so Adelman: *„Solange wir keine solche Methode finden, werden wir (diese Waffen) nicht in die Rüstungskontrolle einbeziehen.''* (7)(9) Das soll uns nicht hindern, sie hier zu den strategischen Atomwaffen (die das Gebiet der SU erreichen können) hinzuzuzählen. Neben den bestellten 4.820 Cruise Missiles für Bomber und 550 landgestützten für Europa (464 werden stationiert, 96 gelten als „Reserve'') kommen noch 3.994 Cruise Missiles für die Flotte hinzu, deren Stationierung bereits im vollen Gange ist. Damit bekommen die 101 Kampf-U-Boote der USA, die bislang vor allem sowjetische Schiffe und U-Boote jagen sollten, eine ganz neue Aufgabe, nämlich selbst im Atomkrieg einzusteigen. Außerdem werden 82 Überwasserschiffe mit diesen Flugkörpern ausgestattet. Die Marschflugkörper eignen sich ebenso für See- wie für Land-Ziele. Das Programm soll Mitte der 90er Jahre abgeschlossen sein. Als Sprengladungen für Schiffe stehen neben atomaren austauschbar auch noch chemische und konventionelle Sprengköpfe zur Verfügung. So hieß es am 6. Mai in einer CBS-Fernsehsendung, daß man ihren Einsatz bereits gegen Libyen erwogen habe. (7)

Geht die Sowjetunion in die Knie?

Die sowjetische Reaktion auf den Bruch des SALT-Abkommens durch die USA war überaus zurückhaltend. Generalstabschef Achromejew erklärte zwar, daß sich die Sowjetunion *„auch nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle.''* (10) Dennoch hat die Sowjetunion erklärt, sich vorerst weiter an die Vertragsgrenzen zu halten. Andererseits hat Gorbatschow beim Gipfel in Reykjavik die Einhaltung der SALT-Grenzen und den drohenden Bruch mit keinem Wort erwähnt, während er dies beim ABM-Vertrag (zur Weltraumrüstung) getan hat. (11) Der US-Chefunterhändler in Genf bei den Abrüstungsgesprächen, Max Kampelman, erwartet auch nicht, daß sich der Bruch auf die Gespräche auswirken werde. (4) Während der US-Senator Nunn seine Kritik am US-Schritt damit begründete, daß die Sowjetunion jetzt einen *„militärischen Vorteil''* erhalte, weil sie die Voraussetzungen geschaffen habe, ihre Nuklearарsenale *„schneller und umfassender auszubau-*

Generalstabschef Achromejew erklärte zwar, daß sich die Sowjetunion *„auch nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle.''* (10) Dennoch hat die Sowjetunion erklärt, sich vorerst weiter an die Vertragsgrenzen zu halten. Andererseits hat Gorbatschow beim Gipfel in Reykjavik die Einhaltung der SALT-Grenzen und den drohenden Bruch mit keinem Wort erwähnt, während er dies beim ABM-Vertrag (zur Weltraumrüstung) getan hat. (11) Der US-Chefunterhändler in Genf bei den Abrüstungsgesprächen, Max Kampelman, erwartet auch nicht, daß sich der Bruch auf die Gespräche auswirken werde. (4) Während der US-Senator Nunn seine Kritik am US-Schritt damit begründete, daß die Sowjetunion jetzt einen *„militärischen Vorteil''* erhalte, weil sie die Voraussetzungen geschaffen habe, ihre Nuklearаrsenale *„schneller und umfassender auszubau-*

en als die Amerikaner'' (1), wird umgekehrt auch die Theorie verbreitet, daß die Sowjetunion nun wirklich nicht mehr beim Wettrüsten werde mithalten können. In der bereits mehrfach zitierten „Spiegel''-Serie (*„Sie vermehren sich wie Karnickel''*) heißt es dazu, daß schon in den 70er Jahren die Trommler für das Cruise-Missiles-Programm behauptet hätten, daß die Sowjetunion 50 Mrd. Dollar für eine Abwehr hinblättern müßten. Vor dem Gipfel habe der vom CIA angeheuerte Ökonom Henry S. Rowen *„Reagan persönlich Botschaft überbracht, Rußland sei am Ende.''* Und die „Washington-Post'' schrieb dazu: *„Präsident Ronald Reagan hat sich die Ansicht zu eigen gemacht..., daß die sowjetische Wirtschaft so überlastet ist, daß sich das gegenwärtige Niveau der Verteidigungsausgaben Moskaus auch dann nicht weiter erhöhen kann, wenn die USA die Waffenbegrenzungen des SALT-II-Abkommens fallenlasse...''* Natürlich gibt es ebenso zahlreiche Stimmen, die vor derartigen Hoffnungen warnen, und annehmen, daß sich die USA hier ein *„doppeltes und dreifaches ökonomisches Vietnam''* bereiten. Immerhin sind die USA derweil vom größten Gläubigerland zum größten Schuldnerstaat geworden. Und so behauptet Bernard O'Keefe, Präsident eines Wirtschaftsforschungsinstituts: *„Während wir und die Sowjets unsere Ressourcen im militärischen Wettbewerb im Weltraum verausgaben, essen unsere Wirtschaftskonkurrenten (Japan und Westeuropa) unseren Lunch auf.''* (7)

HH

Eine Märchenstunde

Unser Artikel ist natürlich vollkommen prosowjetisch und usfeindlich ausgefallen, hetzerisch könnte man schon sagen. Das läßt sich jedenfalls leicht erkennen, wenn wir einige Zitate aus der „Europäischen Wehrkunde'' (Nr. 7/86 S. 388 ff.) dem gegenüberstellen, wo Wolfram von Raven den Bundeswehr-Offizier und andere auf den *„Abschied von SALT''* vorbereitet. Schon in der Geschichte der Rüstungskontrolle habe es immer das vergebliche Abrüstungsbemühen der USA gegenüber Moskau gegeben: *„Mit unsäglicher Mühe war es den Amerikanern im Jahre 1969 geglückt, die Sowjets zu Verhandlungen über Offensivwaffen zu bewegen.''* Während die USA das strategische Gleichgewicht wollten, nutzte dies die Sowjetunion bloß, *„um der Entfaltung von Kapazitäten für ihre offensive Einschüchterung Freiräume zu schaffen. (...) Jimmy Carter, der danach versucht hatte, mit den Gesprächen eine Wende von der Begrenzung zur Reduktion der Rüstung zu vollziehen, stieß mit seinen Vorschlägen auf massiven Widerstand.''* Mit dem neuen SALT-Abkommen wollte sich Reagan eben auch nicht zufrieden geben: *„Im Gegensatz zu Jimmy Carter beharrte Reagan als Präsident auf dem Bemühen, nicht bloß eine Begrenzung, sondern eine Verminderung der strategischen Waffen zu erreichen. Sein Drängen (...) hat immerhin zu Verhandlungen geführt''*; leider liege das Ziel aber immer noch in weiter Ferne. Es folgt eine Aufzählung der angeblichen sowjetischen Vertragsverletzungen und die Schlußfolgerung: *„Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdenken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es*

Reagan eben auch nicht zufrieden geben: *„Im Gegensatz zu Jimmy Carter beharrte Reagan als Präsident auf dem Bemühen, nicht bloß eine Begrenzung, sondern eine Verminderung der strategischen Waffen zu erreichen. Sein Drängen (...) hat immerhin zu Verhandlungen geführt''*; leider liege das Ziel aber immer noch in weiter Ferne. Es folgt eine Aufzählung der angeblichen sowjetischen Vertragsverletzungen und die Schlußfolgerung: *„Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdenken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es*

mit milden Mahnungen an die UdSSR bewenden ließen?'' Also trotz SALT-Bruchs der USA: *„Es geht um das Gleichgewicht der Kräfte.''* Schön ist es auch zu sehen, wie der Artikel zu einem scheinbaren Übergewicht der Sowjets kommt: Man führe alles schön in Tabellen auf, bloß lasse man die Zahlen bei den US-Bombern weg und schreibe am Schluß, daß die USA das sowjetische strategische Arsenal für Mitte der 90er Jahre auf 20.000 Atomwaffen schätzen, und schon stimmt die Welt wieder NATO-freundlich.

Vertragsbrüche

Es gibt eine einfache Faustregel für den Antimilitaristen: Liest man etwas über gefährliche sowjetische Rüstungen, so ist da Aufrüstung der NATO geplant. Genauso ist es bei Abrüstungsverträgen: Liest man ständig von sowjetischen Vertragsbrüchen, will die NATO aus diesen Verträgen raus. Nach dieser Faustregel hat die Reagan-Regierung schon einige Jahre lang die Sowjetunion der Vertragsverletzung von SALT bezichtigt. Die wichtigsten Behauptungen dabei sollen hier kurz erläutert werden:

— Die Sowjetunion verschlüssele ihre Funkdaten bei Raketen-Versuchen, sodaß die USA die Entwicklung und die Einhaltung des Abkommens nicht überprüfen könne.

— Obwohl sie das also nicht können, haben die USA trotzdem festgestellt, daß die Sowjetunion neben der SS-X-24, die demnächst stationiert wird, unzulässigerweise noch eine zweite Rakete, die SS-X-25, testet. Die Behauptung der Sowjets, es handle sich um eine modernere Variante der alten SS-13 (sowas zählt dann nicht als neuer Typ), sei falsch.

Das Dumme bei dem ersten Vorwurf ist bloß, daß der Artikel XV des SALT-Vertrages neben vagen Formulierungen keine Vorschriften macht, was verschlüsselt werden darf und was nicht. Die UdSSR hatte damals die Forderung der USA, keine Verschlüsselungen zuzulassen, in den Verhandlungen abgelehnt.

Das Dumme beim zweiten Vorwurf ist für die USA, daß ihre früheren Aufklärungsmittel (bei den Tests für die SS-13) noch so schlecht waren, daß sie die Vertragsverletzung nicht belegen können. Das jedenfalls sagt Michael Rühle in der „Europäischen Wehrkunde'' (1/85), und hier handelt es sich immerhin um soetwas wie das Zentralorgan des bundesdeutschen Offizierkorps und seiner Gesellschaften.

Anmerkungen:

(1) FAZ, 1.12.86
(2) Europäische Wehrkunde 7/86; S.388 ff: *„Abschied von Salt''*, von William von Raven
(3) FR, 1.12.86
(4) FR, 2. u. 3.12.86
(5) FAZ, 28.11.86
(6) s. AK 275, S. 3
(7) zitiert aus der (hervorragenden) Spiegelserie zum Thema: *„Sie vermehren sich wie Karnickel''*, Wilhelm Bittorf über Cruise Missiles und den drohenden Kollaps der Rüstungskontrolle; in den Ausgaben vom 20. u. 27.10.86
(8) Europäische Wehrkunde 8/86; S. 439
(9) Es sei hier nebenbei bemerkt, daß die USA bei ihren Vorschlägen in den Abrüstungsverhandlungen über eine sogenannte Halbierung der Atomsprengköpfe die seegestützten Marschflugkörper, bisweilen auch die luftgestützten nicht mitrechnen wollen.
(10) FR 28.11.86
(11) Gorbatschow sagte dazu: *„Die amerikanische Seite würde gern in Reykjavik den ABM-Vertrag zu Grabe tragen, und das noch unter Beteiligung der Sowjetunion und von Gorbatschow.''* (Spiegel, 20.10.86)

Israels geheimes Atomwaffenarsenal

Seit dem Krieg 1973 und nach entsprechenden Drohungen von Golda Meir und Aussagen des damaligen israelischen Staatspräsidenten muß man vermuten, daß Israel Atomwaffen besitzt. Dieser Vermutung wird mit schönster Regelmäßigkeit — vor allem bei sich zuspitzenden Krisen — neuer Stoff geliefert. Vor einiger Zeit war in der konservativen britischen „Sunday Times“ zu lesen, daß Israel inzwischen 100 bis 200 Atomwaffen besitzen dürfte und außerdem die Fähigkeit, auch Wasserstoff- und Neutronenbomben zu produzieren. Quelle war der israelische Atomtechniker Vanunu, der jahrelang an dem Programm mitgearbeitet haben will. Vanunu war dann nach Australien ausgewandert, war zum Christentum konvertiert und soll seine Geschichte für 75.000 britische Pfund an die Presse verkauft haben. Anschließend verschwand Vanunu aus Großbritannien und nach längerer Zeit, Mitte November, wurde bestätigt, daß Vanunu im Gefängnis in Israel einsitzt und dort auf seinen (Geheim-)Prozeß wartet, der ihm eine Strafe bis zu lebenslänglicher Haft einbringen könnte. Allgemein wird angenommen, daß Vanunu vom israelischen Geheimdienst entführt und im Diplomatenkoffer nach Israel geschafft wurde.

Ganz unlieb dürften dem Staate Israel derartige Enthüllungen aber auch nicht sein, da es schon lange die Politik der Drohung mit der „Atombombe im Keller“ betreibt und deren Wirkung davon abhängt, daß man Israel den Bau oder gar Besitz der Atomwaffe zutraut. Es gibt aber auch Vorstel-
oder gar Besitz der Atomwaffe zutraut. Es gibt aber auch Vorstel-
lungen in Israel, daß man schrittweise und „behutsam“ zu einer offenen Atompolitik übergehen solle. Die Atomdrohung solle als letzte Existenzsicherung des Staates Israel eingesetzt werden.

Wir dokumentieren anschließend mit einer Übersetzung eines Artikels aus der Novemberausgabe der „Africasia“ die Enthüllungen in der britischen Presse und was zum Stand des israelischen Atompotentials bekannt ist.

Unter der Überschrift „Enthüllt: Die Geheimnisse von Israels Atomarsenal“ publizierte die Londoner „Sunday Times“ kürzlich einen Bericht und mehrere Fotos. Sie scheinen eine Hypothese zu belegen, die seit langem vertreten, aber niemals schlüssig bewiesen wurde. Die Zeitung behauptet, daß der zionistische Staat als sechste Atommacht der Welt — nach den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China — im Besitz der Bombe sei. Manche Beobachter könnten noch auf Indien oder Südafrika verweisen, auf jeden Fall aber verdient die „Enthüllung“ Aufmerksamkeit.

Die Titelgeschichte der konservativen britischen Wochenzeitung vom 5. Oktober basierte auf Angaben von Mordechai Vanunu, 31, ein israelischer Techniker, der fast 10 Jahre lang in einem hochgeheimen sechgeschossigen Bunker in der Negev Wüste arbeitete. Bevor der Bericht veröffentlicht wurde — zunächst war er für eine Fälschung gehalten worden — wurden Vanunus Aussagen und seine über 60 Farbfotos, angeblich im Inneren der Anlage aufgenommen, von mehreren Fachleuten sorgfältig untersucht. Unter ihnen Theodore Taylor, einer der berühmtesten Schüler des „Vaters“ der Atombombe, Dr. Robert Oppenheimer. Taylor sagt: „Es dürfte keinen Zweifel mehr geben, daß Israel eine vollwertige Atomwaffenmacht ist, und das schon seit mindestens 10 Jahren. Das israelische Atomwaffenprogramm ist erheblich weiter fortgeschritten, als sich aus allen früheren Berichten oder Spekulationen ergibt, die mir bekannt sind.“

Die unterirdische Anlage, die durch unschuldig wirkende Überbauten gegen Beobachtungssatelliten getarnt ist, wurde mit französischer Technologie ausgerüstet, die es den Israelis erlaubt, 40 Kilo Plutonium jährlich zu extrahieren. Das reicht für 10 Bomben. Sunday Times berichtet darüber hinaus, Israel habe in den letzten sechs Jahren die Ausrüstung erworben, um Bestandteile für thermonukleare Waffen (Wasserstoffbomben) herzustellen. Fachleute sagten der Zeitung, Israel müsse mindestens 100, vielleicht sogar bis zu 200 Atomwaffen unterschiedlicher Zerstörungskraft produziert haben.

In ihrer folgenden Ausgabe (12. Oktober) nahm die Sunday Times das Thema wieder auf mit einem Interview mit Prof. Francis Perrin, „Vater“ der französischen A-Bombe und französischer Hochkommissar für Atomenergie von 1951 bis 1970. Perrin erinnerte daran, wie Frankreich eng am israelischen Bombenprogramm mitgearbeitet habe. „1957 stimmten wir zu, einen Reaktor und eine Chemieanlage für die Plutoniumproduktion (bei Dimona in der Negev Wüste) zu bauen. Wir wollten Israel helfen. Wir wußten, daß das Plutonium für eine Bombe benutzt werden könnte, aber wir zogen ebenso in Betracht, daß es zu friedlichen Zwecken verwendet werden könnte.“ „Wegen der Amerikaner wurde die Sache geheimgehalten (...) Wir dachten, wir könnten die mit der Arbeit an Atomwaffen verbundenen Geheimnisse an Israel geben, vorausgesetzt sie würden sie ihrerseits geheimhalten.“ Perrin bestätigte die Geschichte Vanunus, der zwei Wochen vor der Veröffentlichung verschwand, indem er zugab, daß es einen offenkundigen Bruch der Vereinbarungen zwischen Paris und Washington gab, der 30 Jahre lang von den französischen Stellen und von Tel Aviv geleugnet worden war.

1959 beendete de Gaulle die atomare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Israel, indem er das am 17. September 1957 unterzeichnete Abkommen kündigte.

Zu dieser Entscheidung sagte Shimon Peres (der am 20. Oktober sein Amt als Regierungschef an seinen Koalitionspartner vom Likud, Yitzhak Shamir, übergab), lediglich, daß Israel „nicht das erste Land sein würde, das Atomwaffen in die Region einführt.“
„nicht das erste Land sein würde, das Atomwaffen in die Region einführt.“
Bei aller Zweideutigkeit in der Sache schien Peres eher zu bestätigen als zu bestreiten, daß der zionistische Staat Atomwaffen besitzt.

Schon 1970 bestätigte Israels damaliger Kriegsminister Moshe Dayan während eines Besuchs in Paris, daß sein Land bereits die zur Produktion einer Atombombe nötige Technologie besitze. Darüber hinaus wurde Israel wiederholt vorgeworfen, es stecke hinter dem „Verschwinden“ von Plutoniummengen aus Frankreich, Belgien und den USA. Im letzten Jahr beschuldigte ein Teil der amerikanischen Presse Tel Aviv, es habe illegal Sprengsätze importiert, die zur Auslösung von Atombomben dienen könnten. Die israelischen Behörden waren gezwungen, die meisten dieser Zünder — aber nicht alle — zurück in die USA zu schicken.

Mehrere arabische Staaten nahmen die Enthüllungen der Sunday Times ernst genug, um eine UN-Debatte über Israels Atompolitik während der letzten Vollversammlungssitzung zu fordern. In Israel rief Peres führende Zeitungsverleger zu einer Pressekonferenz zusammen und bat sie, im nationalen Interesse die Story nicht aufzugreifen und auch nicht über deren Echo zu schreiben. Er erinnerte sie daran, daß sie dies wegen der Zensur so oder so nicht tun könnten.

Frankreichs Außenminister Jean-Bernard Raimond sagte, daß die atomare Zusammenarbeit seines Landes mit Israel eine „alte Geschichte“ sei. So einfach läßt sich das jedoch nicht erledigen, und sei es auch nur wegen der Tatsache, daß Israel den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat und sich weigert, eine internationale Kontrolle seiner Aktivitäten auf diesem Sektor zu akzeptieren.

In den arabischen Hauptstädten fragen die Verantwortlichen, warum man die Geschichte gerade jetzt aufkommen ließ. Schließlich ist es höchst unwahrscheinlich, daß ein Staat, der sein Atomprogramm 20 Jahre lang so geheim gehalten hat, plötzlich den Offenbarungen eines jungen Ingenieurs zum Opfer fallen sollte. Tatsächlich sind die von Vanunu mitgeteilten Fakten weniger bedeutsam als die verborgenen Ziele hinter dem angeblichen „Leck“. Es muß daran erinnert werden, daß derartige „Lecks“, wenn auch nicht von gleichem Umfang, schon am Vorabend von Israels Überfall auf Ägypten, Jordanien und Syrien (Juni 1967) auftraten. In ähnlicher Weise ließen kurz vor dem Oktoberkrieg 1973, der von Ägypten und Syrien begonnen wurde, Quellen in den USA wissen, daß Tel Aviv Atombomben besitze. Außerdem unterstellte ein detaillierter Bericht von zwei amerikanischen Spezialisten eine Beteiligung Israels an gemeinsamen Atomwaffentests mit Südafrika.

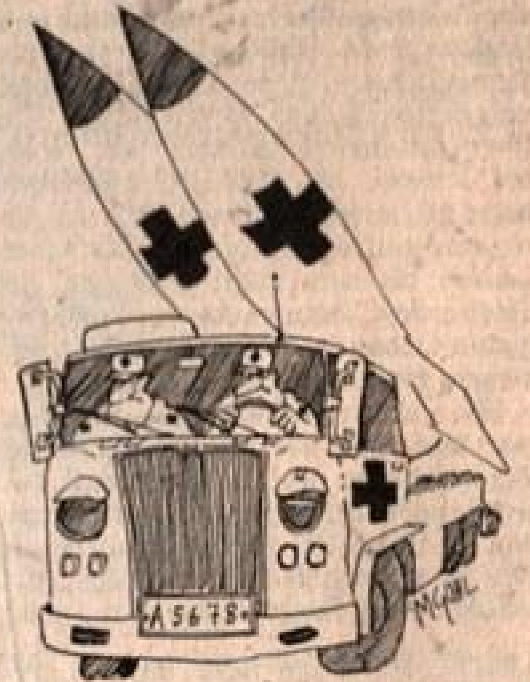
Atomare Einschüchterung

Jedesmal, wenn die internationalen Medien die Geschichte von Israels Atombombe aufgriffen, war es die klare Absicht, die arabischen Staaten mit der Drohung eines Atomschlags einzuschüchtern, falls sie jemals Israel mit ihren konventionellen Streitkräften ernstlich in Gefahr bringen sollten. Kurz nachdem die Sunday Times ihre Artikel veröffentlicht hatte, brachten mehrere amerikanische Zeitungen eigene Schätzungen, wonach Israel derzeit etwa 20 einsatzfähige Atomwaffen habe. Ob real oder fiktiv, die israelische Bombe ist ein Element der Abschreckungspolitik des zionistischen Staates gegenüber seinen Nachbarn. Darüber hinaus hat die Beschäftigung der Medien mit diesem Thema in der Regel bedeutet, daß sich Tel Aviv am Rande eines Kriegs glaubt.

Der letzte Punkt, auf den hier hinzuweisen ist, ist die Tatsache, daß Israel seine Atomwaffenfähigkeit dazu benutzt, Druck auf seinen amerikanischen Verbündeten auszuüben. Nach den anfänglichen militärischen Siegen der syrischen und ägyptischen Armeen zu Beginn ihrer 1973er Offensive prägte Israels damalige Regierungschefin Golda Meir diese Drohung. Seit dieser Zeit haben Militärstrategen sowohl in Israels als auch im Westen erfahren, daß — welche konventionellen Waffen es auch besitzen mag — Israel nicht imstande ist, zusammenwirkenden arabischen Armeen bei einem umfassenden Angriff an allen Fronten zu widerstehen, beispielsweise zur Rückgewinnung der besetzten Gebiete. Das gilt heute ganz besonders. Seit dem israelischen Einmarsch in den Libanon im Juni 1982 haben die arabischen Armeen, insbesondere die syrische, neu, furchtbare Vernichtungswaffen erworben. Auf Grund der Lektionen des Libanon-Konflikts, insbesondere der während der Beschießung Beiruts angerichteten Schäden, haben die Syrer, Jordanien, Saudiaraber und sogar die Ägypter sich eine neue Strategie zugelegt. Sie basiert in erster Linie auf der Verstärkung sowohl der defensiven wie der offensiven Mittel zur Abschreckung Israels von einem neuen Angriff. Im Falle einer Verhandlungslösung für die Probleme des Nahen Osten wollen die Araber eine Position militärischer Stärke haben, um einen gerechten und ehrenvollen Frieden zustande zu bringen.

Die jüngsten Enthüllungen über Israels Atomwaffen-Kapazität fielen zusammen mit einer Medienkampagne, die genährt wurde von Stellungnahmen politischer und militärischer Führer Israels: Syrien scheine einen Überraschungsangriff auf die Golanhöhen starten zu wollen. Offizielle in Tel Aviv halten Syriens Wunsch nach Erlangung strategischer Parität mit Israel für eine unerträgliche Drohung. Sie betonen die Bedeutung ihrer strategischen Zusammenarbeit mit den USA, vor allem im Rahmen von Präsident Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI), in der Hoffnung, Damaskus dadurch abschrecken zu können. Vor kurzem brach die israelische Presse mit ihrer traditionellen Praxis, indem sie über eine Reihe von Militärmanövern berichtete, einschließlich Maßnahmen zur Abwehr eines Angriffs mit chemischen Waffen. Unterdessen lassen Israels Führer keine Gelegenheit aus, Syriens neun Batterien sowjetischer SS 21 Langstreckenraketen zu erwähnen, die einen Teil des zionistischen Staates treffen könnten.

Manche Leute befürchten jetzt, daß die gesamte Region ein Experimentierfeld für Atomwaffen werden könnte, nachdem hier schon die modernsten Hochtechnologie-Waffen erprobt wurden. Diese Furcht wird gemäßigt durch das Wissen, daß Israels Nähe zu Syrien so groß ist, daß seine eigene Bevölkerung schwerlich dem Fallout eines nuklearen Abenteuers entgehen könnte. Außerdem enthält Syriens Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR eine Klausel, die Moskau verpflichtet, Syrien gegen jeden atomaren Angriff zu schützen. Nichtsdestotrotz könnten die letzten Enthüllungen — deren Neuigkeitswert im Grunde vielleicht nur in der reinen Größe des israelischen Atomwaffenarsenals liegt — zu einem neuen atomaren Wettrüsten in der Region führen.



Die meisten Staaten des Nahen Osten haben die Fähigkeit und die nötigen Einrichtungen, um in relativ naher Zukunft Atomwaffen herzustellen. Das ist die Richtung, die das Wettrüsten in der Region zu nehmen scheint. Um dies zu verhindern, braucht es ein wirkliches Friedensabkommen, einschließlich einer gerechten Lösung der Palästinafrage. Und es muß schnellstens erreicht werden, denn die gesamte Region befindet sich am Rande der Katastrophe.

Talal Ezze in „Africasia“, Nov. 1986

Ein Lexikon über Atomwaffen erschienen

Kürzlich erschien in deutscher Sprache das Buch **„Nuclear Battlefields“ — Der Atomwaffen-Report.** *„Nach zehn Jahren minutiöser Forschung: Die erste umfassende Darstellung und Dokumentation der atomaren Infrastruktur“*, heißt es in der Verlagswerbung, und: *„Dieses Buch versetzte der breiten amerikanischen Öffentlichkeit einen Schock (...) William Arkin ist der führende Atomwaffenexperte der USA. Zusammen mit Richard Fieldhouse hat er ein explosives Buch geschrieben, das die nukleare Geheimwelt für die Öffentlichkeit erschließt.“* Bei aller waschzettelüblichen Übertreibung ist es sicherlich richtig, daß hier *„ein unentbehrliches Grundlagenwerk zur weltweiten atomaren Weltuntergangsmaschinerie“* vorgelegt wurde.

Zur Hälfte (auf 200 Seiten) enthält das Buch eine Dokumentation sämtlicher atomaren Einrichtungen der fünf „großen“ Atommächte USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und China (die sog. atomaren Schwellenländer Südafrika, Israel, Irak, Pakistan und die BRD-Atomwaffenfähigkeit sind nicht Thema des Buches). Vom Atomwaffenlager, -träger bis hin zur Kommando- und Kommunikationsstruktur, von der Produktionsstätte bis hin zum Forschungslabor ist in diesem Buch alles zu finden. Hier erfährt man sogar, wieviel britische Atomwaffen in der BRD und an welchen Orten zu finden sind. Insgesamt basiert das Buch vor allem auf einer systematischen Auswertung von staatlichen US-Quellen. Ein umfangreiches Quellenverzeichnis beleuchtet dies. In den USA gibt es — verglichen mit BRD-Verhältnissen — eine erstaunlich offene Quellenlage, die von systematisch Forschenden, wie den Buchautoren, mit hohem Informationsgewinn genutzt werden kann — jedenfalls, wenn eine Portion Kombinntionsvermögen vorhanden ist. Als z.B. Anfang 1981 die ersten atomaren Lagekarten der BRD im „Stern“ und der „taz“ auftauchten (s. Abdruck in AK 196, S. 17), stammten diese aus den Quellen Arkins. Er hatte die offiziellen US-Quellen über US-Militärgelände in der BRD herausgesucht und mit Übersichten über spezielle Funkverbindungen (für A-Waffen-Einrichtungen) in der BRD verglichen. (Das Buch enthält allerdings keine Angaben über die Forschungsmethoden, sondern allein die Ergebnisse.)

Im Anfangsteil des Buches wird der lexikalischen Auflistung (ebenfalls auf 200 Seiten) eine Übersicht auf die atomare Rüstung und ihre Allgegenwart vorangestellt. Karten und Tabellen ergänzen den Text. Auch Angaben über die Bedeutung der Wetterforschung für atomare Zwecke und den Aufbau entsprechender Nachrichtensysteme fehlen nicht, ebenso gibt es Darstellungen zur atomaren Zielplanung und zu atomaren Strategien für die USA. Gut brauchbar ist diese Darstellung vor allem, wenn man einen Einblick in die Gesamtproblematik der Atomrüstung und eine Übersicht über Nuklearstruktur und Atombewaffnung braucht. Bei strategischen Fragen werden die Probleme allerdings bestenfalls angerissen. So wird etwa bei der Seekriegsführung der US-Flottenminister mit der Äußerung zitiert, daß hier bei einem Konflikt mit der Sowjetunion im Unterschied zum Landkrieg automatisch und sofort von einem „globalen Seekrieg“ und von sowjetischen atomaren Angriffen auf See auszugehen sei. Wer genauer verstehen will, wieso und weshalb, wird die Antwort vergeblich suchen.

Das Buch setzt sich kritisch mit den hier üblichen und zahlreichen Verharmlosungen der NATO-Rüstung und andererseits Übertreibungen der sowjetischen Bedrohung auseinander. Italien ist hier sicherlich ein Randthema, aber gut zur Verdeutlichung geeignet: die NATO-Konzentration wird auch in Norditalien bis hin zur atomaren Alarmbereitschaft mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt gerechtfertigt. Das Buch argumentiert gegen diesen Unsinn, soweit allerdings, daß sich die NATO-Truppenkonzentration und atomaren Basen für einen militärischen Angriff über Jugoslawien in Richtung Warschauer Pakt eignen könnten, möchte man doch nicht denken, wie allgemein im Westen auch bei kritischen Friedensforschern solche Überlegungen schlicht verpönt sind.

Bei der Darstellung der sowjetischen Atomrüstung ist dieses Buch selbstverständlich auf offizielle amerikanische Quellen angewiesen, weil es keine anderen gibt. Immerhin sett das Buch im Vorspann selbst ein Fragezeichen: man solle diese Angaben ebenso wie bei China *„mit Vorsicht“* benutzen. In der Dokumentation selbst wird zusätzlich konkret noch häufiger ein Fragezeichen gesetzt. Bei den strategischen Atomwaffen der Sowjetunion gibt das Buch zwischen 9.064 und 19.178 Sprengköpfe an. Die große Zahl kommt dadurch zustande, daß die USA-Propaganda behauptet, daß die Sowjetunion für jedes Raketensilo noch eine zweite Nachladung bereithalte. Für diese Behauptung gibt es nicht den geringsten Beweis. Bei den taktischen Atomwaffen wird im Buch angegeben, daß Atomwaffen in der DDR erst in den letzten Jahren als Antwort auf die „Nach“-Rüstungsvorbereitung stationiert wurden, aber teilweise wird schlicht die Zählweise der US-Geheimdienste übernommen, die z.B. bei taktischen Atomwaffen bestimmten sowjetischen Truppenteilen pauschal eine bestimmte Anzahl von Atomwaffen und Trägern zuordnet (wir haben das häufiger im AK vorgeführt). Eine kritische Wertung dieser Quellen enthält das Buch nicht. Dies ist eben auch bei kritischen Friedensforschern die Ausnahme (wie etwa in Arbeiten eines Dieter S. Lutz am Hamburger Friedensforschungsinstitut). So kommt dieses Buch bei insgesamt 50.000 bis 60.000 Atomwaffen weltweit zu der hohen Schätzung von 22 bis 32.000 sowjetischen Atomsprengköpfen.

Mit seinem stolzen Preis von fast 50 Mark wird dieses Buch nur im Bücherschrank von Spezialisten landen, sofern sie dies bezahlen können. Aber schließlich — wofür zahlen wir denn Steuern?! — gibt es ja auch Bibliotheken, in denen dieses brauchbare Nachschlagewerk eingesehen werden kann.

HH

William M. Arkin und Richard W. Fieldhouse: „Nuclear Battlefields“ — Der Atomwaffen-Report, Frankfurt am Main, Athänäum, 1986. 416 S. m. 22 Karten und 7 Fotos. 49.80 DM

Konjunkturbericht 86 — Ein Grund, warum Kohl die Wahlen gewinnen kann

Mit Ausnahme der Bundestagswahlen 1972, bei der außenpolitische Themen dominierten (Regierung Brandt, neue Ostpolitik), sei seit 1949 noch jede Bundestagswahl vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung entschieden worden, frohlockte einer der 1982er Regierungswechselmanager, Otto Graf Lambsdorff, im „Spiegel" (8.12.86). Das mag eine sehr vergröbernde Einschätzung sein. Recht hat er aber, daß die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung immer einen erheblichen Einflußauf die Wahlentscheidung der Mehrheitswähler gehabt hat. So zog 1983 das Kohl'sche Gerede vom „Aufschwung" und mehr Wohlstand mehr Wähler an, als daß die Sorge vor weiterer Teilung der Gesellschaft in Wohlhabende und eine wachsende Zahl armer Menschen sie schreckte. So soll es nach Regierungskoalitionswillen auch bei der Bundestagswahl 1987 sein.

Was Boris Becker nicht gelang, schaffte „die deutsche Wirtschaft". Wir sind wieder die Nummer Eins in der Welt: Erstmals werden in diesem Jahr die USA als stärkste Exportnation von der BRD verdrängt werden, so meldeten die Medien Anfang Dezember. Kurz zuvor hatte ganz im Trend liegend („Weiter so Deutschland") der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage" sein Jahres-„Gutachten" vorgelegt: 1987 „Weiter auf Wachstumskurs", der Aufschwung sei „robust", ein „Erlahmen der Antriebskräfte" nicht in Sicht.

Mitten im Weihnachtskaufrausch eines Teils der Bevölkerung will denn auch das ZDF-„Politbarometer" ermittelt haben, daß Zweidrittel des Wahlvolks die wirtschaftliche Lage positiv einschätzen. Das könnte für die Kohl-Regierung schon mehr als die halbe Miete sein. Deutschland geht es gut, da können keine Pershings, kein stinkender deutscher Rhein, keine unsichtbaren Tschernobyl-Wolken und schon gar nicht anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit mit konkurrieren. Die konservative Regierung reitet erfolgreich auf der Konjunkturwelle: Die Regierung wendete 1982, als dieser Konjunkturaufschwung begann und sie wird — unterstützt von lauen Rau-Winden — aller Voraussicht nach 1987, im abklingenden Aufschwung, im Amt bleiben.

Konjunkturelle Bruttoinland- Netto-Einkommen aus Preise Real-

Konjunkturelle Zeiträume	Bruttoinlandprodukt	Netto-Einkommen aus Unternehmen	Netto-Einkommen aus unselbst. Arbeit	Preise	Reallöhne
1967 - 72	+ 27,9	+ 57,3	+ 63,8	+ 19,7	+ 36,8
1974 - 79	+ 16,4	+ 50,7	+ 33,2	+ 22,5	+ 8,7
1980 - 85	+ 6,0	+ 44,5	+ 9,8	+ 21,0	— 9,3

(Angaben in Prozent)

BRD: Beim Export die Nummer Eins

Gegen Verdummungspropaganda scheint kein Kraut gewachsen. Nach Angaben des GATT (Internationales Zoll- und Handelsabkommen) stiegen die bundesdeutschen Exporte in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf die Rekordhöhe von 200 Milliarden Dollar (USA: 180 Milliarden) — 34,5 Prozent mehr als 1985. Donnerwetter. In D-Mark gerechnet sieht das allerdings anders aus: Die bundesdeutschen Ausfuhren sind um acht Prozent gesunken. Den Export-Spitzenplatz hat die BRD einer 20-prozentigen Kursabwertung des Dollar gegenüber der DM zu verdanken. Weniger laut sind denn auch hierzulande die Meldungen über den zu erwartenden Handelsbilanzüberschuß (Exporte zu Importen) der BRD, der mit voraussichtlich 100 Milliarden DM ebenfalls einen neuen Rekord bringen wird (USA: minus 140 Milliarden Dollar). Was uns das sagt? Der bundesdeutsche Aufschwung hat seine Wurzel nicht in der Binnenkonjunktur, sondern in der ausgedehnten Exportwirtschaft. Die enormen Handelsbilanz-Ungleichgewichte sind schon lange ständiger Streitpunkt zwischen den Gewinnern BRD und Japan einerseits und dem Verlierer USA andererseits. Sie sind ein wesentlicher Grund für die Dollarschwäche sowie diverse „Handelskriege" in Form protektionistischer Maßnahmen.

Diese Feststellung soll nicht das Erfolgsrezept des Wirtschafts-„Modell Deutschland" schmälern, dessen Konjunkturmotor im laufenden Aufschwung der Export war (Exportüberschüsse: 1982 = 51,3, 1983 = 42,1, 1984 = 54, 1985 = 70 und 1986 = ca. 100 Milliarden DM). Sie zeigt nur die Grenzen dieses Aufschwungs bei eintretender Weltwirtschaftskrise und erklärt, daß der Aufschwung im Lande für die Millionen Arbeitslosen ausgeblieben ist, ja, daß zum Ausbau der internationalen Spitzenposition der BRD der binnenwirtschaftliche konjunkturelle Aufschwung bewußt sekundär betrachtet wird.

Die BRD-Wirtschaft wird gezielt auf Export getrimmt. Gewinner sind dabei die Großkonzerne und die exportorientierte Industrie — die Wachstumsbranchen Chemie, Werkzeugmaschinenbau, Anlagenbau, Automobile, Elektronik sowie die Büro- und Kommunikationstechniken gewesen. Diese klassischen bundesdeutschen Exportindustrien haben erfolgreich den „technologischen Wandel" vollzogen, neue Investitionen und starke Kapitalkonzentration und Monopolisierung vorgenommen (am bekanntesten die Verbindung Daimler-Benz — AEG — Dornier — MTU) sowie den Kapitalexport in die Auslandsmärkte ausgeweitet. Per Saldo sind in diesen Branchen in den letzten Jahren eine Viertel Million neuer Arbeitsplätze geschaffen worden, da nicht nur Rationalisierungs- sondern auch Erweiterungsinvestitionen vorgenommen wurden.

Konjunkturgewinner sind auch solche Branchen wie die Eisen- und Stahl- sowie die Textilindustrie gewesen. Rigorose Gesundschrumpfung mit anhaltender Arbeitsplatzabbautendenz (bei Stahl werden im nächsten Jahr noch einmal über 10.000 Arbeitsplätze weniger kalkuliert) sowie verstärkte staatliche Subventionen haben hier zum Halten und Ausbau von Märkten geführt. Zusätzlich konnten durch Spezialisierung neue erobert (Textil) werden.

Konjunkturverlierer waren die inländische Verbrauchsgüterindustrien, die Mineralölverarbeitung, die Werften und die Baubranche. 19.000 Firmenpleiten 1985 belegen, daß es auch innerhalb des Kapitals nicht nur Zufriedenheit geben kann.

Per saldo wurden in den letzten Jahren in Gewinner- und Verliererbranchen zusammen 1,4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Wachstums- und Gewinnerwartungen sind daher extrem einseitig zugunsten der Unternehmensgewinne und zulasten der Arbeitsplätze verlaufen — was im konjunkturellen Abschwung noch viel drastischer als derzeit sichtbar werden wird.

Daß sowieso reduziertes Wachstum und steigende Unternehmensgewinne nicht, wie die konservative Wirtschaftspropaganda weismachen will, auch den Arbeitsplätzen zugutekommt, belegt die für eine Prosperitätsphase in der BRD bislang untypische Investitionsentwicklung. Zwar wuchsen unter der Kohl-Regierung die Industrieproduktion und die industriellen Ausrüstungsinvestitionen, demgegenüber gingen aber die Anlageinvestitionen vor allem beim Bau zurück. Dementsprechend stieg der Unternehmensanteil an den Gesamtinvestitionen seit 1976 von 51,7 auf 62 Prozent zuungunsten des Staatsanteils an den Investitionen und damit vor allem der arbeitsplatzintensiven Investitionen.

So waren in den letzten konjunkturellen Aufschwungjahren die Wachstumsraten der BRD auch erheblich geringer, als die Japans und der USA, deren Bruttosozialprodukt etwa doppelt so stark anstieg. Die BRD verzeichnete die schwächsten Wachstumsraten in einem Aufschwungzyklus seit 1945.

Hauptursache hierfür ist der relativ kleine westdeutsche Binnenmarkt, dessen Nachteile die Unternehmen allerdings durch die extreme Exportorientierung für sich mehr als wettgemacht haben.

Diese Weltmarktorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft drückt sich nicht nur in den Warenexporten, sondern auch den Kapitalexporten maßgeblicher Teile des BRD-Kapitals aus. 875 Milliarden DM Forderungen bundesdeutscher Banken, Unternehmen und staatlicher Stellen gegenüber dem Ausland standen 1985 Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kapitalen und Staaten von 652 Milliarden DM gegenüber (1983 betrug dieses Verhältnis 638 : 550 Milliarden DM).

Lohn, Preis, Profit

Der viel zitierte Aufschwung hat für die Kapitalisten stattgefunden. Ihre Profite sind überproportional im Verhältnis zu Löhnen, Investitionen und binnenwirtschaftlichem Wachstum gestiegen (siehe nebenstehenden Kasten), wenn auch mit absinkender Tendenz gegenüber früheren Zeiträumen.

Die Gründe für diese nach wie vor profitable Entwicklung trotz reduzierten Wachstums des Sozialprodukts liegen einmal in verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen (erfolgreiche Kostensenkungsstrategien des Kapitals), zum anderen in den flankierenden Maßnahmen des Staates, in den „angebotsorientierten" Bedingungen konservativer Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der „Ertragslage" der Unternehmen. „Mehr Markt, weniger Staat", dieser Slogan hat die Bundesregierung nicht daran gehindert, vermehrt staatliche Subventionen in Form von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zu vergeben (Anstieg von 28,2 Milliarden DM im Vergleichszeitraum auf 31,9 Mrd. DM unter der Kohl-Regierung). Angestiegen ist auch der Anteil, der direkt in die Kassen der Unternehmen geflossen ist (11,6 Mrd. DM). Zusätzlich kostensenkend für die Unternehmen hat sich die zu Beginn der Legislaturperiode erfolgte Senkung der Gewerbe- und Vermögenssteuern ausgewirkt.

Entscheidend für die positive Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten. Bis 1985 sind die Reallöhne gesunken, auch dank der „moderaten Lohnpolitik" des DGB, wie der „Bun-

wicklung im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten. Bis 1985 sind die Reallöhne gesunken, auch dank der „moderaten Lohnpolitik" des DGB, wie der „Bun-

desverband der deutschen Arbeitgeberverbände positiv vermerkt. Zur Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft hat die bei jeder Gelegenheit wortreich beklagte hohe Zahl der Arbeitslosen — die industrielle Reservearmee — ebenso beigetragen wie staatliche und private Flexibilisierungsmaßnahmen: Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, mehr ABM-Maßnahmen und Zeitverträge im staatlichen Sektor sowie die Wirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes im privatkapitalistischen Bereich.

Der kostenlose Aufschwung ...

Ein maßgeblicher Antrieb für den vielzitierten Aufschwung und die hohe internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie ist schließlich unverschuldet: die erheblich gesunkenen Rohstoff-, vor allem aber die Rohölpreise, die in der BRD zusätzlich noch durch den Kursverfall des Dollar begünstigt wurden. Allein die billigeren Öleinfuhren kommen einem Konjunkturprogramm von 25 Milliarden DM gleich. Binnenwirtschaftliche Auswirkungen dieses kurzfristigen wirtschaftspolitischen Glücksfalls, den die Bundesregierung als einen Erfolgsschlager verkauft: deflationäre Preisentwicklung mit der zusätzlichen Folge, daß in diesem Jahr die „Kaufkraft" wieder zunahm, woran wiederum auch die Beschäftigten teilhatten.

... und die kommende Krise

Die nächste zyklische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft kündigt sich bereits an. Japan hat in diesem Jahr schon erhebliche Exporteinbußen hinnehmen müssen und versucht mit einem 24-Milliarden-Dollar Konjunkturprogramm — nach klassisch keynesianischem Muster — binnenwirtschaftlich gegenzusteuern. Auch aus den USA werden erste Abschwungmeldungen aus der Industrieproduktion gemeldet. In der BRD wird als Vorzeichen krisenhafter Entwicklung der Rückgang der Auslandsbestellungen registriert. Mit zwei wesentlichen Maßnahmen versucht die Bundesregierung die zu erwartenden Exporteinbußen aufzufangen: Geplant ist der Anstieg der Gemeindeinvestitionen insbesondere durch Förderung der Bautätigkeit z.B. in der Stadt- und Dorfsanierung. Vor allem aber wird eine steuerliche Entlastung der höheren Einkommen und der Unternehmenssteuern vorbereitet (u.a. Senkung der Einkommenssteuer und des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Börsenumsatzsteuer).

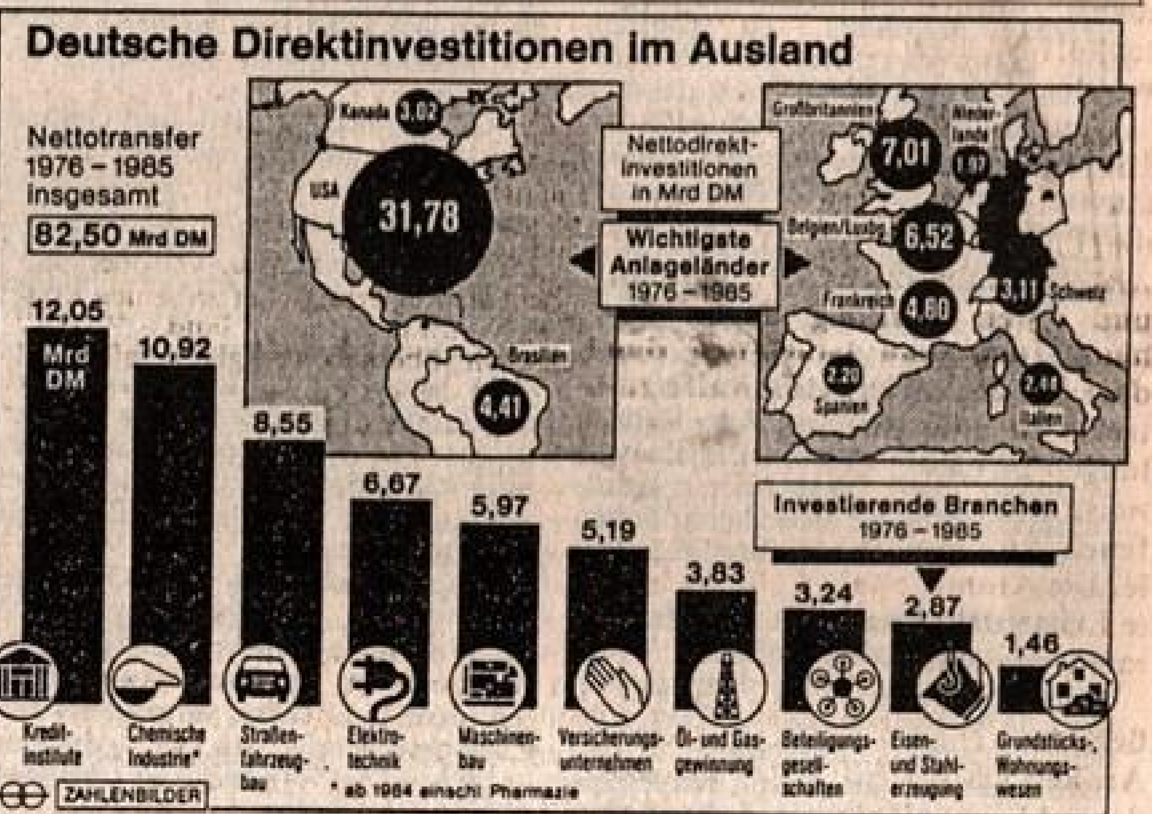
Das Ausmaß der nächsten kapitalistischen Krise, mit deren Hereinbrechen die bundesdeutschen Wirtschaftsinstitute etwa ab Mitte nächsten Jahres rechnen, ist derzeit kaum abschätzbar. Für die Bundesrepublik hängt dies vor allem von der inneren Entwicklung in ihren wichtigsten Auslandsmärkten und der Schwere der Krise in den USA ab, sowie der Reaktion der US-Politik im Hinblick auf den Dollarkurs und weitere protektionistische Maßnahmen.

D./Westberlin



Großes Angebot

Obwohl das Exportgeschäft der deutschen Industrie auf drei starken Säulen (Straßenfahrzeuge, Maschinen und Chemie-Erzeugnisse) ruht, sind die Exportfirmen in vielfältigen Bereichen erfolgreich. Dazu zählen nicht nur die klassischen Exportgüter der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie der Textil- und Bekleidungsbranche, sondern auch hochspezialisiertes, technisches Gerät aus den Wirtschaftszweigen Luft- und Raumfahrt sowie Büromaschinen, EDV. Diese Vielfalt verringert für die heimische Wirtschaft die große Gefahr einer zu starken Abhängigkeit vom Ausland. Denn mit einem Exporterlös von 537 Milliarden Mark ist die Bundesrepublik nach den USA zweitgrößter Exporteur der Welt. Allein 29 Prozent des Bruttosozialprodukts werden ins Ausland geliefert.



Kredit-institute Chemische Industrie* Straßenfahrzeugbau Elektrotechnik Maschinenbau Versicherungsunternehmen Öl- und Gasgewinnung Beteiligungsgesellschaften Eisen- und Stahlerzeugung Grundstücks-, Wohnungswesen
ZAHLENBILDER * ab 1984 einschl. Pharmazie
480 110 © Erich Schmidt Verlag GmbH



USA: Tief im Minus

Im internationalen Vergleich gehört die Bundesrepublik Deutschland mit einem Nettoauslandsvermögen von umgerechnet rund 71 Milliarden Dollar zu den großen Gläubigerländern. Übertroffen wird dieser Betrag nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank nur von den Nettoauslandsvermögen Großbritanniens, Japans sowie der Schweiz (rund 100 Milliarden Dollar). Hauptschuldnerland im Kreise der Industrieländer sind neuerdings die Vereinigten Staaten – die Folge der sich seit 1984 auf über 100 Milliarden Dollar jährlich belaufenden Leistungsbilanzdefizite. In diesem Jahr werden sich die Vermögenspositionen zwischen den Industrieländern weiter verschoben haben; Die Leistungsbilanz der USA ist noch tiefer ins Minus geraten. Noch 1983 gehörten die USA zu den Gläubigern.

Was die Kapitalisten von Kohl erwarten

Sowohl der „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI) als auch die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) — die beiden einflußreichsten Kapitalistenverbände — haben in „Leitsätzen" und „Jahresberichten" ihre Sicht der Dinge zu den Bundestagswahlen dargelegt.

Diese beiden Verbände gehen bei ihren Forderungen und Erwartungen in der kommenden Legislaturperiode offensichtlich davon aus, daß „ihre" Kohl-Regierung weiterhin am Ruder verbleiben wird, denn beschwörende Formeln einer roten oder rot-grünen Gefahr sind in den Berichten nicht zu finden. Auch von größeren, einschneidenden Krisenfaktoren scheinen die Kapitalisten nicht auszugehen, denn im wesentlichen konzentrieren sich ihre „Erwartungen" auf weitere flankierende Beiträge der Kohl-Regierung zur Verbesserung ihrer „Ertragslage".

Zunächst zu den Forderungen der BDA in ihren „Leitsätzen".

Da wird der konservativen Regierung erst einmal bescheinigt, daß sie ihre „*Bewährungsprobe bestanden*" habe. Die Weichen in Richtung Haushaltskonsolidierung, Geldwertstabilität und eine „*maßvolle Lohnpolitik*" seien gestellt, so daß das Ausland bereits von einem „*zweiten Wirtschaftswunder*" rede. Die Wachstumsbedingungen seien wieder besser, die „*Ein-*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

kommensverluste" hätten sich ins „*Positive umgekehrt*".

Die Unternehmen seien in „*ersten Schritten*" von „*staatlichen Zwangsabgaben*" entlastet worden, aber „*weitere Steuerentlastungen müssen folgen*". In der nächsten Zeit gehe es daher im Kern darum, „*die ökonomische Leistungsfähigkeit zu verbessern, soziale Effizienz auf Dauer herzustellen und staatliche Reglementierungen weiter abzubauen*". Beschäftigungspolitisch gehe es darum, größere „*betriebliche Freiräume*" zu schaffen, denn desto wirksamer sei der Aufschwung. Ausdrücklich wird das von der Kohl-Regierung verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG) gelobt, weil es den „*Arbeitsmarkt anpassungsfähiger und gelenkiger gemacht*" habe. Das BFG habe sich zwar bewährt, allerdings seien weitere staatliche Reglementierungen „*zum Abbau von Überstunden entschieden abzulehnen*", da sie die „*betriebliche Flexibilität*" nur behindern würden. Danach regt sich die BDA über die „Schattenwirtschaft" auf. Dieser sei nur beizukommen, wenn bei den viel zu hohen Steuern und Sozialabgaben angesetzt werde.

Die BDA unterstützt ausdrücklich die „*Qualifizierungsoffensive*" der Bundesregierung, wobei diese Ausbildung nicht staatlich reglementiert, sondern besonders „*praxisnah*" in den Betrieben sein solle. Damit werde eine „*bessere Ausrichtung auf den Bedarf der Wirtschaft*" erreicht.

„*Wettbewerbsfähige Produktionen, hohe Lohnkosten, kurze durchschnittliche Arbeitszeiten und das Dienstlei-*

„*bessere Ausrichtung auf den Bedarf der Wirtschaft*" erreicht.
„*Wettbewerbsfähige Produktionen, hohe Lohnkosten, kurze durchschnittliche Arbeitszeiten und das Dienstlei-*

stungsangebot verlangen die bestmögliche Ausnutzung der betrieblichen Kapazitäten und Maschinen", heißt es weiter. So fordert die BDA eine Ausweitung flexibler Arbeitszeitregelungen, denn: „*Durch eine Ausdehnung der Betriebszeiten kann darüber hinaus die Rentabilität des eingesetzten Kapitals unabhängig von den individuellen Arbeitszeiten verbessert werden*". Also: Loslösung von „*starren Arbeitszeitfestlegungen*". Über alles ließe die BDA mit sich reden, Hauptsache, größere Flexibilität werde durchgesetzt.

„*Der zügig und konsequent vollzogene technisch-wirtschaftliche Strukturwandel sichert und verbessert unsere Stellung auf den internationalen Märkten*", heißt es weiter. Dies setze unternehmerische Freiheit bei technologischen Neuerungen voraus. Eine Ausweitung der Mitbestimmung bei Einführung neuer Techniken hemme den Wandel und lasse außer acht, daß schließlich die Unternehmen das „*investitionspolitische Risiko*" tragen.

Dann lobt die BDA nochmals ausdrücklich die „*moderate Lohnpolitik der letzten Jahre*"; eine „*stabilitätsorientierte Lohnpolitik*" nutze allen mehr als „*lohnpolitische Übertreibungen*".

Da gibt es an den Gewerkschaften also gar nichts zu kritisieren, sondern nur neue Wünsche anzumelden: dazu gehört im Bereich der Tarifpolitik zum einen, die „*Differenzierungen bei den Löhnen weiter auszubauen*", die „*Spielräume für die betriebliche (Lohn)differenzierung*" zu erweitern. Zum anderen wird eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen-Tarife strikt abgelehnt, sondern das genaue Gegenteil vorgeschlagen: „*Beschäftigungsfördernd wäre ... die Schaffung eines Einstiegstarifs für neue Beschäftigungsverhältnisse*". Im Kern liefe das natürlich auf eine Lohnnivellierung nach unten und eine Durchlöcherung des Tarifvertragssystems hinaus.

Bei den „Personalzusatzkosten", also den angeblich hohen Abgabelasten der Unternehmen sei eine „*Stabilisierung ... dringend erforderlich*", denn schon jetzt seien diese Kosten „*eine drückende Kostenlast für die Betriebe*" (schluchz...).

Zum Thema Sozialstaat meint die BDA, er sei an die Grenze der Finanzierbarkeit gestoßen. Es gehe darum, das System „*dauerhaft zu stabilisieren*", wozu — in Abgrenzung offenbar zu den USA oder Großbritannien — „*Radikallösungen nicht nötig*" seien.

Vor allem das Renten- und Gesundheitssystem müßten nunmehr in Angriff genommen werden. Beim Rentensystem müsse es bei der Beitrags- und Leistungsbezogenheit bleiben, der betrieblichen Altersvorsorge müßten steuerliche Anreize beiseite stehen. In der Gesundheitsversorgung müßten mehr marktwirtschaftliche Elemente, eine größere Eigenbeteiligung der Versicherten an den Kosten und mehr Subsidiarität dafür sorgen, die kaum noch „verkraftbare" Kosten- und Ausgabenflut zu bremsen.

Abschließend lobt die BDA unter dem Motto „*Sozialpartnerschaft bewahren und aktivieren*" die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, denn dank dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit sei es gelungen, „*...ein hohes Ausmaß an sozialem Frieden zu erhalten*".

Und so bietet die BDA dem DGB allerlei gemeinsame Gespräche und Zusammenarbeit auf den Feldern der Tarif-, Sozial- und Beschäftigungspoli-

„*...ein hohes Ausmaß an sozialem Frieden zu erhalten*".
Und so bietet die BDA dem DGB allerlei gemeinsame Gespräche und Zusammenarbeit auf den Feldern der Tarif-, Sozial- und Beschäftigungspoli-

tik an.

Der BDI setzt die Akzente ein wenig anders. Ihm sind die Maßnahmen der Bundesregierung bei weitem nicht ausreichend genug.

Das gilt vor allem für die angeblich hohen steuerlichen Abgabelasten der Unternehmen, die bei 70% liegen würden. Das ist natürlich Quatsch, denn da hat das Kapital-eigene Kölner „Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW) einfach sämtliche theoretisch anfallenden „Abgabelasten" zusammenaddiert. Nicht berücksichtigt haben diese Herren dabei die günstigen Abschreibungsbedingungen, Investitionszulagen usw. Ebensowenig sprechen sie davon, daß offiziell nicht viel von den Unternehmen zu versteuern übrig bleibt, weil in den betrieblichen Bilanzen die Posten für „Rückstellungen" gewaltig angeschwollen sind. Pensionsrückstellungen etwa sind so ein beliebtes Mittelchen, der Besteuerung von Gewinnen zu entgehen. Vor rund 15 Jahren flossen zudem noch rund 20% der Steuern aus den Unternehmen, während das Steueraufkommen der Kapitalisten heute bei nur 12% liegt.

Nichtsdestotrotz wird eine völlige Abschaffung der Gewerbesteuer und Vermögenssteuer gefordert sowie eine durchgreifende Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftssteuern.

Die zweite Säule der BDI-Forderungen betrifft den Umbau des Sozialstaats. Hier sei ein Übergewicht der konsumptiven Ausgaben gegenüber den investiven Ausgaben vorhanden. Vor allem müßten im Öffentlichen Dienst die Personalkosten gesenkt werden, also Stellenstreichungen und vermehrte ABM- und andere Flexibilisierungsmaßnahmen. Sozialhilfe, Sportstätten, Kindertagesstätten usw. müßten beschnitten werden, stattdessen gehe es um eine stärkere staatliche Förderung von innovativen Prozessen, vor allem der Ausgabenerhöhung im Forschungs- und Entwicklungsetat.

„Weiter so ..."

Auffallend an den „Leitsätzen" und Forderungen der herrschenden Klasse ist vor allem eine gesellschaftlich bruchlose Fortsetzung der bisherigen Politik. Der herrschende Sozialstaatskonsens soll nicht ernsthaft auf die Probe gestellt werden, radikale Einschnitte werden jedenfalls von der BDA abgelehnt. Und bruchlos fortgesetzt werden soll das Hauptanliegen der Bourgeois' — eine weitere Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen. Dazu gehören weitere Maßnahmen steuerlicher Erleichterungen (und damit auch eine steuerliche Lastenverteilung von „oben" nach „unten") ebenso wie eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Alle Vorschläge der herrschenden Klasse spielen bereits in den Diskussionen und Planungen der konservativen Regierung eine Rolle. Die Steuerreform 1988 wird die ohnehin Reichen in der Einkommenssteuer begünstigen, auch über eine Minderung des Spitzensteuersatzes wird sehr laut nachgedacht. Vom Kapitalinteresse her dürfte eine Steuerreform zu ihren Gunsten im Mittelpunkt der nächsten Jahre stehen — auf der anderen Seite wird es zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften über die Flexibilisierung der Arbeitszeit und -bedingungen kommen, die von DGB-Seite her nicht prinzipiell abgelehnt werden. Die Kapitalisten werden sich mit der Forderung einer Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) auseinandersetzen müssen.

Auffallend ist ferner, daß vor allem seitens der BDA kaum ein großes Krisengejammer ausgebrochen ist, sondern sich die herrschende Klasse insgesamt gesehen offensichtlich besten Wohlbefindens erfreut.

Dazu hat sie auch allen Anlaß. Abzuwarten bleibt, inwieweit sich die Forderungen der Kapitalverbände auch politisch konstituieren werden. Kohl weiß jedenfalls, woran er ist.

D./Westberlin

Quellen:
„Leitsätze" der BDA in „FR", 18.11.86; Jahresbericht des BDI siehe „FR", 18.11.86, „Handelsblatt", 14.11.86, und „Wirtschaftswoche" 49-1986

Die Republikaner

Überlegungen zu einem Wahlerfolg

Einem Mann namens Franz Schönhuber und seiner Kameradenschaft gelang es bei den Bayerischen Landtagswahlen, 3% der Stimmen zu bekommen. Insgesamt stimmten 341.977 Wahlberechtigte für die Republikaner. Durchschnittlich streuen die Prozentzahlen der Stimmkreise zwischen 2 und 3,5%. In einigen Stimmkreisen allerdings erreichten die Republikaner auffallend gute Ergebnisse: Altöttingen 7,2%, Mühldorf 6,4%, Rosenheim-West 7,3%, Bayreuth 6,9%. In all diesen Stimmkreisen erreichte die CSU (abgesehen Bayreuth: 51,3%) Stimmergebnisse um die 60%! Landesweit erhielt die CSU 55,8% der Stimmen.

„Rebellen gegen feiges Establishment"

Die Stimmung gegen die CSU läßt sich offensichtlich augenblicklich gut aufheizen. Strauß machte für die Intim-Feinde aus der DDR eine Milliarde locker, der Machtapparat der CSU setzte binnen Stunden einen populären Kultusminister ab. Der Nachfolger wurde erst am Abend vor seiner Berufung informiert. „Klüngelwirtschaft" und „apolitische Karrieresucht" gehören noch zu den mildesten Äußerungen des Parteiaufsteigers Schönhuber. „*Rebellen gegen ein feiges und fettes Establishment*" wollen sie sein und die „*unionsübliche Feigheit*" und „*Angepaßtheit*" zertrümmern (Schönhuber). Endlich, einige alte Kameraden der Waffen-SS konnten Republikaner werden, seit sie von ihrem CSU-Bürgermeister bitter enttäuscht wurden. Trat der doch ihnen unlängst in die (ideologischen) Weichteile, als er aus Angst vor dem Ausbleiben des Touristenstroms von neuerlichen Waffen-SS-HIAG-Versammlungen in

den, seit sie von ihrem CSU-Bürgermeister bitter enttäuscht wurden. Trat der doch ihnen unlängst in die (ideologischen) Weichteile, als er aus Angst vor dem Ausbleiben des Touristenstroms von neuerlichen Waffen-SS-HIAG-Versammlungen in

Nesselwang abriet. Dieser gemeine Hund.

Und dann die Kiechle-Pleite. Die europäische Agrarwirtschaft sei ein Volksbetrug, tönte es aus deutschversessenen Republikanermäulern. Gut genährte und gefütterte Medienvertreter — Werner Höfer, ein „*Prototyp einer Maulhure*" — verdummten obendrein die Bevölkerung. Im übrigen lebten wir sowieso in einer Ära nationaler Selbstverleugnung, die Deutschen seien die internationalen Prügelknaben und Zahlmeister.

Und dann noch die Asylanten, die Türken ... Dagegen helfe nur soldatische Markigkeit: Mobilisierung der Bevölkerung zur Bekämpfung der „Gewaltkriminalität". Die Aufgaben der neuen „Jugendcorps" sind schon klar umrissen: 1. auf die Kinder aufpassen, 2. dabei wachsam auf die Umgebung achten, 3. und umgehend bei verdächtigen Erscheinungen Meldung machen, 4. Belohnung einstreichen: Erlebnis des seligen „Wir-Gefühls", das in „unserem Volk" endlich wieder aufkeimen müsse.

Dann können wir wieder stolz sein und brauchen nicht „*sofort den Kopf einzieh(en), wenn jüdische Kreise einen Angriff starten*". Werden da „*ein paar kritische Worte an die Adresse der Juden*" gerichtet, so setzt sofort ein „Geschrei" ein, „*die Schlichter vom Dienst eilen herbei und die Entschuldigung folgt auf dem Fuß: Mea culpa ... Ein fauchender Baulöwe darf nicht zu einem Schmusekätzchen gemacht werden, wenn er ein Jude ist. Und wenn jemand Angst hat, dem Nachbarn Schlomo zu sagen, da hast du Mist gebaut, dann verinnerlicht er den Antisemitismus.*" (Schönhuber)

Die „FAZ" attestiert Schönhuber, der Sprachbegabteste seines Haufens zu sein.

Gallionsfiguren

Schon zur Gründung der Partei schrieb die konservativ-reaktionäre Elitezeitung „criticon" (Nov./Dez. 1983): „Man sah viele Gesichter aus der 13jährigen Ära der ‚Vierte-Partei'-Bemühungen, die stets mit F. J. Strauß gerechnet (und sich so verrechnet) hatten. Jetzt wurde umgekehrt aufgezäumt und gegen Strauß (‚Es gibt auch in der Politik auslaufende Modelle') gegründet. Verantwortlich für Kultur zeichnet Heinz Mahnke, früher NPD (Kolbenheyer läßt grüßen). Harald Neubauer, Generalsekretär, (früher „Deutsche Wochenzeitung") stand Frey („Deutsche Volksunion", „Nationalzeitung") sehr nahe. Christa Meves, früher prominente CSU-Referentin, bejammert nun für die Republikaner den Zerfall der Familie und die Abtreibungs„morde".

Das nunmehr ausgebootete Gründungsmitglied der Republikaner, der (ehem.) CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, „*nannte zahlreiche Beispiele, etwa den Kulmbacher Kreisvorsitzenden* (der Republikaner — Anm. AK), *der früher Leibwächter des damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden gewesen sei.*" („FR", 2.5.1985) Handlos muß es ja wissen.

Politische Zukunft?

Für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung Bayerns waren die Republikaner tatsächlich eine wählbare Alternative zur CSU. Bei überwältigenden Mehrheitsverhältnissen in Bayern ist ein Abbröckeln reaktionärster Teile von der CSU kaum vermeidbar (und vielleicht sogar aus CSU-Sicht gewollt). Die CSU hat — nach meiner

kaner tatsächlich eine wählbare Alternative zur CSU. Bei überwältigenden Mehrheitsverhältnissen in Bayern ist ein Abbröckeln reaktionärster Teile von der CSU kaum vermeidbar (und vielleicht sogar aus CSU-Sicht gewollt). Die CSU hat — nach meiner

Erkenntnis der Lage — auf die Herausforderung der Republikaner mit Schweigen und Nichtbeachtung reagiert.

Bundespolitisch unangefochten gültig bleibt deshalb auch die Kohl-Linie, „*die Deutschen könnten sich ihrer Geschichte nicht entziehen und müßten sich auch zu den dunklen Kapiteln bekennen und dürften nicht bagatellisieren, was an Schrecklichem in deutschem Namen geschehen sei.*" Und: „*Unsere gemeinsame Kultur und Geschichte bleiben ein festes Band für die Einheit der deutschen Nation.*" („Handelsblatt", 5./6.12.1986)

Die provokative Respektierung der Naziverbrecher (auch CDU-Größen fordern: Laßt Hess frei), der Kniefall vor den SS-Mördern in Bitburg, die Abservierung des Alt-Vertriebenen und Revanchisten Hupka aus der CDU-Bundestagsfraktion, die versöhnlich klingenden Äußerungen eines Volker Rühe zur Frage der „Wiedervereinigung", die verbalen „Einerseits-Andererseits"-Akte eines Kohls, die Abtrennung des „Schlesiers" vom Schlesierverband auf Druck von CSU-Politikern (Stichwort: Militärisches Eindringen in die DDR), all das kennzeichnet die gewollte Zwiespältigkeit der CDU/CSU-Politik. Sie verändert natürlich auch — gerade durch diese Zwiespältigkeit — das politische Klima in der BRD. Das erleichtert auch den Republikanern, mit ihrem Mist bei Teilen der Bevölkerung zu landen. Die Verbeugung Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Massakers im Warschauer Ghetto markeirte in den 70er Jahren eine andere politische Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Das hat sich geändert.

Es bleibt aber die Frage, was mit neuen Organisationsansätzen der Rechten passiert, wenn ernsthafte Versuche der Integration von der CSU (und der CDU) unternommen werden. Die Empfehlungen eines Todenhöfers (CDU) an seine Partei, den Konservativen wieder eine Heimat zu bieten, deutet auf solche Überlegungen hin. Er will sich mit der propagandistischen Zwiespältigkeit, mit der real existierenden Liberalität innerhalb der CDU (DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach ist CDU-Mitglied) nicht zufriedengeben. Er will die offizielle Umgewichtung der politischen Aussagen.

Dieser Widersprch ist schon immer in CDU/CSU sehr ausführlich diskutiert worden. Erinnert sei an folgendes: Obwohl Bayern eine Klage gegen die Ostverträge einreichte und die CSU ihre Ablehnung der Verträge öffentlichkeitswirksam demontrieren wollte, enthielten sich die Unionsparteien im Bundestag bei der Abstimmung der Ostverträge der Stimme. Diese Verträge mußten aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen abgeschlossen werden. Trotzdem gelang die Einbindung der NPD-Wähler (4,8% bundesweit damals) ins herrschende parlamentarische System und in das CDU/CSU-Parteigefüge.

Erinnert sei auch an die Gründungsjahre der BRD. Parteien wie BHE (Bund Heimatvertriebener und Entrechteter, etc) wurden nahtlos und widerstandslos in die CDU überführt.

Negative Schlagzeilen in der Weltpresse, Erinnerungen an die Nazi-Vergangenheit waren damals schädlich. Das gilt auch heute noch. Die CDU/CSU wird zukünftig eine Strategie für dieses Problemfeld entwickeln.

Widersprüche unter Rechtsradikalen

Die Einigung des rechten Lagers ist — aus rechtsradikaler Sicht — mit der

Widersprüche unter Rechtsradikalen
Die Einigung des rechten Lagers ist — aus rechtsradikaler Sicht — mit der

Gründung der Republikaner keinen großen Schritt vorangekommen. Die zahlenmäßig stärkste Kraft der Rechtsradikalen um den Herausgeber der „National-Zeitung", Frey, hat in den letzten Wochen zum Gegenangriff geblasen. (Immerhin behauptet Frey, er verkaufe wöchentlich 150.000 Wochenzeitungs-Exemplare. Auch meint Frey, er stehe der mit 16.000 Mitgliedern stärksten Fraktion — „Deutsche Volksunion" — der „Deutschen Rechten" vor.) Die Inhalte des Gründungs-Aufrufs der von Frey kürzlich gegründeten „Deutschen Liste" stimmen inhaltlich mit denen der Schönhuber-Partei überein. Der rechtsradikale Wähler wird so zukünftig vor eine Entscheidung gestellt. Die Verteilung der Kräfte ist unklar. Die „Deutsche Liste" wird zu Landtags- und Bundestagswahlen kandidieren. Traditionell ist der Frey-Haufen die Sammelstelle für alle HIAG-Waffen-SS-Alte-Kameraden-Alt-Nazis. Welche Auswirkungen wird das auf den Waffen-SS-Fan Schönhuber haben? Frey läßt in seinen Zeitungen mit Hilfe des NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug verbreiten, Schönhuber habe in den 60er und 70er Jahren (sogar in „kommunistisch gelenkten Zeitungen") gegen ihn, Frey, die NPD, gegen die CSU, gegen die „rechte Gefahr" und für Herbert Wehner, für die Sozialdemokraten agiert.

Schönhuber wagt — auch nach den Bayernwahlen — noch nicht die Kandidatur zu den Bundestagswahlen. Wichtige Meinungsmacher der rechten Szene wie „criticon" verhalten sich auch jetzt noch abwartend. Selbstzerfleischungstendenzen der Rechtsradikalen sind immer vorteilhaft.

Trotzdem: Die Wahlerfolge der Republikaner sind ein Alarmzeichen.

Ein Hamburger Antifa-Genosse

R(h)ein oder nicht rein?

Samstag, 1. November 1986. Kurz nach Mitternacht bricht in der Lagerhalle 956 des Chemiegiganten Sandoz ein Großbrand aus. Stundenlanger Katastrophenalarm in der gesamten Baseler Region, der Rhein färbt sich von den einströmenden Chemikalien rot, ein Fischsterben nie gekannten Ausmaßes nimmt seinen Anfang. Die Szene ist gespenstisch, kaum zu glauben. Zumindest für die Schweiz ist Wirklichkeit geworden, was Industrielle und Politiker so gerne vernachlässigen: Das in Kauf zu nehmende Restrisiko hat erbarmungslos zugeschlagen. 1.245 Tonnen Chemikalien, darunter ca. 850 Tonnen hochgiftiger Herbizide und Insektizide, sind verbrannt und gelangten als Rauch oder zusammen mit dem Löschwasser in die Umwelt. Temperaturen wurden erreicht, die selbst 15 Zentimenter dicke Stahlträger verbogen. Bedingungen traten ein, bei denen chemische Reaktionen der gelagerten Stoffe untereinander sowie Zersetzung derselben unvermeidbar waren. Neue Produkte mit teilweise unbekannter Zusammensetzung sind entstanden, die in ihrer umweltschädigenden Wirkung und Toxizität die gelagerten Ausgangsverbindungen um einiges übertreffen dürften. Größtenteils sind die gebildeten Stoffe auch nicht analysierbar, da niemand ihre chemische Struktur sowie ihre Zusammensetzung weiß, und was mensch nicht kennt, kann er auch später nicht wiederfinden.

Am 3.11.86 schrieb die „Süddeutsche Zeitung", die schweizerische Polizei habe bekanntgegeben, es sei nur eine geringfügige Konzentration an gefährlichen Stoffen in die Athmosphäre gelangt; aus medizinischer Sicht bestünde keine Gefahr für die Bevölkerung. Inwieweit der Rhein in Mitleidenschaft gezogen würde, darüber bestünden zum Zeitpunkt der Meldung noch keine genauen Angaben. In Baden-Württemberg machte man auf cool. Ein Sprecher des Lagestabs im Innenministerium: „.... die Lage ist völlig entspannt."

Und so sahen die Folgen der „entspannten" Informationspolitik, sprich der bewußten Zurückhaltung von Informationen, der schon von Tschernobyl bekannten Beschwichtigung, Verharmlosung und Täuschung aus: In Rheinland-Pfalz konnte in vielen Ortschaften kein Trinkwasser mehr aus dem Rhein gewonnen werden, so z.B. in Unkel. Es kam kein Wasser mehr aus den Hähnen, weil die Meldung über die schweizerische Giftwelle zu spät die ansässigen Wasserwerke erreichte. So konnte das nunmehr kostbare Naß nicht gespeichert werden, die Bevölkerung mußte sich ihre tägliche Ration bei der Feuerwehr abholen. 150.000 tote Aale barg man bis zum 13. November aus dem Rhein, die Altrheinarmee in der Region um Whyl sind tot, viele Fischer um ihre wirtschaftliche Existenz gebracht. Die Bilanz: Zwischen Basel und Mannheim, auf 330 Flußkilometern, gibt es im Rhein kein Leben mehr.

Zur Frage, wie dies passieren konnte, sind inzwischen ein paar bemerkenswerte Details bekannt geworden. Sie zeigen, welchen Umgang die Chemieindustrie mit Umweltschutz und Betriebssicherheit pflegt.


Trinkwasserausgabe nach Rhein-Verseuchung

Ein bekanntes „Restrisiko"

Das in Brand geratene Lagergebäude 956 wurde 1968 mit behördlicher Genehmigung als Apparatelager erbaut. 1979 wandelte man es — ebenfalls mit behördlicher Genehmigung — in ein Lager für Agroprodukte und Chemikalien um. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Versicherungspraktiken des Baseler Unternehmens. 1981 sollte die Züricher Versicherung die Betriebshaftpflicht von Sandoz übernehmen. Nach Inspizierung des Geländes durch zwei Experten lehnte die Versicherung ab — wie sich zeigte, aus gutem Grund. Die beiden Experten stellten in den Lagerhallen 947 und 956 erhebliche sicherheitstechnische Mängel fest. Weder Sprinkleranlagen noch genügend große Auffangbecken waren vorhanden, so daß im Fall eines Brandes giftige Rauchschwaden die Bevölkerung derart gefährden würden, daß mit einer Evakuierung zu rechnen wäre. Ebenso hielten es die Versicherungsleute für möglich, daß das Löschwasser voll giftiger Chemikalien ungehindert in den Rhein fließen könne, wie es dann am 1.11.86 tatsächlich geschah. Statt jedoch Abhilfe zu schaffen, beauftragte Sandoz den Kölner Gerling Konzern mit der Versicherung, aus Kostengründen! Sandoz-Manager Gerhard Schmidt gibt vor, von dem Befund der damaligen Inspektion nichts gewußt zu haben. Außerdem hätte die Zürich-Versicherung ein Jahr später das Unternehmen ohne irgendwelche Auflagen gegen Feuer versichert. Dieser Einwand kann die Tatsache nicht überspielen, daß selbst einer großen Versicherung, die jedenfalls nicht zur Speerspitze des Umweltschutzes gehört, das Risiko der vollen Betriebshaftpflicht zu hoch war. Die Betreiber wußten also, wie fahrlässig und verantwortungslos ihr Umgang mit hoch toxischen Stoffen war; man nahm sogar eine Evakuierung der Bevölkerung bewußt in Kauf. Das ist das minimale, aber unumgängliche und folglich vertretbare „Restrisiko" des Kapitalismus.

Angesichts der Katastrophe hätte die Bevölkerung wenigstens erwarten können, binnen der nächsten Tage darüber informiert zu werden, welche Produkte in der Halle 956 lagerten, wie groß deren Giftigkeit für Mensch und Umwelt ist und welche gesundheitsschädlichen Verbrennungsprodukte möglicherweise an die Atmosphäre abgegeben wurden. Aber Sandoz ließ sich Zeit, viel Zeit! Am 13.11. endlich, fast 14 Tage nach dem Unfall, gab das Unternehmen erstmals auf einer Pressekonferenz den anwesenden Journalisten eine vorläufige Lagerliste bekannt.

Produkte im Lager 956 von Sandoz

■ **Organophosphate (Insektizide)**
824 Tonnen
akut mäßig bis stark giftig, fischgiftig nicht cancerogen, nicht teratogen abbaubar
keine Anreicherung in der Nahrungskette

■ **Harnstoffderivat Metoxuron (Herbizid)**
11 Tonnen
ungiftig und nicht fischgiftig
abbaubar

■ **Nitrophenolderivat DNOC (Herbizid)**
60 Tonnen
akut giftig, fischgiftig
abbaubar

■ **Oxazolidin (Fungizid)**
27 Tonnen
gering giftig, nicht fischgiftig
abbaubar
keine Anreicherung in der Nahrungskette

■ **Organische Quecksilberverbindungen Tilex (Fungizid)**
12 Tonnen (ca. 1,9 to Hg) wäßriger Lösung
stark giftig
langsamer Abbau zu Quecksilberoxid
gute Wasserlöslichkeit

■ **Verdünnungsmittel, Hilfsstoffe, Chemikalien**
312 Tonnen
relativ ungiftig, verschieden abbaubar

(Hg.: Quecksilber, elementar; fungizid: pilztötend; cancerogen: krebserzeugend)

nach „Apothekerzeitung" Nr. 47 vom 20.11.86

Zur Einschätzung der Giftigkeit und Abbaubarkeit wird in dieser Liste die positivste aller Interpretationen zugrundegelegt, was wissenschaftlich keinesfalls unumstritten ist. Organophosphatverbindungen haben als Insektizide für Menschen eine akut hohe Toxizität. Schon bei der Aufnahme geringer Substanzmengen im mg/kg Bereich kann, falls kein Gegenmittel verabreicht wird, der Tod eintreten. E 605, vielleicht manchem ein Begriff, hemmt irreversibel wichtige Nervenleitungen des Körpers, sodaß es nach Aufnahme zu Erbrechen, Muskelschwäche, Herzrhythmusstörungen, Lungenkonstriktion und später zum Tod durch Atemlähmung kommt. Bei den 60 Tonnen Nitrophenol vergaß man zu erwähnen, daß dieser Stoff mindestens krebsfördernd ist. Besonderes Augenmerk sollte mensch auf die organischen Quecksilberverbindungen richten, mit einem hohen Gehalt an elementarem Quecksilber. Quecksilber ist ein hochpotentes Zellgift und zerstört wichtige Einweiße, die verschiedene Funktionen im Körper erfüllen. Dadurch ist eine Quecksilbervergiftung sehr komplex, von Schädigungen des Nervensystems über Störung der Motorik bis hin zur Nierenschädigung. Quecksilber wird vom Organismus schlecht eliminiert, lagert sich in den Geweben an, und sein Gehalt im Körper dürfte während unseres Lebens beträchtlich zunehmen.

Die Vertuschungsversuche des Chemiegiganten waren nicht einmal für die Baseler Kantonsverwaltung tolerierbar, sodaß die Behörde die notwendigen Untersuchungen eigenständig führte. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil im Normalfall solche Rückstandsuntersuchungen von der chemischen Industrie, häufig vom Verursacher selber, ausgeführt werden. Die Analyseergebnisse sind dann entsprechend. *So aber wurde ein schweizer Kantons-Chemiker fündig. Nachdem er den betreffenden Stoff auf der Lagerliste ausfindig gemacht hatte, analysierte man den übrig gebliebenen Ruß, der 0,05 mikrogramm/kilogramm Dioxin enthielt.* Wieviel Dioxin sich aber in der Rauchwolke am 1. November insgesamt befand, wird wohl nie zu klären sein. Angesichts der skandalösen Praxis von Sandoz grenzt es schon an nicht mehr zu überbietenden Zynismus, wenn sich Präsident Dr. Marc Moret auf einer Pressekonferenz am 21.11. gegen alle Vorwürfe bewußter Desinformation aufs schärfste verwahrte und das Argument der Fahrlässigkeit mit der Nennung von 55 Mio. SFR, die das Unternehmen jährlich für Umweltschutz ausgibt, zu entkräften versuchte. Was sind schon 55 Millionen bei einem Jahresumsatz in Milliardenhöhe und ständig steigenden Gewinnen?

Der Unfall hätte die Politiker, besonders im Gebiet Basel, zu schnellstem Handeln veranlassen müssen. Allerdings agierten sie ziemlich hilflos, wie die Tagung des Großrates am 27.11. in Basel deutlich zeigte. Da beklagte man sich stundenlang über die miserable Informationspolitik von Sandoz. Hatten die Kommunalpolitiker etwa erwartet, daß Sandoz sofort den Umfang der Katastrophe zugibt, daraus Konsequenzen zieht und angemessene Entschädigung leistet? Dann wäre es aber ziemlich ungerecht, daß der Volksmund immer nur die Berner für diejenigen hält, die auf der langen Leitung sitzen. Nicht immer sind die Kanäle zwischen Industrie und Politik offen. Sandoz zeigte knallhart, wer am längeren Hebel saß. Denn eine Hausdurchsuchung und Aktenbeschlagnahmung bei einem Chemieriesen ist natürlich unvorstellbar. Man will es sich ja nicht mit einem der größten „Arbeitgeber" vor Ort verderben. Aber der Öffentlichkeit mußte schließlich demonstriert werden, daß etwas getan wird. Deshalb beschloß man, das Kontrollsystem zu verschärfen, ein Umweltschutzamt sowie ein Giftinspektorat einzurichten. Klingt irgendwie gut, doch über konkrete Vorstellungen, was da wie und durch wen verschärft werden soll, schwieg man sich aus. Auch beabsichtigt man, bestimmte giftige Stoffe zu verbieten, aber welche und wo der Unterschied zwischen Giften und Insektiziden liegt, darüber gab es keine konkreten Aussagen. Das Ganze hatte mehr Alibifunktion, um die Bevölkerung zu beschwichtigen, als daß es eine künftig wirksame Waffe gegen die Chemie-Riesen wäre, aber das lag auch nicht in der Absicht der Initiatoren.

Die IG-Farben-Familie zieht mit

Wenden wir den Blick zur BRD. Anfang November waren hier, Wallmann zufolge, die chemischen Anlagen noch total sicher. Dies betonte der Umweltminister auf einer Konferenz der Anrainerstaaten in Zürich. Dort, wohlgemerkt in der Schweiz, focht er tapfer für stärkere Sicherheitsmaßnahmen, für härteste Bestrafung der Verursacher und sparte nicht mit selbstherrlichem Eigenlob über bundesdeutsche Sicherheitsstandards und vorbildliche Gesetze. Aber dann kam alles anders, als Kohls Strahlemann sich das gedacht hatte. Die sprichwörtliche deutsche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit kam wieder mal zum Durchbruch: Bei der Nutzung des Rheins als natürlicher Müllabfuhr der Großchemie. Wer im November regelmäßig die Nachrichten verfolgte, mußte den Eindruck bekommen, wir leben auf einer riesigen Müllhalde.

Schon kurz nach dem Sandoz-Unfall erfreute der ebenfalls in Basel angesiedelte Ciba-Geigy-Konzern die Bevölkerung mit einer übelriechenden Wolke von Bromphenol (ätzend, schleimhautreizend, vergleichbare, wenn auch deutlich schwächere Wirkung wie Tränengas, krebsverdächtig). Weiter ging es auf westdeutschem Gebiet, immer nach dem Motto: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich völlig ungeniert!" Da flossen am 21.11.86 zwei Tonnen hochgiftige 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure (2,4D) in den Rhein, Verursacher BASF Ludwigshafen. 2,4D ist ein Herbizid, Vietnam-erprobt und Bestandteil des berüchtigten „agent orange". Es ist ein Nerven- und Blutgift, möglicherweise cancerogen und mutagen. Auch die Hoechst-AG mischte kräftig mit, indem sie mindestens zwei Liter Chlorbenzol in den Main laufen ließ (und Joschka Fischer tagelang nichts davon erzählte). Dieser Stoff schädigt Leber und Niere. Am 25.11. gab Bayer sein Stelldichein. 100 Liter des Desinfektionsmittels Chlormetakresol schwappten bei Uerdingen in den Rhein.

So ging es tagtäglich weiter, ein Störfall nach dem anderen, insgesamt etwa zwanzig, trat ans Licht der Öffentlichkeit. Sandoz war nicht der große einmalige Ausnahmefall, sondern nur das Startsignal für die anderen. Wer glaubt, die Horrormeldungen über die Schweizer Katastrophe hätten nun ein Ende, wurde bitter enttäuscht. Was der „Stern" schon am 13.11. kurz erwähnte, griff die „FR" vom 22.11. unter der Überschrift *„Sandoz hätte viele Tote fordern können"* noch einmal auf. Sandoz beglückt die Menschen nicht nur mit Arzneimitteln, nein auch mit Kampfgas. In kurzer Entfernung der Brandstelle, 250 m ungefähr, lagerte hochgiftiges Phosgen. Bei einer Flugweite der brennenden Fässer von ca. 50 m grenzt es schon an ein Wunder, daß das Phosgen nicht auch noch hochgegangen ist. Wäre dies passiert, hätte es für viele Menschen in Basel einen qualvollen Tod bedeutet.

Daß den Kapitalisten ein Menschenleben nichts bedeutet, hat man schon oft erfahren, aber auch eine ganze Stadt kann ruhig draufgehen, Hauptsache die Kasse stimmt. Aber es geht noch weiter: Erneut mit zweiwöchiger Verspätung wurde bekannt, daß Sandoz am 17.11. eine „Ergänzungsliste" von Stoffen nachgereicht hatte, die ebenfalls von dem Brand erfaßt wurden. Darauf findet sich die Notierung von 180 kg Tedion V 18. Bei diesem Stoff handelt es sich um ein Akarizid (Milbengift), das bei hohen Temperaturen (400-700 Grad) Dioxine bildet. Da die Temperaturen so hoch waren, daß sich selbst Stahlträger verbogen, muß man davon ausgehen, daß die nötigen Reaktionsbedingungen lange Zeit gegeben waren.

Schaut mensch sich die gesetzlichen Möglichkeiten an, solch verbrecherischem Treiben Einhalt zu gebieten, erkennt man schnell, daß entsprechende Paragraphen eher für die Industrie gemacht wurden als gegen sie.

Da lacht der Aufsichtsrat

Das seit 1980 existierende Strafgesetz für Umweltdelikte ist schlichtweg eine Farce:

— Strafrechtlich können nur natürliche Personen, aber nicht juristische (z.B. eine Firma) belangt werden.
— In den Jahren 1981-83 verhängten die Gerichte bei 20.000 Umweltdelikten nur 67mal Freiheitsstrafen, wobei es sich nie um Mitarbeiter großer Unternehmen handelte.
— Ein Unternehmen kann nur belangt werden, wenn es „grob pflichtwidrig" handelt.
— Ein solcher Verstoß muß erst einmal vom zuständigen Landratsamt festgestellt werden — gute Kontakte zur Industrie dürften nicht selten sein.
— Was genehmigt und geduldet ist, entzieht sich dann auch noch dem Strafrecht (sog. „Verwaltungsakzessorität"), d.h. nur wer Gewässer, Luft etc. unter Verletzung der Verwaltungsvorschriften verseucht, kann strafrechtlich verfolgt werden.
— Die im Einzelfall zulässigen Höchst- und Grenzwerte werden von dem Ordnungsbehörden und Unternehmen ausgehandelt, die Beamten sind schon aus fachlicher Sicht meistens hoffnungslos unterlegen.

Schaut mensch sich diese Bedingungen an, verwundert es nicht mehr, daß selbst die größten Umweltsauereien kaum zur Anklage kommen und wenn, ist der Freispruch geradezu vorprogrammiert, denn einen Verantwortlichen kann man nur in den seltensten Fällen ausmachen. Wenn von der SPD jetzt nach härteren Strafen und schärferen Gesetzen gerufen wird, braucht man sie nur an dieses ihr Gesetz zu erinnern.

In der „Frankfurter Rundschau" vom 4.12.86 war zu lesen: *„Chemikalienverbot nicht vor der Wahl"*. Hinzuzufügen wäre nur: Danach sicher auch nicht. Die Schadstoffliste soll erweitert und die chemische Industrie stärker kontrolliert werden. Keine konkreten Schritte wurden benannt, wie die Industrie schärfer zu kontrollieren sei oder um welche Stoffe es sich handeln soll, auch keine Änderung der Gesetzesvorlage steht an, geschweige denn, daß irgendwelche Gifte sofort von der Produktion ausgeschlossen werden. Die Bevölkerung soll wie nach Tschernobyl beruhigt, die gewonnene Sensibilität entschärft und ein allgemeines Gefühl der Sicherheit erzeugt werden. Dem Chemie-Kapital will niemand an den Kragen.

H., Frankfurt

Quellen:
„Deutsche Apothekerzeitung" Nr. 45, 46, 47, 48
„Stern" Nr. 47 vom 13.11.86
„Spiegel" vom 1.12.86 (Nr. 49)
„Frankfurter Rundschau" vom 22.11., 3.12., 4.12.

Die Chance verpasst?

Eine vorläufige Bilanz der Initiative für eine Verfassungsklage zum §218



... nur noch ein Ausstellungsstück?

Vor knapp drei Monaten eröffnete Alice Schwarzer erneut die Diskussion um den § 218. Ihr Vorschlag, den Abtreibungsparagraphen zum Wahlprüfstein bei den Bundestagswahlen zu machen, indem die Parteien aufgefordert werden, das Bundesverfassungsgericht (BVG) anzurufen, um das BVG-Urteil von 1975 gegen die Fristenregelung revidieren zu lassen, rief zum Teil heftige Reaktionen hervor.

Die Initiative Alice Schwarzers wurde in AK 275 ausführlich dargestellt; in AK 276 erläuterte sie in einem Interview ihre Aktion und setzte sich mit der Kritik daran auseinander. In diesem Artikel wird ein Überblick auf die Reaktionen zu der Initiative Alice Schwarzers gegeben.

1.196 in fünf Tagen ...

... meldete die Dezember-EMMA stolz. Soviel Menschen nämlich hatten das Manifest „Wir fordern eine Verfassungsklage gegen die § 218" unterschrieben. Eine beachtliche Zahl. Erfreulich auch die erhöhte Diskussionsbereitschaft zum Thema § 218. 218-Gruppen sind wieder aktiv geworden, initiieren Veranstaltungen und Diskussionen. In vielen Städten fanden und finden Podiumsdiskussionen — auch unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahlen — statt. Die Grünen Frauen bereiten eine zentrale Wahlkampfveranstaltung zum Thema 218 für den 10. Januar vor.

Dennoch: Unter den 1.196 Unterzeicher/inne/n sind zwar Frauen aus Frauenprojekten und -initiativen, Frauen aus den Grünen, der SPD, aus Gewerkschaften, der Pro Familia, Journalistinnen, Schauspielerinnen, Musikerinnen, bekannte Feministinnen, aber nur sehr wenige Gruppen und Verbände, die als solche das Manifest unterstützen. Kaum eine Gruppe hat die Initiative von Alice Schwarzer aufgegriffen und dafür gearbeitet.

Vielfach ist sie dagegen mit ihrem Vorschlag auf offene Ablehnung gestoßen, mit zum Teil völlig überzogen formulierten Kritiken. Hier hat sich die Auseinandersetzung (z.B. zwischen der Bundesarbeitsgruppe Frauen der Grünen und Alice Schwarzer) dermaßen zugespitzt, daß sie alles andere als fruchtbar und in der Schärfe auch nicht mehr nachvollziehbar ist.

Die Medien boykottieren Alice Schwarzer, was ja nicht immer so war. Mit Ausnahme der linken Presse und der „Taz", die im wesentlichen Forum der Kritik der Grünen war, schwiegen sich die Medien aus. Ein vorgesehenes Streitgespräch im „Stern" zwischen Alice und Herta Däubler-Gmelin erschien nicht, weil letztere ihre Zusage zurückzog. Die „FR" griff das Thema auf, indem sie auf den Dokumentationsseiten vom 7.11.86 einen Aufsatz von Gerhard Amendt, einem Bremer Hochschulprofessor, abdruckte. Der hatte die Initiative Alice Schwarzers zum Anlaß genommen, um medienwirksam seine Position darzustellen, womöglich hatte er nur auf diese Gelegenheit gewartet, denn die Verfassungsklage ist nur der Aufhänger, um seine Theorie von der psychischen Verdrängung des Tötungsverdikts als Barriere im Kampf gegen den § 218 vorzustellen. Am 28.11.86 brachte die FR dann aber doch einen Bericht über die Aktion Alice Schwarzers.

Mit solidarisch formulierter Kritik haben sich die 218-Gruppen nach ihrem bundesweiten Treffen Ende November öffentlich zur EMMA-Kampagne geäußert. Kritisiert werden die Passagen des Manifests, die allgemein umstritten sind, wie die Formulierung „auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung" oder die Formulierungen, die eine Gleichsetzung des „werdenden Lebens" mit dem „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" nahelegen. Auch das Fehlen der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 wird bedauert. Umstritten ist auch in den 218-Gruppen die Verfassungsklage, trotzdem wird die Initiative Alice Schwarzers als Versuch gewertet, „wieder eine Kampagne gegen den § 218 von Seiten der Frauenbewegung aus zu initiieren", und dazu ermuntert, „die Gelegenheit zu nutzen".



Der Kampf gegen den § 218 ...

SPD demonstriert Geschlossenheit

In AK 275 haben wir bereits die bissige Reaktion von Herta Däubler-Gmelin auf Alice Schwarzers Vorschlag einer Verfassungsklage vorgestellt, wie auch deren Aussage, das Thema § 218 sei tunlichst aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Es war ja nicht anders zu erwarten, dennoch ist es erschreckend, daß keine Frau in der SPD beim Thema § 218 aufmuckt, noch nicht einmal aus dem Umfeld wird Unmut laut. Immerhin haben gerade mehrere Einzelgewerkschaften die Aufnahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in ihre Programme beschlossen, was im eklatanten Widerspruch zur aktuellen Position der SPD steht, die die Indikationsregelung abfeiert. Aber vor der Wahl hat die SPD keine Kritik zu befürchten, denn selbst Frauen wie Susanne v. Pazcensky (lt. eigener Aussage „langjährig unzufriedenes SPD-Mitglied") oder Sibylle Plogstedt (ex-Courage-Herausgeberin, heute beim Vorwärts gelandet, wollen ihrer Partei nicht in den Rücken fallen und erst nach der Wahl die Diskussion um den § 218 aufgreifen (wie es auf dem Kongreß der „Naueninitiative 6. Oktober" hieß, wo diese Position vorherrschend war).

Längst nicht so geschlossen tritt Pro Familia in Erscheinung. In diesem Verband findet zur Zeit eine heftige Kontroverse statt über den § 218, nachdem auf der Bundesdelegiertenkonferenz im letzten Sommer die ersatzlose Streichung des § 218 als Pro Familia-Forderung verabschiedet wurde. Vorläufiges Ergebnis dieser Kontroverse ist der Rücktritt der Bundesvorsitzenden Melitta Walter, die — noch in Amt und Würden — zu den Erstunterzeichnerinnen des Manifests gehört, wofür sie die Kritik einiger ihrer Vorstandskolleg/inn/en einstecken mußte. Der Bundesvorstand hat beschlossen, keine Stellungnahme zur EMMA-Initiative abzugeben, was nichts daran ändert, daß unter den veröffentlichten Pro Familia-Mitarbeiterinnen und -Vorständlerinnen zu finden sind.

Eine öffentliche Kritik und Ablehnung der Initiative formulierte Pro Familia Hamburg. Sehr sachlich werden dieselben Passagen des Manifests kritisiert, die auch bei der 218-Koordination auf Kritik stießen. Die Normenkontrollklage wird infrage gestellt, weil damit dem BVG eine unangemessene politische Autorität zugesprochen würde, und im ungünstigsten Fall ein Rahmen für ein Gesetz abgesteckt werden könnte, das uns nicht besser gefallen würde. Stattdessen schlagen sie vor, die Parteien aufzufordern, „deutlich zu beschreiben, wie sie sich eine richtige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs vorstellen, und wie sie gleiche Behandlungen in allen Bundesländern herstellen wollen". Das ist dann doch arg bescheiden.

Auseinandersetzung Grüne — Alice Schwarzer eskaliert

Fast könnte der Eindruck entstehen, die Grünen wünschten sich eine Geschlossenheit à la SPD. Frauen, die es wagten, sich öffentlich positiv zur Verfassungsklage zu äußern, werden zurückgepfiffen. Immerhin haben neben vielen Unterschriften aus der Grünen Partei, auch zwei Funktionsträgerinnen als Erstunterzeichnerinnen das Manifest unterschrieben und im EMMA-Buch zur Verfassungsklage ihre Unterstützung begründet: Regina Michalik vom Bundesvorstand und Marita Haibach, grüne Staatssekretärin für Frauenfragen in Hessen.

Marita Haibach erhielt dafür von ihrem Landesvorstand eine Abmahnung! Ihre Aktion wurde als „fatal" und „naiv" gewertet, außerdem stehe sie mit ihrer Position weitgehend isoliert da. (FR 31.10.86) Während bei den Grünen sonst so ziemlich jede/r macht und sagt, was er/sie will, ohne auch nur kritisiert zu werden, stellt sich die Frage, warum in diesem Fall so massiv reagiert wird. Liegt's am Thema § 218?

Daß es bei den Grünen unterschiedliche Positionen gibt, haben Leserinnebriefe und der offene Brief der Landesfrauen-AG Niedersachsen zur Unterstützung des Manifests gezeigt, in der öffentlichen Diskussion dominiert allerdings die Position der Ablehnung der Schwarzer-Initiative.

Die Stellungnahme von prominenten Grünen Frauen zum Manifest haben wir in AK 275 bereits vorgestellt und kritisiert. Verena Krieger, eine der Unterzeichnerinnen der Stellungnahme, greift einige der Kritikpunkte der Grü-

Fortsetzung nächste Seite

Die Gelegenheit nutzen!

Stellungnahme der §218-Koordination

Als der erste Artikel zum § 218 und dem Vorschlag einer Verfassungsklage in der Oktober-Emma erschien, waren wir, trotz einiger Bedenken, erfreut über diese Initiative. Sahen wir doch in dieser Initiative eine Möglichkeit, in dem Kampf gegen den § 218 ein Stück weiter zu komen (s. unsere Erklärung in der November-Emma).

Kurz darauf veröffentlichte Alice Schwarzer ihr Manifest. Wir unterstützen dieses Manifest insofern, als wir es richtig finden mit der Forderung an die Parteien heranzutreten, gegen den geltenden § 218 aktiv zu werden.

Aber wir haben auch Kritik an dem Manifest. Dort steht z.B. „Auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung". Wir halten diese Aussage für sehr problematisch, weil sie mißverständlich ist und Zugeständnisse zuläßt an Lebensschützerpositionen und Positionen, die in dem Schwangerschaftsabbruch immer einen „Konflikt" der Frau sehen. Wir sind *dagegen* für das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch, d.h. die Frau muß das Recht erhalten, selbst bestimmen zu können, ob sie eine ungewollte Schwangerschaft austragen will oder nicht. Darum wollen wir uns nicht zu „Gegnerinnen" der Abtreibung erklären.

Desweiteren finden wir die Aussagen mißverständlich, daß die „Würde des Menschen" und das „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" mindestens ebenso „schützenswert wie werdendes Leben" sei. Diese Formulierung legt eine *Gleichsetzung* nahe, von dem „werdenden Leben" und der „Würde des Menschen" (gemeint der Frau). Solch eine Gleichsetzung würde aber immer zu Lasten der Frau ausgelegt. Für uns hat das Leben der Frau aber eindeutig *Vorrang* vor dem werdenden Leben, daß nicht unabhängig von ihr betrachtet werden kann.

Schade ist, daß die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 in dem Manifest überhaupt nicht mehr auftaucht. Dennoch heißt das für uns, daß wir im Rahmen unseres Kampfes für die ersatzlose Streichung des § 218, eine Initiative unterstützen können, die sich gegen das entmündigende Indikationsmodell richtet, auch wenn bei einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nur eine Fristenregelung herauskommen würde. Wir werden in jedem Fall den Streit und den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 weiterführen!

Doch nun zur Verfassungsklage. Wir verstehen nicht so ganz, wieso Alice Schwarzer ihre Forderung nach einer Klage so ausschließlich aufstellt und alle anderen, die ihrem Vorschlag nicht folgen mögen, von vornherein als auf der anderen Seite stehend ausschließt. Wir haben über den Gang zum Bundesverfassungsgericht auch in den § 218-Gruppen durchaus kontrovers diskutiert, z.B. über die Fragen:

— Sollen wir ausgerechnet dieses Gericht bemühen, daß uns 1975 mit seinem Urteil gegen die Fristenregelung eine teilweise Niederlage im Kampf gegen den § 218 beschert hat, und von dem heute auch nichts anderes zu erwarten wäre?

— Besteht nicht auch die Möglichkeit eines Richterspruchs, der unsere Lage noch verschlechtern würde?

— Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Gang vor das Bundesverfassungsgericht?

Bei aller Kritik und all den Fragen sehen wir in der Forderung von Alice Schwarzer nach einer Verfassungsklage aber vor allem den Versuch wieder eine Kampagne gegen den § 218 von Seiten der Frauenbewegung aus zu initiieren. Derzeit sieht allerdings alles danach aus, daß diese Chance vertan wird.

Daß die SPD auf die Initiative mit knallharter Ablehnung reagierte, hat uns nicht verwundert, hat sie doch sogar den Kampf für eine Fristenregelung heute ganz fallengelassen und feiert stattdessen das Indikationsmodell als ihren Erfolg.

Reichlich destruktiv finden wir allerdings auch die scharfe Distanzierung einiger Grüner Frauen von dem Manifest und der Initiative einer Verfassungsklage. Einerseits kritisieren sie in ihrer Erklärung das Manifest als „zu defensiv" und lassen kein gutes Haar daran, Verena Krieger unterstellte sogar eine „prima Argumentationshilfe für die Lebensschützer", andererseits bieten uns die Grünen Frauen in ihrer Erklärung als Alternative das Gespräch mit den Kirchen an.

Die Schärfe mit denen einige Grüne Frauen die Initiative von Alice Schwarzer kritisieren, haben wir in der Auseinandersetzung mit den Lebensschützern und Abwieglern bei den Grünen dagegen oft vermißt. So konnte z.B. ein Minister Joschka Fischer ungestört und unkritisiert auf dem Aachener Katholikentag lauthals verkünden, daß er mit dem Beschluß seiner Partei für die ersatzlose Streichung des § 218 auch nicht einverstanden sei.

Reichlich überzogen finden wir derzeit allerdings auch die Auseinandersetzung in der Emma. Die Emma ihrerseits macht aus der angekündigten Kampagne gegen den § 218 einen reinen Schlagabtausch mit den „Parteifrauen", was lediglich daraufhinausläuft Wahlempfehlungen oder besser Nichtwahlempfehlungen auszusprechen. Was bleibt dann von einer Kampagne gegen den § 218 noch übrig?

Die rechten Abtreibungsgegner sind z.Zt. in der Offensive und eine wieder zu erwartende CDU/CSU-Regierung wird in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß sich die Abtreibungsbedingungen noch weiter verschlechtern und die Frauen nochmehr diffamiert und kriminalisiert werden. Die jetzt wieder begonnene Diskussion um den § 218 muß sowohl vor als auch nach der Bundestagswahl genutzt werden. Wir müssen raus aus der Defensive in der sich die momentane § 218-Bewegung befindet. Dazu gehört auf jeden Fall, daß wir geschlossener und stärker als bisher gegen die Abtreibungsgegner und ihre Propagandisten auftreten. Dazu gehört auch das Zurückweisen von „Lebensschutzpositionen" bei Grünen und anderswo. Dazu kann auch gehören, über den parlamentarischen und juristischen Weg am § 218 zu rütteln. Wir *müssen* jede Gelegenheit nutzen, um unser Ziel, die ersatzlose Streichung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu erreichen.

(29./30.11.86)

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Frauen in der „Taz" von 3.11.86 noch einmal auf und polemisiert gegen Alice Schwarzer. Sie lastet Alice Schwarzer — weil das Manifest defensiv sei — an, daß sie das Selbstbestimmungsrecht für Frauen nicht fordere und den § 218 nicht abschaffen wolle. Stattdessen wolle sie die Abtreibungszahlen effektiver senken und erkläre das zum vordringlichsten Ziel. Die Frauenbewegung böte sie als Garantin der Senkung der Abtreibungszahlen an. — Das ist nur noch grotesk!

Leider ist es Alice Schwarzer nicht gelungen, mit mehr Souveränität auf diese Vorwürfe einzugehen, aber vielleicht kam ihr Verena Kriegers Polemik gerade recht, um nun ihrerseits voll gegen die Grünen loszuholzen? Und losgeholzt hat sie in der Dezember-EMMA! Ohne überhaupt auf geäußerte Kritik einzugehen, stellt sie lediglich fest, diese Parteien — insbesondere die Grünen — seien nicht wählbar. Die Auseinandersetzung hat eine Schärfe erreicht, die weder nachvollziehbar ist, geschweige denn der Diskussion um den § 218 dienlich.

Eine verpaßte Chance?

Die geäußerten Kritiken sind durchweg auf dieselben Punkte gerichtet. Da sind zum einen die erwähnten Passagen des Manifests, die aber zu unterschiedlichen Verhalten der Kritikerinnen führen — die einen lehnen deshalb die Initiative als falsch ab, andere finden sie dennoch unterstützenswert. Zum anderen, und das ist der Knackpunkt, die Kritik an der Verfassungsklage als Instrument, die Diskussion um den § 218 in die Offensive zu bringen. Die Verfassungsklage sei von Alice Schwarzer absolut gesetzt worden. Wer sie nicht unterstütze, stehe auf der anderen Seite. Für Fragen, Zweifel, Befürchtungen sei kein Platz.

Die Grünen, die sich als einzige von der Aufforderung, vors Verfassungsgericht zu gehen, wirklich angesprochen gefühlt haben, reagierten hektisch überzogen, statt das Positive des Schwarzer-Vorschlags aufzugreifen und zu diskutieren, eigene Vorschläge zu machen.

Die Hauptkritik an der vorgeschlagenen Verfassungsklage ist die Be-
und zu diskutieren, eigene Vorschläge zu machen.

Die Hauptkritik an der vorgeschlagenen Verfassungsklage ist die Befürchtung, es könnte dann ein noch schlimmeres Abtreibungsgesetz herauskommen, als wir jetzt haben. Völlig vernachlässigt wird bei dieser Argumentation, daß bereits das bestehende Gesetz eine erhebliche Verschärfung ermöglicht.

Es ist sehr viel wahrscheinlicher, daß der § 218 dann verschärft wird, wenn wir stillhalten, als durch unsere Aktivitäten. Um keine schlafenden Hunde zu wecken, auf eine — auch juristische — Initiative zu verzichten, wird den § 218 nicht zu unseren Gunsten verändern. Ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, und wie wir die Bedingungen dafür schaffen können, darüber hätte gestritten werden müssen. Eine Chance verpaßt?

b., Bremen

SPD: In der Frauenfrage ein wahrer Transvestit

Großformatig ist sie, hat fettgedruckte Buchstaben und viele bunte Bilder und ist trotzdem mühselig zu lesen: die Broschüre „Entscheidung in Verantwortung. Entscheidung ohne Angst", herausgegeben von der SPD zum zehnjährigen „Jubiläum" des gültigen §218. Herta Däubler-Gmelin schrieb sie im Namen des Vorstandes ihrer großen Volkspartei.

Sicher lohnt es weder Papier noch Zeit, jede sozialdemokratische Wahlplatitüde zu würdigen. Bei dieser hochglänzenden Broschüre handelt es sich



SPD-Broschüre: Entscheidung für eine mißratene Reform

nun aber um eine zentrale Aussage und

frauenpolitische Ausrichtung für die bevorstehende Bundestagswahl. In Hamburg wurde vor der Bürger-

frauenpolitische Ausrichtung für die bevorstehende Bundestagswahl. In Hamburg wurde vor der Bürgerschaftswahl bereits ein beträchtlicher Teil der offensichtlich recht hohen Auflage verteilt. Dieses peinliche Produkt soll also nicht in Parteibüros verstauben. Soll es also Stimmen werben oder sollen die eigenen Reihen auf die ganz hochoffizielle Linie der Partei eingestimmt werden?

Die Lektüre bietet neben allgemeinen Wahrheiten plumpe Geschichtsfälschung und Unterschlagung von Fakten. Sinnlos wird jubiliert, düstere Realitäten werden beschönigt. Auch Radikalität gegen die Männerwelt klingt an: „*Wieder einmal müssen die Frauen sich gegen Politiker wehren, die — als Männer — nach wie vor ganz überwiegend keinerlei Verantwortung übernehmen wollen und nicht einmal bereit sind, sich ein Kondom überzustreifen!*"(S.14) Dies ist schon eine der kritischsten Bemerkungen des Gesamtwerkes. Stattdessen kann die Leserschaft (gering möge sie sein!) Frau Däubler-Gmelins politische und journalistische Dreistigkeit bestaunen. Lapidar skizziert sie in ihrer Einleitung ein wichtiges Stück Geschichte und Frauenkampf: „*Vor 10 Jahren, also im Juni 1976, erlangten nach jahrelangen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, im Bundestag und schließlich auch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Regelungen Gesetzeskraft, die den Umgang des Staates mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches auf vollständig neue*

Grundlagen stellten." (S.2)
Die Partei zieht heute mit einer Herta Däubler-Gmelin in den Wahlkampf,

Grundlagen stellten." (S.2)

Die Partei zieht heute mit einer Herta Däubler-Gmelin in den Wahlkampf, die die bestehende Indakationsregelung als *den* Erfolg der 70er Jahre feiert: „*Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben diese Gesamtreform auf den Weg gebracht. Die Frauen — unbeschadet ihrer sonstigen kirchlichen oder parteipolitischen Bindungen — haben sie weitestgehend akzeptiert.*"(S.3) Welch Hohn angesichts der Empörung und Wut, die das — nach dem Urteilsspruch des BVG geschneiderte — Gesetz nicht nur innerhalb der Frauenbewegung ausgelöst hatte. Zur Erinnerung: Es war zuvor eine lange und harte Auseinandersetzung um die Streichung des §218 und um die „Fristenregelung" gelaufen. Immerhin war die „Fristenregelung" eine Gesetzesinitiative und ein zentraler Wahlkampfschlager der SPD und auch der FDP gewesen. Auch viele Sozialdemokraten waren enttäuscht, denn *ihre* Reformvorstellungen waren durch das Bundesverfassungsgericht gescheitert. Mit dem Urteil war das Thema für die SPD offiziell erledigt. Jetzt wird der bestehende § 218 mutig an die stolzgeschwellte Brust geknöpft. Da werden Parteikonturen doch immer nebulöser. Will nicht auch die Partei von Herrn Kohl und Frau Süßmuth den Paragraphen unverändert lassen, weil er doch ach so gut ist?

Gerechterweise muß erwähmt werden, daß es in der großen Volkspartei (hier: SPD) auch andere Stimmen geben soll. Nur nicht so laute wie Hertas Organ. Hinter verschlossenen Türen und vorgehaltener Hand vertreten eine Reihe der frustrierten Genossinnen die alten Forderungen weiter. Es soll sogar welche geben, die die Streichung des § 218 befürworten. Nur darf frau das nicht so laut sagen, weil es doch der Partei schaden und den Wähler verschrecken könnte. Also, immer schön lieb sein und sich lieber gegenseitig etwas vorjammern.

Empörung äußern heute wie gestern nur wenige, wie z.B. Alice Schwarzer in ihrem neuen Büchlein „ weg mit dem § 218 — wir fordern eine Verfassungsklage". Zu Herta Däubler-Gmelins Broschüre schreibt sie u.a.: „*Der Appell der 374 Frauen, die im ‚stern' bekannten ‚ich habe abgetrieben' (initiiert von Feministinnen) wird zitiert. Aber nicht ganz. Und wie zufällig läßt die SPD ausgerechnet die Sätze weg: ‚Wir Frauen wollen keine Almosen vom Gesetzgeber und keine Reform auf Raten! Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218!'.*"(S.18 f.) — (Der zitierte „Stern" erschien am 6.6.71 und brachte die Bewegung in der BRD ins Rollen.)

Die Zeiten sind eben andere geworden. In der SPD führen diejenigen das Wort, die von „*notwendigen strafrechtlichen Verboten*" sprechen, die den „Rahmen" des Gesetzes bilden sollen. (S. 2 der SPD-Broschüre). Betroffene Frauen werden zu unselbständigen gescheiterten Wesen erklärt. Sie benötigten angeblich die gesetzlich vorgeschriebene Beratung, „*um anschließend zu einem Entschluß zu kommen, den sie selbst verantworten können.*" (S. 3) Sozialdemokraten wollen da helfen, „*weil Schwangerschaftsabbrüche stets Ohnmacht vor unbewältigten Konflikten — also Scheitern der Betroffenen — bedeutet (was Frauen wissen)*". (S. 3) Na, vielen Dank.

Es wird auch ein bißchen rumgemäkelt, daß es nicht in allen Bundesländern so schön ist, wie in den SPD-regierten. Das Gesetz bietet jedoch auch in diesen Fällen Freiräume für „Lösungen": „*Es ist ihre freie Entscheidung, an welche Organisation in welcher Stadt Sie sich wenden wollen.*" (S. 18) Also Bayerinnen, auf nach Hamburg und Bremen!

In der Broschüre wird in einer Übersicht die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in zehn europäischen Ländern dokumentiert. Es handelt sich hierbei um die sogenannte „Kelting-Studie", in der belegt ist, daß in der BRD neben der Schweiz das „*Maß des Rechts auf Eigenständigkeit der Frau*" am geringsten ist. In der Übersicht sind an dieser Stelle zwei dicke Minuspunkte verzeichnet. Aber das macht Frau Däubler-Gmelin keine Sorgen, denn sie hat einen klaren persönlichen Standpunkt: „*Seit ich selbst zwei Kinder habe, fällt es mir noch schwerer als früher, mich mit den Frauen zu solidarisieren, die da sagen: ‚Mein Bauch gehört mir, es ist allein meine Entscheidung, ob ich ein Kind bekomme oder nicht.'*" (S. 6) Offen bleibt die Frage: Wem gehört Hertas Bauch nun wirklich?

uk

Betriebsratswahlen bei BMW ungültig

Fast drei Jahre ist es her, daß bei BMW in Westberlin der Betriebsrat neu gewählt wurde. Am 4. Dezember hat das Kasseler Bundesarbeitsgericht diese Wahl für ungültig erklärt. Anfang 1984 trat eine von der BMW-Geschäftsleitung u.a. finanziell gesponserte „Liste der Vernunft" zu diesen Wahlen an und errang alle 15 Sitze. BMW hatte im Wahlkampf mit der Rücknahme übertariflicher Leistungen gedroht, falls die ehemaligen IG Metall-Betriebsräte Knirsch und Vollmer wiedergewählt würden.

Knirsch, Vollmer und der Vertrauensmann Köbrich fochten daraufhin die Wahl an. In der Folge wurde ihnen seither von BMW 19mal gekündigt. Während Köbrich inzwischen schon wieder arbeitet, wurde Vollmer in den Urlaub geschickt. Das Verfahren gegen Knirsch läuft noch.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) erklärte nicht nur die Wahlen für unwirksam, da es sich um einen „verbotenen Eingriff" des Arbeitgebers in die Arbeitnehmerwahlen gehandelt hatte, es gestand den drei Entlassenen auch zu, eine solche Wahl anfechten zu können. Künftig können unliebsame Betriebsratskandidaten oder -Listen unter Berufung auf dieses Urteil auch bei Androhung von Entlassungen oder Repressalien nicht mehr so ohne weiteres entfernt werden. Das BAG erklärte die Entlassung der drei für unwirksam.

Der Erfolg der BMW-Kollegen ist ganz maßgeblich auf die Unterstützung durch das „Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter" zurückzuführen, das kontinuierlich und unerschütterlich die Öffentlichkeitsarbeit und die materielle Unterstützung für die drei Entlassenen organisiert hat, da die IG Metall ihrer Verpflichtung nicht nachkam und sich aus dem BMW-Konflikt raushielt.

Doch die Konflikte bei BMW sind mit diesem späten Urteil nicht zu Ende. Am 15. Dezember findet im Werk eine Betriebsversammlung statt, auf der ein Wahlvorstand für die vorzeitigen Neuwahlen — die reguläre Wahl wäre in vier Monaten fällig gewesen — bestimmt werden soll. Das Solidaritätskomitee weist aber schon auf weitere Manipulationen hin. Zwei bekannte IG Metall-Mitglieder — potentielle Betriebsratskandidaten — wurden mit Drohungen und Abfindungsangeboten aus dem Werk gedrängt, der türkische Vertrauensmann Sucsuz einen Tag vor dem Kasseler Urteil unter fadenscheinigen Gründen fristlos entlassen, wogegen er klagt. Er hatte sich in der Vergangenheit wiederholt auf die Seite der Entlassenen geschlagen und galt als neuer Betriebsratskandidat. Das Solidaritätskomitee schreibt zur aktuellen Lage: „*Man sieht: Die Auseinandersetzungen um eine demokratische Betriebsratswahl im Berliner Motorradwerk von BMW gehen nach dem Kasseler Grundsatzurteil verschärft weiter. Wir danken allen, die uns zu dem großen Erfolg in Kassel beglückwünscht haben — aber wir müssen leider dem auch von Presse und Fernsehen nahegelegten Eindruck entgegentreten, daß es sich um einen erfolgreichen Abschluß des Falles gehandelt habe.*" Weitere Solidarität ist notwendig.

D./Westberlin

Das Solidaritätskomitee hat zwei ausführliche Broschüren zu BMW herausgebracht:

„Der Fall BMW" (die zweite Broschüre) für DM 7.

„Die gekaufte Vernunft" (erster Teil) für DM 5.

Bestellungen sind zu richten an: **Andreas Kuhlmann, Ilsenhof 14, 1000 Berlin 33.**

Vorabüberweisungen auf das **Postgirokonto Nr. 498 156-106 Berlin-West, Bodo Zeuner Sonderkonto, 1 Berlin 33.**



Christa Merkel an Alice Schwarzer

Liebe Alice,
warum kannst Du keine Kritik vertragen und setzt Dich mit dieser auseinander? Ist ‚Deine Idee', über die Verfassungsklage eine Kampagne zu initiieren, so erfolglos, daß Du quasi eine Schmutzkampagne gegen einzelne grüne Frauen machen mußt? Abgesehen davon, daß dies die übelste Art und Weise eines politischen Kampfes ist, kommen wir so sicher nicht weiter!

Laß also solche Denunziationen und setz' Dich mit Verenas Argumenten auseinander. Bisher bekräftigst Du immer nur die Notwendigkeit ‚dieser' Kampagne, setzt aber den Gegenargumenten nichts entgegen. Es nützt nichts, wenn Du Verenas Position verdrehst, verkürzt und falsch interpretierst. Überprüfe die Richtigkeit Deiner Gegenargumente!

Nur wenige Punkte zur Kritik an dem Inhalt Deiner Kampagne (leider müssen Leserinnenbriefe kurz sein. Wie wäre es mit einem Artikel von uns in der nächsten Emma?)

— Du weckst Illusionen in das Verfassungsgericht. Es stimmt, wenn Du sagst, daß dieses Gericht die einzige Instanz ist, die den § 218 reformieren oder abschaffen kann. Aber Voraussetzung ist ein anderes politisches Klima, eine starke Frauenbewegung. Mit dieser Patriarchenmehrheit besteht schlichtweg die Gefahr einer Verschlechterung der bestehenden Reform des § 218. Eine Kampagne nur daraufhin zu orientieren, programmiert die Gefahr eines Mißerfolges vor und kann weitere Aktivitäten aus der Frauenbewegung heraus beschneiden und diese schnell wieder niederschlagen.

— Ziel ist es, in die Offensive zu kommen, dies ist unser gemeinsames Ziel! Unsere Kritik an dem Manifest richtet sich gegen dessen defensiven Text. Offensiv sein heißt nicht nur viele Menschen hinter eine Kampagne zu bringen, offensiv heißt auch, sich gegen die Mörderinnen-Kampagnen der Rechten zu wenden, sich gegen die Moralisierungswelle (und dies gerade auch bei den GRÜNEN) zu wenden, indem deutlich für die ersatzlose Streichung des § 218, für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, für ein Abbruchsrecht, für bessere Abbruchbedingungen und letztlich gegen das traditionelle Frauenbild gekämpft wird.

— Wir hätten es besser gefunden, wenn Du ein breites Bündnis initiiert hättest und erstmal eine breite gemeinsame Diskussion mit vielen Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen über eine gemeinsame Strategie — und in diesem Zusammenhang auch über eine Verfassungsklage — angeleiert hättest. Auf dieser Grundlage hätte dann eine Kampagne weitergeführt werden können.

— Übrigens Alice: Wir haben Dir nie persönlich unterstellt, daß Du nicht mehr für die Streichung des § bist, sondern unsere Aussagen bezogen sich immer auf den defensiven Text des Manifestes und gegen die Verfassungsklage zum gegebenen Zeitpunkt aufgrund der schlechten Voraussetzungen. Wir haben auch nie ein Gegenmanifest veröffentlicht, sondern lediglich eine Presseerklärung, wo wir unsere Kritik an dem ‚Inhalt' Deiner Kampagne deutlich machten!

Warum also die ganze Hetze gegen Verena? Deine Autorität in Ehren, aber so selbstverständlich, wie Du diese Kampagne aufgezogen hast, solltest Du es nicht nötig haben, zu solchen Mitteln zu greifen.

Ich hoffe trotz alledem, daß eine Mobilisierung und viel Power gegen den Patriarchen-§-218 entsteht — unabhängig von der Verfassungsklage.

Christa Merkel (Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN)

P.S.: Wenn wir eine Verfassungsklage zum jetzigen Zeitpunkt inhaltlich richtig finden würden und uns diese weiterbringen und nicht zurückwerfen würde, dann würden wir dies auch in den GRÜNEN durchsetzen, dessen kannst Du sicher sein, Alice! Zur Machtlosigkeit à SPD-Frauen sind wir noch nicht verkommen!

(Christa Merkel übersandte ihren Leserinnen-Brief der AK-Redaktion)

Gerhard Baader

Als Kind einer „privilegierten Mischehe" (Mutter Jüdin) 1928 in Wien geboren. Ab 1942 Zwangsarbeit im Reichs- und Fronteinsatz, ab 1944 bei der „Organisation Todt" (Baader: „ein Himmelfahrtskommando"). Durch Zufall auch die letzten Tage des Faschismus überlebt.
Seit 1967 am Institut für Geschichte der Medizin an der Freien Universität Westberlin. Habilitation. Forschungsschwerpunkte: Medizin im Nationalsozialismus, Emigrationsforschung.

Flüchtlinge im Faschismus — und heute

Interview mit Prof. Gerhard Baader



AK: Gerhard, Du engagierst Dich sehr an der Flüchtlingsfrage und hast z.B. an dem Flüchtlingskongreß der Alternativen Liste und der Grünen, der vor kurzem in Berlin stattgefunden hat, teilgenommen. Warum machst Du das?

Gerhard Baader: Es ist aufgrund meiner eigenen Biographie für mich eine Selbstverständlichkeit, Menschen, deren Freiheit bedroht ist und die sich in Lebensgefahr befinden, jede Form der Unterstützung zu geben. Mir ist selber sehr bewußt, was es bedeutet, politisch verfolgt zu sein. Ich möchte da sämtliche „rassisch" Verfolgte des Dritten Reiches mit einschließen, weil damals niemand jemand danach gefragt hat, ob er als Kommunist, Sozialist, bekennender Christ oder aufgrund seiner Abstammung Verfolgung und Lebensgefahr erleiden mußte.

Sind es also wesentlich persönliche Gründe aufgrund Deiner eigenen Erfahrung, die Dich dazu bringen, Dich heute an der Flüchtlingsfrage zu engagieren?

Dies ist in dieser Form nicht richtig. Die Flüchtlingsfrage hatte damals wie heute schon eine ausgesprochen politische Dimension. Das gilt auch für die Situation in der BRD hier und jetzt, wo trotz aller verbaler Beteuerungen das Asyl politischer Flüchtlinge in Frage gestellt wird. Denn wenn man von politischen Flüchtlingen das Erlangen eines Visums, rechtmäßiger Papiere und eine rechtmäßige Einreise verlangt, wird damit gerade das politische Asyl ad absurdum geführt. Kaum einer der politischen Flüchtlinge des Nationalsozialismus, das heißt für seine politischen Gegner von der Linken bis hinüber zum konservativen Lager, hätte eine solche Bedingung erfüllen können. Andererseits haben gerade diese politisch engagierten Menschen Verfolgung und physische Bedrohung vom ersten Tag der Machtübernahme an erfahren müssen. Sie haben allerdings sofort begriffen, daß ihr Leben in Ge-
nalsozialismus, das heißt für seine politischen Gegner von der Linken bis hinüber zum konservativen Lager, hätte eine solche Bedingung erfüllen können. Andererseits haben gerade diese politisch engagierten Menschen Verfolgung und physische Bedrohung vom ersten Tag der Machtübernahme an erfahren müssen. Sie haben allerdings sofort begriffen, daß ihr Leben in Ge-
fahr war, sie haben unter vielen Schwierigkeiten und Entbehrungen die Flucht versucht, sind oft gescheitert, wurden wieder in die Konzentrationslager des Nationalsozialismus zurückgebracht und sind in mehr als einem Fall dort ermordet worden. Gerade die eigene leidvolle Erfahrung der Verfolgung ist für jeden von uns, der selbst zu den politisch Verfolgten des Nationalsozialismus gehört, eine Verpflichtung den Ermordeten gegenüber, für offene Grenzen zu sorgen. Dies ist insgesamt nichts anderes, als ein Teil unseres politischen Kampfes, den wir heute in diesem Lande gegen Vorurteil, Diskriminierung, Reaktion und Unterdrückung Andersdenkender, die immer mächtiger wird, zu führen haben.

Du hast hier zunächst von den politischen Gegnern des Nationalsozialismus gesprochen, wie war nun die Möglichkeit für die ersten politischen Verfolgten des Hitler-Regimes, die auf den ersten schwarzen Listen standen oder fürchteten, auf die ersten schwarzen Listen zu kommen, in andere europäische Länder auszuweichen? Waren ihnen da Grenzen gesetzt, in welchen Ländern waren ihnen Grenzen gesetzt, wie wurden sie dort aufgenommen?

Man kann fast uneingeschränkt sagen, daß eine Aufnahme mit offenen Armen so gut wie nirgends erfolgt ist. Die wesentlich im linken Spektrum politisch engagierten Genossinnen und Genossen haben zum Teil durch sozialistische Organisationen in den Gastländern Unterstützung bekommen. Trotz dieser Hilfe war es sehr, sehr schwierig, Aufenthaltsgenehmigungen und vor allem Arbeitsgenehmigungen zu erhalten. Das gilt so gut wie für alle europäischen Länder, in außereuropäischen Ländern — wesentlich in den Vereinigten Staaten — war die Möglichkeit zunächst eigentlich nur für diejenigen gegeben, die für sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik den Boden dazu geebnet bzw. Vorsorge getroffen hatten, sofort emigrieren zu können; Freunde haben sich dabei oft bewährt. Es muß überhaupt gesagt werden, daß nur die Weitsichtigsten von allen, die eine klare Analyse der politischen Verhältnisse im Deutschland der ausgehenden Weimarer Republik treffen konnten, sofort, als es notwendig wurde, diesen Schritt getan haben, oft mit Hilfe von sozialistischen Organisationen im Ausland, oder — wenn sie selbst das nötige Geld hatten — das eine Emigration ermöglichte.

Du hast gesagt, daß die Schwierigkeiten, die die Regierungen der einzelnen europäischen Länder gemacht haben, im großen und ganzen dieselben gewesen sind. Kannst Du dennoch etwas zu einzelnen Ländern sagen, z.B. zur Schweiz, Frankreich, Holland, England?

Du hast gesagt, daß die Schwierigkeiten, die die Regierungen der einzelnen europäischen Länder gemacht haben, im großen und ganzen dieselben gewesen sind. Kannst Du dennoch etwas zu einzelnen Ländern sagen, z.B. zur Schweiz, Frankreich, Holland, England?

Zur Schweiz läßt sich sagen, das es ein Land gewesen ist, daß eine lange Asyl-Tradition hatte. Wenn man die Realität jedoch vergleicht mit dem Anspruch, der auch von der Schweiz immer erhoben wurde, so war gerade die Schweiz eines der Länder, die vom ersten Augenblick an eine der höchsten Rückstellungsquoten von Flüchtlingen nach Nazi-Deutschland hatte. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Schweiz dasjenige Land ist, das den ominösen Stempel „J" — nämlich für Jude — im Personalausweis und im Paß von den Nazibehörden verlangt hat, damit diejenigen, die so gekennzeichnet waren, sofort an der Grenze bereits wieder an die Gestapo zurückgestellt werden konnten, soweit sie — und wer hatte das? — nicht offizielle Einreisepapiere besaßen. Trotz aller Hilfe, die im Einzelfall von Genossen geleistet wurde, waren Flüchtlinge in der Schweiz in extremer Weise damit konfrontiert, daß sie das Asylrecht nicht in dem Maße, wie sie es erhofft hatten, in Anspruch nehmen konnten. Käte Frankenthal, die frühere Stadtärztin von Neukölln, aber nicht nur sie, ist dafür ein Beispiel. Für sie war die Schweiz nur eine Übergangsstation von Frankreich zur CSR und letzlich in die USA. Die Schweiz mußte sie wegen einer Denunziation verlassen.

Frankreich hatte ebenfalls eine alte Asyl-Tradition. In Frankreich, trotz aller Restriktionen, die bestanden haben, gab es zunächst — wir hatten in der ersten Zeit ja noch die Volksfrontregierung — wenige Rückstellungen, da es der französischen Tradition überhaupt nicht entsprochen hätte, diese vorzunehmen. Es ist zwar eine Tatsache, daß die Flüchtlinge dort in Not und Elend gelebt haben und oft auch im wahrsten Sinne des Wortes zugrunde gegangen, man könnte fast sagen verhungert sind, und es ist auch unbestritten, daß die Schikanen der französischen Polizei wie die der gesamten französischen Bürokratie keineswegs angenehm waren, aber ein Überleben mit Hilfe anderer war doch häufig möglich. Dies änderte sich erst radikal, als der Krieg ausbrach.

Holland hat eine offene Flüchtlingspolitik betrieben, wobei aber, und das gilt ebenso für die skandinavischen Länder, die Möglichkeiten für die Flüchtlinge fußzufassen, oft sehr schwierig waren. Hier sei der Berliner Stadtverordnete der SPD und Sozialhygieniker Ludwig Jaffé angeführt, von dem es einen erschütternden Brief gibt, ein paar Tage, bevor er selber den Freitod gewählt hat. Jaffé stand vor der Situation, aus Holland nach Deutschland zurückgehen zu müssen, weil seine Geldmittel immer weniger wurden und sein gültiger deutscher Paß ablief, der die Grundlage seines Aufenthalts in Holland war. Er war Sozialhygieniker und durfte keine politische Betätigung ausüben. Was ist aber Sozialhygiene anderes als politische Betätigung? Selbst seine Freunde
Freitod gewählt hat. Jaffé stand vor der Situation, aus Holland nach Deutschland zurückgehen zu müssen, weil seine Geldmittel immer weniger wurden und sein gültiger deutscher Paß ablief, der die Grundlage seines Aufenthalts in Holland war. Er war Sozialhygieniker und durfte keine politische Betätigung ausüben. Was ist aber Sozialhygiene anderes als politische Betätigung? Selbst seine Freunde
(es waren u.a. die Kautskys, die ihn unterstützten) konnten es auf die Dauer nicht in dem Maße, wie es für das Überleben notwendig gewesen wäre.

England ist in der ersten Zeit noch relativ wenig beteiligt. Es gab im wesentlichen gezielte Aktionen. Das gilt selbst für die Mitarbeiter der berühmten Warburgschen kulturhistorischen Bibliothek, die zusammen mit dieser früh nach England gekommen waren. Die anderen gezielten Aktionen betrafen zum einen Kinder aus jüdischen Familien, vor allem aus sogenannten privilegierten Mischehen, die in Familien ihres sozialen Status untergebracht und somit der Verfolgung und in vielen Fällen dem sicheren Tod entzogen wurden. Zum zweiten betrafen diese Aktionen jüdische Frauen aus den gleichen Familien, die als Hausgehilfinnen arbeiten konnten, während ihre Männer in Deutschland zurückblieben. Daß diesen in keinem Fall eine Ausreise genehmigt wurde, da sich Hitler-Deutschland in der Zeit des bereits geplanten Krieges noch nicht entschieden hatte, ob sie nicht doch zum Wehrdienst herangezogen werden sollten, sei nur nebenbei vermerkt.

Das waren die beiden ersten Möglichkeiten, in England unterzukommen. Generell war ein englisches Visum nur schwierig und über Freunde zu erhalten.

Wie war die Situation in den europäischen Einwandererländern, als der erste Einwanderungsschub vorbei war, d.h. als nicht mehr nur vor allem politisch gefährdete oder politisch weitsichtige Menschen Deutschland verließen, sondern als eine Auswanderung größeren Ausmaßes, insbesondere aufgrund der sich verschärfenden Verfolgung der Juden, begann?

Wichtig ist zunächst darauf hinzuweisen, daß es sich selbst bei der Zunahme der Emigration der deutschen Juden, ebenso wenig wie bei der sogenannten Flüchtlingsflut heute, um eine Zahl gehandelt hat, die von der übrigen Welt — besonders von den typischen Emigrationsländern — ohne Schwierigkeit hätte aufgenommen werden können.

Trotzdem verschärfte sich gerade in der Schweiz die Situation für die Flüchtlinge extrem, da man sich keinerlei politische Schwierigkeiten als Nachbar Hitler-Deutschlands mit dem Nazi-Regime einhandeln wollte. Die Haltung der Bevölkerung war keineswegs anders, als wie wir sie heute gegenüber den italienischen Gastarbeitern dort kennen. Man muß hier einmal sagen, daß trotz des Rufes der Schweiz als Immigrationsland, dort keineswegs die Bereitschaft bestand, die man hätte erwarten können.

In Frankreich, Holland und England war die Situation eine andere. Das hat etwas mit der Tradition dieser Länder zu tun.

In Holland war die Situation durch zwei Faktoren gekennzeichnet. Erstens war es stets nur in geringem Maße ein Zielland für Flüchtlinge, weil seine Nähe zu Deutschland es nicht immer als sicher erscheinen ließ. Zweitens ist darauf hinzuweisen, daß Holland das Land ist, in dem — verglichen mit anderen Ländern — der prozentual größte Teil seiner jüdischen Bevölkerung durch die Mithilfe der eigenen Bevölkerung dem Holocaust entgehen konnte. (1)

Für Frankreich ist zu sagen, daß der überwiegende Teil der französischen Bevölkerung eindeutig nicht auf der Seite Hitler-Deutschlands stand. Das hatte zur Folge, daß eine nicht kleine Zahl von Asylsuchenden und Verfolgten, die von den Nazis direkt bedroht waren, im französischen Untergrund überleben oder den Weg aus dem Land heraus finden konnten.

Vielleicht kannst Du noch etwas darüber sagen, wodurch die zweite Welle, also der große Flüchtlingsstrom aus Deutschland ausgelöst worden war.

Wir hatten es bei den Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland vom ersten Tag an auch mit Juden zu tun, die selber zu den politisch engagierten Verteidigern eines demokratischen Deutschlands gehörten und zu den Todfeinden des Nationalsozialismus. Die Nürnberger Rassengesetze des Jahres 1935 sind der große gewaltige Einschnitt, wo auch dem assimilierten deutschen Judentum (das noch immer meinte, daß Hitler kommen und Hitler gehen wird oder, daß es auch unter dem Nationalsozialismus einen modus vivendi geben könnte) die Augen geöffnet wurde. Es setzte ein Flüchtlingsstrom ein, der über alles hinauszugehen schien, was bis dahin gewesen war.

Trotzdem: Von den in Deutschland lebenden Juden — 1933 waren es etwa 525.000 — waren es nur etwa 280.000,
kommen und Hitler gehen wird oder, daß es auch unter dem Nationalsozialismus einen modus vivendi geben könnte) die Augen geöffnet wurde. Es setzte ein Flüchtlingsstrom ein, der über alles hinauszugehen schien, was bis dahin gewesen war.
Trotzdem: Von den in Deutschland lebenden Juden — 1933 waren es etwa 525.000 — waren es nur etwa 280.000,
denen bis 1939 die Ausreise gelang.

Wenn wir uns diese Größenordnung ansehen, so müssen wir uns ebenso wie heute klarmachen, daß von einer Überfülle, die die modernen Industrienationen nicht ohne weiteres hätten integrieren können, auch damals keine Rede sein konnte. Die Fluchtländer haben trotz aller Hilfe im einzelnen in dieser Zeit ganz klar zu blockieren begonnen und die ohnedies schwierigen Immigrationsbedingungen, die bereits für die politischen Flüchtlinge galten, auf die einströmenden Juden in schärfster Restriktion angewandt.

Die Tagesbeschäftigung — das kann ich aus eigener Erfahrung noch im Jahr 1938 aus Wien sagen — die Tagesbeschäftigung aller dieser meist vom Erwerbsleben ausgeschalteten Menschen war, vor den einzelnen Botschaften und Konsulaten ihre Zeit zu verbringen, weil man vielleicht gehört hatte, es könnte hier ein Visum oder die Möglichkeit zur Emigration geben, was aufgrund der finanziellen Situation dieser Menschen meist illusionär war. Den Bessergestellten waren noch zwei Möglichkeiten geblieben, dorthin zu gehen, wo kein Visum notwendig war: nämlich nach Shanghai oder Bolivien. Wer sein letztes Hab und Gut verkaufen und sich eine Schiffskarte leisten konnte, hatte noch die Chance dazu. Wovon die Flüchtlinge dort leben sollten, war völlig unklar, sie konnten dort nur den Mord-Schergen Hitlers entgehen, eine Situation, die nach der sog. Reichskristallnacht noch gravierender wurde, wo ein überwiegender Teil jüdischer Akademiker zunächst für einige Tage in die Konzentrationslager, vor allem nach Dachau und Buchenwald gebracht wurde. Diese Menschen versuchten natürlich nichts anderes, als außerhalb des Landes zu kommen.

Vielleicht können wir jetzt zu dem vorhin ausgesparten oder noch aufgeschobenen Punkt kommen, wie sich die Situation für die Flüchtlinge in Frankreich bei Ausbruch des Krieges änderte.

In Frankreich hat der Kriegsbeginn sofort eine radikale Verschlechterung der Situation gebracht. Während — wie bereits gesagt — in Frankreich zwar eine schwierige Situation für Flüchtlinge bestand soweit es das Überleben und das Arbeiten betraf, wurden nun alle Flüchtlinge als deutsche Staatsangehörige in Lagern — Vernet in Südfrankreich ist das typische Beispiel dafür — zusammengefaßt. So unrecht es wäre, diese Lager mit deutschen Konzentrationslagern zu vergleichen, so waren es trotzdem Orte, wo diese Menschen in einem sehr hohen Prozentsatz zu Tode gekommen sind aufgrund der unmöglichen Verhältnisse in diesen Lagern. Die Situation verschärfte sich noch weiter, als die Kriegssituation in Frankreich für die deutsche Invasionsarmee einen günstigen Verlauf nahm und sich eine französische Regierung herauszubilden begann, die bereit war, mit den Deutschen zu kooperieren, um damit in Südfrankreich ein von Deutschland unabhängig scheinendes Territorium zu erhalten. Im Zuge dieser Ereignisse kamen die Insassen der Lager in eine furchtbare Situation, die zu einem nicht geringem Teil ihren Tod, zu einem kleineren die Auslieferung an die Deutschen gebracht hat. Es sei hier nur an prominente Leute, wie an den ehemaligen Reichsfinanzminister, den Sozialdemokraten Rudolf Hilferding erinnert, der 1941 von der französischen Polizei verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert wurde. Bei einem Verhör in Paris stürzte er sich aus dem Fenster.

Mit Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich bzw. in die Gebiete, wo die Lager waren, sind die Lager doch meines Wissens an die Wehrmacht bzw. auch an die SS übergeben worden.

Dies ist richtig. Hier kann man z.B. auf den Pionier der Ambulatorien der Berliner Krankenkassen, Felix Königsberger, verweisen, dem seine Flucht von Paris nach Südfrankreich keine Rettung brachte. Er wurde von der französischen Polizei ins Lager Draney gebracht und von dort 1944 nach Auschwitz deportiert; in Dachau wurde er ermordet, weil er sich weigerte, an medizinischen Experimenten an jüdischen Kindern teilzunehmen.

Doch ist es einem nicht kleinen Teil der dort Festgehaltenen vor Übergabe an die Nazis gelungen — unter welchen Vorzeichen auch immer — aus den Lagern entweder entlassen zu werden oder zu entweichen. Dies war keineswegs einfach, sondern war immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Flüchtlinge haben dann eine wesentliche Unterstützung in Marseille bei den amerikanischen Behörden bekommen. Es wurde eine Route eröffnet, die von Marseille in Südfrankreich
Vorzeichen auch immer — aus den Lagern entweder entlassen zu werden oder zu entweichen. Dies war keineswegs einfach, sondern war immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Flüchtlinge haben dann eine wesentliche Unterstützung in Marseille bei den amerikanischen Behörden bekommen. Es wurde eine Route eröffnet, die von Marseille in Südfrankreich
über die Pyrenäen durch Franco-Spanien nach dem Portugal Salazars ging, von wo die Menschen zum überwiegenden Teil in die Vereinigten Staaten oder nach Mexiko emigrieren konnten. Eine bestimmte Zeit hindurch wurden gerade von amerikanischen Vertretern, z.B. Vizekonsul Bingham, in großzügiger Weise amerikanische Einwanderungsgenehmigungen ausgestellt. Es gab sogar ganz wenige Schiffe, die von Marseille direkt abgegangen sind. Das französische Kollaborationsregime, das bald in Vichy sein Zentrum unter Marschall Petain hatte, war ohne Rückhalt in der französischen Bevölkerung, was dazu führte, daß diese Flüchtlinge — und das waren sie jetzt in des Wortes wahrster Bedeutung — auf ihrem Weg nach Spanien volle Unterstützung erhalten haben. Darüberhinaus konnte ein nicht kleiner Teil auch mit Hilfe der sich bald bildenden französischen Résistance im Lande selber untertauchen.

Kantorowicz beschreibt in seinem Buch „Exil in Frankreich", daß schon vor Ausbruch des Krieges bzw. dann natürlich während des Krieges die Hetze in den französischen Medien gegen die deutschen Exilanten ungeheuer groß war. Daß diese zum Teil gleichgesetzt wurden mit der Wehrmacht und dem Nazi-Regime und daß dennoch diese Hetze, die die Tatsachen in einer unglaublichen Weise ins Gegenteil verkehrte, bei der französischen Bevölkerung nicht verfangen hat. Kantorowicz spricht z.B. davon, daß ihm selber und seiner Frau von den Gendarmen und dem Bürgermeister des Ortes, wo sie wohnten, geholfen worden ist.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dies kann man über die Einzelschilderung bei Kantorowicz hinaus doch weitgehend verallgemeinern. Dazu kommt, daß die französische Bevölkerung zu dieser Zeit auch in einem sehr hohen Maße eine Bevölkerung auf der Flucht gewesen ist. Gerade diejenigen, vor allem auch wieder die, die den Linkskräften gerade der Volksfrontregierung angehörten, haben natürlich alles getan, um dem Zugriff der Deutschen zu entgehen, d.h. ins südliche Frankreich zu kommen, wo auch der Kern der Résistance aufgebaut wurde. In dieser Gesamtsituation hat man selbstverständlich die mit den Deutschen kollaborierende Regierung abgelehnt. Es wurde systematisch eine Hilfe für die deutschen Flüchtlinge aufgebaut, dafür spricht ja auch wieder — ebenso wie in Holland aus anderen Gründen — der recht hohe Prozentsatz derer, die in Südfrankreich im Untergrund überlebt haben.

Wie konnte das denn überhaupt gelingen, daß Flüchtlinge, die sich in Frankreich befanden, letztendlich dann doch in die Vereinigten Staaten oder nach Mexiko über den Weg Spanien, Portugal gelangen konnten?

Das Wesentliche für diese Flüchtlinge war ja stets, wenn alle äußeren Bedingungen gegeben waren, das Geld für die Schiffskarte zu erhalten. Hier haben private Organisationen, jüdische und nichtjüdische, die diese Flüchtlinge unterstützt haben, das ihre getan, die äußeren Rahmenbedingungen zu schaffen, von offiziellen Vertretern der jeweiligen Länder, wesentlich von dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Marseille rückhaltlos und unter persönlichen Risiken unterstützt. Das gilt viel später in gleicher Weise erstens für die Juden in Holland und noch im größeren Maße für die Juden in Dänemark, wo es die persönliche Initiative mit hohem Risiko von Teilen der Bevölkerung gewesen ist, die damit ihren Teil des Kampfes gegen das verbrecherische Nazi-Regime geleistet hat.

Ich möchte hier im speziellen auf Dänemark eingehen. Es sind private Initiativen gewesen, die über persönliche Initiativen hinausgegangen sind, die es ermöglicht haben, daß der überwiegende Teil der dänischen Juden überlebt hat. Dies hat sich auf allen Ebenen abgespielt. Das geht hinauf bis zum Königshaus. Das Überleben der etwa sechshundert dänischen Juden, die, bevor die Hilfsaktionen gegriffen hatten, von den Deutschen deportiert worden waren, wurde u.a. dadurch ermöglicht, daß sich der dänische König ständig nach ihnen erkundigte, was sogar die Nazibehörden dazu gebracht hat, die dänischen Juden nicht in die Vernichtungslager zu schicken. Der dänische König trug selbst demonstrativ

möglicht, daß sich der dänische König ständig nach ihnen erkundigte, was sogar die Nazibehörden dazu gebracht hat, die dänischen Juden nicht in die Vernichtungslager zu schicken. Der dänische König trug selbst demonstrativ

den Judenstern.

In Dänemark ist es ja gelungen, daß bis auf einen sehr kleinen Teil nach dem Einmarsch der Wehrmacht, alle Juden versteckt oder nach Schweden gebracht wurden, und zwar nicht nur die dänischen Juden selber, sondern auch die deutschen Juden, die nach Dänemark geflohen waren.

Ja. Dies ist richtig. Man muß sagen, es war ein relativ kleiner Prozentsatz, da Dänemark keines der typischen Immigrationsländer gewesen ist. Das hängt mit den Möglichkeiten zusammen, die in der Zeit nach 1933 da waren, denn da war selbstverständlich immer die Hoffnung Frankreich oder die USA. Darüberhinaus war auch hier die Nähe zu Deutschland nie besonders vertrauenserweckend.

Vielleicht kannst Du noch ein paar Worte zu den USA sagen.

Ja, in den Vereinigten Staaten — das muß man von vornherein sagen — war es keineswegs so, daß es zu irgendeiner Zeit die Tore (was notwendig gewesen wäre) breit geöffnet hat, oder Schritte unternommen wurden, um die Einwanderungspraxis der Vereinigten Staaten, d.h. die für bestimmte Länder für jedes Jahr festgesetzten Einwanderungsquoten, radikal zu ändern und damit den europäischen Juden die Möglichkeit zu geben, hier zu überleben. Das, was in den USA erreicht wurde, geschah ebenfalls vor allem aus Privatinitiative. Es wurden nicht nur die sogenannten Affidavits beschafft (d.h. überhaupt die Möglichkeit ins Land zu kommen), sondern zu gleicher Zeit die Verantwortung übernommen, daß diejenigen, die dorthin kamen, nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, was eine behördlich festgelegte Voraussetzung für die Einreise in die USA war.

Es war also wesentlich ein materielles Problem, das hier zu lösen war; ein Affidavit hat so gut wie jeder, der Verbindungen dorthin hatte, durch Verwandte oder durch politische Freunde erhalten können. Um die Zuweisung der Quotennummer und die Zusicherung der Versorgung für möglichst viele Flüchtlinge zu erreichen, wurden private Organisationen und Komitees, vor allem jüdische, tätig. Doch dieses wurde durch knallharte Standesinteressen in den Staaten selbst konterkariert. So haben es z.B. die Standesverbände der Ärzte erreicht, daß 21 von 48 Staaten der USA nie Emigranten eine Approbation erteilt haben und daß auch die liberalere Zulassungspraxis im Staat New York 1936 ihr Ende fand, wo bis dahin 500 Emigranten formlos die Praxiserlaubnis erhalten hatten. Es haben sich hier die amerikanischen ärztlichen Standesvertreter sehr bald durchsetzen können, um sich die für sie unangenehme Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Du sprichst selbstverständlich sehr viel von den jüdischen Flüchtlingen. Hat die Einwanderung der jüdischen Flüchtlinge in die anderen europäischen Staaten, in die Vereinigten Staaten usw. den auch dort vorhandenen Antisemitismus wesentlich verschärft?

Dies war mit eine der Strategien Hitler-Deutschlands. Die Auswanderungen sollten, neben vielen anderen Dingen, den Nazis Geld bringen, weil eine Kopfsteuer vor der Auswanderung zu leisten war, aber sie sollten auch den Antisemitismus in den Gastländern verstärken und so die „rassenhygienischen" Maßnahmen Hitler-Deutschlands in den Gastländern ebenfalls salonfähig machen. Diese Nazi-Strategie hatte in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Weise Erfolg. Zwar gelang das Salonfähigmachen der „rassenhygienischen" Vorstellung der Nazis nicht, jedoch wurde der bereits vorhandene Antisemitismus verstärkt, z.B. in der Schweiz und auch selbst und gerade innerhalb der französischen Résistance. Auf der anderen Seite bildeten sich mehr und mehr jüdische Zentren heraus, deren Hauptaufgabe die Hilfestellung für Flüchtlinge war.

Generell ist zu sagen, daß nur in den Ländern, in denen die Diskriminierung von Minderheiten keinen positiven Wert darstellte, der Antisemitismus keinen Boden fand. Das sind im wesentlichen Holland, Dänemark, Schweden und vor allem die Ostküste der Vereinigten Staaten.

Angesichts der von Dir genannten Fakten über die Situation der Flüchtlinge im Faschismus, ist es ein besonderer Skandal, daß die BRD seit ihrem Bestehen nicht mehr als 64.800 Flüchtlingen politisches Asyl gewährt hat und nun auch noch die Grenzen schließt.

Angesichts der gesellschaftlichen Realität der BRD ist dieses keineswegs ver-

stehen nicht mehr als 64.800 Flüchtlingen politisches Asyl gewährt hat und nun auch noch die Grenzen schließt.

Angesichts der gesellschaftlichen Realität der BRD ist dieses keineswegs ver-

wunderlich.

Im Nationalsozialismus hat es in der Verfolgung niemals einen Unterschied zwischen politischen und anderen Flüchtlingen gegeben — wie deutlich geworden ist — und es gibt sie auch heute nicht.

Worum es heute in der BRD geht, ist etwas anderes: nämlich das Grundgesetz Zug um Zug außer Kraft zu setzen. Ein Hebel dazu sind die Asylsuchenden, über die man am ehesten ausländerfeindliche Emotionen der Bevölkerung mobilisieren zu können glaubt, was auch in hohem Maße gelingt. So entspricht es einer inneren Logik, daß man Bestimmungen verabschieden will, die — wie ich bereits eingangs gesagt habe — praktisch den überwiegenden Teil der politischen Flüchtlinge vom Asylrecht ausschließt.

Diejenigen Flüchtlinge, die vor Krieg, Elend und auch physischer Bedrohung den Weg aus ihren Heimatländern suchen, um den Bedingungen zu entgehen, die letztlich die Industriestaaten durch ihre verantwortungslose Politik zu verantworten haben, werden gleich im Vorfeld zu Wirtschaftsflüchtlingen gestempelt und damit von der Wirksamkeit des Grundgesetzes ausgeschlossen.

Einzig eine großzügige Handhabung des Asylrechtes für alle politischen Flüchtlinge und ein Bleiberecht für alle Opfer einer imperialistischen Politik in der Dritten Welt kann der Weg sein, aus den Fehlern der Vergangenheit in der Flüchtlingspolitik zu lernen und sich so gleichzeitig der Verantwortung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Vernichtung zu stellen.

(Das Interview führte B., Westberlin)

Anmerkung
1) Von den etwa 120.000 Juden in den Niederlanden wurden 106.000 von den Nazis umgebracht. (Vgl. Martin Gilbert, Jewish History Atlas. Jerusalem; Tel Aviv; Haifa: Steimatzy Ltd., 1985, 3rd Edition, S. 103)

Bundestag verschärft Asylrecht

Am 13.11.86 verabschiedete der Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzesänderungen, die eine weitere Verschärfung der ohnehin schon restriktiven Asylrechtspraxis bedeuten. Im einzelnen wurde das Asylverfahrensgesetz in folgenden Punkten (gegen die Stimmen von SPD und Grünen) beschlossen:

— Als „offensichtlich unbegründet" gelten nunmehr alle Asylanträge, die mit der wirtschaftlichen Lage, einer „allgemeinen Notsituation" oder kriegerischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern begründet werden. Nur wirklich „politisch Verfolgte", so heißt es zynisch, sollen als Asylbewerber anerkannt werden.

— Das Arbeitsverbot für nicht anerkannte Asylbewerber wird von zwei auf fünf Jahre verlängert, sog. „Ostblockflüchtlinge" erhalten künftig erst nach einem Jahr eine Arbeitserlaubnis.

— Sog. „Nachfluchtgründe", die von einem in der BRD lebenden Ausländer erst im Nachhinein als Asylgrund angegeben werden — etwa infolge drastischer Veränderungen in ihren Heimatländern — fallen künftig völlig weg.

— Ein Flüchtling, der bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gesucht hat, verwirkt hierzulande die Anerkenung.

— Beförderungsunternehmen wie Fluggesellschaften müssen 2.000 DM Strafe zahlen, wenn sie Ausländer ohne gültige Einreisepapiere in die BRD befördern. Sie werden verpflichtet, drei Jahre lang hier nicht anerkannte Asylbewerber wieder auszufliegen.

Schon vor diesem Gesetzespaket ist der Visumzwang für alle Flüchtlinge aus den Staaten verschärft worden, die zu den „Hauptfluchtländern" zählen (Sri Lanka, Iran, Libanon usw.). Hinzurechnen muß mensch auch die Vereinbarungen zwischen der BRD bzw. Westberlin und der DDR. Die DDR hat sich vom 1.10.86 an verpflichtet, den bundesdeutschen Visumszwang für ausländische Einreisende über Ostberlin anzuwenden. Ergebnis: in den ersten drei Wochen nach dieser Vereinbarung beantragten nur noch 75 Flüchtlinge politisches Asyl (September: 4.000). In Helmstedt wurde im November nicht ein einziger Flüchtling als Asylantragsteller registriert. Dieses verabschiedete Gesetzespaket und die zusätzlichen Maßnahmen (Vereinbarungen mit der DDR) soll dem Ziel dienen, die Anzahl der Flüchtlinge, die in die BRD kommen, zu halbieren.

Die Maßnahmen knüpfen an Asylrechtsverschärfungen an, die seit etwa Mitte der siebziger Jahre, verstärkt seit 1980, diskutiert wurden. Hintergrund

nen, die Anzahl der Flüchtlinge, die in die BRD kommen, zu halbieren.

Die Maßnahmen knüpfen an Asylrechtsverschärfungen an, die seit etwa Mitte der siebziger Jahre, verstärkt seit 1980, diskutiert wurden. Hintergrund

ist vor allem eine Veränderung der Flüchtlingsstruktur: bis Anfang der siebziger Jahre handelte es sich überwiegend um „Ostblockflüchtlinge", die in die BRD kamen. 1974 betrug der Anteil der außereuropäischen Flüchtlinge bereits 70%. Es handelt sich also um Maßnahmen einer politischen und ethnischen Selektion, denn es ist erklärtes Ziel der Asylrechtsverschärfung, a) Flüchtlinge aus Ländern der „3. Welt" möglichst gar nicht mehr aufzunehmen und b) die Anzahl der Flüchtlinge insgesamt auf einem niedrigeren Niveau zu kontingentieren.

Zu diesem Zweck wurden von der damaligen Schmidt-Regierung u.a. der Visumzwang für Flüchtlinge aus den „Hauptfluchtländern" Afghanistan und Äthiopien eingeführt, für beide Herkunftsländer das sog. Zwischenlandsprivileg aufgehoben (vorher bestand noch das Schlupfloch, die BRD als Zwischenlandungsort anzugeben, für das kein Visumszwang existierte), der Sichtvermerk für Angehörige der genannten beiden Staaten eingeführt, der von der Auslandsvertretung der BRD ausgestellt werden muß. Fluggesellschaften wurden schon damals hohe Geldbußen auferlegt, wenn sie Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern ohne gültige Einreisepapiere beförderten. Ebenfalls unter Schmidt durchgesetzt waren das zweijährige Arbeitsverbot, die Aufhebung der Freizügigkeit, die Zwangsunterbringung in „Asylantenheimen" und die Einführung der Visumspflicht für Flüchtlinge aus allen zu erwartenden Fluchtländern.

Trotz dieser Regelungen gab es noch immer „Schlupflöcher", die seit der „Wende"-Regierung nunmehr zügig beseitigt wurden.

Das sogenannte Maßnahmenbündel der derzeitigen Asylgesetzgebungsverschärfung hat folgende praktische Konsequenzen:

1. Zum einen bezwecken die Gesetze eine hohe Abschreckung, überhaupt in der BRD um Asyl zu ersuchen. Dazu gehören die Ausweitung des Arbeitsverbots und die Internierungslager („Asylantenheime").
2. Strikter Visumszwang und Sichtvermerke, sowie restriktivere Anweisungen an bundesdeutsche Auslandsvertretungen (Botschaften, Konsulate usw.) sollen die Einreise schon präventiv verhindern.
3. Die restriktive, selbst gegen Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen verstoßende Neudefinition von Asylbegründungen (Asylanträge seien „unbegründet" in Fällen wirtschaftlicher Not, einer „allgemeinen Notsituation" oder „kriegerischer Auseinandersetzungen") legitimieren staatliche Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge bereits an der Grenze wieder abzuweisen — wie bei libanesischen Flüchtlingen bereits geschehen. Demnach können also alle Eriträer, Iraner, Kurden, Tamilen, Libanesen, Palästinenser oder Ghanesen nicht mehr damit rechnen, einen Anspruch auf Asyl wahrnehmen zu können. In Westberlin wurde bekanntlich die Ab-

Demnach können also alle Eriträer, Iraner, Kurden, Tamilen, Libanesen, Palästinenser oder Ghanesen nicht mehr damit rechnen, einen Anspruch auf Asyl wahrnehmen zu können. In

Westberlin wurde bekanntlich die Abschiebung von libanesischen Flüchtlingen auf dieser gesetzlichen Grundlage (§ 2 Asylverfahrensgesetz) eingeleitet.

Diese letztere Maßnahme geht sogar noch einen Schritt weiter, denn kam es bisher darauf an, Flüchtlinge in der BRD möglichst gar nicht erst aufzunehmen, zielt die Westberliner Maßnahme darauf ab, das bestehende Duldungsrecht (die „Duldung" von nicht anerkannten Asylbewerbern aus humanitären Gründen) zu beseitigen.

Die Verschärfung der Asylgesetzgebung gegenüber Flüchtlingen ging im übrigen einher mit einer sich immer mehr durchsetzenden restriktiven Gerichtssprechung. Da wurden Tamilen juristisch als nicht rassisch Verfolgte eingestuft, Iranern das Asylrecht ebenso verwehrt wie Kurden usw.

Höhepunkt war zweifellos ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.5.86, wonach Folter kein Asylgrund mehr sei. Folter gehöre durchaus zum Bestand der jeweils geltenden Staatsraison — „kemalistische Wertvorstellungen", heißt es in dem auf die Türkei bezogenen Urteil, seien „schutzbedürftig". Die Gefolterten hätten selbst Schuld, wenn sie, statt sich durch Geständnisse etc. gefügig zu erweisen, der Folter ausgesetzt würden. Mit diesem Staatsverständnis ließe sich auch die offene Folter in der BRD wieder begründen, wenn hiesige „Wertvorstellungen" des „Schutzes" bedürfen.

Urteile dieser Art überwiegen in der herrschenden Rechtssprechung. Die nunmehr verabschiedeten Asylverfahrensgesetze stellen eine gewisse Angleichung zwischen Judikative und Exekutive dar (1).

Die seit etwa 1980 massiv einsetzende Verschärfung der Asylgesetzgebung belegt auch, daß die Novembergesetze dieses Jahres keinesfalls nur aus aktuellen, rechts-populistischen Gründen der gegenwärtigen infamen Kampagne gegen Flüchtlinge resultiert. Sie bot höchstens einen willkommenen Anlaß, die Gesetze durchzupowern. Denn das neue Maßnahmenpaket geht auf einen Bericht der Schäuble-Kommission vom Juli dieses Jahres zurück, also bereits vor dem Einsetzen der Flüchtlings-Hetze im August dieses Jahres.

Die von den Konservativen ins Spiel gebrachte Diskussion um die Abschaffung bzw. Änderung des Asyl-Grundgesetzartikels hatte in gewisser Weise auch Ablenkungsfunktion, denn aus den beschriebenen gesetzlichen Veränderungen unterhalb des Artikel 16 geht klar hervor, daß das Asylrecht schon weitgehend abgeschafft worden ist. Von daher greift eine Kampagne, die sich allein auf die Verteidigung des Grundgesetzartikels beschränkt, entschieden zu kurz.

D., Westberlin

Quellen:
„Vorgänge", Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 4-1986
Kommune 12-1986
„taz" und „FR", Ausgaben November 1986

Quellen:
„Vorgänge", Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 4-1986
Kommune 12-1986
„taz" und „FR", Ausgaben November 1986

Anmerkung:
(1) Es ist darauf hinzuweisen, daß die Asylrechtsverschärfung in der BRD synchron mit ebensolchen Maßnahmen in anderen EG-Ländern verläuft. Die „Harmonisierung" auf EG-Ebene läuft, den Sonderfall Türkei einmal ausgenommen, darauf hinaus, grundsätzlich Flüchtlingen aus europäischen Ländern Asyl zu gewähren (also vor allem „Ostblockflüchtlingen") und die Behandlung außereuropäischer Flüchtlinge der jeweiligen nationalen Gesetzgebung zu überlassen.



Hungerstreik in Hamburg gegen Asylrecht und Hetzkampagne

Biedenkopf hat sich ver-lobt

Scharfe Kritik an seinen Grünen-Äußerungen in der CDU

Wieder einmal war Kurt Biedenkopf, CDU-Landesvorsitzender mit dem Image des unangepaßten Intellektuellen, klüger als seine Partei zu tolerieren bereit ist. Seine lobenden Worte für die Grünen (dokumentiert in der „Frankfurter Rundschau" vom 26.11.) enfesselten einen Sturm der Entrüstung — nicht bei den Grünen, von denen bislang keine Stellungnahme vorliegt, wohl aber in seiner eigenen Partei. Geißler schrieb Biedenkopf einen Brief, „der als ‚sehr scharf' und ‚geharnischt' bezeichnet wird". In der Bundestagsfraktion habe man „mit hellem Entsetzen auf Biedenkopfs Gedanken über die Grünen reagiert", und in der Düsseldorfer Landtagsfraktion wurde gar folgender Satz heftig beklatscht: „Die Basis der CDU ist nicht mehr bereit, diesen Spuk mitzumachen" (wir müssen uns hier auf die Insider-Informationen der FAZ verlassen; zu diesen Kreisen hat der AK keinen Zugang).

Biedenkopfs Grünen-Lob mußte die an differenzierte Gedankengänge nicht gewöhnten CDU-Basis-Wahlkämpfer vor den Kopf stoßen, auch wenn es, wie Biedenkopf glaubwürdig versichert, „nicht als Wahlkampfbeitrag gedacht gewesen" sei: Schließlich fielen die skandalösen Bemerkungen in einem Interview für das Buch des ehemaligen „FR"-Korrespondenten Dirk Cornelsen „Ankläger im Hohen Haus". Das das gerade in der Endphase des Bundestagswahlkampfs in die Buchhandlungen kommt, sei „eher zufällig" (Biedenkopf).

Wie auch immer — gesagt ist gesagt. Biedenkopf: Die Grünen „haben das Koordinatensystem verschoben in der Güterabwägung, die ja in einer modernen Industriegesellschaft ständig stattfinden muß zwischen Effizienz, technischem Fortschritt, Wohlstandssteigerung und Bewahrung und Sicherung von Menschlichkeit und Grundwerten. Darin liegt ihr wesentliches Verdienst." Dabei hätten sie „die Rolle des Außenseiters, in gewisser Weise des Hofnarren übernommen", wobei Biedenkopf sich beeilt hinzuzufügen, daß das „durchaus nicht abschätzig gemeint" sei. Allerdings sei das auch nicht unproblematisch. Durch das Narrenkleid, die Provokation als Mittel der Politik, hätten sie zwar „die Aufmerksamkeit auf sich und das gelenkt, was sie zu sagen hatten. Auf der anderen Seite aber haben sie es damit auch anderen erschwert, ihre Wahrheiten zu übernehmen." Was er damit meint, veranschaulicht er an einem Beispiel, über das man nur staunen kann: „Ein typisches Beispiel hierfür ist die Paragraph-218-Diskussion bei den Grünen. Hier wird ganz offensichtlich ein ernstes Thema so überzogen, daß man dies auch nicht mehr mit Enttabuisierung rechtfertigen kann. Da schießen die Grünen weit über das Ziel hinaus." Mit Geißlers Kampagne gegen den von den Grünen propagierten „Massenmord an Ungeborenen" hat diese dezente Mahnung kaum Berührungspunkte, eher schon mit innergrünen Kritiken an den „überzogenen" und „über das Ziel hinausschießenden" parteioffiziellen Beschlüssen zur ersatzlosen Streichung des § 218. Vielleicht sogar die grüne Mehrheitsstimmung trifft Biedenkopf mit seinem Appell zum Verzicht auf Provokation und zur Überwindung einer weiteren „Schwäche", der „Überbetonung der Diskontinuität" durch die Rotation, „die ja immer noch nicht ganz überwunden ist". Biedenkopf besteht übrigens ausdrücklich auf dem Wort „Schwäche", „weil das Wort Fehler eine Bewertung ist".

Neben diesen kritisch-solidarischen Ermahnungen findet Biedenkopf immer wieder anerkennende Worte für die Grünen. So hätten sie die „Bedeutung der kleinen Lebenskreise" verdeutlicht und Wandel geschaffen „im Bereich alternativer Agrarstrukturen". Nützlich findet er auch die Überlegungen der Grünen zu einem gesetzlich garantierten Grundeinkommen und ihre Problematisierung der Gen-Technologie. Hier hätten die Grünen „der Emotion wieder ein Recht in der Politik verschafft" und die „Allgemeingültigkeit von Sachgesetzlichkeiten — dazu zählt Biedenkopf auch „so geheiligte Sachgesetzlichkeiten wie Wachstumsvorstellungen und Energieverbrauch" — „in Zweifel gezogen".

Mit seinen Freundlichkeiten an die Adresse der Grünen läßt Biedenkopf auch eindeutig Hans Jochen Vogel hinter sich, der, ebenfalls von Dirk Cornelsen für dessen Buch befragt, den Grünen gerade noch zubilligt, hier und da richtige Fragen zu stellen. Auch das rückt Biedenkopf zurecht: „Richtige Fragen zu stellen, ist eines der schwierigsten Dinge, die es gibt", und: „Mein Eindruck ist, daß wir in unserem Land viel zu schnell Antworten geben und den Fragen viel zu wenig Bedeutung beimessen". Anders als Vogel findet Biedenkopf auch die Warnung der Grünen vor den „Spezialisierungsgefahren" positiv, ein Anliegen schon der „Studentenrevolte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, die intuitiv auch gegen die Gefahren der Spezialisierung gerichtet war". War Biedenkopf am Ende gar der bisher unbekannte Verfasser des 68er Slogans „Das Kapital leckt sich die Pfoten nach gut dressierten Fachidioten"?

Grüne Gefahr? Alles im Griff!

Biedenkopfs christdemokratische Parteifreunde, die sich über seine undogmatischen Höhenflüge ereifern, haben allerdings eine wesentliche Passage des Interviews überlesen. Nicht die Inhalte der Grünen will Biedenkopf übernehmen, sondern „ein Stück des politischen Habitus, soweit dieser Habitus Menschlichkeit betonen will". Beispielhaft und „ganz toll" findet Biedenkopf da den in diesem Jahr abgehaltenen familienpolitischen Kongreß der CDU: dort haben — ungelogen — Frauen gestrickt und sind Kinder durch den Saal getobt — ein unvorstellbarer Vorgang ohne die auf diesem Gebiet bahnbrechenden Leistungen der Grünen.


Grüne Parteitagskultur hält Einzug bei der CDU. Doch strickende CDU-Männer wurden noch nicht gesehen.
Foto: argus

Als bedrohliche Konkurrenten sieht Biedenkopf die Grünen nicht. Er hält mit ihnen vielmehr eine auch den etablierten Parteien nutzbringende Arbeitsteilung für möglich. Da „die großen Volksparteien (...) in großem Umfang widerstrebende Interessen und Meinungen (bündeln) und (...) sie durch Kompromisse handhabbar" machen, sind sie andererseits „relativ unbeweglich". Aus dieser Unbeweglichkeit ergibt sich die grüne Gemeinnützigkeit: „Das Auftreten politischer Fragestellungen an der Peripherie des Bekannten, des Geläufigen, des ‚Etablierten', die aber dann sehr wichtig werden, und ihr Vorantreiben durch kleinere Gruppierungen ist im politischen Wettbewerb unverzichtbar". Es bedarf nur heller (Bieden-)köpfe, damit die „großen Volksparteien" die Zeichen der Zeit erkennen, sich einen sichtbar menschlicheren „Habitus" zulegen und ihre Repräsentanten nachdenklichere Gesichter machen und etwas länger mit ihren Antworten warten lassen. Ob auf diesem Wege die Grünen-Wähler unter den „jungen Menschen von den kirchlichen Jugendverbänden bis zur Bauernjugend" (Biedenkopf laut FAZ, 4.12.) so einfach zurückzugewinnen sind, sei dahingestellt.

Ob Geißler an seine Wahlkampf-Gruselstory von der immer mehr im Schlepptau der systemverändernden Grünen befindlichen SPD glaubt, ist nicht bekannt; Biedenkopf jedenfalls hält das offenbar für totalen Blödsinn und erklärt vielmehr die Grüne Partei für relativ leicht „handhabbar". „Gefahren" sieht er „nicht in den Grünen als solchen, sondern im Mißbrauch ihres politischen Anliegens" durch „machtorientierte", marxistisch geschulte Kader aus „kommunistischen Gruppierungen". Zwar hat er unter dem Druck seiner eigenen Partei inzwischen behauptet, die Grüne Partei sei inzwischen tatsächlich „unter den Einfluß öko-sozialistischer und marxistischer Kräfte geraten" („FR", 28.11) und sein Lob beziehe sich allein auf die positiven Beiträge der Grünen „in der Vergangenheit". Aber abschwören muß in einer der „großen Volksparteien" jeder mal, der sich zu weit vorwagt. In dem Interview jedenfalls legt Biedenkopf sich bezüglich der weiteren Entwicklung der Grünen nicht fest. Dirk Cornelsens auf das „hessische Experiment" anspielende Frage — „Rechnen Sie damit, daß sie sich so

„Rechnen Sie damit, daß sie sich so

wandeln, daß es nicht mehr die ursprünglichen Grünen sind?" — läßt er unbeantwortet; ohne allerdings seine Wertschätzung für Joschka Fischer und seine Crew zu verbergen: „... die Frage ist nur, ob Joschka Fischer noch ein Grüner ist. Ich meine jetzt inhaltlich. Ob er das überhaupt in dem Sinne, wie Grüne sich definiert haben, in einem Ministeramt sein kann. Ich kenne Joschka Fischer aus einer Reihe von Gesprächen, und es war immer ein Gewinn, mit ihm zu reden. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, ob nicht das, was Joschka Fischer jetzt macht, mit dem, was die Grünen eigentlich tun wollen und wofür sie ein Mandat reklamiert haben, unvereinbar ist".

In der Tat eine interessante Anregung für die grüne Diskussion des „hessischen Experiments". Im Übrigen soll der Biedenkopf mal aufpassen, daß er nicht selber exkommuniziert wird. „Manchmal frage ich mich, ob der Kurt noch einer von uns ist", soll



Helmut Kohl jüngst geäußert haben („Der Spiegel", 8.12.). Notfalls hilft die Gründung eines parteiübergreifenden Bundes der (politisch) Heimatvertriebenen: mit Kurt und Joschka, strickenden Frauen und menschlichem Habitus.

Js., Hamburg

Norbert Mann bleibt Staatsmann

Norbert Manns Bundestagsrede zu den neuen „Antiterrorgesetzen", in der er der Bundesregierung u.a. „Kapitulation vor dem Terrorismus" vorgeworfen hatte (vgl. AK 276, S. 2), wird nicht unter der Rubrik „peinliche Ausrutscher" abgeheftet. Nachdem MdB Christian Schmidt (GAL Hamburg) diese Rede scharf kritisiert hat, setzt Mann noch eins drauf. Zwar gibt er zu, daß er „*vielleicht zu stark rechtlich und rechtspolitisch und an manchen Stellen auch mißverständlich argumentiert*" haben könnte. Dem Vorwurf, der von der Koalition betriebenen Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung mit keinem Wort entgegengetreten zu sein, begegnet er auf eigentümliche Weise: „*Es geht um das demokratische Existenzrecht der Anti-Atom-Bewegung, ‚das klingt gut'. Die Strafbarkeit des Umsägens von Strommasten oder die Benutzung von Zwillen gegen Polizeibeamte hat damit ebensowenig zu tun wie eine Bestrafung solcher als gemeinschädliche Sachbeschädigung oder bis zum Totschlag strafbaren Verhaltensweisen mit terroristischen Gewalttaten nach dem geplanten neuen ‚Anti-Terror-Gesetz'.*" Dieser konfuse Satz soll wohl in etwa folgendes aussagen: Begegnet den gemeingefährlichen Strommastumlegern mit der ganzen Härte des Gesetzes, verurteilt Steineschmeißer und Zwille-Schützen wegen versuchten Totschlags; der Paragraph über die „terroristische Vereinigung" ist dann nicht mehr notwendig. Und was soll die Aburteilung von Gewalttätern mit der Anti-Atom-Bewegung zu tun haben?

Wichtiger noch als die Distanzierung von allen, die anläßlich von Demonstrationen auch mal Gesetze übertreten, ist Norbert Mann das grundsätzliche Bekenntnis zu diesem Staat und seinem Gewaltmonopol: „*Christian Schmidts beißende Polemik ist allen Verkürzungen und Entstellungen meiner am 6. November gehaltenen Rede zum Trotz sehr hilfreich. Sie legt einen bis heute ungeklärten grünen Grundkonflikt offen: unser Verhältnis zum Staat. Der Kern von Christian Kritik liegt denn auch darin, daß ich durchgehend versucht habe, aus meinem ‚trotz alledem' mit innerer Überzeugung positiven Verhältnis zu dieser ‚unserer Republik' zu argumentieren.*" Daß er in dieser Frage die Mehrheit der Fraktion hinter sich hat, steht für ihn außer Zweifel: „*Ich habe mich nach besten Kräften bemüht, in meinem Redebeitrag das zu verarbeiten, was wir im Arbeitskreis Recht und Gesellschaft und in der Fraktion diskutiert haben, und bin gespannt darauf, wie die Fraktion auf Christians Kritik reagiert.*"

Udo Tischer — Warum erst jetzt?

Den Rücktritt des grünen Bundestagsabgeordneten Udo Tischer aus dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung haben wir schon im letzten AK gemeldet. Inzwischen liegt uns sein 11 Seiten langes Begründungsschreiben vor. Da Tischer inzwischen auch aus Fraktion und Partei ausgetreten ist, sein Mandat aber behalten will, kommen wir noch einmal auf diesen unerfreulichen Vorgang zurück, obwohl es schwerfällt. Tischers 11-Seiten-Papier enthält unglaublich viel Unsinn, ist in sich unlogisch und dabei noch nicht einmal komisch. Was für Deppen und Spießer schicken die Grünen eigentlich in den Bundestag? Sind unter den Kandidaten für 1987 ebensolche Pfeifen? Gewisse Mindestanforderungen sollten schon erfüllt sein. Die Kombination rechts und blöd übersteigt das Maß des Zumutbaren.

Um der Pflicht zur Berichterstattung Genüge zu tun — was hat uns Udo Tischer zu sagen? Vier Programmforderungen der Grünen haben ihn aus dem Bundestagsausschuß vertrieben: „— *Forderung nach Gleichstellung von Homosexualität mit ehelichen oder normalpartnerschaftlichen Beziehungen; — Forderung für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle und Lesben; — Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218; — Forderung nach Austritt aus der NATO.*" — „*Weitere Gründe liegen in den Eiszeitentwicklungen zwischen Grünen und den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft*".

Zum ersten Punkt — Gleichstellung schwuler Beziehungen mit der heiligen Familie: „*Nicht nur als Vater zweier Jungen (11 und 12 Jahre alt), sondern auch als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates des Hauptschulverbandes Nellingen (Alb-Donau-Kreis) halte ich diese politische Forderung für familienpolitisch äußerst gefährlich. Um diese Forderung mitzutragen, müßte man christliche Ethik und Grundsätze ebenso über Bord werfen wie jahrtausendalte Empfindungen menschlicher Geschlechter untereinander.*" Es folgen Hinweise auf den in der Tierwelt anzutreffenden „Familiensinn" und weitere Beweisführungen auf gleichem Niveau.

Ganz schlimm käme es, würde die zweite Forderung verwirklicht, das Adoptionsrecht für schwule Väter und lesbische Mütter: „*Oder hat man auch einfach die Gefahr übersehen, daß die Adoptionskinder schwuler/lesbischer ‚Eltern' im psychischen Konfliktfall zur gebräuchlichen Reaktion neigen, um innere Probleme loszuwerden: Alkohol — Rauschgift — Selbstmord!*"

Seine Kritik an der ersatzlosen Streichung des § 218 hat sich Tischer bisher nicht vorzubringen getraut — „*Gemäß der Sache waren bei diesen Diskussionen die befürwortenden Frauen in aussichtsloser Übermacht.*"

Und daß der Austritt der BRD aus der NATO wider den gesunden Menschenverstand ist, bedarf für Udo Tischer kaum einer Begründung: „*Unterstellt man, daß im NATO-Bündnis aggressive und friedliebendere Staaten an einem Tisch sitzen, so können die friedfertigen Staaten durchaus eine mäßigende Rolle im Bündnis ausüben. Dies können wir heute bereits beobachten. Wichtig dabei ist, daß sie i n n e r h a l b des Bündnisses alle Möglichkeiten eines mäßigenden Einflusses ausüben.*"

Das Verhältnis zwischen Grünen und DGB schließlich ist nicht deshalb gespannt, weil der DGB eher mit Strauß als mit dem grünen Bundesvorstand verhandelt, sondern weil die Grünen den DGB unablässig provozieren. „*Dieses Verhältnis zwischen Grünen und Gewerkschaften hat mich tief und bitter enttäuscht, weil damit meine Basis politischen Handelns entzogen wurde.*"

Vielleicht ist Tischers Austrittspapier auch gar nicht ernst gemeint. Die „Frankfurter Rundschau" jedenfalls mutmaßt, daß es Tischer nicht zuletzt um schnöde Bereicherung geht: „*Tischers Auszug aus der Fraktion hat nämlich noch eine pikante finanzielle Note. Da er, wie die Fraktion sagt, noch keinen Pfennig in den Ökofonds eingezahlt hat (jeder Grünen-Abgeordnete zahlt vier bis sechstausend Mark im Monat), wird Tischer wohl einen sechsstelligen Betrag in die eigene Tasche stecken können*" („FR", 5.12.). In diesem Fall nehmen wir die hier vergeudeten Zeilen mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurück.

Was ist schon Wirklichkeit

Die KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg — Teil 2

Legendenumwoben wie kaum ein anderes politisches Ereignis von zentraler politischer Bedeutung in diesem Jahrhundert ist der Spanische Krieg. Wesentlich mitgestrickt an den Legenden hat die „orthodoxe" KP-Geschichtsschreibung.

Im ersten Teil seiner Arbeit (AK 276) stellte unser Gastautor p. die Entstehung der spanischen Republik, der „Volksdemokratie" und ihrer „inneren Feinde" nach der Sicht der KP-Historiographie dar. In diesem zweiten und abschließenden Teil geht es um die Kollektivierungen; das Verhältnis von Staat, Partei und Massen sowie um das Geschichtsbild und die Wirklichkeitssicht der KP-Geschichtsschreibung. Denen, die nach- und weiterlesen wollen, sei die ausführliche kommentierte Literaturliste am Ende des Artikels empfohlen.



(Foto: Namuth/Reisner)

Kollektivierungen — Idiotie und Zwang

Das Interesse der KP-Geschichtsschreibung an den Kollektivierungen im Spanischen Krieg ist nicht eben von der allergrößten Lebendigkeit: Bei Kühne (S. 9-42) beispielsweise, einer in vieler Hinsicht repräsentativen Darstellung, ist von irgendwelchen Kollektivierungen überhaupt nicht die Rede; es heißt bloß einmal, daß PCE und PSUC „sich entschieden gegen Bestrebungen (wandten), die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen" (Kühne 25), worunter man sich alles mögliche vorstellen kann, bloß nicht, daß bedeutende Gruppen Kollektivierungen durchgeführt haben.

Wenn überhaupt von Kollektivierungen die Rede ist, dann immer von Zwangskollektivierungen. „Trotzkistische und faistische Gruppen" hätten versucht, „den Charakter unseres Krieges zu entstellen". Sie nahmen „den Bauern ihr Land und ihre Habe" weg und zwangen sie, „in anarchistische Kollektivwirtschaften einzutreten" (Ibárruri 353). Das gleiche gilt für Industrie und Handel, wo undemokratisch oder gar nicht gewählte Komitees die Arbeiter ausbeuten (Longo 240; vgl. zu dem ganzen Longo 95 und 129f, Renn 275f). Verblüffenderweise fehlt weitgehend der Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit. Nur Renn schießt wieder mal den Vogel ab; unter seinen „Wort-Erklärungen" heißt es:

„CNT — (...) große anarchistische Gewrkschaft, die politisch nicht immer schlecht war, aber eine elende Praxis hatte. So sozialisierte sie das Verkehrs-Wesen Barcelonas und verteilte alle Einkünfte unter ihre Mitglieder. Als sie den Wagenpark heruntergewirtschaftet hatte, wandte sie sich an die Regierung um Hilfe, denn sie hatte kein Betriebs-Kapital zurückgelegt." (Renn 383) (1)

Mit einem Wort: Im Grunde hat es keine Kollektivierungen gegeben — wie sollte es auch, da ja die proletarische Revolution (von der Partei als Geschichtsvollzieher) noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde —, wenn doch, nur durch die Gewalttätigkeit der Anarchisten und Trotzkisten.

Soziale Revolution

Soziale Revolution

Nur wenn man begreift, daß die Massen am 19. Juli 1936 nicht einfach ihre Republik verteidigten, sondern aus dem Putsch der einen die soziale Revolution der anderen Seite wurde, kann man die Tatsache und Dimension der Kollektivierungen überhaupt verstehen. Nachdem der Generalstreik ausgerufen und der Putsch niedergeschlagen war, gingen die Arbeiter nicht einfach wieder mit patriotisch geschwellter Brust an ihre Arbeit. Das ging schon aus dem einfachen Grund nicht, weil z.B. nur noch 10% der Textilunternehmer in Katalonien geblieben waren (Bernecker II 190).

Für die Arbeiter war die Übernahme der Betriebe und die Umstellung der Produktion auf das für den Krieg Notwendige das erste konkrete Ziel (Mintz 52-8). Dabei entstanden unterschiedliche Formen: das von der Belegschaft gewählte Komitee übernahm entweder die Koordinierung selber oder arbeitet mit der ehemaligen Unternehmensleitung zusammen. Schon aus der großen Vielfalt der Kollektivierungsformen wird ihr weitgehend spontaner Charakter deutlich; dies wird von allen Autoren, die sich damit beschäftigt haben (und das haben die KP-Geschichtsschreiber eben nicht) immer wieder betont. Obwohl die CNT-Mitglieder an der Spitze der Kollektivierungsbewegung standen, bildeten sich fast überall gemischte CNT/UGT-Komitees, und die CNT-Führung beschränkte sich in der ersten Zeit vor allem darauf, ihre Mitglieder von der Kollektivierung ausländischer Betriebe abzuhalten, um keinen Vorwand für eine Intervention zu geben (Mintz 53f).

Auf dem Land ist die Lage noch verwickelter und von Region zu Region sehr unterschiedlich. In vom Großgrundbesitz beherrschten Landstrichen bildeten die Landarbeiter auf dem verlassenen Gelände ein Kollektiv, in anderen Gebieten schlossen sich Kleinbesitzer zusammen; teils bildete die Kollektivität einfach eine Produktionseinheit, teils übernahm sie praktisch die Dorfverwaltung. (Zum ganzen Komplex vgl. Broué/Témime 182-96, Huhle 121-35, Mintz 51-132, Semprún-Maura 83-150, Bernecker II)

Es gab im Winter 1936/37 ca 1.500 landwirtschaftliche Kollektive, insgesamt waren im republikanischen Spanien ca 3 Millionen Menschen, das ist mehr als ein Drittel der Landbevölkerung, in Kollektiven organisiert (Bernecker II 55f). In der Industrie ist der Anteil der Kollektive noch wesentlich höher, was nicht zuletzt damit zu tun hat, daß sie vor allem in Katalonien konzentriert war und die CNT dort ih-
Anteil der Kollektive noch wesentlich höher, was nicht zuletzt damit zu tun hat, daß sie vor allem in Katalonien konzentriert war und die CNT dort ih-
re stärkste Position hatte. 1937 war praktisch die gesamte Textilindustrie kollektiviert (Bernecker II 190), nach Semprún-Maura waren bereits wenige Tage nach dem Putsch mehr als 70% aller Industrie- und Handelsunternehmen Kataloniens von den Arbeitern beschlagnahmt (Semprún-Maura 84).

Es dürfte von hier aus einigermaßen schwerfallen, die Kollektivierungsbewegung als Randerscheinung abzutun. Eher trifft wohl zu, daß sie „eine Massenbewegung von gewaltigem Ausmaß war, die ohne Vergleich in der europäischen Revolutionsgeschichte ist." (Huhle 127) Deren Studium sollte sich für diejenigen, die sich Kommunisten nennen, eigentlich lohnen.

Die Gewaltfrage

In diese Bezüge gestellt erhält auch die Frage nach der Gewalt bei der Bildung insbesondere der landwirtschaftlichen Kollektive einen anderen Stellenwert als in der KP-Geschichtsschreibung. Kein ernstzunehmender Autor verneint, daß es bei den Kollektivierungen auch zu Gewaltandrohung oder -anwendung gegen kollektivierungsunwillige Bauern gekommen ist, insbesondere in Aragonien (Semprún-Maura 114f, Huhle 98, Broué/Témime 189-91 und 283, Bernecker II 97f, Mintz 65-9). Es ist aber ganz ausgeschlossen sich vorzustellen und läßt sich durch nichts belegen, daß die landwirtschaftlichen Kollektive ausschließlich oder in erster Linie durch Waffengewalt der Anarchisten zustande kamen — tatsächlich waren es gerade die der KP-Geschichtsschreibung verhaßten CNT/FAI-Führer, die ständig zur Toleranz auffordernde Stellungnahmen abgaben (siehe z.B. Bernecker I 250).

Hätte man das Interesse, etwas über die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren, anstatt ein Gewäsch von Teilwahrheiten, Behauptungen und Lügen in die Welt zu setzen, müßte man sich schon ein bißchen um die Quellen kümmern, aus denen heraus sich diese Wirklichkeit vielleicht ermitteln läßt. Zwei dieser Quellen scheinen mir klar gegen eine prägende Rolle der Gewalt
Wirklichkeit vielleicht ermitteln läßt. Zwei dieser Quellen scheinen mir klar gegen eine prägende Rolle der Gewalt
in der Kollektivierungsbewegung zu sprechen. In allen Umfragen, die während des Krieges über die Kollektive liefen, wird eine große Vielfalt der Kollektivformen und eine starke Ungleichmäßigkeit in der Verteilung der Kollektive im Land sichtbar, die bei einer organisierten Zwangskollektivierung seitens der CNT/FAI kaum entstanden sein dürften. Bei Mintz (60) findet sich eine Tabelle vom September '36, aus der Zeit des größten Einflusses der Anarchisten. In ihrer Hochburg Katalonien antworteten 14 Dörfer auf die Frage, ob es Kollektivierungen gebe oder nicht, davon bezeichneten sich 5 als völlig, 5 als teilweise und vier als gar nicht kollektiviert (eine ausführlichere Tabelle bei Bernecker II 115-24). Auch die Statuten, die sich die Kollektive gaben (Beispiele in Bernecker I 271-84), machen die große Unterschiedlichkeit von Kollektiv zu Kollektiv deutlich. Die Bestimmungen selbst sind stark an lebenspraktischen Fragen orientiert und legen auch die Ein- und Austrittsformalitäten genau fest. Den Etatplan eines Mobilen Einsatzkommandos zum Einfangen entlaufener Mitglieder habe ich dagen nirgends gefunden.

Ich denke, daraus läßt sich zweierlei ersehen:

1. Mal ganz abgesehen von den wilden Übertreibungen der KP-Geschichtsschreibung, was die Rolle der Gewalt bei den Kollektivierungen betrifft, analysiert sie diese nie unter dem Gesichtspunkkt der Klassenauseinandersetzungen, sondern behandelt sie abstrakt. Gewalt tritt auf — und das ist zu verurteilen. (2) Es fehlt jegliche Differenzierung der Agrarbevölkerung in (fest oder vorübergehend angestellte) Landarbeiter, Parzellenbauern, Kleinbauern und Erbpächter, Mittelbauern, Großgrundbesitzer sowie eine Analyse deren unterschiedlicher Interessen, auf die die Auseinandersetzungen um die Kollektivierungen letztlich zurückgehen.
2. *Praktisch* vertrat die PCE und vertritt ihre Geschichtsschreibung jedoch eindeutig die Interessen der Kleinbesitzer.

„Aber es möge niemand glauben, daß die KP jetzt ihre eigenen Kräfte, die kleinen Bauern und die kleinen Produzenten nämlich, aufgibt zugunsten derer, die sie bisher ausgeraubt haben." (Ibárruri am 17.6.37, in: Bernecker I 225)

Die „eigenen Kräfte" der PCE = „die kleinen Bauern und die kleinen Produzenten" — das sind immerhin, vielleicht ungewollt, deutliche Worte. Oder im stolzen Rückblick:

„Die Republik schützt die Interessen der kleinen Kaufleute und begann mit der Liquidierung des von den faistischen Führern aufoktroyierten Systems der Beschlagnahmen." (Ibárruri 354)

Da jedoch das „System der Beschlagnahmen" nicht von den „faistischen Führern" aufoktroyiert wurde, lautet der Satz: Die Republik, an vorderster Front die Kommunistische Partei, schützte die Interessen der kleinen Kaufleute vor denen der Arbeiter.

Vor 50 Jahren ...?

Ist die Auseinandersetzung mit einer Geschichtsschreibung eine Freizeitbeschäftigung überflüssiger Intellektueller, selbst ein „Fall für die Akten"? Ich hoffe nicht. Um das zu zeigen, versuche ich in diesem Abschnitt meine Kritik soweit zu verallgemeinern, daß der Leser vielleicht für die eine oder andere der behandelten Stellen etwas aus seiner eigenen Anschauung einsetzen kann.

Volksfront statt Klassenkampf?

Volksfront statt Klassenkampf?

„Der erste Schlag Hitlerdeutschlands traf das tapfere spanische Volk. (...) Geeint durch die Volksfront traf damals Spanien alle Vorbereitungen, sich seines feudalistischen Zustandes zu entledigen. Die hohe Geistlichkeit und der Großgrundbesitz waren endlich gezwungen, sich, wenn auch widerstrebend, dem Willen der Allgemeinheit unterzuordnen." (Gorrish 7)

Die revolutionären Umgestaltungen gewährleisteten das unerschütterliche Vertrauen und die tatkräftige Mitarbeit aller Klassen und Schichten, die nicht mit der Konterrevolution verbunden waren." (Kühne 22)

„Diese Kraft (mit der die Rebellen rechnen mußten) war die Arbeiterklasse, waren die werktätigen Massen, das Volk. Die Rebellen hatten die Lehren vergessen, die das spanische Volk Napoleon im Unabhängigkeitskrieg erteilt hatte." (Ibárruri, in: Freiheitskampf 20)

Das tapfere spanische Volk — Das durch die Volksfront geeinte Spanien — Die Allgemeinheit — Alle nicht mit der Konterrevolution verbundenen Klassen und Schichten — Die Arbeiterklasse = Die werktätigen Massen = Das Volk — Das spanische Volk. Solcherart sind die Kategorien, mit denen die KP-Autoren versuchen, Geschichte zu beschreiben. Dabei kommt es mir natürlich nicht darauf an, andauernd etwas von Klassenkampf daherzuplappern. Wenn Kühne (20) schreibt

„Der national-revolutionäre Krieg des spanischen Volkes bewies anschaulich, daß die leninistische Einheits- und Volksfronttaktik der kommunistischen Parteien harter Klassnkampf ist."

bewegt sich diese Aussage auf der gleichen analytischen Ebene wie das Volks-Palaver. Ob man eine geschichtliche Situation marxistisch analysiert oder nicht, erweist sich doch wohl daran, daß man die konkreten Auseinandersetzungen auf die unterschiedlichen Klasseninteressen zurückführen kann. An der Kollektivierungsfrage sieht man beispielhaft, daß die KP-Geschichtsschreibung dies nicht tut.

Es scheint so, daß die Volksfrontideologie dazu führt, daß unterschiedliche Interessen innerhalb des „Volkes" entweder gar nicht als solche wahrgenommen werden oder die offene Auseinandersetzung vermieden wird, um den *Schein* der allgemeinen Interessengemeinschaft des Volkes aufrechtzuerhalten. Als Antifaschisten hatten die Gruppen auf republikanischem Gebiet ein zwar nicht identisches, aber doch zu vereinbarendes gemeinsames Interesse, nicht aber in der Frage der Kollektivierungen. Vor die *Tatsache* der Kollektivierungen gestellt, vertritt die PCE real eine konterrevolutionäre Politik (das, was nicht sein darf, soll wieder rückgängig gemacht oder zumindest entschärft und kontrolliert werden), und die KP-Geschichtsschreibung kann die Auseinandersetzungen nur als Angriff einer Verschwörerclique auf die Einheit des Volkes begreifen.

Wenn die wirklichen Gruppen nicht mit ihren wirklichen Interessen gesehen werden (können), müssen die Ziele der Pseudo-Gemeinschaft desto schwammiger werden:

„Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften gab sie (die PCE — p.) auf die Frage ‚Wofür kämpfen wir?' die klare Antwort: ‚erstens für das Gesetz, zweitens für die Demokratie, drittens für die Freiheit, viertens für die Menschenrechte, fünftens für die Errungenschaften, die in freien Wahlen durch den Volkwillen erlangt wurden.'" (Kühne 21)

Das ist allerdings eine sehr klare Antwort — vielleicht sollte man es eher ein Geständnis nennen? Das sind Leerformeln, die sich ohne weiteres mit dem Sprachgebrauch gewisser Bundeskanzler messen können. Im übrigen scheinen ziemlich große Teile „des" Volkes durchaus nicht nur für das gekämpft zu haben, was sie in freien Wahlen durch ihren Willen erlangt hatten.

Paranoia und Moral

Ich habe behauptet, daß Auseinandersetzungen innerhalb des „Volksblocks" unter dem Blickwinkel der Volksfrontideologie nicht als solche wahrgenommen werden, daß — anders gesagt — Widersprüche im Volk als Widersprüche zwischen Volk und Feind begriffen werden. Das führt zu einem schier unglaublichen Maß an Verfolgungswahn, der, wie die Moskauer Prozesse und auch vieles in Spanien lehren, durchaus zur „materiellen Gewalt" werden kann:

„Dolchstöße in den Rücken
Nach der Schlacht von Guadalajara verstärkt sich die Zersetzungsarbeit der Agenten der fünften Kolonne (...) Es ist die klassische Methode des Faschismus: die Front des Friedens zu sprengen, um sie leichter
Nach der Schlacht von Guadalajara verstärkt sich die Zersetzungsarbeit der Agenten der fünften Kolonne (...) Es ist die klassische Methode des Faschismus: die Front des Friedens zu sprengen, um sie leichter
schlagen zu können.
Die gesamte ruchlose Aktion wird von den Agenten Francos, der Ovra (italienischer Geheimdienst — p.) und der Gestapo geleitet, die sich unter der Ägide der POUM, einer angeblichen Arbeiterpartei der marxistischen Einigung zusammengefunden haben." (Longo 238f)

„Die Agenten des internationalen Imperialismus — die Trotzkisten, Anarchisten, Rechtssozialisten und sonstige Verräter — (...)" (Ibárruri, in: Freiheitskampf 44; als besonderen Genuß empfehle ich Renn 271-278, 304, 325, 368 oder 378)

Der Volksfront-Ideologe (oder soll ich sagen der Stalinist?) ist unfähig, andere Positionen als andere Positionen zu begreifen; für ihn werden sie einfach zur Sabotage. Und zwar ist die Auseinandersetzung scheinbar umso weniger

Fortsetzung nächste Seite

Korrektur zu Teil 1 dieses Artikels

Aufgrund eines technischen Versehens sind aus dem 1. Teil dieses Artikels zwei Kapitelüberschriften herausgefallen. Die Kapitelüberschrift unmittebar nach dem Vorspann lautet: Unsere Neue Republik. An der Stelle des Artikels, wo in letzter Not eine schmale schwarze Linie gezogen worden ist, hätte stehen sollen die Überschrift: Kleine Einwände.

Abkürzungsverzeichnis

CNT Confederación Nacional del Trabajo (Nationalbund der Arbeit; anarcho-syndikalistisch)
FAI Federación Anarquista Ibérica (Iberische Anarchistische Föderation; halb geheim, anarchistisch)
KI Kommunistische Internationale (Komintern)
PCE Partido Comunista de Espana (Kommunistische Partei Spaniens)
POUM Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei marxistischer Vereinigung; linkskommunistisch-antistalinistisch)
PSOE Partido Socialista Obrero Espanol (Sozialistische Spanische Arbeiterpartei; sozialdemokratisch-sozialistisch)
PSUC Partit Socialista Unificat de Catalunya (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens; KI-Mitglied)
UGT Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Arbeiterbund; sozialistische Gewerkschaft)

Fortsetzung von vorheriger Seite

möglich, je näher die Gruppen in den theoretischen Grundlagen der eigenen Position sind: im Verhältnis zu den ,,Trotzkisten'', die sich erdreisten, sich ebenfalls Marxisten und sogar Leninisten zu nennen, kann von Auseinandersetzungen wohl schwerlich die Rede sein, nur wenig besser sieht es gegenüber Sozialisten und Anarchisten aus.

Wenn mit der Breite der Volksfront jede Analyse den Bach runtergeht, tritt eine alte Bekannte an deren Stelle: die Moral. Dauernd (z.B. Kühne 21) ist von den ,,ehrlichen'' Kräften die Rede; es wird nicht mehr gefragt, aufgrund welcher Interessen eine Gruppe in der Front der Antifaschisten steht, sondern diese besteht aus Ehrlichen, z.B. einem Großteil der Anarchisten, die man bloß noch ein bißchen erziehen muß, damit sie zur Vernunft kommen (Renn 160-2), und leider auch Unehrlichen, also im Grunde Spionen, Nicht-Volk — vor allem natürlich die in faschistischen Diensten stehenden Trotzkisten.

Staat, Partei und Masse

Welcher Staatsbegriff steht eigentlich hinter dieser Konzeption des für die Demokratie gegen den Faschismus kämpfenden Volkes? Wir erinnern uns z.B. an den Satz: ,,Die Volksmassen Spaniens erhoben sich unter Führung der Kommunistischen Partei zur Verteidigung der Republik.'' (Freiheitskampf 429) Im Hinblick auf das über die Volksfrontideologie Gesagte meine ich: Wenn es außer Leerformeln keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten gibt bzw. Auseinandersetzungen gescheut werden müssen, dann ist der Staat eben das, was die Gemeinsamkeit stiftet:

> So zitiert Longo Diaz mit folgendem Satz: ,,Die Fabriken der Rebellen, die enteignet worden sind, gehören dem Staat; sie gehören dem Volk, dem gesamten Volk und nicht einer bestimmten Gruppe.'' (Longo 240)

Der Staat, das ist das Volk, und zwar das ganze Volk, und nicht nur eine be-

nicht einer bestimmten Gruppe.'' (Longo 240)

Der Staat, das ist das Volk, und zwar das ganze Volk, und nicht nur eine be-
stimmte Gruppe — das ist eine atemberaubende Aussage. ,,Der Staat bin ich'' soll sich jeder Volksfront-Republikaner sagen, denn der Staat ist ja keine Abstraktion:

> ,,Anarchistische Wirrköpfe warfen der Kommunistischen Partei Spaniens vor, sie versteife sich ,auf die Verteidigung längst verfaulter bürgerlich-politischer Formen'. Sie behaupteten, die Republik sei ,eine Abstraktion' (...)'' (Kühne 24)

Nun, ich denke, wenn der Typus Kühne sich für ,,den Marxismus'' in etwas anderer Weise interessieren würde als der Musterschüler, der seine Hausaufgaben abliefert, müßten ihm folgende Sätze eher peinlich sein:

> ,,Es folgt hieraus, daß der Mensch durch das *Medium des Staats*, daß er *politisch* von einer Schranke sich befreit, indem er sich im Widerspruch mit sich selbst, indem er sich auf eine *abstrakte* und *beschränkte*, auf partielle Weise über diese Schranke erhebt. Es folgt ferner, daß der Mensch auf einem *Umweg*, durch ein *Medium*, wenn auch durch ein *notwendiges Medium* sich befreit, indem er sich *politisch* befreit. Es folgt endlich, daß der Mensch, selbst wenn er durch Vermittlung des Staates sich als Atheisten proklamiert, d.h. wenn er den Staat zum Atheisten proklamiert, immer noch religiös befangen bleibt, eben weil er sich nur auf einem Umweg, weil er nur durch ein Medium sich selbst anerkennt.'' (Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW 1, 353)

Genau dieselbe ,,Uneigentlichkeit'' wie beim Verhältnis der Massen zum Staat (sie tun etwas nicht für sich, sondern für ,,ihre'' Republik) finden wir bei ihrer Beziehung zur Partei der Arbeiterklasse. Die KP ist die Vorhut der Arbeiterklasse, das hat ja auch die Arbeiterklasse, pardon, das Volk, nun begriffen: ,,Geduldig'' — denn wir sind kein böser Papi, ein guter sind wir — ,,erläuterten sie (die spanischen Kommunisten — p.) den Massen ihren Standpunkt.'' (Kühne 26) Ein bißchen Geduld bei der Erziehung lohnt sich ja mehr als immer gleich zuzuschlagen, wie der kluge Erzieher weiß: ,,Augenblicklich begriffen die Massen, daß ohne das Bestehen der Kommunistischen Partei die Reaktion ihre Pläne verwirklicht hätte, ohne den geringsten Widerstand zu finden.'' (Ibárruri 320) Und noch einmal Kühne: PCE und PSUC ,,wandten sich entschieden gegen Bestrebungen, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen.'' (Kühne 25)

Man muß sich einmal in aller Deutlichkeit klarmachen, welches Weltbild in diesem Satz sichtbar wird: Die Masse selber tut gar nichts, sondern es gibt immer nur Gruppen, die ,,auf die Tagesordnung setzen'' — die Masse folgt dann (oder wird folgen gemacht?). In diesem Fall drohte mal wieder eine Versuchertruppe gegen die Gute Partei aufzutreten und wollte einfach so die proletarische Revolution auf die Tagesordnung setzen. Das hätte natürlich schlimm enden können...

Es scheint der KP-Geschichtsschreibung schlicht undenkbar zu sein, daß die Massen *ihre* Revolution machen. *Deshalb* muß die soziale Revolution verschwiegen werden, denn sie bedeutet, daß die Leute keineswegs nur ,,ihre'' Republik verteidigt und das befolgt haben, was die PCE ,,geduldig erläuterte'', sondern ihre eigene Sache

deutet, daß die Leute keineswegs nur ,,ihre'' Republik verteidigt und das befolgt haben, was die PCE ,,geduldig erläuterte'', sondern ihre eigene Sache
betrieben haben. Diese Möglichkeit taucht aber in der KP-Geschichtsschreibung nicht auf (=Error).

Geschichtsbild und Wirklichkeitssicht

Warum hätte es eigentlich schlimm enden können, die proletarische Revolution ,,auf die Tagesordnung zu setzen''? — ,,Es wäre Abenteurertum gewesen, hätte man versucht, notwendige Entwicklungsetappen zu überspringen.'' (Kühne 30) Denn: ,,Das spanische Volk löst die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.'' (Ercoli — d.i. Togliatti — 1937, in: Bernecker I 71)

Denn nicht wie wir wollen, sondern wie du (Staat, Parti, Geschichte) willst. Dafür gibt es dann auch Belohnungen vom Geschichtsschreiber, besonders natürlich — wir ahnten es schon — für den eingeborenen Sohn: ,,Die UdSSR hat alle Prüfungen bestanden, die ihr von der Geschichte auferlegt wurden.'' (Kühne 51)

Unter dem Druck dieser Zitate fällt mir der Widerspruch gegen Semprún-Mauras Spott schwer, dem die Beute nicht entwischt:

> ,,So wird im März 1937 ein kommunistischer Führer von der ,fixen Idee der Sozialisierung und der Beschlagnahme' sprechen und sagen können: ,Warum sind denn die Arbeiter in diese Irrtümer verfallen? Zuerst durch die Verkennung des politischen Moments, in dem wir uns befinden, was sie dazu gebracht hat zu glauben, wir seinen mitten in einer sozialen Revolution.' (Frente Rojo — offizielles PCE-Organ — vom 30.3.1937 — p.) Hier treibt der Unsinn der bürokratischen Lüge eine seiner schönsten Blüten: die Arbeiter glauben, eine soziale Revolution zu erleben — sogar so stark, daß sie sie machen — aber zum Glück ist die ,Arbeiterpartei' da, um sie eines besseren zu belehren, wenn nötig mit Waffengewalt. Die Partei ist *die Besitzerin der Revolution* und sie beschließt gegen die Massen, gegen die Tatsachen und gegen die Revolution selbst, daß ... die bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung steht!'' (Semprún-Maura 81)

Auch hier gilt also: Die Kollektivierungen haben nicht stattgefunden, weil sie nicht stattfinden konnten — das Volk löste ja grade man erst die Aufgaben der bürgerlich-demokratische Revolution. Die Maiereignisse waren kein Ausbruch von Interessenkollisionen (sondern ein Putschversuch faschistischer Agenten), weil es keine Interessenkollisionen gab — wir hatten ja die Volksfront. In diesem Sinne ist Spanien 1936-39 grade durch seine Nichtvergleichbarkeit (vor allem was die starke anarchistische Bewegung betrifft) ein beispielhafter Fall. Beispielhaft nämlich für das Verhältnis von mitgebrachtem Raster und Wirklchkeit bei der KP-Geschichtsschreibung. Es gibt wohl kaum einen zweiten Fall, an dem man studieren kann, wie sehr dieser heruntergekommene Marxismus an der Realität vorbeigeht, welche Leerstellen und offenen Fälschungen entstehen, weil beim Zusammenprall des Schemas mit der Wirklichkeit letztere den kürzeren zieht.

Aber was solls — auch für unsereinen gibt es noch einen Lichtblick:

> Die Behauptung, daß wir in der Epoche des untergehenden Imperialismus und des triumphalen Aufstiegs des Kommunismus leben, ist lediglich eine Konstatierung von Tatsachen, keinesfalls aber eine auf engem parteilichen Standpunkt beruhende Meinung.'' (Ibárruri 527)

p.



Bombenangriff auf das republikanische Valencia (Foto: Robert Capa)

Anmerkungen

1) Hätte er sich wenigstens ein anderes Objekt für seine Projektionen ausgesucht! Grade Barcelonas Verkehrsbetriebe dienen anarchistischen Autoren immer wieder als Musterbeispiel für das hervorragende Funktionieren der Kollektivwirtschaften, und in diesem Fall wohl zurecht (vgl. die Kurzdarstellung bei Huhle 165-9).

2) Was unterscheidet das von den Äußerungen bürgerlicher Politiker nach ,,Ausschreitungen''?

Volksfront heute?

,,In der Bundesrepublik klafft ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen einer winzig kleinen Gruppe von Großkapitalisten auf der einen und der überwältigenden Volksmehrheit auf dern anderen Seite.''

,,In diesen Kämpfen und Bewegungen sind die Kräfte sichtbar geworden, die — wenn sie sich formieren — imstande sind, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu erzwingen. Das sind all jene, deren Interessen unvereinbar sind mit dem Macht- und Profitstreben, mit der reaktionären Politik des Großkapitals. Das sind die Arbeiter und Angestellten, Beamten, Techniker und Wissenschaftler, Lehrer und Künstler, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden. Das sind die Auszubildenden, die Studenten und Schüler. Das sind die Kommunisten und Sozialdemokraten, Liberale, Christen und parteilose Demokraten.'' (Mannheimer Programm der DKP von 1978, S. 25 und 34)

,,Der Wende ein Ende: Alle zusammen können wir's packen.''

,,Bekannte TV-Stars zur UZ: Wir wollen SDI nicht! Hans Joachim Kulenkampff (Showmaster): ,Ich halte nicht mal was von einem Gummiknüppel. Das (SDI) ist der nackte Horror ...' '' (Sondernummer der UZ zum 1. Mai 1986)

Spanischer Krieg und deutsche Kriegspolitik 1936 - 1939

16.02.36 *Sieg der spanischen Volksfront bei den Parlamentswahlen.*
07.03.36 *Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland, unter Bruch des Versailler Vertrags.*
03.05.36 Italien annektiert nach einem mehrmonatigen Kolonialkrieg Äthiopien.
03.05.36 Wahlsieg einer Volksfront auch in Frankreich. Die französische Volksfrontregierung verweigert später der spanischen Republik jede Hilfe gegen Franco und bekennt sich zu einer Politik der ,,Nichteinmischung''.
17.07.36 Beginn des Putsches rechter und profaschistischer Militärs in Spanisch-Marokko. Der Putsch kommt in Spanien selbst nur stockend voran; erst durch Einsatz deutscher Flugzeuge können große Truppenkontingente der Putschisten aus Nordafrika nach Spanien geschafft werden.
05.09. und 13.09.36 Franco-Truppen besetzen Irun und San Sebastian. (Baskenland).
28.09.39 Franco-Truppen besetzen Toledo.
12.10.36 Franco-Truppen durchbrechen den ersten Verteidigungsring um Madrid. Sowjetische Waffen und Instrukteure treffen in Spanien ein. Die Internationalen Brigaden wurden in die Republikanische Armee eingegliedert; sie spielen bei der Verteidigung von Madrid eine wesentliche Rolle.
06.11.36 Die Republikanische Regierung wird nach Valencia verlegt. Großoffensive der Franco-Truppen gegen Madrid. Kämpfe in Teilen der Stadt.
25.11.36 *Antikominernpakt Deutschland-Japan. Italien tritt dem Pakt am 06.11.37 bei.*
08.02.37 Franco-Truppen besetzen Malaga (Südostspanien).
20.-23.03.37 Schwere Niederlage der italienischen Interventionstruppen bei Guadalajara.
24.04.37 Die baskische Stadt Guernica wird durch Bomben deutscher Flugzeuge zerstört.
02.-06.05.37 ,,Bürgerkrieg im Bürgerkrieg'' in Barcelona. Die Volksfrontregierung und die KP setzen sich in mehrtägigen Straßenkämpfen gegen die Anarchisten und die linksradikale POUM durch. In der Folge Verbot und Verfolgung der POUM.
19.06.37 Franco-Truppen besetzen Bilbao (Baskenland).
20.10.37 Franco-Truppen besetzen Gijon. Das ganze Nordspanien ist nun in der Hand der rechten Militärs.
31.10.37 Die spanische Regierung wird von Valencia nach Barcelona verlegt.
05.11.37 *Konferenz Hitlers mit der militärischen Führung Deutschlands. Hitler legt umfassend seine Pläne für eine militärische ,,Neuordnung Europas'' und ,,Lösung der Raumnot'' durch einen Eroberungskrieg nach Osten dar.*
5.12.37 Beginn der Schlacht um Teruel. Die Stadt kann von den Republikanern vorübergehend befreit wird, wird aber nach langen Kämpfen im Februar 38 endgültig von den Francisten besetzt.
04.02.38 *Ausschaltung führender konservativer Militärs und Politiker in Deutschland als Teil der unmittelbaren Vorbereitung auf kommende Eroberungskriege. Hitler übernimmt den Oberbefehl über die Wehrmacht.*
12.03.38 Deutschland annektiert Österreich.
15.04.38 Franco-Truppen erreichen die Mittelmeerküste. Das republikanische Gebiet ist dadurch in zwei Teile zerschnitten.
24.07.38 Beginn der letzten Großoffensive der Republikaner am Ebro. Sie bleibt nach örtlichen Anfangserfolgen stecken und endet in äußerst verlustreichen Kämpfen.
22.09.-17.10.38 Abzug der Internationalen Brigaden. Grundlage ist ein Abkommen über den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Spanien, das aber von den faschistischen Interventionsmächten Deutschland und Italien nicht eingehalten wird.
30.09.38 *Münchner ,,Abkommen'' zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich. Die Tschechoslowakei wird zur Abtretung der sog. Sudetengebiete an Deutschland gezwungen.*
15.11.38 Offensive der Franco-Truppen gegen Katalonien.
26.01.39 Kapitulation der katalanischen Hauptstadt Barcelona.
09.02.39 Ende des Widerstands in Katalonien.
15.03.39 *Einmarsch der deutschen Wehrmacht in den Westteil der Tschechoslowakei.*
25.03.39 *Hitler gibt dem Oberkommando der Wehrmacht Anweisung, einen Kriegsplan für die baldige ,,Lösung der polnischen Frage'' auszuarbeiten.*
27.03.39 Franco-Spanien tritt dem Antikominternpakt bei.
27.03.39 *Deutschland annektiert das Memelgebiet von Litauen.*
28.03.39 Franco-Truppen besetzen Madrid.
Am folgenden Tag Einstellung der Kämpfe, Ende des Krieges. Es folgt eine blutige und grausame Rache der Sieger.
07.04.39 *Italien annektiert Albanien.*
28.04.39 *Deutschland kündigt den Nichtangriffsvertrag mit Polen.*
01.09.39 *Deutscher Überfall auf Polen. Der 2.Weltkrieg beginnt.*

Benutzte Bücher, kommentiert

A. KP-Darstellungen

Freiheitskampf: Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität, Dokumente und Bilder zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936-1939, Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/Ost 1956

Enthält nach einem programmatischen Beitrag von Dolores Ibárruri (der das übliche bietet) Dokumente der kommunistischen Bewegung zum spanischen Bürgerkrieg.

Gorrish: Walter Gorrish, Um Spaniens Freiheit, Berlin/Ost 1946

Fürchterlicher Roman, in dem alle Stereotypen der KP-Geschichtsschreibung auf platteste Weise versammelt sind (bis auf dem Kampf gegen die trotzkistischen Verräter, immerhin). Interessant dadurch, daß schon 1946 im Aufbau-Verlag erschienen.

Höhn/Schieder: Willi Höhn/Karl Heinz Schieder, Spanien 1936-1976, Kampf für Freiheit und Demokratie, Ffm 1976

Heft aus VVN-Kreis, das den üblichen Mist wiederholt (z.B. zum ,,Maiputsch''). Einzige Ausnahme: die Anarchisten werden zumindest zahlenmäßig einigermaßen richtig dargestellt.

Ibárruri: Dolores Ibárruri, Der einzige Weg, Erinnerungen, Berlin/Ost 1965 (zuerst 1962)

Die führende PCE-Politikerin schildert die Zeit bis zum Ende des Bürgerkrieges aus ihrer Sicht.

Interbrigadisten: Interbrigadisten, Der Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936 bis 1939, Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz an der Militärakademie ,,Friedrich Engels'' 20./21. Januar 1966, Berlin/Ost 1966

Enthält die auf der Konferenz gehaltenen Referate, teils sehr spezielle teils allgemeine Themen. Es wird besonders die Linie von der spanischen ,,Volksarmee'' des Bürgerkrieges zur Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik betont.

Kühne: Horst Kühne, Spanien 1936-1939, Proletarischer Internationalismus im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, Berlin/West 1978 (Lizenzausgabe des selben Titels Berlin/Ost 1978 und leicht bearbeitete Neuauflage von: H.K., revolutionäre Militärpolitik 1936-1939, Militärpolitische Aspekte des national-revolutionären Krieges in Spanien, Berlin/Ost 1969)

Gerade in der Knappheit des allgemeineren ersten Teils ein repräsentatives Beispiel für die Fälschungen, Verdrehungen, Auslassungen usw. der KP-Geschichts-

Gerade in der Knappheit des allgemeineren ersten Teils ein repräsentatives Beispiel für die Fälschungen, Verdrehungen, Auslassungen usw. der KP-Geschichts-
schreibung. Offiziöse DDR-Geschichtsschreibung; Kühne ist Dozent an der Militärakademie ,,Friedrich Engels'', das Buch basiert auf seiner Habilitation und ,,(analysiert) ausgehend von den Parteibeschlüssen den Heldenkampf'' usw. (1. Auflage 1969, S.9).

Longo: Luigi Longo (Gallo), Die Internationalen Brigaden in Spanien, Berlin/West 1976 (zuerst 1956)

Zwar mit den üblichen unbelegten Beschuldigungen und Fälschungen der KP-Geschichtsschreiber belastet, hat aber durch Longos Tätigkeit als einer der Hauptorganisatoren der Interbrigaden eine gewisse Authentizität.

Pasaremos: Pasaremos, Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, Herausgegeben von der Militärakademie ,,Friedrich Engels'', Berlin/Ost 1966

Ähnlich wie *Freiheitskampf* aufgebaut, zieht aber die Linie über den 2. Weltkrieg bis zur DDR: ,,Vaterland Frieden Sozialismus — wir siegen!'' (326). Viele Fotos.

Renn: Ludwig Renn, Im Spanischen Krieg, Berlin/Ost 1963 (zuerst 1955)

Renn war in verschiedenen Führungspositionen der Interbrigaden. Sein Erlebnisbericht ist insofern ähnlich interessant wie Longos. Außerdem kann man durch dieses Buch stalinistische Denkschemen in Reinkultur studieren (gegen die ,,Schädlinge'' der POUM usw.).

Völker: Die Völker an der Seite der spanischen Republik 1936-1939, Moskau 1975

Ehemalige Interbrigadisten aus 21 Ländern berichten über ihren Einsatz. Allgemeinere Einleitungen von Ibárruri, Longo und Dahlem mit den üblichen Punkten.

B. Andere

Alba: Victor Alba, Spanien. In: C.P. Kernig (Hg.), Die kommunistischen Parteien der Welt, Freiburg/Basel/Wien 1969, Spalte 468-482

Kann, obwohl die Wertungen mit Vorsicht zu genießen sind und es einige Ungenauigkeiten gibt, als Kurzüberblick über die Geschichte der spanischen Kommunisten empfohlen werden.

Bernecker I: Walther L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit, Quellen zur Sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, München 1980.

Grundlegende Quellensammlung zu den Auseinandersetzungen um die Kollektivierungen und ihren Hintergründen mit jeweils einführendem Kommentar, aber nicht ganz überzeugender Gliederung. Gute Bibliografie.

Bernecker II: Walther L. Bernecker, Anarchismus und Bürgerkrieg, Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, Hamburg 1978

BRD-Standardwerk zu den Kollektivierungen. Typische Dissertation mit mir großenteils unverständlicher Gliederung. Ausführliche Bibilografie.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bernecker III: Walther L. Bernecker, Die Soziale Revolution im Spanischen Bürgerkrieg, Historisch-politische Positionen und Kontroversen, Mit einer Bio-Bibliographie, München 1977

Nützliches Buch, das die unterschiedliche Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg (Hauptaspekt: die soziale Revolution) vorstellt und auf ihre Brauchbarkeit hin untersucht.

Brenan: Gerald Brenan, Die Geschichte Spaniens, Über die sozialen und politischen Hintergründe des spanischen Bürgerkrieges, „The Spanish Labyrinth", Berlin 1978 (zuerst 1943)

Trotz einiger Seltsamkeiten (z.B. „In Spanien ist Respekt wichtiger als Zuneigung"; 276) bietet das Buch nach wie vor unverzichtbare sozialgeschichtliche Fakten, z.B. über die Formen des Landbesitzes.

Broué/Témine: Pierre Broué/Emile Témine, Revolution und Krieg in Spanien, Ffm 3. Aufl. 1982 (zuletzt 1961)

Standardwerk, spannend geschrieben, unbedingt zu empfehlen Teil I als Überblick über den politischen Prozeß. Zwar offenbar sorgfältig gearbeitet, aber leider oft ohne genaue Quellenangaben und ohne Bibliografie.

Degen/Ahrens: Hans-Jürgen Degen/Helmut Ahrens (Hg), „Wir sind es leid, die Ketten zu tragen ...", Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg, Berlin/West 1979

Recht interessante Erlebnisberichte von Ausländern, hauptsächlich Anarchisten, die in Spanien gekämpft haben.

Enzensberger: Hans-Magnus Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie, Buenaventura Durrutis Leben und Tod, Roman, Ffm 2. Aufl. 1977 (zuerst 1972)

Behandelt zwar nur Durrutis Leben (endet also im November 36) bietet aber auch einen Durchblick auf viele allgemeine Prozesse und Probleme. Spannende und widerspruchsfreudige Montage von Quellen, liest sich locker weg. Kommentierte Bibliografie.

Guérin: Daniel Guérin, Anarchismus, Begriff und Praxis, Ffm 1967 (zuerst 1965)

Bietet einen Einblick in die Geschichte/Position des Anarchismus, dessen Qualität ich allerdings nicht beurteilen kann. Mit einem Kapitel über die spanische Revolution.

Huhle: Rainer Huhle, Die Geschichtsvollzieher, Theorie und Politik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1938, Gießen 1980

Harte, aber faire und fundierte Auseinandersetzung mit der PCE-Position. Huhle versucht vor allem, die innere Logik einer stalinistischen Politik herauszustellen, trotzdem hat mich der Teil über die praktische Politik der PCE mehr überzeugt. Mit Bibliografie.

Leval: Gaston Leval, Das libertäre Spanien, Das konstruktive Werk der Spanischen Revolution (1936-1939), Hamburg 1976 (zuerst 1971)

Ziemlich durchtränkt von einem „anarchistischen Idealismus", ohne Blick (und Interesse) für Widersprüche. Bietet trotzdem recht viel Material über die Kollektive, die Leval selbst besucht hat.

Mintz: frank mintz, l'autogestion dans l'espagne revolutionnaire, Paris 1970

Hervorragend geschriebene Arbeit über die Kollektivierungen mit sehr viel Quellenmaterial, als Einstieg für französischmächtige sehr zu empfehlen, da sie z.B. auch die Frage des Zwangs bei den Kollektivgründungen sehr differenziert diskutiert.

Paul: Gerhard Paul, Kritik und Aktualität der Volksfrontkonzeption. In: P. W. Schulze (Hg.), Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, Ffm 1974, S. 293-391

Gründliche historische und auf aktuelle Praxis bezogene Analyse der Volksfrontkonzeption.

Semprún-Maura: Carlos Semprún-Maura, Revolution und Konterrevolution in Katalonien, Hamburg 1983 (zuerst 1974)

Von einem engagierten, „radikalanarchistischen" Standpunkt aus geschrieben. Beste Darstellung (allerdings, wie der Titel sagt, auf Katalonien, und teilweise Aragonien, beschränkt) der Kollektivierungen, die ich kenne.

'Bin ich unterwegs zum Morgen oder zum Abend?'

— Federico Garcia Lorca 1899-1936 —

Federico Garcia Lorca verkörperte wie kaum ein anderer die Hoffnungen vieler Spanier auf eine grundlegende Veränderung der spanischen Gesellschaft. 1937 — ein Jahr nach seiner Ermordung durch die Falange — hing das Bild des Dichters neben Picassos „Guernica" im Pavillon der spanischen Republik auf der Weltausstellung in Paris — als Anklage gegen den faschistischen Terror.



Federico Garcia Lorca (rechts) mit seinen Freunden Rafael Alberti und Luis Bunuel

Heute, wo die Verantwortlichen für die Ermordung Federico Garcia Lorcas bekannt sind, versuchen Rechte, wie Fraga Iribarne Lorcas Werk kurzerhand zum „nationalen Gut" zu erklären, das „erhaben über den Parteien und Streitigkeiten steht". Noch im Juni 1976 — ein halbes Jahr nach Francos Tod — hatte Iribarne zu einer halbstündigen Gedenkveranstaltung zu Ehren Lorcas ein großes Polizeiaufgebot in Lorcas Geburtsort Fuentevaqueros geschickt. Als die Redner die Namen der Mörder nannten, wurden sie prompt verhaftet und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Fraga ging es dabei zweifellos nicht nur darum, die noch in Andalusien lebenden Mörder zu schützen, etwa Ramon Ruiz Alonso, ehemals Führer der falangistischen Esquadra Negra, der Lorca verhaftet hatte oder den Hauptmann Nestares, auf dessen Befehl außer Lorca Tausende von Republikanern in der Schlucht von Viznar erschossen wurden. Vor allem die Verwicklung höchster falangistischer Stellen in den Mord an Lorca sollte nicht an die Öffentlichkeit dringen. Eine öffentliche Diskussion um Lorcas Tod und die Massenmorde in der Schlucht von Viznar — denen u.a. ein Fünftel der damaligen Bevölkerung des kleinen andalustischen Ortes zum Opfer fiel — hätte Fragas Politik der „kontrollierten Demokratisierung" nach Francos Tod gefährdet.

Daß Federico Garcia Lorca von den Faschisten ermordet wurde, war bereits in den ersten Tagen nach seinem Tod klar. Die falangistische Zeitung „El Ideal" hatte unter vielen anderen auch den Namen Lorcas in ihrer Totenliste veröffentlicht: „Gestorben an den Wunden, die der Krieg verschuldet hat". Die näheren Umstände von Lorcas Tod wurden erst in der Francozeit durch den irischen Lorca-Forscher Gibson aufgedeckt. Lorca, der seinen Urlaub im August 1936 im Elternhaus in Granada verbrachte, flüchtete in den ersten Tagen des Bürgerkriegs, als die Massenverhaftungen und Erschießungen in Andalusien begannen, in das Haus des mit ihm befreundeten Dichters Rosales. In diesem Haus glaubte er sicher zu sein — Luis Rosales und sein Bruder gehörten zum grenadinischen Führungsstab der Falange. Wenige Tage später, am 16. August, dringt jedoch Ruiz Alonso mit einem großen Aufgebot der Esquadra Negra in das Haus der Rosales ein und verhaftet Lorca. Die von falangistischer Seite erfundene Version, Lorcas Ermordung wäre ein „Zufall" gewesen, entlarvt sich schon hier. Ohne Absicherung bzw. Auftrag höchster Stellen wäre ein Führer der Esquadra Negra niemals gewaltsam in das Haus der Familie Rosales eingedrungen. Garcia Lorca wird in das Hauptquartier der Falange, „La Colonia", gebracht und im Morgengrauen des 19.8. zusammen mit zwei Toreros und einem sozialistischen Dorfschullehrer in der Schlucht von Viznar erschossen.

Schwarze Pferde. Schwarze Eisen.
Auf den Capas glänzen Flecken,
die von Tinte sind und Wachs.
Ihre Schädel sind aus Blei,
darum weinen sie auch nie.
Ihre Seelen sind aus Lack —
damit kommen auf der Straße
über Land sie hergeritten.

(Anfangsverse von Lorcas „Romanze von der spanischen Guardia Civil)



Guardia Civil (aus W. Eugene Smith' Fotoessay „Spanish Village", 1951)

Erneuerung der Volkskunst im Gedicht ...

Federico Garcia Lorca, 1898 als Sohn einer Lehrerin und eines andalusischen Großgrundbesitzers in Fuentevaqueros bei Granada geboren, gehörte zum Kreis der Dichter, die die spanische Lyrik zu ihrem letzten großen Höhepunkt vor Ausbruch des Bürgerkrieges führten: Juan Ramón Jiménez, Antonio Machado, Rafael Alberti, Jorge Guillén, Vicente Aleixandre u.a. Eine der wesentlichen Grundlagen dieser Lyrik ist die Aneignung und Erneuerung von Traditionen der Volkskunst. „Die Sprache ist auf der Grundlage von Bildern erschaffen, von denen unser Volk einen überfließenden Reichtum besitzt. Es ist ein prachtvolles Bild, den überspringenden Teil eines Daches 'alero' zu nennen (von 'ala' = Fittich); ... eine Kuppel 'halbe Orange' zu nennen, ist ein anderes Bild ... In Andalusien reicht das volkstümliche Bild bis zu den äußersten Grenzen wunderbarer Reinheit und Empfindsamkeit ..."

Mit dem Komponisten Manuel de Falla sammelt Garcia Lorca spanische Wiegenlieder und arrangiert sie. Seine „Dichtung vom Cante Jondo" und vor allem die berühmten „Zigeunerromanzen" wären undenkbar ohne die von Lorca so bewunderte „seltene Vollständigkeit, womit der anonyme Volksdichter den Extrakt der höchsten Gefühlsmomente des menschenlichen Lebens gibt." Die „Zigeunerromanzen" erreichen vor und während des Bürgerkriegs einen ungeheuren Grad der Popularität — und sie tragen ihm den Haß der Guardia Civil ein, die er in der „Romanze von der schwarze Guardia Civil" als lebende Tote darstellt: „Ihre Schädel sind aus Blei, / darum weinen sie auch nie. / Ihre Seelen sind aus Lack ..." Obwohl die Romanzen ein idealisiertes, zeitloses Andalusien zeigen, sind sie Symbol für die spanischen Zustände. Eine sich durch ihre Phantasie, Empfindsamkeit und Produktivität auszeichnende Randgruppe der Gesellschaft wird gnadenlos verfolgt durch die „Teufel mit gewichstem Leder und der idiotischen Arithmetik des Dienstes".

... und auf dem Theater

In den frühen zwanziger Jahren hatte Federico Garcia Lorca gemeinsam mit dem Komponisten Manuel de Falla alte spanische Volksstücke in seiner Marionettenbühne „La Turumba" aufgeführt. Diese alte Volkstradition des Marionettentheaters hatte einen großen Einfluß auf Lorca und erheblichen Anteil an seiner späteren Erneuerung des spanischen Theaters. „Das Puppentheater ist der Ausdruck der Volksphantasie und gedeiht im Klima ihres Witzes ..." Lorca attestiert diesem Theater „Rhythmus, Phantasie und Offenheit" — Eigenschaften, die gerade dem kommerziellen Theater, das er nach seinem Umzug nach Madrid 1919 kennenlernte, fehlten. Lorca bezeichnete diesen kommerziellen Theaterbetrieb, der überwiegend in den Händen einer Unternehmer-Dynastie war und jedem Versuch einer Veränderung abwehrend gegenüberstand, als ein Theater, das den Zuschauern nur „Sägemehlherzen" vorführe. Er attackierte es als „Theater von Schweinen für Schweine".

Die Studentenwanderbühne „La Barraca", 1932 von Lorca und seinem Freund Ugarte gegründet, vom Kultusministerium der Republik finanziell unterstützt, war eine für Spanien beispiellose Neuheit. „La Barraca" zog durch die spanischen Provinzen und führte die Stücke der spanischen Klassiker Lope de Vega, Calderon de la Barca und Cervantes auf. Um gerade den armen Zuschauern in den Provinzen den Theaterbesuch zu ermöglichen, wurden die Eintrittspreise dem Publikum angepaßt: Vorstellungen für reiche Leute boten die Möglichkeit, für die nächste Vorstellung wenig oder keinen Eintritt zu verlangen. „Wir glauben", so Garcia Lorca 1932 in einem Interview, „wir können beitragen zu dem großen Ideal, das Volk unserer geliebten Republik zu erziehen, indem wir ihm sein eigenes Thater wiedergeben."

Charakteristisch für Lorcas Theaterarbeit ist der bewußte Einsatz unterschiedlicher theatralischer Mittel und Techniken und die Beobachtung ihrer Wirkung auf das Publikum. So wurde z.B. ein Stück an aufeinanderfolgenden Abenden unterschiedlich inszeniert, einmal „altmodisch", das andere Mal „vereinfacht, stilisiert, ebenso neu wie das neueste Experiment und ebenso alt wie die älteste Technik der Inszenierung und Gebärde."

Obwohl Anhänger der Volksfront, der zahlreiche antifaschistische Kundgebungen und Proteste unterstützte, finden sich in Lorcas Theaterstücken und Inszenierungen keine politischen Äußerungen zur aktuellen spanischen Situation. Die großen Erfolge seiner Inszenierungen mit „La Barraca" und später — als die finanziellen Mittel für die Studentenwanderbühne durch die CEDA (politischer Rechtsblock) ab 1932 gestrichen wurden — im Theaterclub „Anfiorista" belegen eindrucksvoll, daß Lorca das verwirklichte, was er selbst vom Theater verlangte. Das Theater müsse, so Lorca, „den Pulsschlag der ganzen Epoche auffangen". „Jedes Theater bleibt Theater, wenn es den Rhythmus seiner Epoche und die Emotionen, die Schmerzen, die Kämpfe und Dramen der Epoche aufnimmt ... Das Theater muß das ganze Drama des Lebens in der Gegenwart verarbeiten."

Wie Lorca in seinen Werken das Drama des spanischen gesellschaftlichen Lebens einfing, zeigt z.B. der große Erfolg seines Dramas „Yerma" Ende 1934. Der Lorca-Biograph Rincon schreibt: „Yerma stellte ein großes politisches Ereignis dar, und zwar nicht nur im Rahmen der Debatte über das Scheidungsrecht, sondern tiefgreifender im Zusammenhang der Geschehnisse um die blutige Niederschlagung der revolutionären Erhebungen in Katalonien und der Bergarbeiter und Bauern in Asturien sowie der Bemühungen um eine Wiedervereinigung der zersplitterten linken Kräfte, die zum Wahlsieg der Volksfront im Februar 1936 führten." Ich möchte allerdings bezweifeln, daß dieser direkte politische Bezug zwischen dem Drama „Yerma" und dem Bergarbeiterstreik in Asturien und der Volksfront, den Rincon suggeriert, gegeben ist. Lorcas Theaterstücke wirkten vielmehr dadurch, daß sie auf eine tiefergehende Art und Weise spanische Realität auf die Bühne brachten.

Spanische Realität, das meint — mit den Worten des englischen Kunsthistorikers Williams in dessen Goya-Essay — „die schreckliche Kontinuität eines Spanien der notwendigen, aber unmöglichen Revolution". Versteinerte Verhältnisse, die im Schauspiel „Dona Rosita bleibt ledig" die Handlungsfreiheit der Hauptfigur lähmt, sie auf Hilfe von außen hoffen läßt, derweil die Zeit und damit das Leben verrinnt. Lorca spricht vom „Drama der spanischen Verbohrtheit, der spanischen Druckmäuserei ... des Sehnens nach Genuß, das die Frauen gewaltsam in die tiefsten Tiefen ihres fiebernden Innern zurückdrängen müssen ..." Auch in Lorcas letzten Dramen „Yerma", „Bluthochzeit" und „Bernarda Albas Haus" sind es Frauen, die jetzt die Einschnürung durch Konventionen nicht mehr hinnehmen — deren Rebellion gegen die versteinerten Verhältnisse allerdings mit dem Tod endet.

Ge., Hamburg

Buchbesprechung:

Bilder und Klänge aus al-Andalus

„Die Uhren auf der iberischen Halbinsel gingen stets anders als im übrigen Europa. Sie gingen erst vor und später, seit den Tagen der Inquisition, gingen sie nach ... mit einer Verzögerung, die erstaunliche Erscheinungen zur Folge hatte."

Eine dieser erstaunlichen Erscheinungen ist die spanische Literatur und Kunst des 20. Jahrhunderts, insbesondere die moderne Lyrik von Jiménez und Machado bis zur „Generation von 1927": Garcia Lorca, Guillén, Alberti, Miguel Hernandez. Durch den Wechsel von Gesamtdarstellungen und Porträtstudien gelingt es Hans-Jürgen *Heyse,* einem der besten Kenner der spanischen und lateinamerikanischen Literatur, im ersten Band seiner *Hispanischen Trilogie: Bilder und Klänge aus al-Andalus,* nicht nur einen Einblick in spanische Literatur- und Kunstgeschichte zu geben. Der Leser erhält eine Vorstellung von den Widersprüchen eines Landes, in dem durch das Patt der sozialen Kräfte die bürgerliche Revolution verhindert wurde. Das Gefühl, von der Vergangenheit erdrückt zu werden, in einem Lande, in dem der gesellschaftliche Fortschritt so lange ausgeblieben ist, findet sich in vielen Gedichten. „Das Gestern liegt schwer auf uns. / Ich träume von einer Zukunft, auf der kein Gestern liegt." heißt es bei Rafael Alberti.

So versuchte die Generation der Intellektuellen um 1898 — nach dem Verlust der letzten überseeischen Kolonien Spaniens (Kuba, Philippinen, Puerto Rico) — die Erkenntnis, das Spanien isoliert, zu einer rückständigen Nation geworden war, durch eine verklärte Sicht auf die spanische Vergangenheit zu kompensieren. Kastilien, von dem die reconquista ausging, wurde zum „edlen" Kastilien verklärt. Eine Sichtweise, die erst von den Schriftstellern der 30er Jahre — unter dem Eindruck u.a. des französischen Surrealismus — aufgegeben wird. Miguel Hernandez schildert die Armut im kastilischen Hochland, und Bunuel stellt in seinem Film „Las Hurdes" das unbeschreibliche Elend der Landbevölkerung dar.

Diese Idealisierung des ländlichen Spanien findet sich auch bei anderen Lyrikern wie Rafael Alberti und Garcia Lorca. Heyse zeigt am Beispiel Lorcas und Machados die Konflikte zwischen dieser „Sehnsucht nach einer vergangenen Zeit" und den von den Republikanern Lorca und Machado ersehnten notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Ohne den Rückgriff auf eine einzigartige „intakte Folklore" wäre allerdings die moderne spanische Lyrik nicht denkbar. Lorcas „poetisches Kraftfeld" ist die andalusische Volkskunst, insbesondere der „Cante Jondo", eine „Urform andalusischen Gesangs", dessen Elemente liturgischen byzantinischen Gesang und Einflüsse der „Zigeuner" und der Mauren enthalten.

Diese Nähe zur anonymen Volkspoesie erklärt den großen Erfolg von Lorcas „Zigeunerromanzen" und der „Gedichte von Cante Jondo".

Heyse bietet mit seinem Buch eine sehr lesenswerte Einführung in die Geschichte der spanischen Kultur, beginnend mit der Dichtung der Araber, über Luis Gongora und dem Komponisten Manuel de Falla bis hin zu den Dichtern der Nach-Franco-Zeit und den Filmregisseuren Luis Bunuel und Carlos Saura.

Ge., Hamburg

Hans-Jürgen Heyse: Bilder und Klänge aus al-Andalus. Höhepunkte spanischer Literatur und Kunst. Kiel: Neuer Malik-Verlag, 1986. Geb., 314 S., 29.80 DM

„Es gibt keine Lösung der Judenfrage"

Henryk M. Broders „Der ewige Antisemit"

Im Jahre 1981 wechselte der Publizist Henryk M. Broder die Anschrift, er zog um von Köln nach Jerusalem. Ein eigentlich nur selbstverständlicher Schritt, schließlich möchte jeder leben, wo es ihm (besser) gefällt. Ein umso selbstverständlicherer Schritt, ist Broder doch ein 1952 in Polen geborener Jude, der seit 1958 in der Bundesrepublik lebte. Indes scheint Broder selbst den Wechsel der Wohnung für gar nicht so selbstverständlich zu halten, begründet er doch seit 1981 — ungeachtet seines „Danke schön. Bis hierher und nicht weiter" (1) — seinem Leserpublikum diesen Umzug. Wofür es, wie für den Umzug nach Jerusalem, wiederum eine Reihe guter Gründe gibt. Schließlich kann ein antifaschistischer Streiter, und täte er es noch so gern, nicht plötzlich seinen in diesem Land begründeten und gewachsenen Antifaschismus wegpacken. Broders Hauptgrund für den Umzug verwundert denn aber doch: der „linke Antisemitismus" habe ihn vertrieben, wie er es teils selbst ausführt, wie es andernteils aus der Emphase, mit der er gegen besagten „linken Antisemitismus" zu Felde zieht, hervorgeht — eine Emphase nota bene, mit der er, soweit ich sehe, in den letzten Jahren auf keinem anderen Sektor gestritten hat.

Mit Gespür für die große Geste gab Broder im Februar 1981 seine neue Adresse über „einen Offenen Brief an seine ‚linken Freunde' " in der „Zeit" (2) — offensichtlich das von Linken meistgelesene Presseorgan — bekannt. Gegenüber diesem „Offenen Brief" unter dem schon fast alles sagenden Anwurf: „ ‚Euer Jude von heute ist der Staat Israel': Die neue deutsche Linke und der alltägliche Antisemitismus" — enthält die im Mai dieses Jahres erschienene Sammlung von Aufsätzen Broders „Der Ewige Antisemit" (in Anspielung auf den „ewigen Juden") nichts substantiell, nichts qualitativ Weiter- oder Tiefergehendes. Seine — nicht gerade originelle — Grundthese, daß es sich beim „Antizionismus" lediglich um die heutige Form des Antisemitismus handele, wird im „Ewigen Antisemiten" allein noch ausgewalzt; seine gewagten Analogieschlüsse und sein Hang zur Demagogie sind gegenüber dem „Offenen Brief" zwar ebensowenig neu, treiben aber ihrer Perfektion entgegen.

Fünf Grundpositionen sind es, die Broders Aufsatzsammlung durchziehen, z.T. sich gegenseitig abstützen bzw. aufeinander bezogen sind und so ein *in sich* logisches System bilden:
— der Antisemitismus ist wesentlich ein Gefühl, eine Leidenschaft;
— der Antisemitismus ist quasi vererbbar;
— der Antisemitismus schafft über Klassen, Interessen und politische Systeme hinweg die Volks- und die Völkergemeinschaft;
— die Judenfrage ist unlösbar;
— der „Antizionismus" ist die heutige Hauptform des Antisemitismus.

(„Antizionismus" hier und im folgenden in Anführungszeichen, weil Broder mit seiner Verwendung des Begriffes nicht — wie er suggeriert — eine real existierende politische Richtung oder Ideologie erfaßt, sondern vielmehr unter diesen Begriff *jede* Kritik an Israel packt, sofern sie von Linken geübt wird und/oder ein bestimmtes, von Broder zugebilligtes Maß überschreitet.)

I

Leidenschaft

Der Antisemitismus, der nicht mit Fremdenfeindlichkeit gleichgesetzt werden dürfe, habe als „Ausdruck von Gefühlen und Bedürfnissen eine ganz besondere Qualität." (B.28) (3)

Broder bezieht sich auf den (katholischen) Publizisten Hermann Bahr, der 1894 schrieb: „Der einzige Zweck des Antisemitismus ist der Antisemitismus. Man ist Antisemit, um Antisemit zu sein. (...) Wer Antisemit ist, ist es aus der Begierde nach dem Taumel und dem Rausche einer Leidenschaft." (zit. n. B. 28) (4) Auch Sartre habe den Antisemitismus „vor allem eine Leidenschaft" genannt. (B. 29)

Die Ansätze von Bahr und Sartre, schreibt Broder, halte er „deswegen für richtig, weil sie die emotionale, die sinnliche Qualität des Antisemitismus in den Vordergrund rücken und sich nicht, wie es Trivialmarxisten gerne tun, mit sozio-ökonomischen Faktoren (...) zufriedengeben." Wesentlich sei vielmehr, daß es „ein weit verbreitetes Bedürfnis (ist), die Juden nicht zu mögen, und es macht offenbar großen Spaß, dieses Bedürfnis (...) zu befriedigen." (B. 29 f.).

Da „nach Auschwitz" sich aber kaum noch einer offen als Antisemit zu bekennen wage, komme „die rettende Formel ‚Antizionismus' zum Einsatz. Dies ist ein keimfreier Begriff, an dem im Gegensatz zum Antisemitismus kein Blut zu kleben scheint. Mit Hilfe dieser Formel kann einem Ressentiment freie Bahn gegeben werden, von dessen Vorhandensein (...) seine Träger oft nichts wissen." (B. 41 f.)

Der „Antizionismus" habe „im Kern dieselbe libidinöse Qualität wie der Antisemitismus: Es geht gegen Juden, nur ist an die Stelle des religiösen oder rassischen Motivs ein scheinbar politisches getreten" — „scheinbar politisch", weil der (von Broder oft bemühte) „junge Deutsche", der sich als „Antizionist" bezeichnet, „ein Etikett (benutzt), um ein Ressentiment zu kaschieren. Daß es ihm nicht um das Recht, Israel kritisieren zu dürfen, geht, ist offenkundig, denn dazu bedürfte es keines Etiketts." (B. 46)

Ob nun, zählt Broder auf, Begin erklärt, daß er einem Deutschen niemals die Hand geben werde; ob Israel in den Libanon einmarschiert; ob „gewisse jüdische Kreise" Reagan vom Besuch von SS-Gräbern abbringen wollen — Empörung über das Verhalten der Juden stelle sich „jedesmal mit einer an Hysterie grenzenden Intensität ein". (B. 41)

Erbmasse

Seine Auffassung von der „Erblichkeit" des Antisemitismus übernimmt Broder aus einer der ersten Programmschriften des Zionismus, aus Leon Pinskers „Autoemanzipation" (1882). Pinsker hatte — „kein Erklärungsversuch (reicht) über die Behauptung Pinskers hinaus" (B. 255) fügt Broder an — die Judophobie als „eine dem Menschengeschlecht eigentümliche Dämonopathie", als „blinde Naturkraft" (zit. n. B. 255) und als „Psychose" bezeichnet. „Als Psychose ist sie hereditär (erblich). Und als eine seit zweitausend Jahren vererbte Krankheit ist sie unheilbar..." (zit. n. B. 216)

Auch heutige Autoren vertreten eine zumindest ähnliche Position. — Der Antisemitismus sei nach Meinung von Alphons Silbermann, der das Antisemitismuspotential in der BRD untersuchte, eine „tradierte Haltung", „die sich von Generation zu Generation sozusagen ‚vererbt' haben" müsse. Und der israelische Historiker Shmuel Ettinger qualifiziere den Antisemitismus als eine „der furchtbarsten psychologischen und intellektuellen Manifestationen der europäischen Kultur", die in einem so starken Maße zum „regulären Merkmal der menschlichen Psyche und der zwischenmenschlichen Beziehungen" geworden sei, daß es „unmöglich ist, sich die europäische Zivilisation mitsamt ihren gegenwärtigen ideologischen Strömungen ohne Antisemitismus vorzustellen" (zit. n. B. 215)

Broder faßt zustimmend zusammen: „Der Antisemitismus ist eine anthropologische Konstante der abendländischen Kultur, ein integraler Bestandteil der historischen Erbmasse." (B. 216)

Die Problematik dieser Begrifflichkeit ahnend, formuliert Broder als Einwand: „Den Antisemitismus als eine vererbte Krankheit zu bezeichnen, heißt einem Biologismus das Wort reden", und erklärt: zwar gebe es keine antisemitischen Gene, aber „eine antisemitische Disposition, die in der Tat vererbt" werde. Verstehe man unter „Vererbung" nicht einen biologischen Vorgang, sondern „die Pflege und Weitergabe gemeinschaftlicher Haltungen, kann man von einem ‚antisemitischen Erbe' sprechen (...) Auch Besitzstreben, Neid und Eifersucht gehören zur sozialen Natur des Menschen." Zwar versuchten Gruppen fortschrittlich gesonnener Menschen immer wieder, ein Leben ohne Besitzansprüche Neidgefühle und Eifersuchtsdramen zu führen, dies ende aber stets wieder dort, wo es begonnen habe: „Bei der Kleinfamilie, dem Bausparvertrag und der Lebensversicherung". Der Antisemitismus könne in „die gleiche emotionale Kategorie" (die soeben noch „sozialer Natur" war ...) eingeordnet werden „wie Neid, Haß und Eifersucht". Hieraus lasse sich dann auch erklären, „warum völlig unverdächtige Menschen plötzlich und unerwartet antisemitisch reagieren (...), um gleich darauf ‚normal wie immer' zu sein." (B. 217)

Broder ist hier zum Kern seiner Welt- und Lebenssicht gelangt: Nicht allein die Judenfrage ist, wie er es vertritt, unlösbar — die ganze Menschheit ist nicht veränderbar, nicht besserbar.

Volksgemeinschaft

Leon Pinsker habe schon im letzten Jahrhundert erkannt: „Die Völker mögen in ihren gegenseitigen Beziehungen, in ihren Instinkten und Bestrebungen noch so weit auseinandergehen, in ihrem Widerwillen gegen die Juden reichen sie sich die Hände, in diesem einzigen Punkte sind sie alle miteinander einverstanden." (zit. n. B. 246)

Der Antisemitismus, zitiert Broder zustimmend den französischen katholischen Historiker Anatol Leroy-Beaulieu (1842 - 1912), sei „nicht in Links-Rechts-Kategorien" einzuteilen. (B.79) Vielmehr handele es sich, führt Broder fort, beim Antisemitismus „um ein Wundermittel, einen Alleskleber, der die unterschiedlichsten Überzeugungen, Temperamente und Charaktere zu einer Einheit zusammenschweißt. (...) Der Antisemitismus ist ein einzigartiges Phänomen einer geradezu naturwüchsigen Solidarität — über alle Klassengegensätze, politischen Differenzen und religiöse Rivalitäten hinweg." (B. 70 f.)

Protestkundgebungen gegen den Krieg Israels im Libanon seien „von ganz breiten Koalitionen getragen (worden), von den Grünen, über die Jusos bis zur DKP und Spontigruppen. Wieder einmal war, über einen gemeinsamen Feind, den *einzigen* gemeinsamen Feind, die Volksgemeinschaft für eine kurze Strecke hergestellt worden." (B. 116, Hervorhebung im Orig.) (4a)

Der Krieg, der als Israel 1982 in den Libanon einmarschierte, schon sieben Jahre andauerte, sei erst Gegenstand des Protestes geworden, als „Juden als Täter überführt werden konnten. Die große vaterländische Entlastungsoffensive, die Projektion der eigenen kriminellen Geschichte auf deren Opfer, konnte beginnen. An diesem nationalen Geschichtswerk nahmen linke wie rechte Antisemiten einvernehmlich teil." (B. 123)

Antizionismus = Antisemitismus

In Leon Poliakovs „Geschichte des Antisemitismus" (5) begegneten Broder „einige der größten Aufklärer als veritable Judenhasser. Voltaire zum Beispiel." (B. 75) Voltaire habe in seinem philosophischen Wörterbuch die Juden als ein Volk beschrieben, „das

Fortsetzung nächste Seite

Gedanken über eine Erfindung

Der Journalist Henryk Broder, der sich die Bekämpfung des linken Antisemitismus zur Lebensaufgabe gemacht hat, setzte 1976 eine Legende in die Welt: **„Am 9.August 1938 erschien der ‚Völkische Beobachter', das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, mit der Schlagzeile: ‚In Prag regieren die Juden!' Fast auf den Tag genau 30 Jahre später, am 21.August 1968, erschien das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ‚Neues Deutschland', mit einer ganz ähnlichen Artikelüberschrift: ‚In Prag regieren die Zionisten!'''**. (1)

Der Publizist Kenneth M. Lewan behauptete bereits 1976, es habe diese Überschrift im „Neuen Deutschland" am 21.8.68 nicht gegeben, und es sei in jener Ausgabe des ND an keiner Stelle von Zionismus auch nur die Rede. (2)

Es sei gleich verraten: Mit dieser Aussage hat Lewan recht. Das ND vom 21.8.68 war das letzte, das vor der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Armeen herauskam. Es enthielt an diesem Tag genau zwei Texte zur CSSR. Der erste stand auf S.2 und war überschrieben: „Kesseltreiben gegen Prager Arbeiter". Gemeint waren die 99 Arbeiter eines Autowerks, in deren Namen ein prosowjetischer Offener Brief verbreitet worden war. Der zweite Text (S.7) stellte einen „Brief slowakischer Partisanen an Waffenbrüder der UdSSR" vor. Von Zionisten war in beiden Texten nicht die Rede, auch nicht von Juden. Es stand rein gar nichts im ND vom 21.8.68, das auch nur entfernt an den von Broder ''zitierten'' Satz erinnerte.

Um die Möglichkeit auszuschließen, daß sich Broder vielleicht nur im Datum geirrt haben könnte, habe ich die NDs des gesamten August 1968 durchgesehen. Ergebnis auch hier: Keine Überschrift des von Broder behaupteten Inhalts. Auch keine Überschrift ähnlichen Inhalts. Und mehr noch: Es ist im August 1968 kein ND-Artikel mit der von Broder behaupteten Tendenz erschienen. Im ND wurden in bunter Folge Revanchisten, Neonazis, Maoisten, Emigrantenzentren, imperialistische Geheimdienste, der bayerische Klerus, die Bundeswehr und die US-Army, die CIA und die ÖVP als Drahtzieher der „Konterrevolution" namhaft gemacht. Aber weder Juden noch Zionisten.

Mit anderen Worten: Broder hat die nicht existente ND-Überschrift frei erfunden oder er hat sie von einem anonymen Erfinder ungeprüft übernommen. Wenn Broder nicht wie so viele Journalisten der Unsitte folgen würde, für seine Behauptungen keine Quellen anzugeben, wüßten wir es schon genauer. Eine im September an ihn gerichtete schriftliche Anfrage in dieser Sache blieb unbeantwortet.

An diesem Punkt angekommen, ergab sich die Frage, ob denn wenigstens die aus dem „Völkischen Beobachter" zitierte Schlagzeile, die eigentlich völlig glaubwürdig klingt, authentisch ist oder ob auch sie Teil der Erfindung ist. Ergebnis: Am 9.August 1938 hieß die Schlagzeile des VB: „Die Schlacht am Ebro-Bogen". Gemeint war die letzte republikanische Offensive im spanischen Krieg. Die gesamte Ausgabe des VB vom Tage enthielt keine Überschrift und keinen Satz mit der von Broder behaupteten Tendenz. Dafür aber eine ganze Bildseite (S.3), die sich mit . der *„Bolschewisierung der Tschecho-Slowakei"* befaßte. Auch andere Ausgaben des VB vom August und September 1938 enthielten Polemiken gegen die *„schnelle Zunahme des kommunistischen Einflusses"* im öffentlichen Leben der Tschechoslowakei und die „enge Abhängigkeit" des Landes von der Sowjetunion. Typisch sind Überschriften wie *„Moskaus Vorposten"* (11.8.), *„Prag als Strohpuppe Moskaus"* (11.8.) oder *''Stalin — Schirmherr der Tschecho-Slowakei''* (27.8.). Eine Aussage, die mit der von Broder behaupteten Schlagzeile Ähnlichkeit hätte, habe ich in den Ausgaben des VB vom August und September 1938 nicht gefunden.

Damals verhandelten die Nazis mit Großbritannien über die Preisgabe der Tschechoslowakei, und am Ende stand die Annektion der sog. Sudetengebiete durch das Münchner Diktat (30.9.38). Nicht der Antisemitismus, sondern der Antikommunismus und die Feindschaft gegen die Sowjetunion sollten in dieser Phase nach dem Willen der NS-Regierung das Bindemittel zwischen den widersprüchlichen Interessen der kapitalistischen Großmächte sein.

Die Geschichte von den zwei Überschriften, die einander so entsetzlich ähneln, ist also insgesamt ein Kunstprodukt. Sie wurde bewußt zu einem politischen Zweck erfunden. Dieser Zweck besteht in der Schaffung von Beweismaterial für die These von der Gleichheit zwischen rechtem und linkem Antisemitismus. Die Erfindung Broders oder seines anonymen Vorarbeiters suggeriert nicht nur Ähnlichkeit, sondern tatsächlich Identität. Die beiden erfundenen Überschriften unterscheiden sich lediglich in einem einzigen Wort. Die Begriffe „Juden" und „Zionisten" werden gerade dadurch als synonym und austauschbar suggeriert. So wie auf die eine erfundene Überschrift der deutsche Einmarsch ins Sudetenland und einige Monate später nach Prag folgte, so ging die andere erfundene Überschrift unmittelbar der Intervention in der CSSR 1968 voraus. Logische Schlußfolgerung: Beide Ereignisse ähneln einander, beide wurden durch antisemitische Propaganda vorbereitet. Damit wird, zuende gedacht, auch eine Analogie zwischen den beiden „totalitären Systemen" behauptet. Gegenüber dieser Analogie verblaßt der zu konstatierende praktische Unterschied zwischen NS-„Endlösung" einerseits und antijüdischen Tendenzen im sowjetischen Lager andererseits.

Im Gegensatz zu einer Halbwahrheit oder einer tendenziös zurechtgemachten Tatsache ist eine Erfindung beliebig formbar. Broder oder sein anonymer Vorarbeiter hätte es auch damit genug sein lassen können, zwei im Wortlaut deutlich unterschiedene, nur teilweise oder nur in der Tendenz ähnliche Überschriften zu erfinden. Aber er bestand auf der totalen Übereinstimmung des Wortlauts, ebenso wie er unbedingt noch erfinden mußte, daß die zweite Überschrift nicht etwa zu einem beliebigen Zeitpunkt, sondern „fast auf den Tag genau 30 Jahre" nach der anderen erschienen sei. Mit der einfachen Behauptung, daß linker „Antizionismus" die moderne Hauptform des Antisemitismus sei, gibt Broder sich nicht zufrieden. Vielleicht hat er selbst Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser These. Jedenfalls, er muß auch noch beweisen, daß die Linken sich exakt der klassischen (und das heißt hier: nazistischen) antisemitischen Diktion bedienen, damit die Verhältnisse wirklich absolut klar sind. Broders Linke rufen nicht bloß „Israel raus aus dem Libanon", sondern müssen auch noch „Juden raus!" brüllen. Und das selbstverständlich nicht irgendwo, sondern direkt vor der Synagoge. Die behauptete Analogie von linkem und rechtem Antisemitismus gerät im Kopfe Broders außer Kontrolle und mutiert zur detailgetreuen Wiederholung des Ewiggleichen. Broders Ansatz, der immerhin eine Herausforderung hätte sein können, verkommt damit zur Marotte.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) „Antizionismus — Antisemitismus von links?". Aufsatz in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 12.6.76.
2) Nach: Kenneth M. Lewan, Sühne oder neue Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Westberlin 1984, S.112.

Fortsetzung von vorheriger Seite

schon seit langer Zeit die schmutzigste Habsucht mit dem verabscheuungswürdigsten Aberglauben und dem unüberwindlichsten Haß gegenüber allen Völkern verbindet, die sie dulden und an denen sie sich bereichern ...'' (zit. n. B. 76) Diese Sätze, meint Broder, ,,hören sich an, als stammten sie aus dem STÜRMER, der sich 200 Jahre später im selben Sinne äußerte.'' (B. 76) Und so hätten auch etliche Aufklärer zu dem ,,solide(n) historische(n)'' Fundament der Nürnberger Gesetze beigetragen. (B. 77)

Antisemiten seien auch führende Frühsozialisten wie Fourier, Toussenel, Leroux und Proudhon gewesen, ebenso wie der Anarchist Bakunin und selbstverständlich auch der Jude Karl Marx. (B. 77 f.) (6)

Aus den Äußerungen von Aufklärern und Frühsozialisten folgert Broder: ,,all die Zuarbeiter und Lieferanten von Julius Streicher und Heinrich Himmler'' — gemeint: die ,,modernen'' Antisemiten wie Treitschke, Stoecker, Dühring — ,,konnten sich ihrerseits auf antisemitische Ideen stützen, die bereits von linken Denkern in Umlauf gebracht worden waren. In der ,klassischen' rechten antisemitischen Propaganda gibt es kein Topos, das man nicht bis zum Ort seiner Herkunft ins Lager der Aufklärung und des Frühsozialismus zurückverfolgen könnte.'' (B. 79) (7)

,,Ist Antizionismus mit Antisemitismus identisch'', fragt Broder und antwortet: ,,Antisemitismus und Antizionismus sind historisch unterschiedliche Erscheinungen, die in der Gegenwart dieselbe praktische Bedeutung haben, vielleicht nicht hundertprozentig kongruent sind, sich aber zum größten Teil überlappen. Sie können also miteinander gleichgesetzt, als Synonyme behandelt werden.'' (B. 40) Die ,,ideologische, sprachliche und emotionale Deckungsgleichheit'' (B. 42) lasse sich an zahllosen Beispielen belegen.

Zum Beispiel daran, ,,daß Demonstrationen gegen Israels Krieg im Libanon vor den Synagogen abgehalten'' worden seien. (B. 14) Oder hieran: ,,Anfang der 70er Jahre, zur Zeit der sogenannten Ölkrise, sah man auf amerikanischen Autos Aufkleber mit der Parole: ,We want oil, not Jews!'; zur selben Zeit meldeten deutsche internationale Sozialisten noch einen anderen Wunsch an: ,Macht den Nahen Osten rot, schlagt die Zionisten tot!' was nicht nur klang wie der alte NS-Schlager: ,Wenns Judenblut vom Messer spritzt, geht's uns nochmal so gut!', sondern auch so gemeint war.'' (B. 20)

Und auch die Reaktionen auf Israels Einmarsch in den Libanon sind Broder Beleg für die ,,Deckungsgleichheit von Antizionismus und Antisemitismus''. Israels Krieg nämlich habe sich ,,als der große Katalysator (erwiesen), die Schnellwäsche, die aus jedem verschämten Antisemiten wieder einen unverschämten machte. (...) In der Bundesrepublik kam noch etwas Be-
schämten Antisemiten wieder einen unverschämten machte. (...) In der Bundesrepublik kam noch etwas Be-
sonderes hinzu: Dies war der historische Ausgleich, auf den Unzählige offenbar lange gewartet hatten, Auschwitz wurde wettgemacht, wenn nicht gar übertroffen durch die Belagerung von Beirut, das Massaker von Sabra und Schatila. Je mehr die Israelis gegenüber den Palästinensern schuldig wurden, um so weniger schuldig wurden die Deutschen gegenüber den Juden. Die Begeisterung über die Greuel der Israelis, die tatsächlichen und die erfundenen, war grenzenlos und entsprach einem authentischen Bedürfnis. Die Palästinenser wurden kollektiv an Opfers Statt vom deutschen Volk adoptiert.'' (B. 115)

In der Parole, Israel betreibe die ,,Endlösung der Palästinenser-Frage'' (8), also der Auffassung, ,,die Juden würden heute den Palästinensern genau das antun, was die Nazis den Juden angetan haben, (liegt) unausgesprochen aber unüberhörbar die ,Wahrheit' verborgen, die sich ungetarnt — noch nicht — ans Tageslicht traut: Wäre damals die Endlösung geglückt, gäbe es heute weder die Ölkrise noch das Palästinenserproblem, vom deutschen Schuldgefühl, das von den Überlebenden wachgehalten wird, gar nicht zu reden (...) Es geht um den Nachweis der Kontinuität jüdischer Schuld, jüdischen Fehlverhaltens, das Gegenmaßnahmen, damals wie heute, unumgänglich macht.'' (B. 133) Geändert habe sich nur: ,,Was früher das Weltjudentum war, das ist heute der Zionismus und seine Zentrale: Israel.'' (B. 19)

Die Formel ,,Opfer der Opfer'' (9) qualifiziert Broder als ,,Ausdruck einer kolossalen Heuchelei'', da es den Trägern dieser Parole nicht um die Unterstützung der Palästinenser gehe, sondern ,,darum, den Boden deutscher Geschichte bis nach Palästina zu verlängern und da ideologisch anzusetzen, wo der Feldmarschall Rommel militärisch scheiterte.'' (B. 55) Woraus folgt: ,, ,Ohne Lösung der Judenfrage keine Erlösung der Menschheit' hieß es zur Zeit von Julius Streicher. ,Ohne eine Lösung der Palästina-Frage kein Frieden im Nahen Osten' heißt es heute. (...) Beide Forderungen (...) sind (...) Ableitungen derselben Hoffnung: ,Juda verrecke!' '' (B. 57 f.).

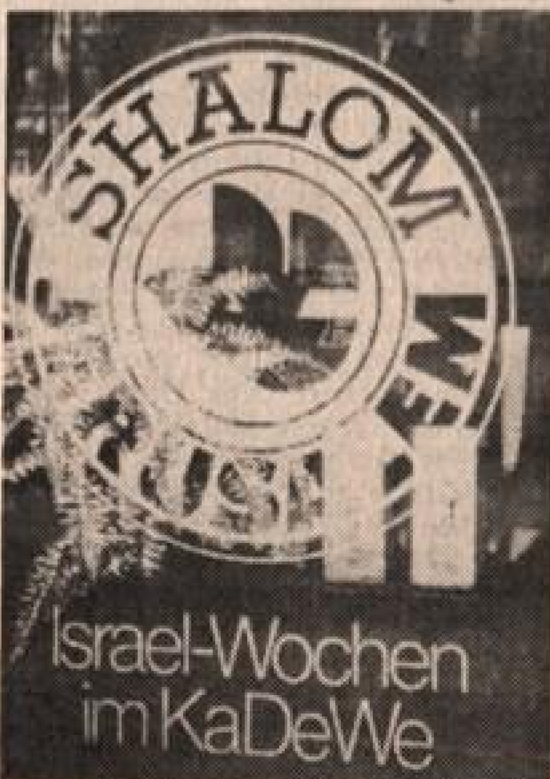
II

Der Leser ist blöd

Die *Ewigkeit* des Antisemitismus vorausgesetzt, geht Broder daran, passende Beweise zusammenzutragen, die ihm in besonderer Reichhaltigkeit bei der (,,antizionistischen'') Linken zufallen. Ein extremer Mangel an Differenzierungsbereitschaft und ein nicht minder extremer Hang zu Gleichsetzungen, häufig unseriöse, unwissenschaftliche und auch rein demagogische Methoden kennzeichnen seine Beweisführung. Die Auseinandersetzung mit diesen Methoden könnte allein Seiten füllen. Ich beschränke mich auf einige wenige Beispiele.

Nicht selten spekuliert Broder darauf, daß der Leser seine Behauptungen nicht überprüfen kann. — Da ist ihm bereits eine der ,,Wegmarken entlang des Weges, der zur Normalität führen soll'' — und ,,deutsche Normalität gegenüber Juden (ist) eine antisemitische'' (B. 133) — der Umstand, daß in ein Programmheft zum ,,Kaufmann von Venedig'' ein Artikel über ,,Die reichen Juden in Deutschland'' aufgenommen wurde. (B.134) Daß es sich hierbei nicht, wie Broder durch die nackte Titelangabe suggeriert, um eine neuerliche antisemitische Frechheit handelt, sondern um einen sehr warmherzigen Artikel (von Irene Dische, erschienen im Juni 1981 in ,,TransAtlantik''), verschweigt Broder seinen Lesern, denn sonst wärs ja keine ,,Wegmarke zur Normalität'' mehr. — Spekulation mit der Unwissenheit des Lesers ist es ebenfalls, wenn Broder einem ,, ,alternativen' Reiseführer über ,Israel und besetzte Gebiete' '' ankreidet, von einer ,,sogenannte(n) Ausreisesteuer'' zu schreiben — tatsächlich handele es sich um ,,eine Flughafengebühr''. (B. 135) Diese ,,Flughafengebühr'' betrug vor zwei Jahren immerhin umgerechnet etwa 300 US-Dollar, derzeit etwa 150 US-Dollar, und wird vom israelischen Staat zu dem Zwecke erhoben, Devisen im Lande zu halten und israelische Bürger zu veranlassen, ihre Ferien in Israel zu verbringen. (12)

Häufig werden von Broder Äußerungen und Ereignisse frei erfunden, verfälscht oder aber solange ,,verdichtet'', bis sie beweisen, was sie beweisen sollen. Da will Broder seiner Leserschaft weismachen, ihm sei ,,kürzlich von einem linken Sozialdemokraten, der völlig nüchtern war, der ,Beweis' dafür vorgelegt (worden), daß die ame-
von einem linken Sozialdemokraten, der völlig nüchtern war, der ,Beweis' dafür vorgelegt (worden), daß die ame-
rikanische Presse völlig ,verjudet' wäre: TIMES, von rückwärts gelesen, ergibt SEMIT.'' (B. 97) Ein paar Seiten weiter ist es dann schon ,,die bekannte Tatsache, daß die amerikanische Presse total verjudet ist (TIMES = SEMIT)''.(B. 110) — Eine der von Broder durchweg geübten Methoden, Kritiker suspekt zu machen, ist seine ,,Frage'', ob sie denn auch schon gegen ... und ... sowie und außerdem ... protestiert hätten, wo sie jetzt gegen Israels Libanon-Krieg demonstrieren. Bzw. warum sie überhaupt gegen Israel ...? Wird das nicht ,,ausgewiesen'', ist der Kritiker verdächtig. Und wenn er es begründet? Dann behauptet Broder trotzdem, bezogen auf einen von linken Theologie-Student/inn/en herausgegebenen Reader zum Nahostkonflikt (13): ,,Warum zum Ökumenetag 1983 die Göttinger Internationalisten (...) ausgerechnet den Nahostkonflikt thematisieren, blieb unerörtert. Offensichtlich hatte das Thema Zionismus/Palästina eine Bedeutung, die nicht begründet zu werden brauchte.'' (B. 137) Was nicht sein darf, auch nicht sein kann, und die zwei (der insgesamt knapp sechs) Einleitungsseiten, auf denen die von Broder geforderte Begründung steht, werden von ihm für nicht vorhanden erklärt. — Bei einer ,,Demonstration'' in Bremen sei auf einem Transparent zu lesen gewesen: ,, ,Das sind die Juden: mal Opfer, mal Henker'; riefen die Demonstranten zu Anfang der Kundgebung noch ,Juden raus aus dem Libanon!', so verkürzte sich die Parole, nachdem der Demozug logischerweise vor der Bremer Synagoge, der örtlichen Vertretung der zionistischen Aggressoren, angekommen war, auf ein schlichtes ,Juden raus!' '' (B. 116) Diese Geschichte (14) findet Broder so schön, daß er sie in dem Buch gleich zweimal erzählt — beim zweiten Male präzisiert auf: ,,Heute kann eine Horde linker Antisemiten vor der Bremer Synagoge ,Juden raus!' brüllen, ohne daß es auch nur einen Stadtrat oder einen Lokalreporter aus dem Sessel hebt.'' (B. 206) Und gleich auf den ersten Seiten seines Buches erfuhr der Leser von ,,Demonstrationen (...) vor den Synagogen''. Jetzt schon im Plural! (B. 14) — Eine fast genauso schöne Geschichte, die Broder 1976 mehrfach verbreitete, fehlt jetzt allerdings. Aber die Geschichten sind sich, einschließlich der Konstruktion des Plots, auch etwas ähnlich. Broder 1976: ,,Am 22. Februar 1975 organisierte die KPD-Unterorganisation ,Liga gegen den Imperialismus' in West-Berlin eine Demonstration, deren Teilnehmer auf den taktischen Umweg des Zionismus verzichteten und gleich zum Kern der Gefühle vorstießen: ,Nieder mit dem jüdischen Volk'.'' (15)



Der Feind steht links

Broders wesentliche politische message ist nicht, daß es heute noch bzw. wieder Antisemitismus gibt, und auch nicht, daß es neben dem bekannten rechten Antisemitismus auch einen weniger beachteten Antisemitismus in der Linken gibt. Seine message ist, daß der linke Antisemitismus gleich Antizionismus heute die *Hauptform* des Antisemitismus sei.

Antisemitismus — ,,die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden'' (Lenin) — ist einerseits eine spezielle Erscheinungsform von Fremden- und Minderheitenverachtung und -feindschaft, und erfüllt insofern tatsächlich ein Bedürfnis im Sinne der Broderschen Beschreibung. Insofern ist er austauschbar gegen andere Formen von Feindschaft gegenüber ,,Fremden'' und ,,Minderheiten''. Die enge Verwandtschaft mit dem Antisemitismus kommt beispielsweise in ,,Türkenwitzen'' präzise zum Ausdruck, wenn etwa gefragt wird: ,,Wieviele Türken passen in einen VW?'' Antwort: ,,Vier auf die Sitze, vierzig in den Aschenbecher.'' Oder: ,,Was haben die Türken noch vor sich, was die
Antwort: ,,Vier auf die Sitze, vierzig in den Aschenbecher.'' Oder: ,,Was haben die Türken noch vor sich, was die
Juden schon hinter sich haben?'' (15)

Der Antisemitismus ist andererseits aber auch eine politische Theorie und Bewegung, die sich auf Interessen und Zwecke zurückführen läßt. Soweit der Antisemitismus ,,Bedürfnis'' in Broders Sinn ist, ist die Linke davon ebensowenig frei wie von anderen Ressentiments. *Als politische Theorie und Bewegung jedoch ist der Antisemitismus eindeutig der Rechten und der herrschenden/besitzenden Klassen zuzuordnen.* Ebenso eindeutig hat der Antisemitismus als politische Theorie und Bewegung immer eine scharf *antilinke* Ausrichtung gehabt. Sozialdemokatie, Kommunismus, Bolschewismus wurden von Antisemiten häufig mit ,,Juden'' in Verbindung gebracht, was in der nazistischen Prägung ,,jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung'' gipfelte. ,,Jüdisch'' und ,,links'' sind in der antisemitischen Terminologie geradezu Synonyme geworden; die Linke hingegen stand und steht traditionell in Opposition zum politischen Antisemitismus.

Broders Kunstgriff, den ,,Antizionismus'' als heutige *Hauptform* des Antisemitismus zu ,,demaskieren'', besteht darin,
— Äußerungen und Ereignisse aus ihrem (sozialen, politischen, historischen usw.) Zusammenhang zu reißen und — von der Aufklärung bis ins Jahr 1985 — vermeintliche und tatsächliche antijüdische Ressentiments mit politischem Antisemitismus (vorzugsweise in seiner mörderischsten, der nazistischen Ausprägung) zu vergleichen oder gleichzusetzen;
— die unterschiedlichsten ideologischen Positionen und politischen Sachverhalte als antisemitisch (bzw. ,,antizionistisch'') zu werten;
— qualitative Unterschiede zu bagatellisieren, zu ignorieren oder ausdrücklich zu bestreiten.

Werden in einem Fernsehfilm die Aussagen einer Palästinenserin, die den Massakern in Beirut entkam und nun in einer ,,Asylantenunterkunft'' in Westberlin lebt, ,,den Tagebuchaufzeichnungen der Anne Frank gegenübergestellt'' (Programmvorschau), qualifiziert Broder dies als ,,seltsame Ehrung'', da doch Rechtsradikale die Authentizität von Anne Franks Tagebuch bestreiten und Bürger von Bergen-Belsen ihre Straße nicht nach deren Namen benennen lassen wollten. (B. 128) — Es ist eine Sache, ob mit der Gegenüberstellung in dem Fernsehstreifen nicht die historischen Ebenen unzulässig vermengt worden sein könnten — so stellt Broder die Frage aber nicht. Es ist eine andere Sache, wenn Broder — über eine solche absichtsvoll zweideutige Aneinanderreihung — das Zusammenbringen von ,,Palästinenserin/Anne Frank'' damit diffamieren will, daß Rechtsradikale Anne Franks Tagebuch als Fälschung bezeichnen.

Und flott hintereinander weg formuliert Broder: ,,Die ,Autonomen Sanitätergruppen' (...) baten in einer TAZ-Anzeige um Spenden für die Opfer der israelischen Aggression. In der Wochenzeitung DEUTSCHER ANZEIGER, einem Kopfblatt der NATIONALZEITUNG, wurde ebenfalls aufgerufen, ,den Opfern des israelischen Überfalls' zu helfen.'' (B. 129) — Wir sehen: Tut A das Gleiche wie B, dann sind sie zumindest Geistesverwandte. Nach dieser Logik gilt auch: Broder ist gegen die PLO, der rechtsradikale Kahane ist ,,auch'' gegen die PLO, ,,also'' sind Broder und Kahane im Grunde geistige Zwillingsbrüder.

Broder, indem er den Antisemitismus als *wesentlich* ,,Gefühl'', ,,Bedürfnis'', ,,Obsession'' beschreibt, läßt den Antisemitismus im Mythologischen versinken. Wenn er formuliert, der ,,Antizionismus'' habe ,,im Kern dieselbe libidinöse Qualität wie der Antisemitismus: Es geht gegen Juden'' (B. 43), dann bedeutet das logischerweise, daß *jede* Kritik an Juden oder an Israel als triebhaft und intellektuell unredlich abgetan werden *kann*. Auf diese Weise *kann* man jede Kritik an Israel als suspekt hinstellen, jede Debatte von vornherein unmöglich machen.

Unterstellte oder tatsächliche antijüdische bzw. antiisraelische Ressentiments werden von Broder häufig in die Nähe von ,,Auschwitz'' gerückt oder mit ,,Auschwitz'' gleichgesetzt. Sehr unterschiedliche Probleme (wie z.B. den Konflikt Palästinenser-Israel) interpretiert Broder als ,,zweite Endlösung''. Gegenüber tatsächlich oder auch nur vermeintlich antijüdischen Äußerungen und Kritik an Israel ist Broder — sofern er nicht *selbst* der Kritiker ist — mit einem ,,Stürmer''-Vergleich schnell bei der Hand. Zwar kritisiert Broder (an anderer Stelle) idiotische Wortschöpfungen wie ,,Holocaust des Waldes'' oder ,,Hühner-KZ'', betreibt aber die Inflationierung von ,,Auschwitz''- bzw. ,,Endlösungs''-Vergleichen selbst, sodaß das *Besondere* der Shoah verloren-
tionierung von ,,Auschwitz''- bzw. ,,Endlösungs''-Vergleichen selbst, sodaß das *Besondere* der Shoah verloren-
geht: Es gab und gibt Antisemitismus seit Jahrhunderten und in vielen Ländern, es gab antijüdische Pogrome und es gibt antijüdische Gewalt — aber es gab nur *ein* Auschwitz, es gab nur *eine* ,,Endlösung''.

Indem Broder sowohl die Besonderheit der Shoah wie die qualitativen Unterschiede zwischen einem antijüdischen Ressentiment oder einer (vielleicht unberechtigten, überzogenen) Kritik am Staat Israel einerseits und dem Antisemitismus als politischer Theorie und Bewegung andererseits ignoriert bzw. negiert, gelangt er zu der bemerkenswerten These, daß ,,Antizionismus und Antisemitismus (...) in der Gegenwart dieselbe *praktische* Bedeutung haben''. (B. 40 — Hervorhebung K.)

Der ,,Antizionismus'' ist zwar lt. Broder eine Grundhaltung fast des gesamten ,,deutschen Volkes'', er stifte in einzigartiger Weise eine ,,Volksgemeinschaft'' von ganz Rechts bis Linksaußen. In der Realität finden sich in diesem Land allerdings viel leichter und weit häufiger Mehrheiten pro als kontra Israel. So ist denn auch nicht zu übersehen, daß Broders Beispiele für ,,Antizionismus'' fast ausnahmslos aus der Welt der Linken, insbesondere der radikalen Linken genommen sind. Leicht lesbare Botschaft: *Hauptträger der modernen und zur Zeit gefährlichsten Form des Antisemitismus sind die Linken.*

Broder entlastet so die Rechte als politisch-soziale Hauptstütze des Antisemitismus in Vergangenheit und Gegenwart, schiebt diese Rolle zumindest aktuell den Linken zu, und verwandelt die Kritik des Antisemitismus in eine Waffe gegen die Linke.

K., Hamburg

Quellen und Anmerkungen

1) Henryk M. Broder: Danke schön. Bis hierher und nicht weiter. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, o.J. (1981). — Mit den in diesem Band gesammelten Aufsätzen begründete Broder seinen Wegzug aus der BRD. Von einem ,,linken Antisemitismus'', den er in seinem ,,Zeit''-Artikel (s.u.) als einen oder sogar den wesentlichen Grund für seinen Umzug nach Israel angab, ist in dem ganzen Buch nichts zu finden.
2) Die Zeit, 27.2.1981, S. 9-11
3) Die Abk. ,,B'' mit darauffolgender Zahl verweist auf Henryk M. Broder, Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag (Bd. 3806), 1986
4) Für die Richtigkeit der von Broder verwendeten und in diesen Artikel übernommenen Zitate ist allein Broder zuständig.
4a) Broder, der in seinem Buch ausführlich auch auf die Frankfurter Libanon-Demonstration 1982 eingeht, erwähnt leider nicht, daß die dortige ,,Volksgemeinschaft'' nicht allein von diesen Gruppen, sondern — neben der PLO — auch von linken Juden gebildet wurde.
5) Leon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. V: Die Aufklärung und ihre judenfeindliche Tendenz. Worms: Verlag Georg Heintz, 1983
6) Broders Quelle zum Antisemitismus der Frühsozialisten und Nachfolger sind Edmund Silberners Arbeiten: Sozialisten zur Judenfrage. (West-)Berlin: Colloquium-Verlag, 1962; Kommunisten zur Judenfrage. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983. — Silberners Arbeiten gelten zwar als einschlägig, sind aber auch ,,stark umstritten'' (P. Reichel in seiner Rez. des Buches von Broder in: Die Zeit, 3.10.86), vgl. z.B. die Rez. des Historikers Walter Grab, Jerusalem, in FR, 27.8.85.
7) Damit gerät Broder fast in die Nähe des ,,faktischen Prius'' von Nolte, der das Vorbild der ,,Endlösung'' in den Gulag sehen will (s. AK 274, S. 15) — hier: die Linken sind die Erfinder des Antisemitismus.
8) In der Parole ,,Endlösung der Palästinenserfrage'' sehe ich allerdings, ohne damit die (nicht allein zionistische) Behauptung der ,,Singularität'' der ,,Endlösung'' stützen zu wollen, die Gefahr, daß damit die historischen Ebenen vermanscht und die Notwendigkeit der konkreten Analyse konkreter Ereignisse umgangen wird.
9) ,,Opfer der Opfer'' — tatsächlich eine blödsinnige Parole, unterstellt sie doch, daß ganz besondere Leiden (wie die am jüdischen Volk begangenen Verbrechen) jene, die gelitten haben, zu besonderer Sanftmut veranlassen müßten.
10) u. 11) entfällt.
12) Auskunft einer jüdischen Israelin
13) Göttinger Theologenzeitung (Hg. Fachschaftsrat an der Theologischen Fakultät Göttingen), Zionismus — Ökumenetag am 3.12.1983 zum Nahost-Konflikt. Göttingen 1983
14) Die Quelle der auf Bremen bezogenen Behauptung ist möglicherweise Karla Müller-Tupaths Brief an Michael M. Lang (neben Broder Herausgeber von ,,Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik'', 1979), der in einer Sonderpublikation der israelischen Botschaft in der BRD zusammen mit einem Artikel Broders unter dem Titel ,,Antisemitismus im neuen Gewand'' im August 1982 herausgegeben wurde. K. Müller-Tupath zufolge soll sich das Geschehen ,,am 21. Juni 1982 vor der Synagoge in Bremen'' zugetragen haben.
15) H. M. Broder, Antizionismus — Antisemitismus von links? In: ,,Beilage zur Wochenzeitung das Parlament'', 12.6.76, S.45 f. — Mein Schreiben vom 11.9.86, in dem ich Broder um Auskunft u.a. über seine Quellen resp. Belege für die Schilderung der Demonstrationen in Westberlin und Bremen bat, ist von ihm nicht beantwortet worden.
16) Vgl. Hans-Jochen Gamm, Wie sich die Bilder gleichen ... Türken- und judenfeindliche Witze in Deutschland. In: Tribüne — Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, H. 93 (1985), S. 81-91

Draufgesattelt

Mit ungewöhnlicher Breite geht Broder im Rahmen der Beweisführung seiner These ,,Antizionismus = Antisemitismus'' auf einen vom Fachschaftsrat an der Theologischen Fakultät Göttingen zum Ökumenetag 1983 herausgegebenen Reader zum Zionismus ein. Zwar bedient er sich der üblichen Entstellungen, stutzt die Inhalte dieses Readers so zurecht, das sie seiner Beweisführung dienlich sind, aber den fast fünf Buchseiten (137 - 141) ist doch zu entnehmen, daß in dem hundertseitigen Reader eine ganze Anzahl von Themen behandelt werden. — Da ist es schon recht erstaunlich, wenn in einer ersten Vorstellung von ,,Der Ewige Antisemit'' im AK (Nr. 272, S. 43) mitgeteilt wird: ,,Die Studenten beschäftigten sich (in der Broschüre) anscheinend vor allem mit der ,geldlichen Seite' der zionistischen Angelegenheit (...).'' Anscheinend — vor allem — der hier formulierte ,,Anschein'' kann nicht einmal auf Broder zurückgeführt werden. Wird Broder schon als glaubwürdiger Autor angesehen, sollte in einer Vorstellung seines Buches doch wohl nicht auf seine Beweisführung noch draufgesattelt werden.

Widersprüche

Versuch, die kapitalistischen Verhältnisse neu zu analysieren

In der Grundsatzdiskussion, die seit etwa anderthalb Jahren im KB und im ,,Arbeiterkampf'' geführt wird, finden sich bei fast allen Autoren Hinweise auf ökonomische ökologische und/oder politische Krisen, die auf uns zukämen. de. hat in seiner Antikritik den Kritikern der Faschisierungsthese vorgeworfen, sie zögen nun *,,den Kurzschluß, die sei heute gar kein wesentliches Merkmal des Imperialismus mehr''* (AK 274: Über ein Dimitrov-Zitat). Dieser Vorwurf ist zwar sachlich falsch, aber er verweist auf ein zentrales Problem der Diskussion. Dabei geht es vor allem um die Frage nach den *Grenzen der Stabilität*, die in den kapitalitischen Metropolen vorherrschend zu sein scheint. Diese Frage stellt nicht allein ein analytisches Problem dar, sondern letztenendes geht es um unsere politische Perspektive ud Identität. Genauer gesagt geht es um die Frage, ob (und wenn wie) wir die Behauptung aufrechterhalten können, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn wir die Faschisierungsthese ebenso ablehnen wie die alte ökonomische Zusammenbruchstheorie.

Leider wird in unserer Diskussion noch allzu oft um die Sache herumgeredet und mit ungeklärten Begriffen gearbeitet. Was heißt eigentlich ,Krisenhaftigkeit'? Was ist gemeint, wenn von ,Widersprüchen des Kapitalismus' die Rede ist? Ich meine, im Mittelpunkt unserer Argumentation sollten nicht mögliche Krisen stehen, die in der Zukunft lauern, sondern im Mittelpunkt der Kritik muß der gesellschaftliche Zustand stehen, wie er ist. Ich meine weiterhin, daß in den ökonomischen Krisen nicht der zentrale ,Widerspruch' des Kapitalismus liegt und daß es daher auch falsch ist, die Kritik am Kapitalismus vor allem an der ökonomischen Krisenhaftigkeit und ihren Folgen entwickeln zu wollen. Ich möchte mit diesem Artikel auf drei Komplexe eingehen: 1. möchte ich darlegen, worin ich das Hauptproblem einer marxistischen Kritik am heutigen Kapitalismus sehe; 2. möchte ich begründen, warum der Objektivismus für die Krise des Marxismus in bedeutendem Maße mitverantwortlich ist; und 3. möchte ich, gestützt auf vergessene Aspekte der Marxschen Theorie, eine andere Bestimmung der ,Widersprüche des Kapitalismus' vorschlagen, die nicht objektivistisch ist und die m.E. einige Probleme löst.

Der Kern des Marxismus

Die *grundlegende* These der Marxschen Geschichtsauffassung ist die Annahme, daß die Entwicklung der Produktivkräfte den Ablauf der Geschichte bestimme. Als marxistisch kann letztlich nur eine Analyse gelten, die von den Thesen ausgeht, die Marx als das *,,allgemeine Resultat''* seiner Theorie bezeichnet hat. Zwei dieser grundlegenden Thesen spielen für unsere Diskussion eine wichtige Rolle:

1. *,,In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktion entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt''* (Marx: Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859), MEW Bd. 13, S. 8).

2. *,,Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle* (der alten), *bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind''*, (ebd., S. 9).

Wenn man diese These ernst nimmt, dann folgt daraus, daß man untersuchen muß, ob der moderne Kapitalismus die Entwicklung der Produktivkräfte fördert oder hemmt. Nun hat es ja ganz den Anschein, als ob sich die Produktivkräfte seit 1945 in rasantem Tempo entwickeln, und viele Linke meinen heutzutage, das Problem sei ja gar nicht, daß der Kapitalismus die Produktivkraftentwicklung hemme, sondern daß er sie so zügellos freisetze.

Wenn das stimmt, dann ist der Historische Materialismus widerlegt und dann hatte Marx auf ganzer Linie unrecht. So löst sich ein Großteil der radikalen Linken aus diesem Dilemma, indem er dauernd und alle paar Jahre wieder am Horizont die großen Krisen entdeckt, die endlich dazu führen sollen, daß der Kapitalismus die Entwicklung der Produktivkräfte sichtbar und in großem Umfang hemmt. Nun ist es aber so, daß ökonomische Krisen gar keinen Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte darstellen, sondern ganz im Gegenteil die Kapitalisten in den Fortschritt peitschen und veraltete Produktionsanlagen vernichten. Müssen wir also annehmen, daß der Kapitalismus noch lange nicht zu eng geworden ist für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte? Müssen wir hinnehmen, daß der Kapitalismus aufgrund seiner Innovationskraft eine im Marxschen Sinne *gerechtfertigte* oder sogar *notwendige* Gesellschaftsformation ist? Das Hauptproblem einer marxistischen Kritik an dem BRD-Kapitalismus liegt also darin, ob sich begründet behaupten läßt, daß dieser trotz allem sichtlichen Fortschritt die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt.

Der große Unterschied

Tatsächlich entsteht das oben skizzierte Dilemma aus einer Übernahme des ,bürgerlichen' Fortschrittsbegriffs durch eine marxistische Tradition, die bis in die Sozialdemokratie des 19. Jhs. zurückreicht und welche die Entwicklung der Produktivkräfte weitgehend mit *technologischem* Fortschritt gleichsetzt. Zu den Produktivkräften im Marxschen Sinne aber gehören nicht nur die Produktions*instrumente*, sondern darüber hinaus die Arbeitskraft und ihre Fertigkeiten, ihr Wissen, ihre Geschicklichkeit. Für Marx ist allein die menschliche Arbeit wertschaffend und diese ist daher auch die einzige wirkliche Produktivkraft. ,Entwicklung der Produktionskräfte' meint also nicht nur technologischen Fortschritt, sondern in erster Linie Entwicklung der Arbeitskraft als einer *Fähigkeit des Menschen.* Die Entwicklung der Produktivkräfte ist kein historisches Perpetuum mobile, das jenseits aller Maßstäbe und aller Kritik in sich rotiert. Sondern die Menschen entwickeln ihre Produktivkräfte, um damit etwas zu erreichen. Sie entwickeln ihre Produktivkräfte, um mit weniger Arbeit mehr Wohlstand zu erzeugen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Doch mit dem Kapitalismus verschwindet dieser *Sinn* der Produktivkraftentwicklung. In der kapitalistischen Produktion ist es die Konkurrenz, die eine fortwährende Verbesserung der Produktionsinstrumente erzwingt — und zwar völlig unabhängig davon, ob diese Verbesserungen den Menschen nützen oder nicht. Gerade diesen Widerspruch zwischen dem Sinn der Produktivkraftentwicklung und dem kapitalistischen Zweck bezeichnete Marx als den fortwährenden Widerspruch im Kapitalismus:

,,Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur um der Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. ... Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden Produktionsverhältnissen'' (MEW, Bd. 25, S. 260).

Der ,,beständige Widerspruch'' hat also mit Wirtschaftskrisen ursächlich gar nichts zu tun. Sondern es handelt sich um den Widerspruch zwischen dem *Zweck* der kapitalistischen Produktion und den Intentionen der Menschen, den Bedürfnissen und Zielen, für die sie ihre Produktionsmittel entwickeln wollen. Die Kritik am Kapitalismus kann deshalb auch nicht objektivistisch sein, indem sie ihn dafür kritisiert, daß er durch Wirtschaftskrisen und ähnliches irgendeine ,,objektive Entwicklung'' hemmt. Denn diese ,,objektive'', von den Bedürfnissen und Intentionen der Menschen losgelöste Entwicklung ist gerade die kapitalistische, die einen Widerspruch aufreißt zwischen dem Zweck der Produktion (Mehrwert) und ihrem Sinn (Verbesserung der Lebensbedingungen).

Der mechanische Marxismus aber hat mit seinem Objektivismus dazu beigetragen, diesen Widerspruch zu verdecken und den zentralen, den wichtigsten Widerspruch in dem Ungleichgewicht zwischen dem Produktionsvolumen und der Konsumtion (Verbrauch) der Arbeiterklasse gesehen. Deshalb verengte er den Blick auf die Wirtschaftskrisen und die Verteilungsweise. Es ist einleuchtend, daß von einem solchen Verständnis her der Arbeitsprozeß selbst, die gesellschaftliche Arbeitsorganisation, von der Kritik ausgeschlossen blieb. Dieser vulgäre und mechanische Marxismus begriff die Entwicklung der technischen Produktivkräfte als einen Selbstzweck, dem sich die Gesellschaft zu fügen habe (,,Einsicht in die Notwendigkeit'') — anstatt umgekehrt aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen Inhalt und Form der Produktion abzuleiten. Die praktische Folge dieses Marxismus ist das Industrialisierungsmodell im ,,Realen Sozialismus''.

Zurück zu Marx!

Wenn der mechanische Marxismus wirklich die einzige sinnvolle Auslegung der Marxschen Theorie darstellte, man müßte sie verwerfen. Aber die Marxsche Kapitalismuskritik reduzierte sich keinesfalls auf den Verteilungsaspekt. Denn Marx hob ganz ausdrücklich hervor, daß in der Maschinerie *,,die Industrie einen ganz objektiven Produktionsorganismus''* annehme, *,,den der Arbeiter als fertige materielle Produktionsbedingung vorfindet''* (MEW 23, S. 407). So trete dann *,,die vergegenständlichte Arbeit (d.h. die Produktionsinstrumente — Anm. d.V.) der lebendigen Arbeit im Arbeitsprozeß selbst als die sie beherrschende Macht gegenüber''* (Grundrisse, S. 585), und der Charakter des Arbeitsprozesses erscheine nicht mehr als Wille des Kapitalisten, sondern als *,,durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit''* (MEW 23, S. 407). Nicht nur die Verteilung des Reichtums in Profit und Lohn, sondern diese Arbeitsorganisation selbst greift Marx an, denn in ihr wird nicht nur die Arbeit, *,,sondern das Individuum selbst geteilt''* (ebd., S. 381). Der Arbeiter werde *,,zum Teilarbeiter verstümmelt''*; Geschicklichkeit, Erfahrung und Wissen werden von ihm abgetrennt und treten als Wissenschaft und Maschinerie den Arbeitern *,,als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht''* gegenüber (ebd. S. 382). Am Ende sei der Arbeiter *,,seiner natürlichen Beschaffenheit nach verunfähigt, etwas Selbständiges zu machen''*, und bloßes Anhängsel der Maschinerie (ebd.)

Nun dürfte es jedem einleuchten, daß eine Änderung der Verteilungsweise an diesen Folgen des Produktionsprozesses überhaupt nichts ändert, daß also die Verstümmelung des Menschen im Produktionsprozeß nicht dadurch abnimmt, daß er einen größeren Anteil der in dieser Produktion erzeugten Güter bekommt.

Der Maßstab der Marxschen Kritik ist nicht die erzeugte Gütermasse und ihre Verteilung; Entwicklung der Produktivkräfte heißt nicht einfach wachsende Produktion von Gütern. Sondern der Maßstab ist das Ideal des selbstbestimmten Menschen, des entfalteten Individuums, das *seine* Produktivkräfte entwickelt, um *seine* Lebensverhältnisse zu gestalten. Dieses Ideal oder diese Maxime entspringt aber sicherlich nicht ,,objektiv'' der Produktion oder der Entwicklung der Produktivkräfte; sondern diese Maxime ist normativ und vorausgesetzt. In dem Maße, wie die orthodoxen Marxisten von den normativen Voraussetzungen der Marxschen Kritik abstrahierten, glitten sie in einen Objektivismus ab, und der Sozialismus wurde zu einem abstrakten Ziel, das mit den Menschen und ihren Intentionen nur das zu tun hat, daß sie seine ,,objektive Notwendigkeit'' einzusehen hätten, um ,,der Geschichte'' zu ihrem Recht zu verhelfen.

Verbunden mit dem Objektivismus war stets die Überzeugung, man verfüge über einen *,,wissenschaftlichen Sozialismus''*, d.h. über eine vollständig objektive und wissenschaftliche Weltanschauung. Das hat sich längst als recht naive Illusion erwiesen. Es gibt z.B. keinen ,,objektiven'' Grund, warum sich die Menschen nicht selbst ausbeuten sollten. Es gibt auch keinen ,,objektiven Grund'', warum nicht ganze Völker verhungern sollten, während die EG Nahrungsmittel verbrennt. Wissenschaftlich kann man zunächst nur konstatieren, was ist, aber nicht, wie es sein sollte. Deshalb verwandelt sich nun der Marxismus nicht etwa in eine bloße Religion oder dergleichen, er stellt immer noch die beste Gesellschaftstheorie dar, die wir haben. Aber soweit Marxisten nicht nur erklären wollen, wie diese Gesellschaft funktioniert, sondern auch angeben wollen, wie sie sein sollte, beinhaltet der Marxismus ein normatives Fundament, das selbst nicht wissenschaftlich begründbar ist. Das ist auch gar nicht notwendig. Es reicht völlig aus zu zeigen, daß dieses normative Fundament den Interessen und Intentionen der Menschen entspricht — und zwar den konkreten Intentionen.

Eine These

Ich vertrete also die Ansicht, daß nicht jeder technologische Fortschritt als ,,Entwicklung der Produktivkräfte'' begriffen werden kann, sondern daß dieser Fortschritt an der Maxime gemessen werden muß, ob er zu einer *,,sich erweiternden Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten''* (Marx) beiträgt oder nicht. Oder anders gesagt: ob er eine Entwicklung der Arbeitskraft des Menschen bedeutet, die dazu führt, daß der Mensch seine Lebensbedingungen besser gestalten kann als zuvor. Und insoweit wies die Ökologie-Bewegung in der BRD mehr als alle marxistischen Gruppierungen zusammen auf den wirklichen, den zentralsten Widerspruch im modernen Kapitalismus hin. Nicht die Arbeiterbewegung, sondern die Ökologie-Diskussion stellte infrage, ob es *vernünftig* ist, so zu produzieren, wie produziert wird, und sprach der hiesigen (kapitalistischen) Produktionsweise die gesellschaftliche Rationalität ab. Die durch die Ökologie-Debatte ausgelöste Untersuchung der vorherrschenden Produktionsweise zeigt m.E. eindeutig, daß der technologische Fortschritt im modernen Kapitalismus nicht zu einer *,,sich erweiternden Gestaltung des Lebensprozesses''* führt, sondern ganz im Gegenteil den Lebensprozeß existentiell bedroht.

Dies ist kein ,,innerer Widerspruch'' des Kapitalismus, denn es ist offenkundig gleichzeitig möglich, daß der Kapitalismus sich weiterentwickelt und die natürlichen Voraussetzungen jeder Produktion zunehmend schädigt und tendenziell vernichtet. Die ökologischen Probleme machen den Kapitalismus als Produktion um ihrer selbst willen nicht unmöglich. Aber es entsteht ein eklatanter Widerspruch zwischen den Folgen des Kapitalismus und den Intentionen der Menschen, und damit für die Herrschenden ein Legitimationsproblem von erheblicher Brisanz. Ähnliches gilt für die physischen und psychischen Folgen der kapitalistischen Produktion und der auf ihr aufbauenden Kultur, die längst ein Ausmaß erreicht haben, das alle Marxschen Befürchtungen bei weitem übersteigt. Offenkundig kann der Kapitalismus auch damit leben. Solange die Arbeitskraft reproduziert werden kann, bricht der Kapitalismus an den physischen und psychischen Leiden der Menschen nicht zusammen. Aber der Widerspruch zwischen dem Sinn der Produktivkraftentwicklung und den Folgen der kapitalistischen Produktion tritt auch hier offen zutage.

Daß sich dieser Widerspruch nicht oder nur wenig in politischer Opposition niederschlägt, liegt nicht daran, daß dieser Widerspruch unbedeutend oder zu wenig ausgeprägt wäre, sondern liegt daran, daß die vorherrschende Produktionsweise als Summe naturgesetzlicher ,,Sachzwänge'' der Industriegesellschaft schlechthin wahrgenommen wird. Das Leiden an ,,den'' Verhältnissen oder ,,der'' Gesellschaft bleibt daher ohnmächtig, abstrakt und individualisiert. Dennoch verweisen diese Verhältnisse stärker auf den wirklichen Widerspruch des Kapitalismus als alle Wirtschaftskrisen zusammen:

,,Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter'' (MEW Bd. 23, S. 530). Gibt es eigentlich ein einziges vernünftiges Argument f ü r den Kapitalismus? Kann man etwa argumentieren, daß die Folgen der kapitalistischen Produktion der *notwendige* Preis des Fortschritts seien?

Die wichtigste Produktivkraft wird geschädigt

Ich habe behauptet, daß erstens die menschliche Arbeitskraft die einzige wirkliche Produktivkraft ist, und daß zweitens folglich jeder Fortschritt daran gemessen werden muß, ob er zur Entwicklung dieser wirklichen Produktivkraft beiträgt. Von einer solchen Position aus kann man mit Fug und Recht behaupten, daß der moderne Kapitalismus, so wie er ist und unabhängig von allen künftigen Krisen, eine Fessel der Produktivkraftentwicklung geworden ist. Er vergiftet die Lebensbedingungen der Menschen physisch und kulturell in einer Weise, die die Entwicklung und Reproduktion der Arbeitskraft in relevantem Maße beeinträchtigt und gefährdet. Darüber hinaus scheint es offenkundig so zu sein, daß ,,umweltfreundliche'' Technologien nicht angewandt werden, nur weil sie für das kapitalistische Kalkül unrentabel sind. D.h. nichts anderes, als daß eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen optimal entsprechende Anwendung der *vorhandenen* Produktivkräfte verhindert wird. Zwar schließt der moderne Kapitalismus nicht die Entwicklung der Produktivkräfte aus und gibt es, ganz entgegen Lenins Erwartungen, keine *,,Tendenz zu Stagnation und Fäulnis''*, aber der Kapitalismus entwickelt nicht alle, sondern nur bestimmte Produktivkräfte, und dies in einer Weise, die zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen in Widerspruch gerät. Der entwickelte Kapitalismus ist also bereits zu einer Fessel der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, weil die Schere zwischen dem tatsächlichen und dem (aufgrund der *gegebenen* Produktivkraftentwicklung) möglichen Fortschritt in erheblichem Maße zunimmt.

Darüberhinaus verschleudert die Politik des herrschenden Blocks mit der Hochrüstung gesellschaftlichen Reichtum in gigantischem Ausmaß und potenziert damit alle anderen Probleme. Denn Hochrüstung bedeutet nicht nur Kriegsgefahr, nicht nur mögliche, zukünftige Gefahren, sondern bedeutet, daß gesellschaftlich erheblich mehr gearbeitet und produziert werden muß, als notwendig ist, um den vorhandenen Reichtum zu erhalten; bedeutet eine Produktion, die die ökologischen und sozialen Schäden in die Höhe treibt, ohne irgendetwas zu produzieren, das sich als nützlich rechtfertigen ließe. Hochrüstung ist also verbrecherischer Wahnsinn nicht nur und nicht erst, wenn sie eine Kriegsgefahr heraufbeschwört, sondern ist aktuell und an sich verbrecherisch.

Wir müssen es wieder lernen, die herrschende Politik nicht nur für die Gefahren anzugreifen, die sie vermeintlich oder tatsächlich heraufbeschwört, sondern den Inhalt dieser Politik selbst, die hier und jetzt konkret und empirisch konstatierbaren Folgen. Es bedarf weder weiterer Wirtschaftskrisen noch internationaler Zuspitzungen oder vermehrten sozialen Elends, um die vorherrschenden Verhältnisse und die sie verfestigende Politik radikal kritisieren zu können.

Ist der Sozialismus notwendig?

Der Sozialismus ist nicht notwendig in dem Sinne, daß er zwangsläufig aus dem Kapitalismus hervorgehen würde. Er ist nicht notwendig in dem Sinne, daß es zu irgendeinem historischen Zeitpunkt keine Alternative zu ihm gibt. Der Sozialismus ist also nicht ,,objektiv notwendig'' in einem naturgesetzlichen Sinne. Aber die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Umweltschäden hervorrufen können, ist eine notwendige Bedingung, um die Zerstörung der natürlichen Voraussetzungen der Zivilisation aufzuhalten. Eine grundlegende Umwälzung der Arbeitsorganisation ist eine notwendige Bedingung, um die ,,Zivilisations-'' und ,,Berufskrankheiten'' einzudämmen. Der Sozialismus ist nicht ,,historisch'' notwendig in ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nem ,,objektiven'' Sinne, sondern er wird notwendig für die Menschen, wenn sie Intentionen verfolgen, die unter kapitalistischen Verhältnissen nicht zu realisieren sind. Wenn beispielsweise jemand meint, er wolle die Umweltzerstörung nicht mehr hinnehmen, dann kann man ihm plausibel machen, daß sich dies nur ändern läßt, indem man die Produktionsverhältnisse ändert. Ob es eine ,,soziale Basis'' für sozialistische Politik gibt oder nicht, liegt also nicht am ,,objektiven'' Ausmaß der Krisen, sondern daran, ob es Massenbewegungen gibt, deren Intentionen über das ,,System'' hinausweisen.

Krise der Perspektive und Perspektive aus Krise?

Es ist sicherlich richtig anzunehmen, daß Krisen die Menschen aufrütteln und für systemfeindliche Gedanken zugänglicher machen (können). Aber es wäre eine fatale Illusion anzunehmen, daß Krisen eine Politik stärken könnten, die kein Profil aufweist, die für die Menschen nicht faßbar ist. Krisen der vorherrschenden Gesellschaftsformation können nur dann systemsprengende Folgen haben, wenn es eine gesellschaftliche Kraft gibt, die eine glaubwürdige Alternative und einen glaubwürdigen Weg vertritt und in deren Zielen sich die Menschen wiederfinden können. Es geht überhaupt nicht darum, sich über die ,,Krisenhaftigkeit'' des Kapitalismus zu streiten, denn die ist unter uns unstrittig. Sondern es geht um die Frage, wie die marxistische Linke ein politisches Profil gewinnen kann, in dem sich diejenigen wiederfinden können, die die Schnauze voll haben. Auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Opposition haben wir zunächst wenig Einfluß. Für die Glaubwürdigkeit und Verankerung unserer Positionen dagegen sind wir allein verantwortlich. Und leider ist es bislang so, daß in der radikalen Linken die politischen und gesellschaftlichen Ziele abstrakt und nebulös gehandelt werden. Aber bevor man sich mit Leuten sinnvoll darüber streiten kann, *wie* man einen bestimmten Zustand erreicht, muß man sich zunächst darüber einig werden, *welchen* Zustand man eigentlich erreichen will. Der Verweis auf irgendwelche künftigen Krisen bringt uns da nicht weiter.

Denn es leuchtet wohl jedem ein, daß ein Verweis auf die Folgen des Kapitalismus (und seien diese noch so katastrophal) überhaupt nichts darüber aussagt, *für was* man eigentlich eintritt, sondern nur angibt, *wogegen* man antritt. Daß ein bestimmter Zustand aber ungerecht oder reaktionär ist, rechtfertigt nicht *jedes* gegen ihn gerichtete Handeln und nicht *jede* Alternative. Die Legitimität der eigenen Handlungen und der eigenen Ziele ergibt sich *nicht* schon daraus, daß man gegen ein Unrecht antritt, sondern muß für sich positiv begründet werden. Die inhaltliche und moralische Schwäche der radikalen Linken in der BRD resultiert auch daraus, daß sie sich diesem Problem nicht stellt. Wir haben uns in der Linken viel zu sehr auf den Streit über den ,richtigen' Weg konzentriert und viel zu wenig darüber gestritten, was für eine Gesellschaft wir eigentlich wollen. Darum sind unsere Ziele nebulös und abstrakt geblieben. Natürlich kann man nicht heutzutage angeben, welche genauen institutionellen Formen eine nach-kapitalistische Gesellschaft herausbilden wird, und auch nicht, welche Zwischenschritte, Kompromisse etc. es geben wird. Aber die gesellschaftlichen Prinzipien, für die man kämpft, kann und muß man angeben. Denn wie will man Menschen überhaupt für eine Revolution gewinnen, wenn man ihnen nicht sagt, *wozu* man diese Revolution will?

Wir haben uns alle (mich eingeschlossen) von einem Zeitgeist umgarnen lassen, dem gesellschaftliche Vernunft verdächtig geworden ist, der ziellos rebelliert und nicht mehr wagt zu träumen, nicht mehr wagt, positive Ziele anzugeben. So entstehen dann Diskussionen, die ziemlich unfruchtbar bleiben, weil man ohne eine Zielvorstellung natürlich auch nicht die Zweckmäßigkeit politischer Aktionen beurteilen kann.

Eine untergründige Labilität

Auf der Oberfläche der westdeutschen Gesellschaft herrscht eine beängstigende Stabilität. Die ,,etablierten'' Parteien kommen regelmäßig auf rund 90% der Wahlstimmen, die Grünen sind gerademal ein Störfaktor, die Arbeiterbewegung gibt sich fdGO-konform, und die sog. neuen sozialen Bewegungen rennen regelmäßig ins Leere. Insoweit scheint es ganz verständlich zu sein, daß sich radikale Hoffnungen zunächst an künftigen Krisen festmachen.

Die Hinweise auf ,,finale Katastrophen'', auf mögliche Faschisierungen usw. usf. verfolgen den wesentlichen politischen Zweck, den Menschen klarzumachen, daß ein Festhalten am Kapitalismus unvernünftig ist. In diesen warnenden Argumentationen wird jedoch weitgehend ausgeblendet, daß sich in (noch?!) ganz fdGO-konformen und triefend legalistischen Formen in der Gesellschaft bereits heute Intentionen formulieren, die über den Kapitalismus hinausweisen. Da ist erstens das Aufkommen der Ökologie-Bewegung zu nennen und die damit verbundene Forderung nach einem nichtkapitalistischen Wirtschaftsprinzip, das es ermöglichen soll, in gesellschaftlich vernünftiger Weise mit den natürlichen Voraussetzungen umzugehen. Da ist zweitens die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu nennen, die auf eine andere gesellschaftliche Verteilung der Arbeit abzielt, auf eine andere Verwendung des Produktivitätsfortschritts. Da sind drittens kulturell emanzipatorische Bewegungen zu nennen, die sich einer Durchkapitalisierung der Lebensverhältnisse widersetzen. Und da ist viertens die fdGO selbst zu nennen, die ja nicht nur den klassischen, liberalistischen Kapitalismus beschützt, sondern einen Sozialstaatsanspruch verankert hat. (In diesem Punkt hat Heiner Karuschaft unrecht, denn der Sozialstaat ist sehr wohl verfassungsmäßig verankert (Art. 20 und 28 Grundgesetz)). Offiziell haben wir in der BRD keinen Kapitalismus, sondern eine ,,Soziale Marktwirtschaft''. Und das ist überhaupt nicht nebensächlich, denn in der ganzen Ideologie der ,,Sozialen Marktwirtschaft'' liegt ein gesellschaftlicher Konsens, der von der Überzeugung ausgeht, daß eine *ungehemmte* Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise sozial inakzeptable Folgen hätte. Deshalb soll der Staat einerseits ein *,,gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht''* garantieren (Art 109 Grundgesetz) und andererseits auftretendes soziales Elend und gesellschaftliche Schäden aller Art kompensieren. Die sozialen Rechte, die die bundesdeutsche Rechtsordnung garantieren *soll*, gehen weit über das klassische ,,bürgerliche Recht'' und über die klassische ,,bürgerliche Demokratie'' hinaus.

Dieser institutionell abgesicherte Klassenkompromiß hat einerseits eine ,,systemstabilisierende'' Funktion, denn er ist die Grundlage des ,,Sozialen Friedens'' auf kapitalistischer Basis, dem sich die westdeutsche Arbeiterbewegung mit Haut und Haar verschrieben hat. Andererseits aber ist in diesem Zusammenhang ein Staatsverständnis entstanden, das den Herrschenden wachsende Kopfschmerzen bereitet. Denn mit der Sozialstaatsideologie haben sie Ansprüche erweckt, die der Staat letztlich nicht erfüllen kann. Deshalb sind zunehmend Lücken entstanden, aus denen dann Protestbewegungen und Legitimationsprobleme entstehen. Gegenüber der Massenarbeitslosigkeit zeigt sich dieser Staat machtlos, die Umweltproblematik bekommt er nicht in den Griff usw. usf. Stattdessen wuchert nach dem Gesetz des bürokratischen Mengenwachstums ein monströser Apparat zur notdürftigen Schadensbegrenzung. So wie dieser Staat den in ihn gesetzten Ansprüchen zu genügen versucht, produziert er mit jeder Teillösung neue Probleme. Das Tauschgeschäft, das der Staat dem Volk anbietet, heißt: Eine mehr oder weniger funktionierende soziale Absicherung gegen Bürokratie, Bevormundung und gesellschaftliche Stagnation. Je weniger ersteres funktioniert, umso unglaubwürdiger wird die Brauchbarkeit der monströsen Bürokratie, und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet (siehe Volkszählung). Bislang ernähren sich die beiden großen Parteien jeweils gegenseitig von den Legitimationsproblemen, die sie sich selber schaffen.

Es wäre jedoch verhängnisvoll, die auf Massenebene auftretenden Brüche geringzuschätzen, nur weil sie sich reformistisch artikulieren und die Protestformen nicht sonderlich radikal sind. Es wäre auch falsch, das Wählerverhalten als Ausdruck einer ungebrochenen Zustimmung der Bevölkerung zu den Machenschaften der Herrschenden zu deuten. Die Wahlsiege des herrschenden Blocks resultieren einmal daraus, daß dieser einige wichtige Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen versteht, und zweitens daraus, daß keine glaubwürdige Alternative besteht. Eine Alternative aber wird sich nicht hauptsächlich dadurch herausbilden, daß wir in drastischen Farben die Gefahren der Zukunft beschwören, sondern nur dadurch, daß wir die untergründig sich in der Gesellschaft herausbildenden Intentionen aufgreifen und zu einer politischen Orientierung verdichten, die konkrete gesellschaftliche und politische Ziele benennt und ernsthaft verfolgt. Gelingt uns dies, werden wir durch Zuspitzungen gesellschaftlicher Konflikte gestärkt. Gelingt uns dies nicht, hilft uns auch keine Krise weiter.

jb

Nachwort:

Ich bin, nachdem dieser Artikel fertiggestellt war, von einem Genossen darauf hingewiesen worden, man könnte die Ausführungen zur fdGO als These interpretieren, die fdGO *garantiere* soziale und demokratische Verhältnisse und mache somit grundlegende Umwälzungen überflüssig. Nichts läge mir ferner als eine solche These. Mir geht es gerade darum zu behaupten, daß die von der fdGO festgeschriebenen Verhältnisse *eben nicht* ausreichen, um eine vernünftige, eine fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft zu ermöglichen. Und aus der Feststellung, daß der konkrete westdeutsche Kapitalismus mehr Rechte gewährt als ältere kapitalistische Formationen, folgt weder logisch noch politisch, daß man sich auf den Kapitalismus zu beschränken habe oder daß diese Rechte ausreichend wären, um einen harmonischen Übergang zum Sozialismus sicherzustellen. Mir geht es mitnichten darum, die Notwendigkeit grundlegender sozialer und politischer Umwälzungen abzustreiten, sondern umgekehrt darum, die Berechtigung und Dringlichkeit solcher Umwälzungen konkret zu begründen. Und dies nicht ausgehend von einem abstrakten Modell, sondern ausgehend von den fortschrittlichsten Interessen und Intentionen, die sich in dieser Gesellschaft konkret auffinden lassen. Wie sagt doch Brecht über die Dialektik: *,,Die Große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu sehen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen''* (Meti. Buch der Wandlungen). Und eine ziemlich wichtige Frage für die Linke hierzulande ist sicherlich die, warum sich die Bevölkerung politisch so staatstreu verhält. Liegt dieses Verhalten in Dummheit begründet, wie Fortschrittsfeuilletonisten à la Pohrt ständig suggerieren, oder ist die Staatsloyalität ein ideologisches Erbe des Faschismus, wie man des öfteren zu hören bekommt, oder gibt es Gründe in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die das politische Verhalten der Bevölkerung erklärlich machen und Anlaß zu der Behauptung geben, daß die politische Stabilität hierzulande relativ ist?

Mir scheint, daß das politische Verhalten der Bevölkerung hauptsächlich aus realen, materiellen Verhältnissen zu erklären ist, die in der fdGO ihren Niederschlag gefunden haben. Die fdGO ist (natürlich) nicht das letzte Wort der Geschichte, weil eine institutionalisierte Konfliktprävention von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Solange die fdGO aber relativ stabil ist und niemand politische Anstrengungen macht, sie zu beseitigen, muß eine konkrete Reformismuskritik sich der Frage stellen, welche Veränderungen in der BRD überhaupt verfassungskonform durchsetzbar sind und welche nicht. Es reicht doch nicht aus, gegen die Illusion einer ,,Reformierbarkeit'' anzuschreiben, sondern wir müssen dahinkommen, konkret angeben zu können, was und warum in der BRD nicht auf legalem Wege durchsetzbar ist. Denn wenn wir nicht konkret angeben können, was wir umwälzen wollen, bleibt ,,Revolution'' eine leere Phrase.

Ich habe die endgültige Analyse und Strategie genausowenig in der Tasche wie alle anderen. Ich denke nur, wenn wir weiterkommen wollen in unserer Diskussion, dann müssen wir konkreter schreiben und reden als bislang. Wir sind uns ja einig gegen ein Politikverständnis, wie es in unterschiedlichen Varianten bei DKP, VSP oder BWK beheimatet ist. Wir sind uns, nehme ich an, auch einig gegen einen mechanischen, dogmatischen Marxismus(-Leninismus). Aber wir müssen unsere Vorstellungen auch ausformulieren und nachvollziehbar machen, um sie verbreitern zu können. Dieser Aufgabe nähern wir uns bislang recht schwerfällig. Der vorliegende Artikel stellt nicht mehr als einen Vorschlag dar, zu einigen Fragen eine Position auszuformulieren. Ich denke, es geht weniger darum, Grundsätze unseres Politikverständnisses über Bord zu werfen, als darum, diese Grundsätze auszuformulieren und damit Grundlagen zu schaffen, um sie offensiver als bislang vertreten zu können. Schließlich gibt es keinen Grund, ausgerechnet heute sozialistische Positionen zu verstecken. Ganz im Gegenteil. ,,Sozialismus oder Barbarei'' könnte schneller zu einer realen Alternative werden, als uns lieb ist.

jb

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Berührungsängste

Betr.: Wenn ihr räumt, holen wir die Russen (AK 276)

Wenn ich eure Kritik an der Hafenstraße lese, kann ich nur sagen: Gut, daß wir Artikel im Plenum besprechen. Dann passieren jedenfalls nicht so haufenweise Ungenauigkeiten und Falschheiten. Trotzdem erlaube ich mir — wie jeder sonst bei uns — 'ne Privatmeinung: Klar, daß Öffentlichkeitsarbeit nie genug gemacht werden kann. Die sieht aber bei uns 'n bißchen anders aus, als sich mit der Staatsschutzpresse (incl. taz) ewig ,rumschlagen, die dir das Wort im Mund umdreht. Wir machen sehr häufig Flugblätter (die auch die taz oder sonstwer übernehmen kann), Plakate, mittlerweile drei eigene Videoproduktionen, Straßenfeste, Veranstaltungen im Dutzend, Inforeisen und auf diversen Stadtteiltreffen mit. Und das nicht erst seit Pawelczyks Übergriffen!

Auch öffentlichkeitswirksame Aktionen gehören dazu, z.B. auch unsere Idee von den Gerüstaktionstagen oder die Parolen zu den Morden in Stammheim. Übrigens wurde bisher noch von keinem diese Parole inhaltlich kritisiert. Es war auch vorher klar abgesprochen, daß sowas an die Wand sollte. Selten wurde eine Parole so weit von der Presse transportiert, wenn sie an 'ner Hauswand stand. Wann sonst haben die Schergen so massiv eingegriffen, um eine Parole zu beseitigen?!

Bei uns gibt's keine Mehr- oder Minderheiten, weil's nie Abstimmungen gibt, sondern die Sachen ausdiskutiert werden.

Ihr scheint eure Infos über inneren Unmut zur Parole aus der ,,Morgenpost'' zu beziehen, die ähnliches schon mal behauptete. Habt ihr personell nicht genug Kräfte, um über unser ,,Sektierertum'' zu recherchieren?

Ich finde es obendrein 'ne Frechheit, daß ihr Anschuldigungen in einem Artikel erhebt, ohne den jemals mit uns durchdiskutiert zu haben, oder damit überhaupt mal vor Veröffentlichung aufgelaufen zu sein. (,,Report VON der Hafenstraße'')

Unter anderem wurden wir öfters jetzt auf die 1983 vermeintlich angebotenen zehn Jahre Mietverträge speziell für den Mittelblock angesprochen. Das Angebot war nur fünf Jahre und wurde damals von uns als Spaltungsmanöver der Staatsbüttel abgelehnt. Nur eines von vielen Beispielen, was durch irgendeinen Kontaktversuch eurerseits hätte geklärt werden können. Aber die Berührungsängste scheinen offensichtlich ganz eurerseits. Wie wenig ihr mit St. Pauli zu tun habt, zeigt schon die ,,sechsspurige'' Hafenrandstraße.

Uwe

Aus dem AK-Fundbüro

Absolute Hegemonie des KB

,,Betonpolitiker'' nennt Michael Sontheimer im ,,Pflasterstrand'' die Linken in der GAL-Hamburg.

,,Die in der GAL dominante Strömung wird von ehemaligen Aktivisten des KB beherrscht. Ihre einflußreichsten Repräsentanten sind Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Diese Fundis'' — deren ,,Fundamentalismus'' ein ,,mit Ökologie angereicherter staatsdefinierter Linksradikalismus'' sei — ,,verstanden es schnell, den Sieg (bei der Bürgerschaftswahl) als Erfolg ihres harten Anti-SPD-Kurses und der Tolerierungsforderung zu interpretieren.

(...) Unmittelbar nach der Wahl hatte Ulla Jelpke, eine Fundamentalistin, (...) erklärt, daß die GAL eine Große Koalition begrüßen würde, da sie dann als einzige Oppositionspartei bei den nächsten Wahlen 20 Prozent holen würde. Das will sie allerdings, nachdem dies in den eigenen Reihen als ,zynisch' angegriffen wurde, nicht mehr so richtig gesagt haben. (...) Nun hat CDU-Spitzenmann Perschau, ein Biedermann mit Wallmann-Physiognomie, zwar einen Vorgeschmack auf eine hanseatische Wende geliefert, doch nach Jahrzehnten der SPD-Herrschaft kann sich die GAL die Öde einer CDU-Regierung gar nicht vorstellen. ,Da fehlt hier einfach die sinnliche Erfahrung', so der Realo Erwin Jurtschitsch (...) Trotz alledem, Hamburg ist nicht Frankfurt, es gab hier in den siebziger Jahren nie eine nennenswerte undogmatische radikale Linke, sondern die absolute Hegemonie des KB. Dessen Z-Fraktion marschierte ohne größere ideologische Turbulenzen in die Grüne Parteigründungs-Bewegung. Ihr Lieblingsfeind sind die Sozialdemokraten geblieben, und eine Art Vergangenheitsbewältigung, in der der Weg aus der Studentenbewegung in eine kommunistische Kadertruppe debattiert oder reflektiert worden wäre, hat es nie gegeben. Die GAL-Realos haben ein weiteres Problem, das Erwin Jurtschitsch so formuliert: ,In der Opposition fehlen die Persönlichkeiten, die klar machen können, daß wir mit dem ewigen Entweder-Oder auf Dauer keine Politik machen können. Es gibt hier keinen Joschka Fischer'.''
(aus: ,,Pflasterstrand'' Nr. 250 vom 29.11.86)

Papierkorb

Feigheit vor dem Klassenfeind

In der einzig noch verbliebenen wahren marxistisch-leninistischen Partei der BRD, der MLPD (vormals KABD) ist der bekannteste Klassenfeind der Bundeswahlleiter (Hand auf's Herz, liebe AK-Leser: Wer kennt seinen Namen?!). Im (übrigens erfolgreichen) Kampf um die Zulassung der MLPD zu den Bundestagswahlen war die Partei allerdings nahezu auf sich allein gestellt. Selbst der BWK und die VSP (GIM + KPD) mochten bei der MLPD-Kampagne nicht so recht mitziehen: ,,Was für jämmerliche ,revolutionäre Sozialisten' sind denn das, die schon bei den ersten Angriffen eines Oberbürokraten den Schwanz einziehen; die uns raten, den im Statut der MLPD verankerten demokratischen Zentralismus — das marxistisch-leninistische Organisationsprinzip — fallenzulassen wie eine heiße Kartoffel? Daraus spricht doch eine erbärmliche Feigheit vor dem Klassenfeind! Diese Leute haben offensichtlich noch nichts davon gehört, daß sich die Arbeiterklasse jedes Recht gegen die Kapitalisten und ihren Staat hart erkämpfen muß! Auch beim BWK und der VSP ist diese Politik Folge ihrer Anbiederung an die SPD (...) Auf solche Führer kann die Arbeiterklasse verzichten.'' — Da habt ihr es!
(aus: ,,Rote Fahne'', MLPD, Nr. 47, 22.11.86)

Männer mit Mumm

Weil's so schön war, im Wortlaut:

,,Nun, wer war dabei, als Flicks früherer Manager **Eberhard von Brauchitsch** am Samstag in seinem Haus in Düsseldorf-Mettmann 60. Geburtstag feierte? Wer hält noch zu ihm, jetzt, da der einst mächtige ,Boss der Bosse' am 16. Februar seiner Verurteilung im Spendenprozeß entgegensieht?

Prominentester (und mutigster) Gratulant war **Genscher**. ,Grüß dich Eberhard!', dann ein Prost: ,Auf das Gute, was danach kommt!' Brauchitsch hat mehrere Angebote. Zur Stelle waren auch die Mitopfer der ,Spendenwirtschaft' **Lambsdorff** und **Friderichs**. Ansonsten hatte sich von den Bonner Größen niemand getraut.

In der Industrie gibt es mehr Männer mit Mumm. BDA-Präsident **Esser** war gekommen, der BDI durch Hauptgeschäftsführer Mann vertreten. Persil-König **Konrad Henkel** schüttelte die Hand des Geburtstagskindes.

BP-Chef **Buddenberg** kam, obwohl er ,jeden Eid schwören kann, daß mich Brauchitsch nie auch nur um eine Spendenmark anging.'

Weitere Gratulanten: Krupp-Vorstand **Schröder**, Kreditanstalt-Vorstand **Vogt**, BMW-Vorstand **Schäfer**, Gerling-Chef **Weiler**, Daimler-Benz-Direktor **Schmidt-Leithoff**, Springer-Aufsichtsrat **Cramer**, Medien-Papst **Ferenczy**, **Peter Boenisch**, **Josef Neckermann**, **Willi Weyer**, Staatssekretär **Schleyer** mit Mutter. Aus der ,DDR' mit 82 Jahren herübergebraust, Ex-Rennfahrer **Manfred von Brauchitsch**, der Vetter.

Der Jubilar war glücklich. Am Anzug steckte das Große Bundesverdienstkreuz. Im Falle einer höheren Strafe muß er es zurückgeben.''
(Mainhardt Graf Nayhauß in ,,Bild'', 1.12.86)

Neues Buch mit O.M.G.U.S.—Enthüllungen

''Nach dem ersten deutschen Tank kam sofort die Dresdner Bank''

(Refrain aus einem tschechoslowakischen Widerstandslied)

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges unternahmen Instanzen der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (OMGUS) in umfassenden Ermittlungen den Versuch, u. a. die Rolle von Industrie und Banken im Nazismus aufzuklären. Ebenso wie das ,,Deutsche Bank Team'', das gegen die Deutsche Bank ermittelte, kam auch die Gruppe, die mit den Ermittlungen gegen die Dresdner Bank befaßt war, aus dem von Henry Morgenthau geleiteten Finanzministerium, in dem sich seit Anfang der 40er Jahre Gegner des Faschismus versammelt hatten — aus Deutschland emigrierte Juden, Linksintellektuelle, Anhänger des New Deal.

Aus der Arbeit dieser Untersuchungsgruppen liegen nun — nach den ,,Ermittlungen gegen die Deutsche Bank'' (s. AK 263) und den ,,Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie'' — vierzig Jahre nach ihrer Abfassung die ,,Ermittlungen gegen die Dresdner Bank'' in deutscher Sprache und sorgfältig bearbeitet und kommentiert vor.

Karl Heinz Roth informiert in seiner umfassenden und anspruchsvollen Einleitung über die Entwicklung der Dresdner Bank von der Weltwirtschaftskrise über die Depression bis zum Wiederaufstieg der Bank im ,,Dritten Reich''; vertieft, was in den ,,Ermittlungen'' über Zwangsarbeit ausgesagt wird und charakterisiert die Entwicklung, die schließlich zum Scheitern der Bemühungen, den Faschismus tatsächlich zu zerschlagen, geführt hat, als ,,Rettung der Kontinuität''.

Zwar hieß die Dresdner Bank im Volksmund ,,SS-Bank'' und hatte in der Tat weitaus engere Beziehungen zur Nazi-Führung als etwa die Deutsche Bank, dennoch sind diese Beziehungen nicht ursächlich für das Geschäftsgebaren dieser Bank anzusehen.

Roth: ,,In der Berliner Zentrale der Dresdner Bank waren überproportional viele Leitungspositionen mit Managern besetzt, die sich als industrielle Sanierungs- und Rationalisierungsexperten hochgedient hatten. Angesichts dieser Tatsache erscheint es somit naheliegend, daß diese Manager das ihnen zu Gebote stehende Druckmittel Betriebskredit auch gegenüber der SS mehr und mehr nach reinen Rentabilitätskriterien handhabten. (...) Die Direktoren der Dresdner Bank sind offensichtlich wie die Oberingenieure der I.G. Farben in Auschwitz-Monowitz von der für sie selbstverständlichen Voraussetzung ausgegangen, daß es im Kapitalismus eine qualitativ festzumachende Grenze in der Ausbeutungsintensität von Arbeitsvermögen prinzipiell nicht gibt. Unter den Bedingungen eines chronischen Kapitalmangels und unter der Voraussetzung des unbegrenzten Überangebots von schrankenlos unterjochten Arbeitern erschien es dann systemimmanent logisch, im Interesse der Beschleunigung der Kapitalbildung ihre Lebenshaltungskosten völlig gegen Null zu treiben und sie innerhalb von Wochen oder Monaten durch hemmungslose Vernutzung ihres Arbeitsvermögens zu vernichten.'' (S. LIII)

Die Ermittlungen der OMGUS-Gruppe ergaben: ,,Die beherrschende Stellung, zu der sie (die Dresdner Bank — K.) in den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft aufstieg, resultierte aus ihrer skrupellosen Ausnutzung aller Bereicherungsmöglichkeiten, die das Nazi-Regime bot (...) Die Dresdner Bank stand in enger Verbindung zu den wichtigsten Industrieunternehmen und übte über ganze Schlüsselbereiche des deutschen Wiederaufrüstungsprogramms eine beherrschende finanzielle Kontrolle aus. (...) Unter den Kreditinstituten in Deutschland beteiligte sich die Dresdner Bank besonders rege an der Ausbeutung und Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen in den eroberten Ländern Europas. (...) Mit ihren Zweigniederlassungen und Filialen bildete sie sowohl in Deutschland als auch in den eroberten Ländern die treibende Kraft zur Zwangs‚arisierung' von Unternehmen in jüdischem Besitz. (...) Das enorme Wachstum und die Expansion der Dresdner Bank in der Zeit von 1933-1942 waren nur aufgrund der engen Verbindungen möglich, die sie zu Regierung, Partei, SS und ihnen angeschlossenen Organisationen unterhielt. Keine andere große Geschäftsbank in Deutschland war so rückhaltlos in ihrer Politik, ihrem Personal und ihren Praktiken auf den Nationalsozialismus eingeschworen wie die Dresdner Bank.'' (S. 5 ff) Kritisch merkte ein Kommentator zu einer Entwurfsfassung der ,,Ermittlungen'' in diesem Zusammenhang jedoch an: ,,Die Frage ist nicht, ob die Dresdner Bank in Harmonie mit den Nazis zusammenarbeitete. Die Frage ist, unterstützte sie Kriegsvorbereitungen und Versuche, mehr Macht für Deutschland zu erlangen. (...) Im Ziel, die Welt zu erobern und zu beherrschen, gab es keine Unterschiede. (...) Was hier zur Aburteilung steht, das ist das üble deutsche Großmachtstreben, das alle 20 Jahre einen Krieg entfesseln wird: *Industrie, Banken, Militär*.'' (S. XCIII — Hervorhbg. i. Orig.) Die OMGUS-Untersuchungsgruppe kam in diesem Sinne zu dem Schluß: ,,Die Dresdner Bank setzte ihre außerordentliche wirtschaftliche Macht in Deutschland und den eroberten Gebieten Europas dazu ein, der Durchführung der kriminellen Absichten des Nazi-Regimes Beihilfe zu leisten. Sie handelte als Komplize bei der Ausführung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit.'' (S. 8) Ihre Empfehlungen lauteten u. a., ,,die Dresdner Bank zu liquidieren'' und die verantwortlichen Mitarbeiter der Bank ,,anzuklagen und als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen''. (S. 3)

Im Dezember 1945 saß tatsächlich die gesamte Führung der Dresdner Bank im Gefängnis, wurde aber vom

Im Dezember 1945 saß tatsächlich die gesamte Führung der Dresdner Bank im Gefängnis, wurde aber vom

Frühjahr 1947 an nach und nach wieder freigelassen. Nur Karl Rasche, Vorstandsmitglied von 1935-1945 und SS-Mitglied im Range eines Obersturmbannführers, wurde zu siebenjähriger Gefängnishaft verurteilt, aus der er jedoch vorzeitig entlassen wurde. Denn die englische Nachkriegsplanung für Deutschland aus dem Jahr 1944 — ,,ein Programm zur völligen Aufrechterhaltung des deutschen Finanzpotentials, ein Versuch, die Ressourcen des NS-Systems bruchlos in ein ‚antibolschewistisches Bollwerk' einzubringen'' (Roth, S. LXXIV) — war in der amerikanischen Besatzungspolitik durchgesetzt worden. US-Präsident Truman erklärte im März 1947, es gebe für die USA eine Angelegenheit, die ,,höher als der Frieden bewertet wird'': ,,Die freien Völker rechnen auf unsere Unterstützung zur Erhaltung ihrer Freiheit.'' (S. CXIII) Das Strategische Gutachterkomitee des Vereinigten Generalstabs präzisierte im April 1947 in einem Grundsatzpapier die Präsidentenäußerung: Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands sei ,,von erstrangiger Bedeutung vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten.'' (S. CXIV) Und bei der Durchführung dieses Wiederaufstiegs konnte und sollte weder auf die bewährten Personen noch die erprobten Strukturen verzichtet werden. Der in den Ermittlungen geführte Beweis, daß die Dresdner Bank an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt war und an entscheidender Stelle die Führung des Nazi-Krieges ermöglicht hatte, war nicht mehr erwünscht.

Die ,,Geschichte'', die hier — in den ,,Ermittlungen'' wie in der Einleitung von Karl Heinz Roth — erzählt wird, ist auch unsere Geschichte; Geschichte, die die Entwicklung unseres Landes im Wesen bestimmt hat und bis auf den heutigen Tag bestimmt.

K., Hamburg

O.M.G.U.S.: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank — 1946. Bearbeitet von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Übersetzt von Ulrike Bischoff. Nördlingen: Franz Greno (Die Andere Bibliothek — Sonderband), 1986. CXXXV + 354 Seiten, Pb., 25 DM (ab 1.1.87 30 DM)

Inhalt

Israels geheimes Atomwaffenarsenal ....S. 24
Europa